



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT,
VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT
UND WEINBAU



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, VERKEHR,
LANDWIRTSCHAFT UND
WEINBAU

Dokumentation Forum Ländlicher Raum

Regionalkonferenzen für die Entwicklung Ländlicher Räume in Rheinland-Pfalz

Stiftstraße 9
55116 Mainz

Poststelle@mwwlvw.rlp.de
www.mwwlvw.rlp.de



SONDERHEFT 22 / 2010

Dokumentation

Forum Ländlicher Raum

Regionalkonferenzen

für die Entwicklung Ländlicher Räume in Rheinland-Pfalz

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis	3
Dokumentation zur Regionaltagung in Kleinmaischeid am 29.04.2009	5
Programm	6
Begrüßung und Einführung Frau Soboth	7
Ansprache Minister Hering	9
Fragerunde mit Minister Hering	13
Gesprächsrunde 1	17
Gesprächsrunde 2	31
Resümee Herr Prof. Lorig	43
Dokumentation zur Regionaltagung in Hillesheim am 26.08.2009	47
Programm	48
Begrüßung und Einführung Herr Dietz	49
Ansprache Herr Hornberger	50
Gesprächsrunde	56
Diskussionsrunde	66
Gesprächsrunde	73
Diskussionsrunde	90
Resümee Herr Prof. Lorig	94
Dokumentation zur Regionaltagung in Morbach am 22.10.2009	98
Programm	99
Begrüßung und Einführung Frau Soboth	100
Ansprache Herr Dr. Pietrowski	102
Vortrag Frau Wirtz	106
Gesprächsrunde	117
Expertenrunde	130
Diskussion und Zusammenfassung Herr Prof. Lorig	139

Dokumentation zur Regionaltagung in Konken am 09.11.2009	142
Programm	143
Begrüßung und Einführung Herr Dietz	144
Ansprache Frau Conrad	145
Ehrungen	153
Ansprache Herr Dr. Walther	155
Gesprächsrunde 1	158
Gesprächsrunde 2	169
Diskussion und Zusammenfassung	186

Impressum	192
------------------	------------

Dokumentation
zur Regionaltagung in Kleinmaischeid
am 29.04.2009

PROGRAMM FORUM LÄNDLICHER RAUM 2009

Erste Veranstaltung der Veranstaltungsreihe am Mittwoch, 29. April 2009
in Kleinmaischeid, Verbandsgemeinde Dierdorf im Bürgerhaus

1. **Keine Chance ohne DSL! - Nutzung moderner Kommunikationstechnologien für Wertschöpfung und Lebensqualität im ländlichen Raum**
2. **Lernen und Betreuen unter Anwendung neuer Kommunikationskonzepte Programm**

16:00 Uhr	Begrüßung und Einführung in das Thema Frau Andrea Soboth, IfR Institut für Regionalmanagement
16:10 Uhr	Ansprache Herr Hendrik Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
16:30 Uhr	Fragen an Minister Hering Moderation: Frau Andrea Soboth, IfR Institut für Regionalmanagement
16:45 Uhr	Gesprächsrunde 1: Keine Chance ohne DSL <ul style="list-style-type: none"> ■ DSL-Ausbau in der Verbandsgemeinde Puderbach: Herr Bürgermeister Wolfgang Kunz, Verbandsgemeinde Puderbach ■ Umsetzung des DSL-Netzes in der Verbandsgemeinde Puderbach: Herr Furch, KEVAG Telekom GmbH ■ Lösungsmöglichkeiten für eine flächendeckende Versorgung mit breitbandigen Internetverbindungen: Herr Gunnar Schwarz, Schwarz IT Dienstleistungen Moderation: Frau Andrea Soboth; IfR Institut für Regionalmanagement
17:30 Uhr	Diskussion
17:45 Uhr	Gesprächsrunde 2: Lernen und betreuen Neue Kommunikationskonzepte <ul style="list-style-type: none"> ■ Chancen neuerer Medien für Schulsysteme: Frau Gabriele Lonz, Landesmedienzentrum Rheinland-Pfalz ■ Nutzung neuer Medien für die Jugendarbeit - neue Bildungschancen für Kinder und Jugendliche: Frau Martina Luig-Kaspari, Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Landesjugendamt ■ E-Learning in der Ausbildung grüner Berufe: Frau Juliane Romberg, Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel Moderation: Frau Andrea Soboth; IfR Institut für Regionalmanagement
18:30 Uhr	Diskussion
18:45 Uhr	Resümee
19:00 Uhr	Empfang und Gespräche in Kleingruppen

FORUM LÄNDLICHER RAUM AM 29.04.2009 IN KLEINMAISCHEID

Begrüßung und Einführung: Frau Soboth

Herr Minister Hering, Herr Landtagsabgeordneter Winter, meine Damen, meine Herren, ich freue mich sehr, Sie heute zur ersten Veranstaltung in der Reihe Forum ländlicher Raum 2009, auch im Namen des Hausherrn, Herrn Ortsbürgermeister Rasbach, hier in der Verbandsgemeinde Dierdorf in Kleinmaischeid begrüßen zu können.

Die heutige Veranstaltung zu dem Thema „Neue Medien, neue Chancen“ behandelt zwei Themenkomplexe, die sehr eng miteinander verbunden sind. Zum einen möchten wir uns mit der Frage beschäftigen, inwieweit der ländliche Raum an die moderne Infrastruktur angebunden ist, zum anderen werden wir uns damit auseinandersetzen, inwieweit neue Kommunikationstechnologien Chancen für ländliche Räume eröffnen können. Auf beide Bereiche werden wir im Laufe des Nachmittags genauer eingehen und werden sehen, was in Rheinland-Pfalz insgesamt und in den Regionen vor Ort schon geschehen ist, aber auch, was vielleicht noch getan werden muss.

Lassen Sie uns inhaltlich mit einer Frage einsteigen: Verpasst der ländliche Raum den Anschluss an die moderne Informationsgesellschaft? Wenn man die Diskussionen in den ländlichen Räumen verfolgt, z.B. die Diskussion in der ländlichen Regionalentwicklung, taucht in den letzten Jahren ein Thema immer wieder auf, nämlich die Frage der Anbindung ländlicher Räume an das schnelle Internet. Man scheint sich weitestgehend einig zu sein, dass das ein Bereich ist, in dem dringend gehandelt werden muss.

Es stellt sich die Frage, warum das eigentlich so ist. Im Vorfeld dieser Veranstaltung habe ich, wie ich das immer tue, Kontakt mit Leuten aufgenommen, die von dem Thema betroffen sind,

um die O-Töne aus den Regionen zu hören. Dabei bin ich immer wieder auf ähnliche Geschichten gestoßen. Da gibt es zum Beispiel den Hausbesitzer, der sein Haus veräußern möchte, weil er sich beruflich verändern will, der aber keinen Käufer findet, weil vor Ort kein schneller Internetanschluss verfügbar ist. Da gibt es den Freund, der ein BlackBerry besitzt, der aber in einem 1.000-Seelen-Dorf im ländlichen Raum lebt und auf den Kirchturm steigen müsste oder auf seinen Balkon, um diesen überhaupt benutzen zu können. Und es gibt den Mitarbeiter eines mittelständischen Unternehmens gar nicht weit von hier, der mir berichtet hat, dass sein Internetanschluss daheim viel schneller ist als der, der ihm auf der Arbeit zur Verfügung steht. Ich denke, das sind Anekdoten, die Sie alle kennen und die meine Gesprächspartner in der ersten Gesprächsrunde ganz sicher auch zum Besten geben werden. Sie zeigen sehr deutlich, dass der ländliche Raum, im Vergleich zu den Ballungsgebieten, Schwierigkeiten hat, am Puls der Zeit zu bleiben. Aus meiner Sicht wird durch diese Beispiele ebenfalls deutlich, dass die Anbindung an das Breitbandinternet über die Zukunft der ländlichen Räume mitentschieden wird.

Die Breitbandkonzeption des Landes Rheinland-Pfalz bestätigt, dass die Verfügbarkeit von Breitbandinternet mittlerweile genauso wichtig ist, wie die klassische Infrastruktur. Es gibt sogar Studien, die noch weit darüber hinausgehen und sagen, dass Breitband der zentrale Entwicklungsfaktor für den ländlichen Raum ist, viel mehr noch als die klassische Infrastruktur.

Ich denke, es ist unstrittig, dass mit Breitband eine hohe wirtschaftliche Bedeutung verbunden ist. Das Beispiel des e-Commerce, also des elektronisch unterstützten Geschäftsverkehrs, zeigt

das sehr anschaulich. Deutschland ist in diesem Bereich Trendsetter am europäischen Markt und nimmt eine führende Rolle ein. Mehr als 30 Prozent des e-Commerce wird in Deutschland abgewickelt. Aus meiner Sicht ist das eine Entwicklung, die weitergehen wird. Es ist gut, dass sie weitergehen wird, aber der ländliche Raum wird daran nur partizipieren können, wenn wir es schaffen, ihn mit der notwendigen Infrastruktur auszustatten. Wie hoch der Handlungsbedarf ist, wie viele Gebiete wirklich unterversorgt und unversorgt sind, welche Möglichkeiten es gibt, dieses zu lösen und welche Formen der Finanzierung dazu notwendig sind oder zur Verfügung stehen, darüber werden wir uns im Laufe des Nachmittags unterhalten. Das wird Thema in der ersten Gesprächsrunde „Keine Chance ohne DSL – Nutzung moderner Kommunikationstechnologien für Wertschöpfung und Lebensqualität“ sein.

Lassen Sie uns jetzt den Blick auf einen anderen Bereich werfen. Dort finden wir Entwicklungen, die sehr eng mit der Verfügbarkeit von schnellem Internet verbunden sind. Die heutige Gesellschaft wird häufig als Informationsgesellschaft oder Wissensgesellschaft beschrieben. Die Information, die Beschaffung von Information und das Aneignen von Wissen sind ganz zentral für das heutige Leben. Ohne eine ständige Erneuerung des aktuellen Wissensstands verliert man schnell den Anschluss an die Entwicklungen unserer Gesellschaft. Es besteht die Möglichkeit, über den Einsatz neuer und moderner Informations- und Kommunikationstechnologien im Beruf und im Privatleben neue Chancen zu entwickeln. Ich denke, vieles von davon ist für uns schon gelebte Praxis. Wir tauschen Informationen über das Internet aus, wir chatten und schreiben E-Mails. Das alles ist für viele von uns selbstverständlich. Doch gilt das für alle? Oder gibt es nach wie vor Bevölkerungsgruppen, die nur in unzureichendem Maße an moderner Informationstechnologie teilnehmen können? Laufen wir auf eine digitale Spaltung der Gesellschaft zu oder wird Medienkompetenz selbstverständlich für alle? Darüber werden wir nachher diskutieren.

Besonders wichtig erscheint mir daher, dass wir es schaffen, jüngere Generationen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der neuen Technologie und den neuen Medien zu befähigen. Die KIM-Studie (Kinder + Medien + Computer und Internet) des medienpädagogischen Forschungsinstitutes Südwest sagt uns, dass neue Medien mittlerweile Alltag für unsere Kinder sind. Zwei Drittel aller befragten Kinder benutzen heutzutage einen PC, mehr als 50 Prozent tun das länger als eine halbe Stunde pro Tag. Und sie tun Dinge, die denen, die wir Erwachsenen mit dem Computer und dem Internet machen, gar nicht so unähnlich sind. Sie suchen Informationen, z.B. für ihre Schularbeiten, sie lernen über das Internet und sie spielen und chatten natürlich auch. Es stellt sich aber die Frage, ob das schon verantwortungsvoller Umgang mit den neuen Medien ist und ob sie sich damit die Potenziale, wie selbstbestimmtes Lernen, Aufbau von Netzwerken, bereits erschlossen haben. Aus meiner Sicht stellt sich außerdem die Frage, wie wir eigentlich mit Risiken umgehen. Wenn man nach großen Katastrophen wie dem Amoklauf von Winnenden Zeitung liest, werden diese Risiken sehr deutlich beschrieben. Die Frage ist, wie wir mit diesen Risiken umgehen und wie wir die neuen Medien sinnvoll einsetzen können. Wie können wir sie sinnvoll in Schule, Jugendarbeit, Bildung und beruflicher Bildung anwenden? Und, wir sind ja hier auf einer Veranstaltung für den ländlichen Raum, was bedeutet das für den ländlichen Raum? Welche Chancen ergeben sich in diesem Bereich für ländliche Räume?

Gerade im Bereich des e-Learnings, des elektronisch unterstützten Lernens, sind die Potenziale sehr groß. Blickt man über unseren Tellerrand hinaus, z.B. nach Finnland, einem wirklich ländlich geprägten Land, sehen wir, dass dort bereits sehr gute Erfahrungen mit elektronisch unterstützten Angeboten gemacht werden. E-Learning ist dort ein sehr wichtiges Instrument und man kann sehr gut von den Erfahrungen lernen. Das wird ein Thema sein, was wir heute in der zweiten Gesprächsrunde noch einmal betrachten werden. Was tun wir in diesem Bereich konkret?

Sie sehen, das Themenfeld, über das wir heute an diesem Nachmittag reden wollen, ist sehr breit. Das Land Rheinland-Pfalz hat sich bereits sehr früh mit der Notwendigkeit auseinandergesetzt, genau diese Themen zu besprechen. In dem „Strategiepapier für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz“ von letztem Jahr ist die Anbindung des ländlichen Raumes an das Breitband-Internet bereits als wichtiges Ziel aufgeführt. Das Thema e-Learning ist dort ebenfalls als zentrale Chance für den ländlichen Raum formuliert. Darüber hinaus gibt es ein 10-Punkte-Programm der Landesregierung, das zum Ziel hat, die Vermittlung von Medienkompetenz für alle zu unterstützen und Strategien dazu vorzuschlagen. Das Land Rheinland-Pfalz ist also sehr aktiv in diesem Bereich.

Aus diesem Grund freue ich mich sehr, dass wir heute Herrn Minister Hering bei uns haben, der uns im Anschluss an meine Anmoderation seine Sicht zu der beschriebenen Fragestellung darlegen wird. Noch viel mehr freue ich mich darüber, dass wir ihm nicht nur zuhören dürfen, sondern dass wir die Möglichkeit haben werden, im Anschluss an seine Rede mit ihm zu diskutieren. Sie können ihn bei dieser Gelegenheit alles fragen, was Sie von ihm schon immer zu dem Thema wissen wollten. Nach seiner Rede werden wir eine Viertelstunde lang die Möglichkeit haben Ihre Fragen zu platzieren und uns auszutauschen.

Herr Minister Hering, ich freue mich auf Ihre Ausführungen und übergebe Ihnen hiermit das Mikrofon. (Applaus)

Ansprache Minister Hering

Vielen Dank, Frau Soboth, für die kompetente, freundliche Begrüßung.

Herr Landtagskollege Winter, Herr Ortsbürgermeister Rasbach, Herr Bürgermeister Kunz, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Rheinland-Pfalz ist ein ländlich strukturiertes Bundesland und deswegen ist es der Landesregierung ein Kernanliegen für eine gute Entwicklung im ländlichen Raum zu sorgen. Das war auch meine Motivation die Reihe „Forum ländlicher Raum“ auf den Weg zu bringen und gemeinsam mit den Akteuren im ländlichen Raum das Strategiepapier zur Entwicklung ländlicher Räume zu formulieren. Die Veranstaltungsreihe in diesem Jahr dient der Umsetzung der Ziele des Strategiepapiers für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz. Sie sehen die Ankündigung für die weiteren Termine in diesem Jahr auf dem Plakat hinter mir. Sie finden am 07. Juli in Konken, am 26. August in Hillesheim und am 22. Oktober in Morbach statt.



Zwei wichtige Kernanliegen, die Breitbandversorgung und das e-Learning, haben wir heute hier in Kleinmaisheid aufgegriffen. Neben den vielen Vorteilen, die ländliche Räume haben, gibt es natürlich auch die strukturellen Nachteile. Ich selbst wohne im ländlichen Raum, denn ich bin der festen Überzeugung, dass man dort eine höhere Lebensqualität hat als in städtischen Zentren. Zu den Nachteilen gehört z.B., dass man in der Regel längere Wege zur Arbeit hat, zu Einkaufsmöglichkeiten, zur ärztlichen Versorgung und zu Freizeiteinrichtungen. Es gibt jedoch die Möglichkeit, einige dieser Nachteile durch Angebote im Internet, die über Breitband zugänglich werden, zu kompensieren. Das funktioniert z.B. durch die Möglichkeit gewisse öffentliche Dienstleistungen über e-Government (elektronisch unterstütztes Verwalten) zu erledigen oder mit e-Learning von zu Hause aus Fort- und Weiterbildung zu organisieren und gewisse Dienstleistungen über das Internet abzufragen. Viele Ortsbürgermeister berichten mir, dass der Breitbandanschluss ein ganz entscheidendes Standortkriterium ist. Sie sagen, wenn sie Investoren haben, die nach Gewerbegrundstücken nachfragen, ist die erste Frage nicht mehr die nach dem Grundstückspreis oder der Verkehrsanbindung. Häufig ist die allererste Frage: Gibt es Breitbandanschluss, ja oder nein? Und sie berichten mir auch, dass von Interessenten für Baugrundstücke für Privathäuser genau dieselbe Frage gestellt wird, dass diese Interessenten ebenfalls nicht wie früher zunächst nach dem Preis fragen. Die entscheidende Frage lautet: Gibt es Breitband, ja oder nein? Wenn diese Frage mit „nein“ beantwortet wird, gibt es keine weiteren Fragen, dann bedankt man sich für die Auskunft und das Gespräch ist beendet.

Ich habe selbst schulpflichtige Kinder und Frau Soboth hat es bereits erwähnt, selbst Hausaufgaben können heute in vielen Fällen nicht mehr erledigt werden, wenn man keinen Internetanschluss hat. Ich glaube, diese wenigen Beispiele machen deutlich, dass eine gute Breitbandversorgung ein ganz entscheidendes Anliegen für ländliche Räume ist. Deswegen ist das Land Rheinland-Pfalz in diesem Bereich besonders aktiv geworden. Wir haben in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Bund

die Initiative ergriffen, weil wir den Bund ebenfalls in der Verpflichtung sehen, für eine gute Ausstattung von Breitband in ländlichen Räumen zu sorgen. Unserer Initiative ist es zu verdanken, dass Breitband zukünftig über die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ mitfinanziert wird und dadurch ein Teil der finanziellen Lasten der Länder vom Bund mit getragen wird.

Wir haben ein Gutachten für ein strategisch sinnvolles Konzept in Auftrag gegeben, um die weißen Flecken auf der Landkarte zu schließen, wo wir bisher in Ortsgemeinden keine ausreichende Versorgung mit Breitband haben. Wir haben die Vorgabe gemacht, dass alles was unter einer Übertragungsgeschwindigkeit von 1 Mbit/s ist, keine ausreichende Versorgung darstellt. Eine Breitbandversorgung muss eine deutlich höhere Bandbreite haben, um von einer ausreichenden Versorgung sprechen zu können. Wir haben die Empfehlungen des Gutachtens systematisch abgearbeitet. Dazu gehört die wichtigste Aufforderung und Zielsetzung: Information. Wir müssen die Akteure im ländlichen Raum und die Vertreter der Ortsgemeinden darüber informieren, welche Möglichkeiten es gibt, zeitnah die Voraussetzungen für eine gute Breitbandversorgung zu schaffen. Wir müssen über technische Möglichkeiten informieren. Wir haben diese Informationen in regionalen Workshops vermittelt indem wir mehr als 40 Workshops mit über 2.000 Teilnehmern durchgeführt haben. Uns war klar, dass es nicht nur wichtig ist, Informationen zu vermitteln, es ist genauso wichtig, dass wir den Akteuren die Möglichkeit geben, untereinander zu kommunizieren und Kooperationen zu ermöglichen. Das führt häufig zu Synergieeffekten, die dafür sorgen, dass eine gute Breitbandversorgung im ländlichen Bereich viel kostengünstiger und schneller realisiert werden kann. Wir haben, bereits am 1. April letzten Jahres, eine Geschäftsstelle im Wirtschaftsministerium eingerichtet, deren einzige Aufgabe es ist, die Breitbandinitiative des Landes umzusetzen und kompetenter Ansprechpartner für alle zu sein, die Fragen zu dem Thema „Breitbandversorgung im ländlichen Raum“ haben.

Uns war klar, dass wir zusätzlich ein Förderprogramm auf den Weg bringen müssen. Das haben wir getan. Wenn Ortsgemeinden die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen, werden sie vom Land Rheinland-Pfalz bei der Herstellung der Breitbandversorgung gefördert. Wir stellen dafür in den nächsten Jahren 10 Millionen Euro bereit. Die Voraussetzungen dafür sind, dass eine Bedarfsanalyse stattgefunden hat und eine technikneutrale Ausschreibung durchgeführt wurde. Das Land Rheinland-Pfalz fördert den nicht durch Gebühren re-finanzierbaren Kostenanteil mit bis zu 60 Prozent. Aus dem Konjunkturprogramm stehen zusätzlich sechs Millionen Euro für ein Leerrohr-Programm bereit, um Leerrohre zu verlegen und durch diese Infrastruktur noch bessere Angebote zu bekommen, denn Anbieter können natürlich viel günstigere Angebote machen, wenn die teuren Erdarbeiten nicht geleistet werden müssen.

Wir sind mit unserer Breitbandinitiative im letzten Jahr sehr erfolgreich gewesen. Über 300 Ortsgemeinden haben die Möglichkeit des Landes genutzt über die Internetplattform ein Interessensbekundungsverfahren durchzuführen. Über 90 Ortsgemeinden haben mittlerweile, einzeln oder im Verbund mit mehreren Ortsgemeinden, Ausschreibungen auf den Weg gebracht. In sieben Fällen haben wir bereits die ersten Förderungen aussprechen können. Ein weiteres sehr positives Ergebnis ist, dass für 30 Ortsgemeinden Lösungen geschaffen werden konnten, die keine Zuschüsse benötigen, weil das Interessensbekundungsverfahren ergeben hat, dass es Anbieter gibt, die die Ortsgemeinde ohne Zuschüsse versorgen. Erfreulicherweise ist der Hauptanbieter Telekom zu der Erkenntnis gekommen, dass sie in der Tat in der Lage sind, einige Gemeinden ohne Zuschuss mit Breitband zu versorgen. Vielleicht unter anderem deswegen, weil die Befürchtung war, dass sonst ein Mitbewerber dort in der Ortsgemeinde tätig wird. Es zeichnet sich ab, dass nach knapp einem Jahr für über 140 Ortsgemeinden Lösungen für eine Breitbandversorgung gefunden wurden. Deswegen bin ich sehr optimistisch, dass wir in dem vorgesehenen Zeitraum von drei Jahren in der

Lage sind, die weißen Flecken auf der Karte der Breitbandversorgung in Rheinland-Pfalz zu schließen. Zumindest sind wir in der Lage, überall dort, wo Ortsgemeinden initiativ geworden sind, diesen zu helfen dafür zu sorgen, dass ihre Ortsgemeinde zukünftig ihren Bürgerinnen und Bürgern und den Gewerbetreibenden eine ausreichende Breitbandversorgung bieten kann.

Dies ist wichtig, für eine zweite Herausforderung, die darin besteht, ausreichend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Betriebe vor Ort zur Verfügung zu stellen. Das Thema Fachkräftemangel ist derzeit kaum noch in den Schlagzeilen. Das war vor einem dreiviertel Jahr, vor der Wirtschaftskrise, deutlich anders. Die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit noch nicht so extrem gestiegen ist, hat sehr viel damit zu tun, dass Firmen noch wissen, wie schwer es in Zeiten der Hochkonjunktur war, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen. Deswegen wird jetzt alles unternommen, um die Mitarbeiter in den Betrieben zu halten. Es wird in sehr großem Umfang von dem Instrument der Kurzarbeit Gebrauch gemacht, weil man weiß, wie schwierig es ist, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bekommen. Der Fachkräftemangel wird jedoch in den nächsten Jahren wieder das zentrale Thema sein, wenn wir über Wirtschaftspolitik reden. Wenn wir über Zukunftschancen von Regionen reden, werden diese sehr stark davon abhängig sein, in welchem Umfang man dort qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Betriebe zu gewinnen kann und in welchem Umfang von Fort- und Weiterbildung Gebrauch gemacht wird. Das wird davon abhängig sein, wie erfolgreich das, was wir mit lebenslangem Lernen bezeichnen, umgesetzt wird. Hier kann mit e-Learning, also der Nutzung des Internets zur Fort- und Weiterbildung, viel erreicht werden. Wir wissen, e-Learning wird nie die klassischen Bildungsformen komplett ersetzen. Es ist nach wie vor wichtig, im persönlichen Kontakt Wissen von Lehrer zu Schüler oder von Ausbilder zu Auszubildenden zu vermitteln. E-Learning kann die klassischen Bildungsformen jedoch sehr gut ergänzen. Es gibt heute erfolgreiche Modelle, die, in Ergänzung zu der klassischen Bil-

dungsstruktur, durch virtuelle Klassenzimmer, mit Videokonferenzen, Chats und allen Möglichkeiten moderner Kommunikation Lerninhalte vermitteln. Das funktioniert aber nur, wenn wir in den Ortsgemeinden in den ländlichen Regionen eine gute Breitbandversorgung haben. Deswegen ist das ein wichtiges Thema, was wir aufgreifen und unterstützen. In der Akademie ländlicher Raum, die wir im letzten Jahr gestartet haben, ist das ebenfalls ein wichtiges Anliegen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist, auch das hat Frau Soboth bereits angesprochen, dass wir Medienkompetenz vermitteln. Die junge Generation kann sehr gut mit neuen Medien umgehen. Man kann aber mit neuen Medien nicht nur Sinnvolles machen, man kann auch viel Unsinn mit neuen Medien anstellen. Deswegen ist es wichtig, jungen Menschen sehr früh Medienkompetenz zu vermitteln und den vernünftigen Umgang mit Internet, mit Handy und mit allen Möglichkeiten moderner Informationstechnologie. Dafür investieren wir in Rheinland-Pfalz pro Jahr 10 Millionen Euro, um das 10-Punkte-Programm der Landesregierung umzusetzen. Das finanzieren wir nicht durch zusätzliche Schulden, diesen Betrag erwirtschaften wir, indem wir eine Zentralstelle für alle Multimedia-Anwendungen in Rheinland-Pfalz geschaffen haben. Dadurch, dass wir in der Landesregierung eine zentrale Beschaffung organisiert haben, sparen wir pro Jahr weit mehr als 10 Millionen Euro und können das 10-Punkte-Programm aus diesen Ersparnissen finanzieren. Wichtig ist nicht nur, jungen Menschen Medienkompetenz zu vermitteln, ein wichtiges Anliegen der Akademie ländlicher Räume ist auch, gerade älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, wenn sie es wünschen, Medienkompetenz zu vermitteln. Wir haben die Rückmeldung bekommen, dass viele, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, für ihr Engagement eine bessere Medienkompetenz benötigen. Gerade Senioren wollen, um möglichst lange selbstbestimmt im vertrauten Umfeld leben zu können, verstärkt das Internet nutzen und wollen darin geschult werden.

An diesen Beispielen, glaube ich, wird deutlich, wie wichtig es ist, die Voraussetzungen für eine gute Breitbandversorgung im ländlichen Raum zu schaffen. Uns ist bekannt, dass die Bandbreiten, die wir heute zur Verfügung stellen, nur ein Zwischenschritt sind. Eine Versorgung mit mehr als 1 Mbit/s ist momentan für die meisten Anwendungen ausreichend. Wir wissen aber, dass wir in zehn oder fünfzehn Jahren ganz andere Bandbreiten brauchen werden, von 50 Mbit/s und mehr. Deswegen haben wir eine Strategie entwickelt, um zunächst kurzfristige Lösungen zu schaffen, damit möglichst alle Ortsgemeinden an Breitband angeschlossen sind. Parallel wollen wir die Voraussetzungen schaffen, um zukünftig auch höhere Bandbreiten für ländliche Räume zur Verfügung zu stellen. Deswegen haben wir das Leerrohr-Programm gestartet. Meine Aufforderung an den Landesbetrieb Mobilität lautet, dass bei jeder Infrastrukturmaßnahme, die wir im Land in nächster Zeit beginnen, geprüft wird, ob es nicht sinnvoll ist, gleichzeitig Leerrohre zu verlegen. Das wird für städtische Bereiche und für Oberzentren nie ein Problem werden. Dort gibt es genügend Anbieter, die im Wettbewerb miteinander die benötigten Bandbreiten zur Verfügung stellen. Es ist immer eine besondere Herausforderung ländliche Räume flächendeckend zu versorgen, deswegen muss jetzt bereits daran gedacht werden, wie wir in Zukunft eine flächendeckende Versorgung in der Bandbreite von 50 Mbit/s für ländliche Räume bereitstellen. Dafür wollen wir die Voraussetzungen schaffen. Sie sehen, es gibt viele spannende Themen rund um den Bereich Breitband und ich freue mich jetzt auf eine engagierte Diskussion mit Ihnen. Vielen Dank. (Applaus)

Fragerunde mit Herrn Minister Hering

Es spricht Frau Soboth:

Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Minister Hering. Es war interessant zu hören, wie viel im letzten Jahr insgesamt passiert ist. Es freut mich, dass man jetzt versucht, dieses Thema vorausschauend anzugehen, damit man nicht wieder in die Situation kommt, dass man im ländlichen Raum nacharbeiten muss.

Meine Damen und Herren, Sie erinnern sich an meine Anmoderation, jetzt ist Ihre Chance da. Wer möchte eine Frage stellen?

Es spricht Herr Kring, Ortsbürgermeister von Lykershausen:

Bei uns sind die Gemeinden klein. Lykershausen hat 220 Einwohner, die Gemeinden rundherum zwischen 300 und 1.000 Einwohner. Da ist schnelles Internet natürlich ein großes Problem. Ich finde, das Landesprogramm ist etwas zu bürokratisch dadurch, dass man eine technikneutrale Ausschreibung verlangt. Das führt bei uns zu vielen Diskussionen und der eine oder andere will da lieber nicht mitmachen. Das Leerrohr-Programm hingegen finde ich gut. Von dem Programm des Bundes, was groß angekündigt wurde, merke ich momentan noch nichts. Wir werden dafür richtig Geld brauchen und die richtigen Verbindungen zur Telekom, denn die Telekom gibt uns teilweise noch nicht einmal Angebote ab, geschweige denn, dass wir darüber diskutieren könnten.

Es spricht Herr Minister Hering:

Ich will mich jetzt zu den sehr ambitionierten Aussagen der Bundesregierung darüber, wie schnell man Internet flächendeckend mit einer sehr hohen Bandbreite zur Verfügung stellen kann, nicht äußern. Das ist schnell gesagt, aber die Umsetzung ist deutlich schwieriger, das hat man mittlerweile auf Bundesebene erkannt. Deswegen hat

man die Länder darum gebeten, für die konkrete Umsetzung von dem, was in Berlin verkündet wurde, zu sorgen. Sie haben angesprochen, das Programm wäre zu bürokratisch. Uns wäre es auch lieber, wenn wir es noch unbürokratischer anwenden könnten. Wir sind jedoch an die Vorgaben der Europäischen Kommission und des Bundes gebunden. Ich halte es für richtig, dass technikneutral ausgeschrieben wird, weil wir damit Innovationen ermöglichen. Teilweise sind kleine Ortsgemeinden über Richtfunkstrecken sehr kostengünstig und sehr schnell mit Breitband zu versorgen. Es gibt Lösungen, die teilweise mit einem Investitionsvolumen von nur 15.000-20.000 Euro eine akzeptable Breitbandversorgung ermöglichen, die viel günstiger ist als eine Glasfaserlösung über die Telekom. Das kann nämlich für die weit vom nächsten Knotenpunkt entfernt liegenden Ortsgemeinden sehr teuer sein. Wir wollen nicht verhindern, dass im Bereich der Satellitentechnik weitere Innovationen erzielt werden. Für abgelegene Gehöfte, wo keine Kabellösung finanzierbar ist, ist eine Satellitenversorgung durchaus akzeptabel und vernünftig. Wir könnten eventuell in einigen Jahren erleben, dass dort ganz andere Bandbreiten möglich sind als derzeit. Deswegen glaube ich, es ist richtig, keine technischen Vorgaben zu machen. Der Markt soll entscheiden, wer in der Lage ist, die konkrete Herausforderung in den Ortsgemeinden mit der besten Technik am kostengünstigsten umzusetzen. Das ist der Grund, weshalb wir eine technikneutrale Ausschreibung verlangen. Das ist außerdem eine Vorgabe der Europäischen Kommission und des Bundes.

Von der Ausschreibung ab sind die Schritte zu einer Förderung überschaubar. Nach einer Markterkundung, ob überhaupt Interesse für Breitbandversorgung besteht, muss die technikneutrale Ausschreibung auf den Weg gebracht werden, danach kann der Förderantrag gestellt werden und es gibt eine Förderung von bis zu 60 Prozent. Wir erachten es für sinnvoll, dass sich Verbandsgemeinden für ihren gesamten Bereich zuständig erklären und die Ortsgemeinden nicht nur bei

der Abwicklung der Verwaltungsgeschäfte unterstützen, sondern Kooperationen ermöglichen. Dadurch ist der Aufwand für die Ortsgemeinden überschaubarer. Es gibt Kreisverwaltungen, die diese Aufgabe für den ganzen Landkreis übernommen haben. Das Beispiel Kusel, von dem wir gleich hören werden, ist ein sehr positives Beispiel.

Es spricht Frau Soboth:

Vielen Dank. Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt zwei oder drei Fragen sammeln und diese anschließend gemeinsam zur Beantwortung stellen, weil die Erfahrung zeigt, dass man dadurch die eine oder andere Frage bündeln kann. Wer möchte die nächste Frage stellen?

Es spricht Herr Herzog, Ortsbürgermeister der Gemeinde Maßweiler:

Unsere Ortsgemeinde ist 1.200 Seelen stark. Sie haben eingangs erwähnt, dass mehrere Gemeinden sozusagen im Schulterschluss die Breitbandversorgung auf den Weg gebracht haben. Wer organisiert das? Wer führt die unterschiedlichen Bedarfe der Gemeinden zusammen? Und wer legt letztendlich fest, wer dabei ist und wer nicht?

Es spricht Frau Soboth:

Vielen Dank. Wer möchte noch eine Frage stellen?

Es spricht Herr C. Schwarz:

Ich hätte noch eine Frage zur Technik. Wie entscheidet der Bürgermeister welche Technik er einsetzen soll? Entscheidet er sich heute für eine Technik, die nur vier oder fünf Jahre hält, oder wählt er eine Technik, die später ausgebaut werden kann, z.B. auf 50.000er DSL? Wer gibt Ratschläge an dieser Stelle? Wenn man technikneutral ausschreibt, bekommt man irgendeine Technik

angeboten, weiß aber unter Umständen nicht, was die bringt, wenn man in drei oder vier Jahren einen noch schnelleren Internetzugang braucht. Und was ist eigentlich Breitband? Welche Geschwindigkeit wird benötigt? Sind das für Sie 3 oder 10 Mbit/s? Ab wann fängt Breitband an?

Es spricht Frau Soboth:

Eine letzte Frage würde ich noch zulassen. Wer möchte noch etwas fragen? Sie haben noch eine Zusatzfrage, Herr Herzog?

Es spricht Herr Herzog, Ortsbürgermeister der Gemeinde Maßweiler:

Ich habe noch eine kurze Bemerkung, wenn Sie gestatten. Wir sind bereits seit längerer Zeit sehr intensiv darum bemüht die Breitbandsituation in unserem Dorf zu verbessern. Es hat mich erstaunt zu hören, dass die Telekom mittlerweile zu der Erkenntnis gekommen ist, teilweise ohne Zuschussmittel tätig zu werden. Das verblüfft mich offen gesagt sehr, denn einige unserer Anschreiben blieben von deren Seite völlig unbeantwortet.

Es spricht Herr Minister Hering:

Sie haben mir die Frage gestellt, Herr Herzog, wer die Bedürfnisse mehrerer Ortsgemeinden bündelt. Zum Teil organisieren das Ortsgemeinden untereinander. Sie stellen fest, dass es Sinn macht, wenn man eine Kabellösung haben möchten, das Glasfaserkabel zunächst bis in den Bereich der Ortsgemeinden zu verlegen und dort ab einem Knotenpunkt die entsprechenden Abzweigungen in die Ortsgemeinden anzuschließen. Es macht ebenfalls Sinn, wenn drei oder vier Ortsgemeinden eine gemeinsame Ausschreibung auf den Weg bringen, denn dann kann es für einen Anbieter interessanter sein, dort zu investieren, weil er dadurch mehr Haushalte versorgen kann, als wenn er nur den Auftrag für eine Ortsgemeinde bekommen kann. In der Regel organisiert das

häufig die Verbandsgemeinde. Sie fragt unter ihren Ortsgemeinden ab, wer Interesse daran hat, zeitnah für eine Lösung zu sorgen. Sie überlegt, wo gemeinsame Ausschreibungen auf den Weg gebracht werden könnten und wo das sinnvoll ist aufgrund der gegebenen geographischen und technischen Voraussetzungen. Wir haben ein sehr positives Beispiel, wovon wir gleich mehr hören werden, das ist der Landkreis Kusel, der nachher berichtet wird, der mit Sicherheit aufgrund der topographischen Verhältnisse eine wirklich große Herausforderung ist. Dort hat der Landkreis beschlossen, die Breitbandversorgung für den gesamten Kreis zu organisieren, entsprechende Bereiche zu bündeln und, wo es sinnvoll ist, gemeinsame Ausschreibungen auf den Weg zu bringen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie eine Kooperation zustande kommen kann. Es ist nicht Aufgabe der Verbandsgemeinde zu entscheiden, ob Ortsgemeinde A und B Breitband bekommen und C nicht. Diese Entscheidung treffen die Ortsgemeinden selbst, ob sie Breitband wollen und die entsprechenden Finanzmittel bereitstellen.

Zu dem Thema Telekom möchte ich nur anmerken, dass es einige Ortsgemeinden gibt, wo sie in der Tat vorher gesagt hat, sie braucht für ein Netz einen Baukostenzuschuss und wo sie plötzlich, sobald es Wettbewerb gibt, sagt, wir können das sogar ohne Baukostenzuschuss machen. In anderen Orten erwarten sie den Zuschuss nach wie vor. Wir sind froh, wenigstens für 30 Ortsgemeinden Lösungen gefunden zu haben, ohne dass diese oder das Land Fördermittel bereitstellen müssen. Es wurde nach der Definition von Breitband gefragt. Der Breitbandatlas der Bundesregierung ging davon aus, bei einer Geschwindigkeit unter 1 Mbit/s könne man von Breitbandversorgung sprechen. Wir in Rheinland-Pfalz haben immer gesagt, dass es mindestens mehr als 1 Mbit/s sein müssen. Bei einer niedrigeren Geschwindigkeit kann man bei den heutigen technischen Anwendungen, die im Internet angeboten werden, nicht mehr über eine vernünftige Breitbandversorgung sprechen. Wir fördern allerdings ebenfalls, wenn eine Gemeinde sagt, wir wollen für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie für die Betriebe drei, vier oder fünf Mbit/s Bandbreite bereitstellen. Wir

sind bereit, auch das entsprechend zu fördern. Das halten wir für die nächsten Jahre für ausreichend. Wenn Sie eine deutlich schnellere Versorgung haben wollen, ist das in der Regel mit viel höheren Investitionssummen verbunden. Es gibt derzeit noch relativ wenige Anwendungen, die höhere Bandbreiten als 3 oder 4 Mbit/s benötigen. Es sind in der Regel nur Firmen, die höhere Bandbreiten haben wollen. In den allermeisten Fällen macht es Sinn, diese Zwischenlösungen umzusetzen, weil Sie dadurch binnen weniger Monate Ihren Bürgerinnen und Bürgern Breitband zur Verfügung stellen können. Man kann anschließend den nächsten Schritt, der in fünf, sechs oder zehn Jahren erfolgen muss, vorbereiten. In dieser Zeit haben die Bürgerinnen und Bürger dann bereits eine Breitbandversorgung. Häufig ist die Investitionssumme so gering, dass diese in dem Zeitraum bis zur Erweiterung bereits abgeschrieben ist. Daher lautet mein Appell, jetzt realistische Lösungen umzusetzen, damit die Lebensqualität und der Startervorteil vorhanden sind und außerdem jetzt schon an den nächsten Schritt zu denken, wie eine noch höhere Geschwindigkeit in einem zweiten Schritt realisiert werden kann.

Was die beste Technik ist, müssen nicht Sie entscheiden. Sie müssen lediglich entscheiden, welche Qualität von Breitband Sie haben wollen. Häufig legen Sie damit indirekt die Technik fest. Meist kann eine Bandbreite von 4-5 Mbit/s nur über Kabellösungen bereitgestellt werden. Sie legen nicht fest mit welcher Technik gearbeitet wird. Das ist Aufgabe des Marktes, ob es Anbieter gibt, die diese Leistungen erfüllen und zu welchem Preis. Warum sollten die Ortsgemeinden Vorgaben bezüglich der Technik machen? Dann könnten wir sie nicht mehr fördern, weil das eine Förderung ausschließen würde. Im Grunde ist es dem Bürger vollkommen egal, ob er eine W-LAN-Lösung verwendet oder eine Kabellösung. Ihn interessiert hauptsächlich die Frage, zu welchen Konditionen er welche Qualität bekommt. Deswegen müssen Sie das nicht festlegen und wir als Staat dürfen dies aus Wettbewerbsgründen nicht festlegen. Ich würde das auch für falsch halten, weil wir damit Innovationen ausschalten.

Es spricht Frau Soboth:

Ich starte den nächsten Aufruf. Wer möchte noch eine Frage stellen? Eine Runde können wir noch starten bevor ich in meine erste Gesprächsrunde einsteige.

Es spricht Herr Bergfeld:

Besteht nicht gerade für die kleinen Kommunen, so wie die Förderkulisse angelegt ist, ein bisschen die Gefahr der „Rosinenpickerei“, dass die Kommunen, die gerade noch mit geringen Fördermitteln erschlossen werden können, erschlossen werden und irgendwann nach dem zweiten oder dritten Schritt bleibt ein Rest übrig? Sie haben vorhin bereits angesprochen, diesen Rest muss man vielleicht über Satellit versorgen. Das ist bei den geforderten Bandbreiten sicherlich nicht die erstbeste Lösung, sondern das kann höchstens eine Restlösung sein. Ich sehe die Gefahr, dass bei dem jetzigen Vorgehen eine relativ große Restmenge übrig bleibt. Muss man deshalb nicht stärker in eine regionale Überlegung hineingehen, wie der Kreis Kusel das offenbar gemacht hat, dass man eine Strategie für Regionen stärker unterstützt und nicht einen Ansatz für einzelne Orte? Das Förderprogramm ist von seinem Grundsatz her eigentlich anders angelegt.

Es spricht Frau Soboth:

Ich würde noch eine weitere Frage zulassen.

Es spricht Herr F. Schwarz:

Ich bin Jungunternehmer und finde, die Richtwerte, die die Firmen angeben, sollten besser gekennzeichnet sein. Zum Beispiel gibt die Satellitentechnik eine Geschwindigkeit von 2 Mbit/s an, was für mich der Entscheidungsgrund war, im ländlichen Raum mein Unternehmen zu gründen. Bei starker Benutzung bricht das Netz jedoch leider zusammen. Für mich als Betreiber einer

Online-Firma war es schlimm, diesen Schritt zu machen und im Nachhinein festzustellen, dass die Angaben von den Firmen nicht realistisch sind. Ich denke, es wäre für den ländlichen Raum sehr interessant und wirtschaftlich sicherlich positiv, wenn man das stabil löst. Warum lautet die Lösung nicht einfach UMTS für alle? Das ist einfach zu machen und schnell zu realisieren. Das wäre gut für die Wirtschaft, wenn nicht so viele Häuser zerfallen würden und die Unternehmen nicht kaputt gingen. Deswegen denke ich, das sollte nicht den Anbieterfirmen überlassen werden, sondern man sollte sich aktiv darum kümmern, um die Wirtschaft im ländlichen Raum zu stabilisieren.

Es spricht Frau Soboth:

Ich schließe jetzt diese Runde. Wir werden nachher, nach der ersten Diskussionsrunde weiter diskutieren und da nehme ich alle anderen, weiteren Diskussionsbeiträge mit. Herr Hering, Sie haben das Wort.

Es spricht Herr Minister Hering:

Ich möchte zunächst den letzten Beitrag kurz aufzugreifen. Wir haben keine realistische Möglichkeit, von Seiten des Landes generell und flächendeckend Breitbandanschlüsse in Rheinland-Pfalz zu verlegen, wo die Telekom und andere Anbieter das nicht getan haben. Das ist eine klassische kommunale Aufgabe, deswegen haben wir das Förderprogramm auf den Weg gebracht. Wir plädieren genau für das, was Sie gesagt haben, schnelle Lösungen zu realisieren, lieber überschaubare gute Lösungen zeitnah umsetzen, weil es sofort Impulse für ländliche Regionen auslöst, und dabei schon vorzubereiten wie weitere Schritte aussehen können.

Wir haben das Förderprogramm bewusst so konzipiert, dass wir auch einzelne Gemeinden fördern können, denn wir wollen uns nicht dem Vorwurf, von Ortsgemeinden aussetzen, die zeitnah Lösungen umsetzen wollen, dies aber nicht können,

da ihre Nachbargemeinde nicht so zügig ist, weil die Nachbargemeinde nicht so sehr die Notwendigkeit sieht wie andere Gemeinden. Deswegen wollten wir ermöglichen, dass einzelne Gemeinden selbstverständlich entsprechende Anträge stellen können. Wir haben in Rheinland-Pfalz zum Teil Ortsgemeinden, die sehr viele Einwohner haben. Was wir stark unterstützen und in vielfältigen Veranstaltungen angeregt haben, ist die Kooperation zwischen mehreren Ortsgemeinden oder sogar Lösungen für den Bereich einer ganzen Verbandsgemeinde. Eine Versorgung kann dadurch viel effizienter geplant werden. Ein solches Konzept für einen ganzen Landkreis zu entwickeln, wie in Kusel, oder für einzelne Verbandsgemeinden, das fördern wir vom Land. Wir fördern ebenso die entsprechenden Gutachter, die ein solches Konzept erarbeiten und fördern anschließend die aus dem Konzept heraus resultierenden notwendigen Investitionen. Um solche Kooperationen zu ermöglichen, haben wir diese 40 Workshops durchgeführt. Häufig sind in diesen Workshops bereits die ersten Kontakte zustande gekommen. Wenn sich Ortsbürgermeister aus der Region in den Workshops getroffen haben und gemerkt haben, sie haben eine gemeinsame Zielsetzung, haben sie bereits dort begonnen über Kooperationen nachzudenken. Wenn ich die erteilten Förderbescheide betrachte, werden die allermeisten Gemeinden in Kooperationen Lösungen umsetzen und es werden weniger Einzellösungen sein.

Es spricht Frau Soboth:

Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Wie gesagt, wir haben später noch einmal die Möglichkeit weiter zu diskutieren.

Gesprächsrunde 1: Keine Chance ohne DLS

Es spricht Frau Soboth:

Wir beginnen nun unsere erste Gesprächsrunde „Keine Chance ohne DSL!“. Als ersten Gesprächspartner möchte ich gerne Herrn Bürgermeister Kunz zu mir bitten. Herr Kunz ist Bürgermeister der benachbarten Verbandsgemeinde Puderbach. Sie besteht aus 16 Ortsgemeinden mit 39 Ortsteilen und insgesamt ca. 15.000 Einwohnern. Ich habe im bundesweiten Breitband-Atlas recherchiert, dass die Gegend eine DSL-Verfügbarkeit von 75-95 Prozent hat und Satelliten-Internet gibt es ebenfalls. Ist das die Situation, die Sie bei sich in der Verbandsgemeinde Puderbach vorfinden oder können Sie die aktuelle Lage noch genauer beschreiben?

Es spricht Herr Kunz:

Das ist die Situation, die wir vorfinden. Ich kann aber schon sagen, vorgefunden haben. Wir arbeiten seit 2005 an der Verwirklichung der Breitbandanbindung. Damals hatten wir Probleme in einem Industriegebiet, das über 50 ha groß ist, direkt an der Autobahn A 3 liegt und wo die Gewerbeansiedlung deshalb erschwert wurde, weil überall der Ruf nach schnellem Internet laut wurde. Wir haben das damals mit Hilfe des Landes durch eine sehr schnelle, leistungsstarke Funklösung regeln können. Das hat die Betriebe, die in diesem Gewerbegebiet waren, erstmal befriedigt. Aber der Bedarf besteht nicht nur bei den Betrieben, sondern ebenso bei der Kommune selbst und wir haben ihn vor allen Dingen auch im privaten Bereich. Wir haben es uns als Verbandsgemeinde zur Aufgabe gemacht zu überprüfen, wer eine Internetversorgung hat und wer nicht. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass von unseren 16 Ortsgemeinden 5 absolut unzulänglich oder überhaupt nicht versorgt waren. Deshalb haben wir einen Beschluss gefasst und haben alle Gemein-

den gezwungen, sich eindeutig dazu zu bekennen, dass wir überall die gleichen Lebensverhältnisse haben wollen, auch in den 5 Gemeinden, die selbst keinen ausreichenden Internetanschluss über Kabel hatten. Wir haben diesen Beschluss im Verbandsgemeinderat herbeigeführt und fangen die vorhandene Unterdeckung über die Verbandsgemeindeumlage auf. Es hat keine der anderen Ortsgemeinden geklagt, man hat das in Einigkeit beschlossen. Daraufhin ist die Umsetzung angegangen worden und an diesem Punkt stehen wir jetzt.

Es spricht Frau Soboth:

Sie haben also das, was wir eben in dem Wortbeitrag gehört haben, bereits umgesetzt: die Kooperation in der Verbandsgemeinde, wo eine Ortsgemeinde die andere unterstützt.

Es spricht Herr Kunz:

Wir haben unseren Ingenieur aus der Verwaltung damit beauftragt, sich der Sache anzunehmen und haben alle Verfahrensschritte durchlaufen, die eben vom Minister geschildert wurden. Nun sind wir bereits in der konkreten Umsetzung. Dazu wird der Herr Furch von der KEVAG Telekom uns nachher noch etwas sagen. Die ersten Masten stehen, die Probeläufe haben stattgefunden und die Bürger sind zufrieden. Vor allen Dingen halte ich es für sehr wichtig, dass man jetzt eine Lösung anbietet. Es nützt nichts, in fünf oder zehn Jahren die beste Lösung zu haben, mit 15 oder 20 Mbit/s, sondern wir brauchen jetzt eine akzeptable Lösung für die Bürgerinnen und Bürger, damit man in dieser Region bleiben kann, damit man in dieser Region an die Welt angebunden ist. Das muss unser Ziel sein.

Es spricht Frau Soboth:

Sie sprechen das Projekt Oberdreis an, was das nächste ist, was bei Ihnen in der Vorbereitung ist, wenn ich das richtig sehe.

Es spricht Herr Kunz:

Das Projekt ist nicht mehr nur in der Vorbereitung, dazu werden wir gleich Näheres hören. Die Lösungen für die anderen Gemeinden sind ebenfalls ausgeschrieben und wir haben eine weitere Ausschreibung im Neubaugebiet laufen, die auf eine Kabellösung abzielt. Die Funklösung bietet sich an, um für die wirklich kleinen Orte eine mittelfristige Lösung herbei zu führen, die man kurzfristig nicht mit Kabel versorgen will, weil es sich zur Zeit unwirtschaftlich darstellt.

Es spricht Frau Soboth:

Sie sind in ihrer Verbandsgemeinde mit sehr viel Engagement gestartet und haben in der kurzen Zeit sehr viel geleistet. Haben Sie das allein aus kommunaler Kraft hinbekommen oder brauchen Sie dafür als Kommune Unterstützung?

Es spricht Herr Kunz:

Wir haben einige sehr engagierte Bürgermeister, der Ortsbürgermeister von Oberdreis, Herr Klein-Ventur z.B. und wir haben als Verbandsgemeinde die Bedarfsermittlung vor Augen. Wir haben die Bürgermeister damit beauftragt, in jedem Ort festzustellen, wo Straßen nicht versorgt sind, welche Orte nicht versorgt sind, wo wir diese 1 Mbit/s nicht erreichen. Wir haben gesagt, man muss etwas tun, um Immobilien-Wertverluste zu verhindern, aber auch schulische Ausbildungen auf Dauer möglich zu machen und um kleinen Handwerkern zu helfen. Der Landwirt, der heute nicht an das Internet angeschlossen ist, kann noch nicht einmal eine Vieh-Meldung machen, er kann keine Geburt eines Kalbes melden und er bekommt große Probleme mit den Behörden, wenn das nicht geregelt ist. Insofern ist das nicht nur eine Fragestellung für die großen Industriebetriebe, sondern auch für die kleinen Handwerker bis hin zum kleinen Bauern, ob er als Hobby-Bauer oder als Landwirt arbeitet, der davon leben muss.

Es spricht Frau Soboth:

Die Bedarfe, die in der Kommune vorliegen, sind demnach sehr breit gefächert, wie Sie schon sagen, bis hin zum landwirtschaftlichen Betrieb, der das Internet mittlerweile für seine Arbeit braucht. Jetzt würde ich gerne meinen zweiten Gesprächspartner zu mir bitten, den Herrn Furch von der KEVAG Telekom. Wir würden gerne, nachdem Herr Kunz uns sozusagen den Rahmen gesetzt hat für die VG Puderbach das Projekt Oberdreis genauer betrachten. Herr Furch, vielleicht können Sie uns einmal in einfachen Worten erklären, was dort jetzt genau geplant ist.

Es spricht Herr Furch:

Die KEVAG Telekom ist die Tochter zweier regionaler Energieversorger, nämlich der Süwag und der KEVAG sowie der Rheinzeitung als Medienunternehmen. Wir sind seit 1995 Provider und in den Landkreisen rund um Koblenz aktiv. Im konkreten Fall Oberdreis sind wir online, das heißt die Masten stehen. Damit sind wir letzte Woche fertig geworden. Es handelt sich dabei um eine Funklösung. Ich habe eine Folie mitgebracht an der man sieht, was wir dort aufgebaut haben.

Hier muss ich den Minister ein wenig ergänzen, denn wir haben in den Landkreisen Westerwald und Neuwied 180 Netze umgerüstet ohne einen Euro Subvention. Das haben die Süwag und KEVAG uns ermöglicht. Wir haben 180 Netze auf der Basis von Kabelfernsehinfrastruktur internetfähig gemacht mit 26 Mbit/s und, wenn Sie wollen, nächstes Jahr 100 Mbit/s, da haben wir sehr große Reserven.

Es ist häufig die Situation in topographisch bewegten Regionen, dass es in den Gemeinden rundherum Kabelfernsehen gibt. Das Problem ist, dass wir vielleicht in der Nachbargemeinde bereits Kabel liegen haben, dass wir aber, wegen der geringen Anzahl der Kunden, die dort zu erwarten sind, nicht zu vertretbaren Kosten die Erde aufreißen und neues Kabel legen können. Es ist immer das Problem, wie man die „dicke“ Leitung für das Internet erst einmal bis in die Gemeinde verlegt bekommt. In dem Fall Oberdreis wurden vier Standorte für eine Funklösung ausgesucht. Das sind komplexe Überlegungen, wohin die Masten gesetzt werden müssen, um möglichst 100 Prozent Abdeckung zu erreichen. Bei der Funklösung muss man immer bedenken, dass man annähernd Sichtverbindung braucht und dass man im Sommer bauen muss, weil im Winter die Blätter

4 Standorte



nicht da sind, die im Sommer Abschaltungen verursachen. Diese Lösung für Oberdreis ist jetzt gebaut. Damit sind für alle Einwohner mindestens 2,3 Mbit/s verfügbar. Wir haben darauf geachtet, dass wir Profi-Technik einsetzen und ganz bewusst keine preiswerte Technik, um die Qualität und die Versorgungssicherheit gewährleisten zu können. Die Angabe der Mbit/s ist nicht entscheidend, sondern, wie eben angedeutet, die Stabilität ist das Entscheidende.

Ein ganz wesentliches Kriterium ist die Preiserwartung. Sie ist unabhängig davon, was Sie als Bürgermeister oder als Unternehmen veranstalten. Sie können jederzeit überall schnelles Internet haben, wenn Sie sehr viel Geld dafür ausgeben. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist die Schere zwischen Wirtschaftlichkeit auf der einen Seite und dem Preis auf der anderen Seite. Das gilt für jedes anbietende Unternehmen. Die Preise müssen auf die Erwartungshaltung der Kunden abgestimmt sein.

Es spricht Frau Soboth:

Sie haben gerade erzählt, dass Oberdreis eine Funklösung erhält. Glauben Sie, dass das eine mittelfristig tragbare Variante ist? Wir haben vorhin vom Herrn Minister gehört, dass der Bedarf an Bandbreite immer weiter steigt. Gibt es da eine Grenze oder ist das jetzt eine Zwischenlösung und Sie würden sagen, dass man in Zukunft eine andere Variante braucht?

Es spricht Herr Furch:

Wir sind Kabelnetzbetreiber, betreiben aber ebenfalls hunderte von Richtfunkstrecken. Natürlich ist die Kabellösung, wenn sie denn vorhanden ist, die bessere Lösung. Bei der Funklösung haben wir Reserven was die Bandbreite angeht, wir könnten schon 10 Mbit/s anbieten. Wir wollen jedoch erstmal dafür sorgen, dass jeder stabil seine 4,6 Mbit/s bekommt, denn es hilft mir nicht,

wenn ich mit Werbeversprechen und Marketingprüchen auftrete und den Kunden 10 Mbit/s verspreche und nachher bricht das Netz zusammen, weil alle gleichzeitig surfen. Die Leitung bis in die Gemeinde hinein ist ganz entscheidend. Die Endtechniken sind bereits jetzt so weit, dass man sogar 14 Mbit/ss symmetrisch haben kann. Das ist etwas, was ich Firmen anbiete. Dabei geht es jedoch nur um die Technik. Diese Endgeräte sind relativ teuer. Daraus ergibt sich wieder ein relativ hoher Preis, der für Privatkunden zu hoch ist. Die Firmen haben einfach höhere Ansprüche. Daraus ergeben sich erhebliche Preisdifferenzen.

Es spricht Frau Soboth:

Sie sind heute sozusagen als Vertreter der Anbieterseite zu uns gekommen und haben aus meiner Sicht ein sehr erfolgreiches Projekt umgesetzt, was wir jetzt vorstellen können.

Es spricht Herr Furch:

Einen Einwurf möchte ich noch machen: Ganz wichtig ist die Infrastruktur und das ist uns ein Anliegen gewesen in der Zusammenarbeit mit der Verbandsgemeinde. Was Sie eben auf dem Bild gesehen haben, das ist letztendlich Gemeindeinfrastruktur. Diese Infrastruktur kann die Gemeinde nutzen wie sie möchte, über Gestattung und andere bewährte Mechanismen. Die Infrastruktur, in die die Gemeinde investiert hat oder die das Land gefördert hat, ist nicht nur technikneutral, sondern auch „Anbieter-neutral“.

Es spricht Frau Soboth:

Jetzt brauche ich meine Frage fast nicht mehr zu stellen, denn ich wollte Sie fragen, was Sie von Seiten der Gemeinden brauchen, um solche Projekte sehr schnell und erfolgreich platzieren zu können.

Es spricht Herr Furch:

Wir brauchen Leute, die das aktiv in die Hand nehmen und natürlich brauchen wir einen Beschluss der Gemeinde. Auf uns kommen tagtäglich Bürgermeister und Politiker aus verschiedensten Richtungen zu. Man sieht, dass es ein Vorteil ist, wenn man sich zusammenschließt. Ein großer Vorteil ist es, wenn man sagt, wir nehmen das jetzt gemeinsam in Angriff. Als Unternehmen haben wir natürlich den Vorteil, dass wir diesen vorgegebenen formellen Weg jetzt schon mehrfach gegangen sind und wissen, wie die Formalien letztendlich zu erfüllen sind.

Es spricht Frau Soboth:

Vielen Dank, Herr Furch, für die Vorstellung zu dem Projekt Oberdreis. Herr Kunz möchte noch etwas sagen.

Es spricht Herr Kunz:

Ich möchte noch einen Satz zu den Kosten sagen. Ich hatte gesagt, wir hatten uns das durch einen Verbandsgemeinderatsbeschluss bestätigen lassen und haben eigentlich mit sehr hohen Kosten gerechnet. Die Kosten haben sich jedoch in den letzten Jahren reduziert. Es sind mehrere Anbieter da, die auf einmal den Markt für sich entdecken, sogar bei uns auf dem flachen Lande. Dazu ist die großzügige Unterstützung durch das Land gekommen, die uns hilft. Daher wird die benötigte Summe wesentlich geringer sein, als wir sie anfangs kalkuliert hatten.

Es spricht Frau Soboth:

Ich danke Ihnen noch einmal für die Darstellung des Projektes in Oberdreis und würde jetzt gerne Herrn Schwarz zu mir bitten, damit wir das, was wir eben an einem Beispiel mit einer Funklösung gesehen haben noch ein bisschen vertiefen kön-



nen. Herr Schwarz kommt von der Firma Schwarz IT zu uns, das ist ein Dienstleistungsunternehmen hier im ländlichen Raum. Die Schwarz IT implementiert netzwerkgestützte Kommunikationslösungen für Unternehmen. Sie kennen daher eine Vielzahl von ländlichen Unternehmen als Dienstleister in der Beratung. Sie selbst firmieren in Wesselberg, in der Verbandsgemeinde Wallhalben und ich glaube, das kann man zum ländlichen Raum zählen. Sie stehen für uns jetzt auch als betroffener Unternehmer hier vorne. Sind Funklösungen aus Ihrer Sicht ebenfalls das Non plus Ultra? Über was reden wir eigentlich, wenn wir uns gedanklich mit der Anbindung des ländlichen Raumes an Breitbandtechnologie beschäftigen?

Es spricht Herr G. Schwarz:

Ich denke, generell ist immer eine kabelgebundene Lösung zu bevorzugen. Das steht außer Frage, nur es muss wirtschaftlich zu betreiben sein. Das ist von Anbieterseite unumgänglich. Bei einer Größenordnung von 200 oder 300 Anschlüssen wird das nie erreichbar sein. Die Gewerbekunden haben teilweise noch andere Anforderungen, wie Herr Furch vorhin bereits erwähnt hat. Es gibt Bandbreite bundesweit und immer, das ist nur eine Frage des Preises und wie viel man bereit ist dafür auszugeben. Wir haben bei uns am Standort eine leistungsfähige Standleitung von einem Anbieter schalten lassen, die zwar Kosten in einer Größenordnung von etwas 500 Euro im Monat verursacht, aber um an dem Standort bleiben zu können, war das unumgänglich. Eine Funklösung hatten wir ebenfalls angedacht, das Problem ist, dass auch dafür, was Herr Furch bereits erwähnt hatte, eine entsprechende Anbindung notwendig ist. Ich muss erstmal Bandbreite vor Ort haben, die ich verteilen kann. Die Verteilung selbst ist relativ unspektakulär. Wir haben in unserem Fall das Gespräch mit einem lokalen Energieversorger aufgenommen und haben diverse Rechenbeispiele durchgespielt. Der Versorger bietet leider nur die Bandbreite an und was man damit macht, ist einem selbst überlassen. Wir haben das durchgerechnet und waren kurz davor, in eine Realisierung zu gehen und so zumindest für das umgebende

Gewerbegebiet eine gewisse Abdeckung herbeizuführen. Das wurde jedoch deswegen obsolet, weil sich auch in unserem Fall tatsächlich die Telekom bewegt hat und das Gespräch gesucht hat, da es seit erstem Januar neue Vorgaben gibt, nach denen entschieden wird, welche Standorte ausgebaut werden. Das hat unsere komplette Planung in diesem Fall über den Haufen geworfen. Das ist nicht negativ, es muss jetzt mit anderen Vorgaben neu geplant werden. Eine Funklösung ist durchaus eine denkbare Lösung, häufig die einzig mögliche oder die einzig wirtschaftlich zu betreibende Lösung. Sie ist allerdings die B-Variante. Wenn irgendwo eine kabelgestützte Lösung herbeizuführen ist, ist diese meiner Meinung nach zu bevorzugen.

Es spricht Frau Soboth:

Demnach sind wir mit dem Leerrohr-Programm, das von Herrn Minister Hering vorgestellt wurde, genau auf der richtigen Spur.

Es spricht Herr G. Schwarz:

Ja absolut. In unserem Bereich sind die Planungen ebenfalls durch die neuen Möglichkeiten des Leerrohr-Programms in andere Richtungen gerückt. Ich wurde von Seiten der Verbandsgemeinde auf die Problematik mit der Bandbreite an diesem Standort angesprochen und darum gebeten, mich um das Thema zu kümmern, daher kenne ich mich mit der Materie relativ gut aus. Ich war bei einigen Veranstaltungen zum Breitbanddialog dabei und habe dort Vorträge zu dem Thema gehalten.

Es spricht Frau Soboth:

Das knüpft gut an den ersten Wortbeitrag von Herrn Herzog vorhin an: Wir haben eine Vielfalt an Anbindungsmöglichkeiten. Wie kommt die Kommune denn nun zu der für sie besten Lösung? Müssen dazu Beratungsprojekte gestartet werden? Wie schätzen Sie das ein?

Es spricht Herr G. Schwarz:

Es gibt tatsächlich die Möglichkeit, solche Beratungsleistungen anzufordern. Es gibt diverse Anbieter, die das machen und die anbieterneutral beraten. Beratung bietet natürlich jeder Anbieter auf seine Art und Weise. Nach meinem Wissensstand ist sogar diese Beratungsleistung förderfähig, wenn ich das vorhin von Ihnen richtig verstanden habe, Herr Minister Hering, kann diese Beratungsdienstleistung durchaus über eine Ausschreibung eingekauft und gefördert werden.

Es spricht Frau Soboth:

Und das würden Sie empfehlen?

Es spricht Herr G. Schwarz:

Das würde ich auf jeden Fall empfehlen, zumindest in dem Fall, wo es tatsächlich um mehrere Gemeinden oder, wie in unserem Fall, sogar über mehrere Verbandsgemeinden hinweg nötig ist eine entsprechende Zusammenarbeit herbeizuführen und Auswertungen zu machen. Wie gesagt, es ist im Prinzip für jeden Standort eine eigene Planung notwendig, die Gesamtlösung baut jedoch teilweise aufeinander auf. Das heißt, wenn tatsächlich eine Ortslage mit Kabel zu erschließen ist, kann ich meine Planung komplett neu darauf ausrichten. Es sind durchaus übergreifende Tätigkeiten notwendig, in unserem Fall sogar verbandsgemeindeübergreifend.



Es spricht Frau Soboth:

Da ich jetzt die Chance habe, Sie in Doppelfunktion hier vor Ort zu haben, als Berater für Unternehmen und auch als Unternehmer: Berichten Sie doch mal über ein oder zwei Fälle, wo Sie gemerkt haben, dass der Internetanschluss ganz wichtig für unternehmerische Entwicklungen im ländlichen Raum ist.

Es spricht Herr G. Schwarz:

Wir haben mit relativ hohem finanziellen Aufwand für uns im Gewerbegebiet eine interne Lösung geschaffen. Da kommt es teilweise zu solchen Anekdoten, dass der Gerüstbauer von gegenüber einen E-Mail-Anhang mit Bildern von einem Gerüst, das er aufgestellt hat, bekommt, die Bilder über seinen ISDN Anschluss jedoch nicht herunterladen kann und uns fragt, ob wir das für ihn tun können.

Wir sind mittlerweile zur zentralen Anlaufstelle geworden. Ähnlich wie es früher mal ein zentrales Telefon irgendwo in einer Kneipe gab, sind wir jetzt der Ansprechpartner vor Ort für das Breitband. Ich bekomme hin und wieder von einem Weltmarktführer der Brenneretechnik, eine Anfrage, ob ich nicht seinen Plan schnell in die Mongolei schicken könnte, der müsste in einer Stunde dort sein und der eigene Anschluss ist nicht schnell genug. Das sind teilweise interessante Begegnungen, denn auch ein Unternehmen, was nicht Internet- oder e-Commerce-lastig ist, kann in eine Situation kommen, wo es die Bandbreite braucht.

Es spricht Frau Soboth:

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Ausführungen und würde gerne meinen nächsten Gesprächspartner zu mir bitten.

Als nächsten Gesprächspartner darf ich Herrn Flick begrüßen. Er kommt vom Wirtschaftsservicebüro des Landkreises Kusel zu uns und arbeitet

an dem Projekt, was bereits mehrfach kurz Thema war. Er ist heute in Vertretung für Herrn Weyrich hier. Herr Flick, sagen Sie uns doch noch einmal wie Sie im Landkreis Kusel an Ihr Projekt herangegangen sind, das heute bereits ministerial gewürdigt und gepriesen wurde.

Es spricht Herr Flick:

Das Projekt würde ich sehr gerne kurz vorstellen. Die Bedarfssituation im Landkreis war offensichtlich. Wie extrem das war, hat sich durch fast wöchentliche Anrufe bei uns auf der Kreisverwaltung manifestiert. Die Anfragen reichten vom privaten Wohnungsmarkt über Versorgungsdienstleister bis hin zu Arztpraxen. Es war eine ganz klare Standortfrage. Ich kann nur bestätigen, dass Breitband mittlerweile wirklich ein knallharter Standortfaktor geworden ist. Teilweise ist es sogar existenzbedrohend, wenn z.B. Ärzte sagen, sie können keine Abrechnung mit der Krankenkasse durchführen, weil die Bandbreite nicht ausreicht. Wir mussten uns deshalb überlegen, was mit unserem Standort weiter passiert. Es gab eine Vielzahl von Bedarfsmeldungen, einerseits aus dem privaten Sektor, andererseits über die Ortsbürgermeister. Die Frage, die uns häufig gestellt wird, ist, warum das bei uns an zentraler Stelle der Landkreis koordiniert. Wir haben uns da nicht in den Vordergrund gedrängt, sondern der Bedarf und die Nachfrage wurden an uns herangetragen. Ebenso wurde die Bitte geäußert, das an einer zentralen Stelle zusammenzuführen, weil man Angst vor der Rosinenpickerei hatte, das wurde soeben bereits angesprochen. Solche Tendenzen gab es bei uns ebenfalls.

Ich gebe vielleicht mal einen kurzen Überblick, weil nicht jeder den Landkreis Kusel kennt. Wir sind sehr stark ländlich geprägt, 50 Prozent unserer Ortsgemeinden haben weniger als 500 Einwohner. Man kann sich vorstellen, dass es nur sehr wenige Gemeinden gibt, die überhaupt für einen Anbieter wirtschaftlich interessant sind. Das war die Voraussetzung für unser Projekt, dass jeder von der Breitbandversorgung her in einer ähnlich prekären Situation war, ob mit DSL-light oder

knapp DSL 1000, es herrschte einfach die gleiche Ausgangssituation. Deshalb war es nicht schwer gemeinschaftlich etwas auf den Weg zu bringen.

Es spricht Frau Soboth:

Gerade diesen gemeinschaftlichen Punkt finde ich sehr bemerkenswert, dass man sagt, es beteiligen sich verschiedene Ortsgemeinden. Das bedeutet, dass eine Gemeinde, die besser versorgt ist eine andere Gemeinde unterstützt, die schlechter versorgt ist. War das gar kein Thema bei Ihnen vor Ort?

Es spricht Herr Flick:

Wir haben, um den Ablauf einmal darzustellen, zu Beginn des Projektes Informationsveranstaltungen durchgeführt. Um die Gebietsabgrenzung noch einmal zu nennen, das Projektgebiet umfasst nicht nur auf den Landkreis Kusel, sondern es sind Ortsgemeinden aus vier Landkreisen beteiligt. Wir haben dieses Gebiet so zusammengefasst, weil es dort bereits wirtschaftliche und touristische Verflechtungen gibt. Auf diesen Informationsveranstaltungen wurde ganz klar der Auftrag formuliert, dass der Landkreis die koordinierende Funktion wahrnehmen soll.

Es spricht Frau Soboth:

Sagen Sie uns doch noch einen Satz dazu, wie der aktuelle Projektstand ist. Was machen Sie gerade, wie weit sind Sie vorangeschritten?

Es spricht Herr Flick:

Wir haben, nach intensiver Abstimmung mit der Breitbandgeschäftsstelle des Landes, den Weg beschritten, wie ihn der Minister bereits beschrieben hat. Das Ergebnis des Interessenbekundungsverfahrens war, dass wir eine Förderung brauchen. Wir haben uns entsprechend den Richtlinien des

Programms weiterbewegt und haben uns eines Fachberaters bedient, um überhaupt zu einer Lösung zu kommen, die realisierbar ist. Der aktuelle Stand ist, dass wir mitten in der Ausschreibung sind und voller Spannung auf die Ergebnisse warten, die hoffentlich Ende Mai in positiver Form vorliegen.

Es spricht Frau Soboth:

Ich habe in der Vorbereitung gesehen, dass Sie Ihr Projektgebiet noch einmal in Teilräume unterteilt haben. Das ist nicht unbedingt zwingend logisch, warum ist das aus Ihrer Sicht gut und warum haben Sie das gemacht?

Es spricht Herr Flick:

Das war ein zentrales Ergebnis unserer Fachberatung. Wir haben für alle Gemeinden und alle Projektbeteiligten das gleiche Ziel. Wir haben einen Mindeststandard gesetzt, der überall gewährleistet werden soll. Der liegt bei uns bei 3 Mbit/s. Nun ist die Vorgabe, wir sollen technikneutral bleiben, was auch in unserem Interesse ist, um wirklich spezielle Lösungen vor Ort finden zu können. Wenn ich dieses Gesamtgebiet betrachte, wir reden hier über 76 Ortsgemeinden, die räumlich teilweise sehr weit auseinander liegen, wäre es ziemlich wahrscheinlich, dass es zwar eine Lösung für das Gesamtgebiet gäbe, allerdings zu erhöhten Kosten. Durch die Aufteilung sind nun vereinzelte ortsspezifische Lösungen möglich, die mit Sicherheit kostengünstiger zu realisieren sind.

Es spricht Frau Soboth:

Hintergrund der Unterteilung ist also eine wirtschaftliche Überlegung?

Es spricht Herr Flick:

Ja, auf jeden Fall.

Es spricht Frau Soboth:

Wir haben jetzt die Vorstellung der Projekte beendet. Ich würde gerne alle Gesprächspartner noch einmal zu mir bitten. Ich denke, dass es sehr interessant ist, Projekte anzuschauen, die schon ein paar Schritte weiter sind. Daraus kann man in anderen Regionen und Ortsgemeinden oder Verbandsgemeinden lernen.

Jetzt kommt wieder Ihre Chance, denn wir dürfen wieder diskutieren. Wer möchte eine Frage an das Podium stellen?

Es spricht Herr Kring:

Ich habe ein ganz konkretes Beispiel aus der Praxis, was für viele kleine Gemeinden zutrifft, auch im Fall Kusel. Es geht um Gemeinden mit 200 bis 1.000 Einwohnern. Die Breitbandversorgung ist mangelhaft, sagen wir 750 kBit und die Hälfte des Ortes hat nur die Hälfte davon. Man bietet eine Funklösung an, die sagen wir, stabil, etwas über 1 Mbit/s liefert, mehr nicht. Dafür soll der Bürger 30 bis 35 Euro im Monat bezahlen. Das ist den Bürgern zu teuer. Wir finden keine Leute, die auf das Angebot eingehen. Ich weiß aber, für die Zukunftsfähigkeit des Ortes ist es dringend notwendig, dass etwas passiert. Das ist das Problem bei dieser Angelegenheit.

Es spricht Frau Soboth:

Möchten Sie diese Frage direkt an jemandem hier auf dem Podium stellen?

Es spricht Herr Kring:

Vielleicht hat jemand, der in einer ähnlichen Situation ist, eine Lösung.

Es spricht Herr Furch:

Sie sprechen genau das an, was ich soeben bereits erwähnt habe: Sie bekommen als Bürgermeister

die Schelte für einen teuren Preis bei einer relativ geringen Leistung. Das muss man von Anfang an berücksichtigen. Die anbietenden Firmen können in der Ausschreibung sagen, zu welchem Preis sie anbieten. Man darf dabei nicht vergessen, dass Sie einen Preis haben müssen, der im Verhältnis zu der Leistung steht und den die Leute akzeptieren. Das ist genau das Thema. Wir haben in unserem Unternehmen schon im Vorfeld gesagt, dass bei mindestens 2,3 oder 3 Mbit/s der Einstieg nicht teurer sein darf als knapp unter 20 Euro. Dadurch verändert sich natürlich die Kalkulation.

Es spricht Frau Soboth:

Ich würde wieder vorschlagen, dass wir zwei, drei Wortbeiträge sammeln. Anschließend verteilen wir die Fragen hier vorne an die Experten.

Es spricht Herr Junk (DLR Westpfalz) Ortsgemeinde Oberstaufenbach im Landkreis Kusel:

Ich würde gerne Herrn Flick bitten, dass er noch ein paar Ausführungen zu der Solidargemeinschaft im Landkreis Kusel macht. Das ist, meines Erachtens nach, ein Knackpunkt, wie tatsächlich alle Gemeinden im ländlichen Raum mit dieser Technik versorgt werden können.

Es spricht Herr Herzog:

Haben Sie in Ihrer Vorgehensweise auch von anderen Programmen zur Finanzierung profitiert? Von dem Tourismus-Entwicklungsprogramm, ILE, ILEK zum Beispiel oder in dem speziellen Fall von dem Leerrohr-Programm der Landesregierung?

Es spricht Prof. Lorig:

Herr Junk hat die Solidargemeinschaft angesprochen, die wir vom Ministerium dort im Süden des Landes mit angeregt haben. Das ist ein Netzwerk, was wir von Seiten des DLR initiiert und aufgebaut haben. Wir haben mögliche Netzwerkpartner identifiziert, Sie waren teilweise mit dabei. Ist das

für Sie wichtig, dass man, wenn es an irgendeiner Stelle im Lande stockt, weitere Netzwerke aufbaut? War das eine positive Erfahrung? Oder würden Sie sagen, dass sich das erledigt hat, da wir 2.000 Leute in 40 Workshops geschult haben?

Es spricht Frau Soboth:

Ich gebe mein Mikrophon zuerst einmal an Herrn Flick.

Es spricht Herr Flick:

Vielen Dank, Herr Junk, für diese Frage. Ich werde gerne auf diese Solidargemeinschaft eingehen und das noch ein bisschen näher darstellen. Ich denke, das zeigt die Einmaligkeit dieses Projektes und ist der Grund dafür, warum seitens der Gemeinden die Verantwortung in diesem Fall ohne Probleme in diese zentrale Koordinationsstelle überführt wurde. Wir hatten eine Machbarkeitsstudie durchgeführt aus der hervorging, dass, je kleiner die Gemeindegröße ist und je abgechiedener die Lage und sonstige topographische Restriktionen, die mit hineinspielen, die Kosten im Gegenteil umso mehr in die Höhe schnellen. Insofern war bei uns die Überlegung, wie wir diese Kosten aufteilen können. Der erste Gedanke, der einem da in den Kopf springt ist, die Kosten entweder nach Einwohnerzahl oder nach Gemeindegröße aufzuteilen. Das wäre für unser Projekt jedoch der Todesstoß gewesen, weil diese Aufteilung komplett gegenläufig wäre, denn die größeren Gemeinden, die eher wirtschaftlich erschließbar sind, hätten die geringeren Kosten zu tragen. In diesem Sinne wurde von uns ganz klar entschieden, dass es eine Solidarlösung gibt. Das heißt in unserem Fall, jede teilnehmende Gemeinde zahlt den gleichen Beitrag. Das ist eine einfache Abrechnung nachher, die gesamten Kosten werden dementsprechend aufgeteilt. Das

hat den charmanten Vorteil, bei der Vielzahl der teilnehmenden Ortsgemeinden, dass es für jede Gemeinde, auch für Kleinst-Gemeinden, von denen wir mehrere im Landkreis haben, immer noch erschwinglich ist. Dadurch kommt man zu einer Lösung, die in naher Zukunft realisiert werden kann und wo man nicht mit Unsummen Lösungen in der fernen Zukunft anstrebt.

Das Netzwerk war sicherlich eine positive Erfahrung. Das war ein sehr guter Ansatz, denke ich, der zielführend war und der sollte mit Sicherheit weitergeführt werden.

Es spricht Frau Soboth:

Ich denke, Herr Kunz wird der Antwort zum Solidargemeinschaft nur zustimmen können, deswegen darf er die Frage nach den anderen Förderungen in diesem Projekt beantworten.

Es spricht Herr Kunz:

Wir sind mit unserer Verbandsgemeinde im Regionalmanagement beteiligt, das war sicherlich ein Vorteil bei der Schnelligkeit der Abwicklung. Wir sind das Thema schon 2005 angegangen und haben 2007 diesen Beschluss der Solidargemeinschaft gefasst, der von der Kommunalaufsicht sicherlich hinterfragt werden könnte, weil wir alle Gemeinden gleichgestellt haben und das über die



Verbandsgemeindeumlage abwickeln. Insofern sind alle nach ihrer Wirtschaftskraft gefordert und diejenigen, die wirtschaftlich sehr stark sind, die hatten das schnelle Internet bereits, die mussten aber mit zahlen, weil wir da unsere Industriegebiete an der Autobahn aufgereiht haben und die Gemeinden im Hinterland haben nun dadurch diese Begünstigung erhalten. Ich halte das für gerecht und wir haben keine Einsprüche erhalten. Die Förderung hatten wir ursprünglich mit 50 Prozent geplant, das war das, was das Land in Aussicht gestellt hatte. Die Kosten, die wir kalkuliert hatten, waren höher als das, was in den Ausschreibungen letztendlich herauskam. Von dem Leerrohr-Programm profitieren wir jetzt in einer Gemeinde ebenfalls, das ist aufgegriffen worden und wird bezuschusst. Die Unterstützung durch das Land ist sehr stark und ich kann die Kollegen nur dazu ermuntern, dieses Thema konkret anzugehen. Man bekommt alle Hilfen und wenn später noch einzelne Fragen sind, kann ich anbieten, gemeinsam mit unserem Ingenieur dem einen oder anderen Ortsbürgermeister Hilfe zu leisten.

Es spricht Frau Soboth:

Ich denke, genau das ist der Punkt, warum wir nachher noch gemeinsam bei Schnittchen zusammen stehen werden. Darauf werden wir zurückkommen. Ich habe noch Zeit für eine weitere Fragerunde hier an das Podium, wer möchte noch eine Frage platzieren?

Es spricht Herr F. Schwarz:

Ich möchte meine Frage von vorhin noch einmal spezifizieren. Herr Furch hat bestätigt, dass die Leistungsangaben der Firmen immer „bis zu“ gemacht werden. Damit habe ich mir selbst geschadet bei meiner Internetfirma. Das ist die Problematik und das wollte ich vorhin eigentlich ausdrücken, dass man spezifizieren muss, wie stabil die Verbindung ist. Im schlimmsten Fall, wenn jeder der Nutzer online ist, was für eine Leistung ist dann noch effektiv vorhanden? Das ist der Wert, der eigentlich interessant ist, nicht die maximal mögliche Leistung.

Es spricht Herr Junk:

Ich hätte noch eine Frage an Herrn Schwarz, der ja in der Südpfalz tätig ist und dort gibt es ebenfalls ein Regionalmanagement. Könnten Sie vielleicht noch berichten, wie schwierig es ist, diese Solidargemeinschaft zusammen zu bekommen. Ich denke, da ist im Vorfeld viel Aufklärungsarbeit, unter anderem über Netzwerke, notwendig. Man muss den Gemeinden, die relativ gut versorgt sind, beibringen, dass man mit der Technik gehen muss, um Morgen nicht im Abseits zu stehen.

Es spricht Frau Soboth:

Jetzt gebe ich mein Mikrophon zunächst noch einmal an Herrn Furch, der vielleicht noch etwas zur Stabilität der Angebote sagen kann.

Es spricht Herr Furch:

Letztendlich haben Sie nur noch einmal bestätigt, dass es, was die Preis- und Produktgestaltung angeht, verschiedene Modelle mit unterschiedlichem Seriositätsgrad gibt. Diese „bis zu“-Angaben sind allerdings teilweise auch aus rechtlichen Gründen erforderlich. Selbst bei uns würden Sie da ein „bis zu“ finden. Tatsache ist, dass der Kunde entscheidet, im Zweifelsfall mit den Füßen. Wenn man sagt, man bietet 26 Mbit/s, was wir zum Beispiel im Kabelnetz anbieten und ich biete dem Kunden dauerhaft unter 6 Mbit/s, dann habe ich einen unzufriedenen Kunden. Der wird mir spätestens nach der Mindestbindungsfrist, wenn es denn eine gibt, das ist ebenfalls eine Frage der Produktgestaltung, den Rücken kehren. Ich wundere mich immer wie viele Leute noch solche Produkte generieren.

Es spricht Frau Soboth:

Jetzt gebe ich Herrn Schwarz noch einmal das Mikrophon zu dem Punkt Solidargemeinschaft.

Es spricht Herr Schwarz:

Ich möchte vorher noch einmal kurz eine Ausführung zu Ihrer Frage machen, Herr Schwarz. Ich würde sagen, dass in Ihrer Situation Referenzprojekte sehr interessant sind und würde empfehlen, sich mal mit Benutzern oder mit Kunden in Verbindung zu setzen, die diese Lösung schon einsetzen, weil man von denen in der Regel eine ehrliche Aussage bekommt. Ich kann nur empfehlen mal zu recherchieren, welche Anbieter haben in welchen Regionen bereits Projekte realisiert und einfach mal jemanden anzusprechen und nach der Zufriedenheit und Stabilität zu fragen. Das kann ich Ihnen als Tipp geben. Jeder dieser Anbieter ist stolz auf seine Referenzprojekte und wenn die nicht öffentlich zugänglich sind, würde ich mir Gedanken machen.

Zur Frage von Herrn Junk zu dem Thema Netzwerk möchte ich sagen, dass ich zu dieser Thematik dazu gebeten wurde, weil ich selbst Betroffener bin und ein Standortwechsel für mein Unternehmen anstand und ich den Kontakt zu unserer Verbandsgemeinde gesucht habe um nach der mittelfristigen Planung zu fragen. Kann ich mein IT-Unternehmen, was zwingend auf Bandbreite angewiesen ist, nach wie vor im Gewerbegebiet positionieren oder muss ich auf Alternativen ausweichen? Ich wurde aufgrund meiner Kenntnisse für zuständig erklärt und sollte mich um die Breitbandversorgung kümmern. Wir haben sehr viele Gespräche geführt was das Netzwerk angeht. Wir haben im Zuge dieser ILEK-Förderung, die gerade neu aufgelegt wurde, den Kontakt zum DLR gesucht. Wir haben damals den Kontakt zu Herrn Dr. Wiesch (MWVLW) aufgenommen und waren deshalb mehrmals in Mainz und haben das Gespräch gesucht darüber, was es an Möglichkeiten gibt. Es gab, als wir damit angefangen haben, noch eine andere Fördermöglichkeit für Gewerbegebiete. Es gab ein bisschen Klärungsbedarf, ob dieses Programm noch existiert oder ob es in dem neuen Förderprogramm aufgeht. Welche Sonderbedingungen könnten eventuell noch gelten? Es wurde relativ viel abgefragt. Wir haben den direkten Kontakt zu sehr vielen An-



biern gesucht, weil man erstmal abklären muss, ob es möglicher Weise einen Anbieter gibt, der die Anbindung umsonst machen würde. Das war unsere erste Verantwortung, zu recherchieren, was für Möglichkeiten es überhaupt gibt und welche Techniken in Frage kommen. Der nächste Schritt, wozu wieder ein Netzwerk wichtig war, war die Frage, welche Gemeinden zusammengefasst werden sollten. Bleibt man in der Ortsgemeinde oder in der Verbandsgemeinde oder geht man mit dem Ansatz daran, dass man prüft, für welches Gebiet welche Lösung technisch möglich ist. Das kann durchaus auch verbandsgemeindeübergreifend sein, zum Beispiel, dass man Vorwahlbereiche einer bestimmten Ortsvermittlungsstelle zusammenfasst. Auch darüber wurden mit vielen Nachbargemeinden Gespräche geführt. Das gesamte ILE-Fördergebiet umfasst im Moment vier Verbandsgemeinden, die alle in diese Gespräche mit einbezogen wurden. Teilweise arbeiten die Gemeinden mit sehr hohem Engagement an dem Thema, teilweise mit weniger, abhängig davon, wie sich die Situation in der jeweiligen Verbandsgemeinde darstellt und welcher Abdeckungsgrad bereits vorhanden ist. Da haben wir teilweise Unterschiede festgestellt, dass entweder das Problem noch gar nicht realisiert wurde oder der Leidensdruck nur gering ist. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn man nur ein oder zwei Straßenzüge hat, die nicht erschlossen sind und für die findet man eine einfachere eigene Lösung. Gerade mit den eher zögerlichen Gemeinden mussten sehr viele Gespräche geführt werden, was sehr aufwändig war. Wir haben versucht, eine komplett Ausschreibung für die Beratungsleistung für diese vier Verbandsgemeinden zu bekommen und haben diese Ausschreibung durchgeführt. Bis zu dem Zeitpunkt als diese Ausschreibung verteilt wurde sind jedoch zwei Verbandsgemeinden wieder abgesprungen. Die Planung ist recht mühsam, vor allem weil man ständig auf neue Ausgangslagen reagieren muss. Wenn ein Anbieter sich entscheidet an einer Stelle doch zu bauen oder sich die Gelegenheit bietet z.B. Hochspannungsleitungen zu nutzen, dann muss jedes Mal das komplette Konzept neu überarbeitet werden um auf diese neue Situation zu reagieren. Deshalb ist das Netz-

werk extrem wichtig, wobei es sinnvoll, verbands-gemeindeübergreifend zusammengestellt werden muss.

Es spricht Herr Herzog:

Was sind die Gründe dafür, dass zwei Verbandsgemeinden wieder abgesprungen sind?

Es spricht Herr Schwarz:

Das ist eine interessante Frage um deren Beantwortung ich mich derzeit noch bemühe. Insgesamt waren in dem Fall sogar fünf Verbandsgemeinden betroffen: Zweibrücken Land, Thaleischweiler, Pirmasens Land, Waldfischbach und Wallhalben. Es wurde übergreifend eine Beratung ausgeschrieben, aber zwei der fünf Gemeinden haben wieder zurückgezogen, möglicher Weise vor dem Hintergrund, dass bereits eine Lösung ausstand, weil irgendein Anbieter gesagt hat, das ist kein Problem ich mache das für euch. In solch einem Fall ist natürlich die Beratungsdienstleistung wieder obsolet. Das Gebiet war vielleicht ein bisschen zu groß gefasst. Daraus würde ich als Fazit ziehen, dass es, wenn es zu viele verschiedene Ansprechpartner gibt, zu komplex wird.

Es spricht Frau Soboth:

Dieses Thema ist ein sehr komplexes Thema mit vielen Lösungen, vielen Beteiligten und vielen Ansprechpartnern, die man irgendwie unter einen Hut bringen muss. Von daher ist gut zu verstehen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Ich bedanke mich bei meiner ersten Gesprächsrunde zum Thema „Keine Chance ohne DSL!“ und freue mich über die sehr schöne und angeregte Diskussion. Des Weiteren möchte ich mich bei Herrn Minister Hering bedanken, der uns jetzt absprachegemäß wegen weiterer terminlicher Verpflichtungen verlassen wird. Ich denke, dass wir ihm das ein oder andere mit auf den Weg zu seinem nächsten Termin gegeben haben und freue mich, dass er hier war.

Die Veranstaltung ist nicht zu Ende, wir machen nur einen gedanklichen Sprung. Wir haben uns bisher mit dem Thema Breitband-Internet beschäftigt, also mit der Infrastruktur und werden uns jetzt einem Bereich zuwenden, wo das Internet und die Frage der Breitbandanbindung eine Voraussetzung dafür ist, was in dem Bereich alles gemacht werden kann.

Gesprächsrunde 2: Lernen und betreuen – Neue Kommunikationskonzepte

Es spricht Frau Soboth:

Hiermit möchte ich die zweite Gesprächsrunde „Lernen und betreuen – neue Kommunikationskonzepte“, ich füge mal an „neue Chancen für den ländlichen Raum“, beginnen und begrüße als erste Gesprächspartnerin Frau Lonz als Leiterin der Landesgeschäftsstelle „Medienkompetenz macht Schule“. Sie ist gleichzeitig auch als e-Tutorin tätig. Vielen Dank, Frau Lonz, dass Sie heute bei uns sind.

Meine erste Frage wäre, ob Sie uns kurz erklären können, was eigentlich unter dem Einsatz neuer Medien in der Schule zu verstehen ist.

Es spricht Frau Lonz:

Vielen ist gar nicht bewusst, dass in den letzten Jahren das Internet und die neuen Medien in den Unterricht in der Schule Einzug gehalten haben. Der Einsatz des Internet beginnt bei einer normalen Informationsrecherche und reicht bis in fast alle Fächer hinein. Das geht von der Kommunikation mit Partnerschulen europä- und weltweit und einer gemeinsamen Arbeitsplattform mit denen, bis in die Naturwissenschaften, wo man inzwischen Experimente abrufen und über das Internet beobachten kann. Im Sportunterricht kann man sich zum Beispiel Bewegungsabläufe anschauen und diese analysieren. Das wird tatsächlich bereits genutzt. Das ist die erste Ebene.

Eine zweite Ebene bilden sogenannte Lernplattformen. Die haben sich in den letzten zwei, drei Jahren entwickelt, vor allem durch die bessere Breitbandanbindung in der Schule und zu Hause. Das heißt, man arbeitet, man macht Hausaufgaben und Hausaufgabenbetreuung auf einer



Plattform im Internet. Das bedeutet z.B. für einen Klassenlehrer, dass er organisatorische Abwicklungen darüber machen kann und dadurch einen sehr viel entspannteren Vormittag hat. Glauben Sie mir das, ich war zwanzig Jahre an Schulen tätig, die letzten zehn Jahre als Klassenlehrerin und bin schon seit 1998 mit meinen Schülern im Internet. Ein anderer Punkt ist, dass man eine zusätzliche Kommunikationsebene hat. Es gibt einige Schüler, die Probleme damit haben, sich mit jemandem von Angesicht zu Angesicht auseinanderzusetzen und es hat sich gezeigt, dass solch ein Medium manchmal Türen öffnen kann.

Es spricht Frau Soboth:

Das heißt, die Akzeptanz für neue Medien in den Schulen ist bei den Schülern hoch. Sehen die Lehrer das genauso? Setzen die das Internet gerne ein?

Es spricht Frau Lonz:

Ich denke, dass es vor allem von den Schülern eine hohe Akzeptanz gibt. Die Lehrer müssen zuerst natürlich Fort- und Weiterbildung für die Technik und deren Einsatz machen. Da war das Land Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren sehr aktiv. Manchmal ist ein bisschen Propaganda im Spiel, wenn ein Lehrer solche neuen Medien und Lernformen einsetzt und ein anderer Lehrer tut sich damit etwas schwer, dann regen ihn die Schüler dazu an, das ebenfalls einzusetzen, weil es ihnen Spaß macht.

Es spricht Frau Soboth:

Sind wir noch auf der Ebene der pilothaften Anwendungen oder sind wir schon so weit, dass sich das standardmäßig fortsetzt in den Schulen? Und wenn das so ist, gibt es bestimmte Anforderungen an die Ausstattung der Schulen? Das Thema Breitbandinternet haben wir bereits diskutiert. Wo geht der Trend hin? Wo müssen wir an den Schulen nachrüsten?

Es spricht Frau Lonz:

Das Breitband ist eine ganz wichtige Sache, deswegen passt das Thema meiner Meinung nach so gut hierhin. Die Lebenswelt der Schüler ist inzwischen die virtuelle Welt. Das heißt, Internet und Handy gehören dazu. Die Schüler bewegen sich virtuell, kommunizieren und arbeiten virtuell, auch im Freizeitbereich. Und weil die neuen Medien nicht nur die Chancen bieten, die ich eben dargestellt habe, sondern auch Risiken, muss auch die Schule im Unterricht präventiv arbeiten und diese Arbeit nicht nur den Eltern überlassen. Darauf wieso das so wichtig ist und wo die Risiken bestehen wird Frau Luig-Kaspari gleich noch eingehen. Wir haben in dem Programm „Medienkompetenz macht Schule“ gesehen, dass das Bedürfnis nach Unterstützung in diesem Bereich sowohl bei Eltern als auch bei Lehrern vorhanden ist. Wir haben im letzten Jahr über 600 Jugend-Medienschutz-Berater an Schulen ausgebildet. Über ein Portal haben wir 180 Elternabende zu diesem Thema mit externen Fachleuten abgewickelt. Wir arbeiten weiter daran. Es ist wichtig, den Schülern und Lehrern das Internet zur Verfügung zu stellen, weil es ein selbstorganisiertes, aktives Arbeiten ermöglicht. Online-Fortbildung ist mittlerweile eine wichtige Sache auch für Lehrer, obwohl das im Land kaum bekannt ist. Seit einigen Jahren werden in der Weiterbildung des Instituts für schulische Fortbildung in Speyer viele Kurse online angeboten, das heißt über e-Learning. Das gilt für viele Bereiche, z.B. in den Naturwissenschaften, in der Arbeitslehre und in anderen Bereichen. Ein Kollege, der an einer Schule unterrichtet oder in der Nähe der Schule wohnt, wo kein Breitbandanschluss ist, der ist von diesen Fortbildungen ausgeschlossen. Es dauert ohne Breitband viel zu lange die Angebote, die mit kleinen Häppchen Videosequenzen, MP3-Files und virtuellen Klassenräumen funktionieren herunterzuladen. Ohne Breitband ist ein effektives Arbeiten nicht möglich.

Es spricht Frau Soboth:

Das ist, denke ich, eine gute Überleitung zu dem Aspekt „ländlicher Raum“. Dort stellt sich häufig

die Frage, wie wir es schaffen, eine gute, qualitativ hochwertige anspruchsvolle Bildung in der Fläche zu gewährleisten. Eine Möglichkeit, wenn man einmal ein wenig weiter denkt, wäre vielleicht das virtuelle Klassenzimmer, wo man sich in Kurse an einer anderen Schule einbinden kann. Das hängt von der vorhandenen Breitbandanbindung ab. Sehen Sie das genauso?

Es spricht Frau Lonz:

Es hängt wirklich alles vom Breitbandanschluss ab. Es gibt bereits seit einigen Jahren auf der Ebene des berufsbildenden Bereiches ein transatlantisches Klassenzimmer. Dort wurde im Wirtschaftsbereich Unterricht gemeinsam mit einer Klasse in Amerika gemacht, dort wurde miteinander diskutiert oder bestimmte Sachen ausgetauscht. Solch ein engagiertes, effektives Arbeiten ist natürlich ohne Breitband nicht möglich.

Es spricht Frau Soboth:

Da haben sich zwei Klassen über das Internet getroffen und die deutschen Kinder haben gemeinsam mit den amerikanischen gelernt?

Es spricht Frau Lonz:

Ja und zwar im berufsbildenden Bereich, an einer Fachoberschule. Die haben unter anderem zu dem Thema Projektmanagement zusammen mit ihren Lehrern verschiedene Unterrichtsstunden gemacht. Die haben sich verabredet, das Thema abgesprochen, verschiedene Präsentationen vorbereitet, diskutiert und eine virtuelle Unterrichtsstunde abgehalten.

Es spricht Frau Soboth:

Das heißt, e-Learning ist schon weiter als man denkt. Man blickt bei diesem Thema oft nach



Skandinavien und staunt, aber gibt es auch in Rheinland-Pfalz bereits gute Projekte, über die Sie berichten können und die eine Chance für den ländlichen Raum bieten.

Ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen, Frau Lonz, und würde gerne meine nächste Gesprächspartnerin zu mir bitten, Frau Luig-Kaspari. Sie kommt vom Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung und ist dort zuständig für die Fachberatung und die Grundsatzfragen in der Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz. Sie ist auch als Landesjugendpflegerin tätig.

Frau Luig-Kaspari, wir haben bereits einiges über den Einsatz neuer Medien in der Schule gehört. Wir wechseln jetzt die Perspektive und wollen uns anhören, was es zu dem Thema in der Jugendarbeit gibt. Zunächst habe ich eine grundsätzliche Frage. Warum ist aus Ihrer Sicht der Einsatz neuer Medien gerade bei Kindern und Jugendlichen eine Chance? Und was muss man tun, damit die Kinder und Jugendlichen diese Chance nutzen können?

Es spricht Frau Luig-Kaspari:

Ich möchte gerne bei den ganz Kleinen anfangen und ein Beispiel aus meiner eigenen Erfahrung nennen. Wenn ich abends mit meinem vierjährigen Sohn im Fernsehen das Sandmännchen anschau, läuft im Vorspann der Hinweis auf die Internetseite des Senders. Da gibt es direkte Verbindungen zum Internet. Die Kinder kommen von klein auf damit in Berührung. Das nächste, was sie kennenlernen, ist vielleicht der Gameboy und später die Spielkonsolen und die Computerspiele. Die Kinder werden damit groß und das ist auch gut so, das müssen sie. Es gibt heute kaum noch einen Beruf, in dem es nicht wichtig ist, sich mit dem Medium Internet und Computer auszukennen, zu wissen was Soft- und Hardware ist. Das sind wichtige Kompetenzen. Die Kinder müssen an die Medien herangeführt werden. Der springende Punkt ist, wie wir das gut, verantwortlich und pädagogisch sinnvoll begleiten können. Das fängt bei den Kleinen an und geht bis in das Jugendalter, bis hin

zu der Frage: „Was macht man, wenn Jugendliche Zugang zum Internet haben?“ Wie können wir ihnen dabei verantwortungsvoll zur Seite stehen?

Es spricht Frau Soboth:

Jugendmedienschutz ist das zentrale Stichwort. Was empfehlen Sie, was sollte man tun? Sollen wir als Eltern unsere Kinder an die Hand nehmen, wenn sie die neuen Medien erkunden? Die Frage ist, ob die Begleitung im Elternhaus ausreicht oder ob zusätzlich noch etwas passieren muss. Wie sieht das aus Ihrer Sicht aus?

Es spricht Frau Luig-Kaspari:

An erster Stelle steht natürlich die Verantwortung der Eltern, denn die sind die nächsten Bezugspersonen. Sie sollen ihre Kinder begleiten und sollen sie auf jeden Fall dazu ermutigen, unbefangen und ohne Angst mit dem Medium umzugehen. Sie sollten das genau beobachten und natürlich immer altersgerecht einen Zugang ermöglichen. Entscheidende Fragen sind für mich zum Beispiel, ab wann ich es zulasse, dass mein Kind einen eigenen Zugang zum Computer hat. Die nächste Frage ist, wann mein Kind einen eigenen Computer in sein Kinderzimmer bekommt und wann einen eigenen Zugang zum Internet. Es gibt Experten, die dazu raten, dass Kinder erst ab dem Alter von zwölf Jahren einen eigenen Internetzugang in ihrem Kinderzimmer haben sollten, wo sie ohne elterliches Beisein allein im Internet surfen können. Da steht ganz klar der Jugendschutzgedanke dahinter. Es gibt gute aber auch böse Menschen im Internet, die gerade über die Möglichkeiten des Chatters oder des Besuchens von Foren gezielt versuchen Kinder und Jugendliche anzusprechen mit teilweise sexualisiertem Hintergrund. Deshalb sollte man sich als Eltern diese Frage des Zugangs sehr kritisch stellen. Natürlich hängt das immer von dem Entwicklungsstand des Kindes ab und davon, wie vernünftig das Kind ist. Man sollte sich jedoch bewusst sein, sobald man einem Kind einen Internetzugang ermöglicht, dass es keine

verlässlichen Jugendschutzfilter gibt. Das ist technisch nicht möglich. Es wird viel darüber diskutiert, aber das gibt es noch nicht. Noch müssen wir als Eltern darauf achten, dass unsere Kinder im Internet keinen Schaden nehmen, dadurch, dass sie auf Seiten gehen, die sie intellektuell noch nicht verarbeiten können.

Es spricht Frau Soboth:

Ich denke, es ist besonders wichtig, begleitete Angebote zu platzieren. Sie sind heute auch als Expertin für die Jugendarbeit hier. Was tut sich beim Einsatz neuer Medien in der außerschulischen Jugendarbeit?

Es spricht Frau Luig-Kaspari:

Es ist heute üblich, dass wir in den Einrichtungen der offenen Jugendarbeit auch medienpädagogische Angebote haben. Das sind Internetplätze, Internetcafes, oder lokale mobile Internetangebote. Der Landesfilmdienst bietet zum Beispiel unter dem Titel „Lokal global“ ein mobiles Internetcafe an, was sicher der eine oder andere von Ihnen kennt. Wir bringen die neuen Medien in das Land und wollen möglichst vielen Kindern und Jugendlichen den Zugang und die Erfahrung damit ermöglichen. Es gibt viele Medienpädagogen, die in der Lage sind, altersgerecht Hinweise zu geben und Konzepte zu vermitteln, wie man Jugendliche gut im Internet begleitet.

Es spricht Frau Soboth:

Sie haben gesagt, Sie bringen die Angebote in das Land. Bringen Sie sie auch in den ländlichen Raum?

Es spricht Frau Luig-Kaspari:

Ja natürlich, auf jeden Fall. Als Landesjugendpflegerin beschäftige ich mich überwiegend mit den

Bildungsmöglichkeiten und der Infrastruktur für Bildungseinrichtungen im ländlichen Raum. Wir haben eine erfreulich gute Ausstattung an Personal und an Fachkräften im ländlichen Raum, auch hier im Landkreis, das wird Ihnen bekannt sein. Es gibt eigene Jugendpfleger in den Städten und bei den Kreisen in den Jugendämtern. Es gibt die hauptamtlichen Fachkräfte der Kommune und die haben in der Regel als Standardprogramm auch die Medienarbeit und die Medienpädagogik mit Angeboten sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Eltern. Die sorgen dafür, dass Möglichkeiten geschaffen werden, damit die Kinder und Jugendlichen verantwortungsvoll begleitet werden.

Es spricht Frau Soboth:

Wenn mich nicht alles täuscht, hat es gerade in der letzten Zeit noch einmal einen Impuls für die Jugendarbeit durch das Konjunkturprogramm II gegeben.

Es spricht Frau Luig-Kaspari:

Das ist richtig. Das begrüßen wir als Landesjugendamt ausdrücklich. Das Jugendministerium hat uns die Möglichkeit gegeben, aus dem Konjunkturpaket II eine stattliche Summe von 1,6 Mio. Euro zu verwenden, um medienpädagogische Ausstattung vor Ort zu bezuschussen. Wir hatten aufgrund dieser Ausschreibung solch eine große Nachfrage, dass die Mittel noch ein bisschen weiter aufgestockt wurden. Das Geld geht in die Fläche, es geht in einzelne Jugendtreffs, an die Jugendverbände für die Anschaffung von Hard- und Software, von Internetkameras und allem was man braucht, um vor Ort Angebote für Kinder und Jugendliche zu machen. Ich fordere Sie auf, Augen und Ohren offen zu halten, was sich in Ihrer Gegend tut. Damit wird auf jeden Fall angestoßen, dass es mehr Medienangebote gibt und diese auch zeitgemäß ausgestattet sind. Die Kommunalpolitiker unter Ihnen wissen, Jugendarbeit braucht Ressourcen, um ordentliche und zeit-

gemäße Angebote machen zu können und man braucht viele Akteure, sowohl das Land als auch die Kommunen.

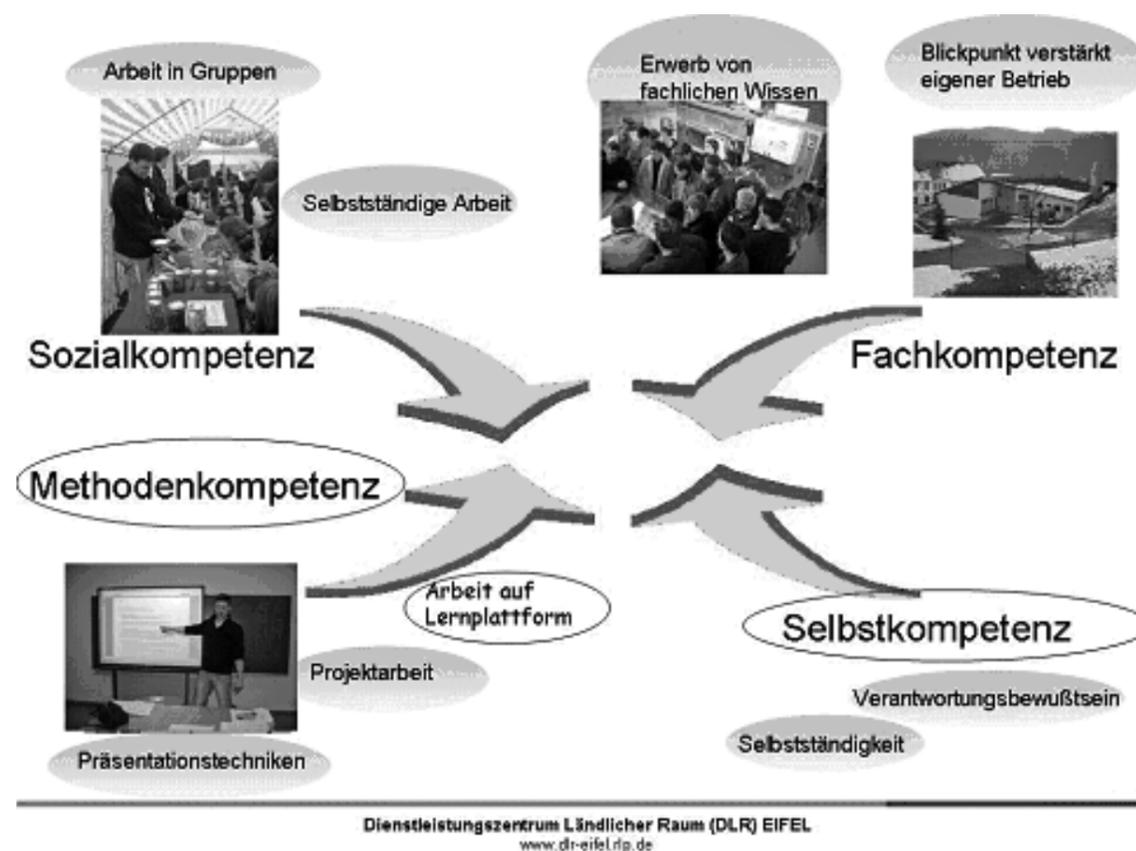
Es spricht Frau Soboth:

Vielen Dank, Frau Luig-Kaspari, für Ihre Ausführungen. Jetzt darf ich Frau Romberg zu mir bitten. Sie kommt vom DLR Eifel und leitet dort die Abteilung Schule. Wir verlassen jetzt die Kinder und Jugendlichen und wenden uns einer höheren Altersgruppe zu und kümmern uns um die Ausbildung „Grüner Berufe“. Das DLR Eifel hat bereits einige Jahre Erfahrung beim elektronisch unterstützten Lernen in der beruflichen Ausbildung. Frau Romberg, vielleicht können Sie uns kurz zu dem Thema Blended-Learning-Angebote ins Bild setzen. Als Blended-Learning bezeichnet man die Kombination von e-Learning-Anteilen mit Präsenzunterricht. Welche Erfahrungen haben Sie in der Eifel mit diesem Angebot gemacht?

Es spricht Frau Romberg:

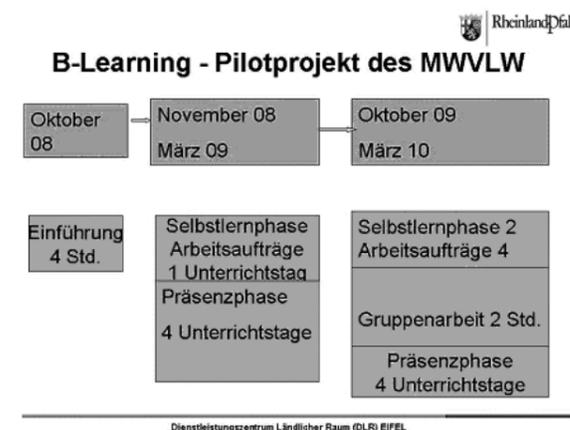
Nur kurz zur Erklärung: Wir schulen am DLR im Wesentlichen Landwirte, Fachschüler, Berufsschüler, Wirtschaftler und Techniker. Blended-Learning-Unterricht bedeutet für uns, dass die Schüler teilweise online unterrichtet werden, aber auch am Präsenzunterricht teilnehmen. Wichtig für uns ist, dass wir im Unterricht Fachkompetenz und Sozialkompetenzen vermitteln. Entscheidend ist, und ich denke, da ändert sich auch der Blickwinkel der Lehrkräfte, dass wir mittlerweile Methodenkompetenz und Selbstkompetenz wesentlich stärker fördern müssen.

Herr Minister Hering hatte in seiner Rede bereits angesprochen, dass wir unsere Schüler fit machen müssen durch die Lernplattform e-Learning, da sie in Zukunft ihr Wissen weiterentwickeln müssen. Sie können nicht auf einem Stand stehen bleiben. Sie wissen selbst, wie das Wissen explodiert. Das, was Sie in der Schule gelernt haben, ist übermor-



gen schon fast wieder hinfällig und muss weiterentwickelt werden. Wir arbeiten aus diesem Grund mit den Lernplattformen, damit die Jugendlichen die Möglichkeit haben, in diesem Bereich aktiver zu werden. Wichtig für uns ist auch, dass sie wesentlich selbstständiger arbeiten. Das lernen sie durch das Arbeiten zu Hause. Diese Kombination hilft ihnen später, diese Fähigkeiten zum selbstständigen Arbeiten stärker nutzen zu können.

Hier sehen Sie eine Folie, die zeigt, wie wir unser Blended-Learning-Angebot entwickelt haben. Die Schüler werden in den Blended-Learning-Unterricht eingeführt, sind vier Unterrichtstage in der Präsenzphase, also an der Schule und einen Unterrichtstag in der Woche arbeiten sie zu Hause. Den zweiten Bereich haben wir teilweise in der Technikerschule bereits umgesetzt, dass wir über Blended-Learning-Unterricht Gruppenarbeit machen. Dort treffen sich die Schüler in Foren im Internet und arbeiten dort gemeinsam an gestellten Aufgaben.



Es spricht Frau Soboth:

Sie haben gesagt, ganz wichtig sei selbstbestimmtes Lernen. Dafür ist das Angebot des e-Learnings ein wichtiger Meilenstein, auch im Hinblick darauf, dass man in seiner beruflichen Praxis nachher immer wieder seinen Wissensbestand aktualisie-

ren muss und in der Lage sein muss, sich schnell über das Internet selbstmotiviert Informationen zu beschaffen. Ist das die Zukunft, auf die Sie Ihre Schüler durch den Einsatz dieses Mediums vorbereiten wollen?

Es spricht Frau Romberg:

Ich denke, ein Lehrer darf sich heute nicht nur als reiner Wissensvermittler verstehen. Wir müssen unseren Schülern so viele Kompetenzen mit auf den Weg geben, dass sie in der Zukunft ihre Aufgaben als Betriebsinhaber oder als Angestellte mit leitenden Funktionen in Betrieben erfüllen können. Sie müssen sich einfach weiterentwickeln und das müssen wir ermöglichen.

Es spricht Frau Soboth:

Sie bieten im DLR Eifel schon länger Blended-Learning-Angebote an. Wie war die Akzeptanz bisher? Finden die Auszubildenden das gut? Möchten sie eher mehr e-Learning-Anteile? Wie ist das Verhältnis von e-Learning und Präsenzlernen?

Es spricht Frau Romberg:

Bei uns werden mittwochs Informationen eingestellt, donnerstags bekommen die Schüler den Arbeitsauftrag und sollen bis samstags die Ergebnisse erarbeiten und uns zusenden. Am Freitag können sie bei den Lehrkräften nachfragen, falls sie noch irgendwelche Probleme haben. In diesem Fall treffen sie sich mit den Lehrkräften in den Foren und können dort Fragen stellen. Im Präsenzunterricht wird später gezeigt was erreicht wurde. Zu Ihrer Frage nach der Akzeptanz der e-Learning-Anteile möchte ich anmerken, dass es ein großes Problem für uns ist, wenn die Schüler von zu Hause aus vergeblich versuchen auf die Lernplattform zu kommen. Ich will kurz anknüpfen an das, was Herr Schwarz vorhin gesagt hat. Unsere Schüler müssen ihre Daten nicht einmal bis in die Mongolei schicken, viele scheitern bereits, wenn

sie aus 30 km Entfernung versuchen auf unsere Lernplattform zu kommen. Die erste Hürde ist der Versuch auf die Lernplattform zu kommen. Daran scheitern schon einige Schüler. Wenn sie es geschafft haben, bricht manchmal das System zusammen. Sie können sich vorstellen, wie „glücklich“ die Schüler sind, denen das passiert. Denn das passiert immer denselben Schülern, weil sie keine gute Internetanbindung haben. Schüler, die ohne weiteres auf die Lernplattform gelangen und ihre Arbeiten erledigen können, sind glücklich damit. Die anderen erzählen uns in der Präsenzphase was sie vom e-Learning-Unterricht halten.

Es spricht Frau Soboth:

Eine gute Anbindung an das Internet ist zwingend, sonst funktioniert das nicht.

Es spricht Frau Romberg:

Ich denke, die Akzeptanz des e-Learning-Unterrichts hängt an den technischen Voraussetzungen, ansonsten würde diese Art des Unterrichts noch wesentlich stärker eingesetzt.

Es spricht Frau Soboth:

Wie steht es mit der Ausstattung in der Schule oder in Jugendhäusern? Ich sehe auf Ihrer mitgebrachten Folie ein White-Board. Wie setzen Sie das ein?

Es spricht Frau Romberg:

Wir gehören als Schule dem Wirtschaftsministerium an und ich muss sagen, unsere Ausstattung ist sehr gut. Wir haben in all unseren Klassenräumen Internet-Anbindung und White-Boards. Bei uns gehört das zum regelmäßigen Unterricht. Wir haben zusätzlich die klassische Tafel und werden sie auch beibehalten, denn eine Vielfalt von Unterrichtsmöglichkeiten belebt den Unterricht

natürlich sehr. Es gibt bei uns keine Lehrkraft, die nicht ständig im Internet arbeitet und mit eigenen Dateien und eigenen Datenträgern im Unterricht erscheint.

Es spricht Frau Soboth:

Ich darf das Mikrofon kurz an Frau Lonz weitergeben, weil sie uns unbedingt noch etwas zur Ausstattung sagen möchte.

Es spricht Frau Lonz:

Das passt an dieser Stelle sehr gut. Einige Schulträger haben durch ihre notwendige Zustimmung bei der Bewerbung der Schulen für das Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ bestimmt mitbekommen, dass Anfang März die dritte Runde gestartet ist. In der diesjährigen Runde besteht die Ausstattung aus einem kompletten Notebook-Wagen inklusive Beamer und Drucker und drei interaktiven Wandtafeln mit einem Laptop dazu. Wir haben die Ausstattung aus den soeben von Frau Romberg genannten Gründen aufgestockt, weil diese interaktiven Wandtafeln so viele Möglichkeiten für Lehrer und für Schüler bieten, interaktiv zu arbeiten.

Auch wir als Geschäftsstelle „Medienkompetenz macht Schule“ profitieren von dem Konjunkturpaket II. Frau Ministerin Ahnen hat im April verkündet, dass sie 200 Schulen bis 2011 mit dieser Ausstattung im Wert von 40.000 Euro pro Schule zu unterstützen wird. Durch das Konjunkturpaket II sind weitere 10 Mio. Euro dazugekommen, d.h. unsere Zielmenge ist jetzt ein Minimum von 400 Schulen der Sekundarstufe I und II. Wer die Schulstrukturreform mitverfolgt, kann sich vorstellen, wenn wir das schaffen, sind fast alle Sekundarstufe I und II Schulen ausgestattet. Falls danach noch Schulen übrigbleiben sollten, überlege ich mir noch etwas.

Es spricht Frau Soboth:

Frau Luig-Kaspari, ist die Ausstattung mit White-Boards ein Thema in der Jugendarbeit?

Es spricht Frau Luig-Kaspari:

Ich habe bereits erwähnt, dass die Jugendarbeit immer sehr ressourcenorientiert ausgestattet ist. Mir ist nicht bekannt, dass ein Jugendpfleger über ein solches White-Board verfügt. Ich selbst habe das bereits kennengelernt. Bei uns zählt Manpower und die fachliche und pädagogische Betreuung. Die Technik ist wichtig, aber sie ist nicht alles.

Ich wollte gerne noch einen Punkt zu bedenken geben. Wir haben viel darüber gesprochen, dass der Anschluss an das Internet vor allem unter Bildungsaspekten wichtig ist. Gerade im Jugendalter ist jedoch das Thema Kommunikation ein ganz zentrales. Die Jugendlichen müssen untereinander kommunizieren. Sie kennen das, unter dem Tisch werden mit dem Handy SMS verschickt oder im Internet über die Chat-Räume über e-Mail usw. Das ist wichtig und das ist altersgerecht und das muss ebenfalls gefördert werden.

Gerade im ländlichen Raum ist Mobilität nach wie vor ein Thema. Jugendliche, die noch kein Fahrzeug besitzen sind auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Sie wissen, dass das oft unzureichend ausgebaut ist. Jugendliche sind zum einen darauf angewiesen was es für Bildungsangebote direkt vor Ort in ihrer Gemeinde gibt, aber auch darauf, welche Möglichkeiten sie haben, über die Gemeindegrenzen hinaus Kontakt zu haben. Da bietet das Internet enorme Chancen und neue Möglichkeiten Freundeskreise über die Gemeindegrenzen hinweg aufzubauen. Es werden Fachforen eingerichtet, Interessengruppen gebildet und vieles anderes mehr. Die Kinder und Jugendlichen kennen sich heute damit besser als unsereins. Sie verbringen meistens mehr und intensiver Zeit mit den neuen Medien als wir das tun. Das ist unterstützenswert und gerade deswegen ist es so wichtig, dass wir die Voraussetzungen

dafür schaffen. Deshalb lautet mein Plädoyer aus fachlicher Seite: Wir müssen uns damit beschäftigen, dass benachteiligte Kinder und Jugendliche, also Kinder aus eher finanzschwachen Familien und Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, ebenfalls eine Möglichkeit haben in ihrem privaten Umfeld Zugang zum Internet zu bekommen. Natürlich ist es gut, wenn es das in der Schule gibt. Das reicht jedoch in der Regel nicht aus, denn die Kinder müssen Gelegenheit haben Dinge auszuprobieren und Fertigkeiten zu trainieren. Von daher würde ich Sie alle darum bitten, dass Sie darauf ein Auge haben, dass Sie, wenn Sie in der Gemeinde solche Möglichkeiten schaffen, auch an diese Familien denken, damit man denen den Internetzugang ermöglicht, denn alle Kinder und Jugendlichen brauchen das.

Es spricht Frau Soboth:

Ich danke meinem Podium hier vorne und gebe jetzt wieder die Möglichkeit Fragen zu stellen.

Es spricht Herr Rudloff:

Ich komme vom DLR Westerwald-Osteifel und habe eine Frage an Frau Lonz. Hintergrund ist, dass wir eine Gruppe gebildet haben, die sich Gedanken über die Strategie der Weiterentwicklung der Bildung im ländlichen Bereich bis 2020 macht. Zu dieser Gruppe gehört auch Frau Romberg. Wir haben uns in dieser Gruppe bisher hauptsächlich darüber Gedanken gemacht, was wir den Schülern aufgrund der Weiterentwicklung der Landwirtschaft und der Technik vermitteln müssen. Bei Ihren Ausführungen ist mir heute klar geworden, dass wir einen wesentlichen Aspekt dabei übersehen haben, nämlich das, was der Schüler in Zukunft an Lernmethoden vom Lehrer erwartet und welche Kompetenzen der Lehrer auf dem Gebiet mitbringen muss. Darauf müssen wir uns einstellen. Meine Frage an Sie, Frau Lonz, ist: Was ist ein virtuelles Klassenzimmer? Was muss ich mir darunter vorstellen? Welche Kompetenzen erwartet die zukünftige Generation, die bis 2020

in die Berufsausbildung kommt, von uns? Was haben wir bezüglich Datenverarbeitung und Internet an Erwartungen zu erwarten? Worauf müssen wir uns einstellen?

Es spricht Frau Lonz:

Ein virtuelles Klassenzimmer sieht so aus, dass Sie im Internet auf eine Seite gehen und sich dort ein Raum öffnet und dieser Raum ist so eingerichtet, wie wir das eben an der Folie gesehen haben, nur die interaktive Tafel befinden sich direkt im Internet. D.h. Sie können an dieser Tafel erklären, Bilder zeigen und wenn Sie ein sehr gut ausgestattetes virtuelles Klassenzimmer haben, haben Sie eine Webcam dabei und können Ihr Gegenüber sehen. Sie sitzen mit einem Headset vor Ihrem Rechner und können hören, sprechen und sehen. Diese Möglichkeit gibt es z.B. von Lehrer zu Schüler, Sie können aber auch eine Gruppendiskussion durchführen und mit mehreren Personen kommunizieren. Sie können, wenn Sie im Klassenraum eine Webcam haben und darüber den ganzen Raum sehen, Unterricht machen, wie in meinem Beispiel mit der Berufsbildenden Schule. Virtuelles Klassenzimmer heißt, man trifft sich wie in einem Forum oder in einem Chat nur mit Ton und über Webcam.

Es spricht Herr Rudloff:

Das Klassenzimmer könnte also im Prinzip auch ein Büro sein?

Es spricht Frau Lonz:

Ja, zum Beispiel. Das gibt es bereits an den Universitäten in Rheinland-Pfalz. Wir machen damit leider zu wenig Werbung, aber in unserem Land gibt es diese virtuellen Möglichkeiten schon seit Jahren. Wenn eine Fachhochschule ein bestimmtes Angebot für einen bestimmten Studiengang nicht machen kann, wird als Nachbarschaftshilfe von einer anderen Fachhochschule die Vorle-

sung des dortigen Professors in Echtzeit dorthin übertragen. Die Studenten hatten dadurch die Möglichkeit ein Angebot, was sie dringend zum Erreichen eines Scheines brauchen, was aber aufgrund der personellen Situation nicht an ihrer Fachhochschule geleistet werden kann, wahrzunehmen, die entsprechende Klausur zu schreiben und den Schein zu machen. Das gibt es schon seit Jahren, dass Universitäten und Fachhochschulen sogenannte virtuelle Vorlesungen anbieten. Zu der Frage nach den Erwartungen der Schüler und Auszubildenden möchte ich anmerken, dass wir, gerade im Land Rheinland-Pfalz, sehr zukunftsorientiert sind. Das geht manchmal ein wenig unter. Wir waren z.B. eines der ersten Bundesländer, die bereits 2006 mit der Gesellschaft für Informatik einen Rahmenvertrag vereinbart haben, damit an Schulen besonders günstig der Europäische Computerführerschein (ECDL) gemacht werden kann. Der ECDL ist einigen von Ihnen bestimmt ein Begriff. Er hat bestimmte Module, die nicht nur von Anwendungssoftware handeln, sondern es geht auch um Internet, z.B. um das neue Web 2.0. Es gibt zum Erwerb des ECDL eine externe Prüfung. Es gibt die Rahmenvereinbarung, dass, wenn eine Schule Zertifizierungszentrum wird, sie das nur einmalig einen bestimmten Betrag kostet. Wir haben 2007 damit begonnen diese Testleiter auszubilden und wir haben inzwischen über Blended-Learning 200 ECDL-Testleiter ausgebildet, so dass theoretisch 100 Schulen das anbieten können. Es haben sich wieder 160 Lehrer dafür gemeldet, um das an ihrer Schule durchzuführen und ein Zertifikat zu bekommen. Diese Prüfung liegt irgendwo auf einem Prüfungsserver und ist dieselbe, die ein Erwachsener in seiner beruflichen Bildung macht. Das ist keine abgespeckte Version, sondern die gleiche Prüfung, die Erwachsene um die zwanzig machen. Man kann also erwarten, dass dort, wo die Möglichkeiten in den Schulen gegeben sind, die Schüler zunehmend in der Schule für die Berufsorientierung qualifiziert werden. Sie bekommen die Qualifizierung sowohl in der Handhabung der neuen Medien als auch im kritischen Umgang. Ich bin unter anderem Mitglied in der fachdidaktischen Kommission für die Wahlpflichtfächer an der „Realschule plus“ und darf Ihnen eine kleine

Information vorab geben. Die Wahlpflichtfächer in der „Realschule plus“ haben die drei Unterrichtsprinzipien Berufsorientierung, ökonomische Bildung und informatische Bildung. Die informatische Bildung ist damit erstmalig als Unterrichtsprinzip von der Klasse 6 bis zur Klasse 10 festgelegt. Das sind Kompetenzen, die ein Schüler, der die Realschule plus verlässt, haben muss. Das ist bundesweit einmalig.

Es spricht Frau Soboth:

Vielleicht möchte Frau Romberg noch etwas zu dem Thema virtuelles Klassenzimmer sagen?

Es spricht Frau Romberg:

Wir hatten am DLR Eifel den Einsatz eines virtuellen Klassenzimmers geplant. Ich habe deshalb eine Tele-Teacher Ausbildung gemacht und bin von Bitburg aus in München in einem virtuellen Klassenzimmer gewesen. Es ist mir jedoch leider nicht gelungen, in der Eifel ein virtuelles Klassenzimmer aufzubauen. Ich hätte 80 Prozent der Schüler nicht in diesem Klassenzimmer gesehen, nicht weil sie nicht wollten, sondern weil sie nicht konnten. Ich habe eine Probephase mit Lehrkräften durchgeführt und es hat nicht funktioniert. Ich habe nur zwei von zwanzig Teilnehmern in dem Raum gehabt, die anderen haben es nicht geschafft hinein zu kommen. Ich habe das Experiment abgebrochen, ehe die Frustration bei den Schülern überhand nimmt. Wie ich heute hier gehört habe, wird sich die Breitbandsituation demnächst wesentlich bessern, demnach kann ich vielleicht bald einen neuen Versuch starten.

Es spricht Frau Soboth:

Deswegen macht es Sinn, dass wir beide Themen an einem Nachmittag diskutieren.

Ich sammle jetzt noch ein paar Fragen zu dem Thema „Lernen und betreuen“.

Es spricht Herr C. Schwarz:

Kam das virtuelle Klassenzimmer nicht zustande weil die Leitung zur Schule zu langsam war oder haben die Schüler zu langsame Leitungen gehabt? Was braucht denn die Schule für eine Leitung? Muss die viel schneller sein oder reichen 3 Mbit/s? Braucht jedes Klassenzimmer 3 Mbit/s? Wie sollte die Ausstattung für das virtuelle Klassenzimmer aussehen?

Es spricht Frau Romberg:

Die Schule war in unserem Fall nicht das Problem, ich kann Ihnen leider die Leitungsstärke an unserer Schule nicht sagen. Von der Schule aus nach München in das virtuelle Klassenzimmer zu kommen hat funktioniert, aber die Schüler aus der Eifel haben es nicht geschafft, zu mir in das virtuelle Klassenzimmer zu kommen. Mit einem Kollegen aus Trier hat das funktioniert. Da ich das mit Lehrkräften getestet habe kann ich nicht sagen das hätte an der Motivation der Schüler gelegen.

Es spricht Frau Lonz:

Der technische Hintergrund ist das sogenannte Streaming. Dazu sind 3 Mbit/s als Minimum in der Schule erforderlich, sowohl im Upload als auch im Download.

Es spricht Herr Kappeller:

Ich bin Schulleiter einer Grundschule. Es wäre wirklich schön, wenn wir alle Breitband hätten und eine entsprechende IT-Ausstattung. Ich habe jetzt gehört, was es für tolle Sachen für die Sekundarstufen I und II gibt. Die Grundschulen fallen anscheinend ein bisschen hinten runter. Dabei ist das doch eigentlich die Basis für alles, was später folgt. Das ist traurig, wenn ich an unsere IT-Ausstattung denke und daran, wie alt die ist und wie wenig sich da in den letzten Jahren getan hat, obwohl viel versprochen wurde. Das ist natürlich

Sache der Verbandsgemeinde als Sachkostenträger, aber vielleicht wäre das einmal eine Idee für das Landesmedienzentrum in Richtung der Ministerin vorstellig zu werden und darauf hinzuweisen, dass auch die Grundschulen noch existieren.

Es spricht Frau Lonz:

Da laufen Sie gerade bei mir offene Türen ein. Ich habe seit 2007 die Geschäftsstelle für das Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ übernommen, die damals gegründet wurde. Seitdem werde ich immer wieder deshalb vorstellig. Das ist auch ein Herzensanliegen der Stellvertretenden Leiterin des Landesmedienzentrums und wir bringen das bei jeder Gelegenheit vor. Dieses Mal wurde die Entscheidung getroffen, nicht noch eine weitere Charge aufzumachen, sondern zunächst den Bereich der Sekundarstufe I flächendeckend zu versorgen. Wir sind da jedoch immer mit dem Herzen dabei, weil gerade im Grundschulbereich die Prävention sehr wichtig ist.

Wenn die Kinder zwölf oder dreizehn Jahre alt sind und von der Grundschule in die Orientierungsstufe kommen, werden sie von ihren Mitschülern gefragt: „Bist du noch nicht auf wer-kennt-wen?“ oder auf anderen Internetplattformen. Wenn man in diesem Bereich bereits in der Grundschule mit den Eltern zusammen arbeitet, kann man ganz anders damit umgehen. Die größte Gruppe der Jugendmedienschutzberater, die wir letztes Jahr ausgebildet haben, stammt übrigens aus dem Grundschulbereich. Wir sind da auf Ihrer Seite. Eine kleine Sache konnten wir aus dem Programm auch für die Grundschulen realisieren. Wir haben letztes Jahr mit „Medienkompetenz macht Schule“ 500 Lizenzen der Software „Lernwerkstatt 7“ gekauft. Darum können sich 500 Grundschulen bewerben, die Lizenzen hat das Land bezahlt. Das Bewerbungsverfahren läuft im Moment und das ist ein schöner Ansatz, wo Sie eine gute Software bekommen. Ich gebe Ihnen allerdings Recht, das Ihnen eine gute Software nichts nützt, wenn die Ausstattung an Hardware nicht stimmt. Ich kann nur sagen, ich werde das jedes Jahr immer wieder

bei meiner Chefin anführen und wir hoffen, dass wir irgendwann Erfolg haben werden.

Es spricht Frau Soboth:

Eine Fragerunde lasse ich noch zu. Wer möchte noch eine Frage stellen? Das ist Ihre letzte Chance.

Es spricht Herr Strauscheid:

Ich arbeite als Dozent an der Volkshochschule Puderbach. Wir interessieren uns für Blended-Learning, einige Kollegen haben sich darüber schon informiert. Was mich persönlich interessiert wäre: Wer stellt die Plattform dafür zur Verfügung? Mietet man sich irgendwo ein? Wie bekommt man einen Zugang?

Es spricht Frau Lonz:

Das Land hat einen virtuellen Campus, der auf WebCT läuft, das ist eine Plattform. Dort liefen bisher alle Weiterbildungskurse, wir sind allerdings inzwischen umgezogen auf „Moodle“. Das Land hat letztes Jahr die Entscheidung getroffen, dass die Fort- und Weiterbildung der Lehrer auf der Moodle-Plattform laufen soll. Die Kurse werden vom Landesmedienzentrum und vom Institut für schulische Fortbildung technisch betreut und mit den Werkzeugen, die Moodle bietet, entwickelt. Das ist eine sogenannte Open-Source-Software, d.h. sie ist kostenlos verfügbar. WebCT kostet dagegen im Minimum, abhängig davon wie viele User Sie haben, 6.000 Euro im Jahr. Moodle bietet ebenfalls fast alle Werkzeuge und man muss nur den Server bezahlen, den man dafür braucht.

Es spricht Frau Soboth:

In jeder unserer Tagungsmappen sind die Kontaktdaten zu den heutigen Referenten enthalten, falls Sie im Nachgang noch Fragen haben sollten. Mein

Job heute neigt sich langsam dem Ende zu und ich freue mich, dass ich so eine schöne Veranstaltung mit sehr intensiven Diskussionen mit dem Podium in beiden Gesprächsrunden führen durfte. Vielen Dank dafür! Jetzt darf ich das Wort an Herrn Prof. Lorig vom Wirtschaftsministerium übergeben, der noch ein Resümee ziehen wird.

Resümee

Es spricht Prof. Lorig:

Danke schön, Frau Soboth.

Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter Winter, meine Damen und Herren,

wenn ich hier heute stehe, erinnere ich mich an einen Tag vor zwei Jahren, als ich auf der Tagung des Bundesministeriums in Magdeburg gemeinsam mit der Vorsitzenden des Deutschen Landfrauenverbandes auf der Bühne stand. Wir haben damals die Regionalkongresse des Bundesministers begleitet und verschiedene Themen zur Infrastruktur in ländlichen Räumen diskutiert. Ein zentraler Vortrag der Vorsitzenden des Deutschen Landfrauenverbandes, beschäftigte sich, was man nicht erwartet hatte, mit dem Thema Internet und Breitband „Vermittlung von Medienkompetenz im ländlichen Raum“. Die Vorsitzende hat eine halbe Stunde lang ausschließlich über den Untergang der Landwirtschaft gesprochen, der unausweichlich sei, wenn es kein Breitband auf dem Lande gibt. Die vielen Diversifizierungsprozesse, die man dort braucht, z.B. Ferien auf dem Bauernhof usw. funktionieren alle auf Dauer nicht, wenn man keinen Internetanschluss hat. Man ist ohne Internet nicht mehr im Rennen. Ich sehe das genauso.

Im Frühjahr diesen Jahres waren wir in Berlin bei Bundesagrarministerin Frau Aigner und haben erkennen können, dass es zwingend notwendig ist, Bildung und Wirtschaft zu unterstützen, sonst

meldet sich der ländliche Raum schrittweise ab. Da der Bund inzwischen gemerkt hat, dass er das nicht selbst richten kann, der Minister hat das vorhin ausgeführt, sind wir gezwungen daran zu arbeiten. Wir haben im Frühjahr in einem Forum in München über Wertschöpfung im ländlichen Raum gesprochen und festgestellt: Breitband ist der Anschluss an die Welt. Wer nicht im Internet ist, der ist außen vor. Wer nicht den Anschluss sucht, hat verloren. In unserer Zeit wird einem nichts geschenkt, man muss sich selbst organisieren. Wir haben im Bereich Kusel in einem Netzwerk getestet, wie man dazu einen Anstoß geben kann. Das ist aus meiner Sicht gelungen. Jetzt, nachdem 2.000 Beratungen durch das Wirtschaftsministerium gemacht worden sind, muss man sich ein wenig zurücknehmen und den weiteren Verlauf beobachten. Ich versichere Ihnen, wenn wir das Gefühl haben, es geht nicht in dem Maße weiter, wie wir uns das vorstellen, dann werden wir auch weiterhin versuchen anzuregen und zu unterstützen und solche Netzwerke aufzubauen. Wir werden das Thema Breitband weiter begleiten, gemeinsam mit der Geschäftsstelle der Breitbandinitiative mit Herrn Dr. Wiesch, der das aus der Wirtschaftssicht betreut.

Mir ist heute noch einmal klar geworden, dass das Solidarprinzip unausweichlich die Basis einer flächendeckenden Breitbandversorgung im ländlichen Raum ist. Wer nur seinen eigenen Kirchturm sieht, der muss selbst organisieren, wie er seine Antenne für eine Funklösung aufbaut und mehr wird nicht möglich sein. Man wird sich gegenseitig unterstützen müssen. Es geht ja nicht um eine einmalige Investition, sondern um ein dauerhaftes Anschlusshalten des ländlichen Raumes an die Welt. Ich habe letztes Jahr selbst im Urlaub an der Hoteltheke meine e-Mails geöffnet und von dort aus Probleme gelöst und mit meinem Sohn kommuniziert.

Bei den Interviews, die wir vor einigen Jahren mit Unternehmern im ländlichen Raum geführt haben, wurde uns gesagt, Rheinland-Pfalz ist eines der bestplatzierten Länder in der Welt. Wo sonst hat man in Deutschland sechs Verkehrsflughäfen

in einer erreichbaren Weite von einer Stunde? Das gibt sonst nirgendwo. Unter diesen Voraussetzungen kann es nicht sein, dass wir es nicht hinbekommen eine Vernetzung und eine möglichst flächendeckende Breitbandversorgung aufzubauen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich für das, was uns heute präsentiert worden ist. Ich darf an dieser Stelle sagen, dass Herr Kunz uns bei der Auswahl der Projekte für das Strategiepapier unterstützt hat. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Ihre Anregungen haben hier Widerhall gefunden. Von anderen haben wir ebenfalls gelernt.

Herr Schwarz, Sie haben uns gezeigt, wie wichtig die Planung in einem solchen Projekt ist. Wir haben in dem Netzwerk, das wir damals mit Beteiligung der fünf Bürgermeister gegründet haben, sehr deutlich gemerkt, dass obwohl hochrangige Vertreter der Telekom und anderer Anbieter anwesend waren, alle zunächst überlegt haben, wer das denn plant. Ich setze darauf, dass man zuerst einmal, wie überall im Leben, eine sinnhafte Planung für eine zusammenhängende Region entwickelt, bevor man startet. Alles andere ist nach unseren preußischen Ordnungssystemen widersinnig.

Noch einmal vielen Dank, Herr Flick, dafür, dass Sie Herrn Weyrich heute so gut vertreten haben. Ich denke, es ist sehr gut rübergekommen, dass das Modell in der Region Kusel jetzt beginnt zu laufen.

Ich wäre heute mit dem Herrn Grundschulleiter gerne nach Bayern in das Auerbergland gefahren. Das dortige Projekt können Sie sich im Internet anschauen. Dort habe ich mit den Leitern der Landentwicklungsabteilungen in einer Grundschule auf Schulbänken gesessen gemeinsam mit drei Grundschullehrerinnen, die uns vorgeführt haben, wie ihre Smart-Board-Technologie funktioniert. Die Abteilungsleiter sind anschließend nach vorne an die Tafel gesprungen, um das selbst zu probieren. Man hat in diesem Projekt verschiedene Programme entwickelt, die man in offenem Un-

terricht einsetzt. Daraus ergibt sich ein Mitwirken und Mithandeln und wir haben dabei gelernt, wie heute Schulunterricht funktioniert, wenn er gut gemacht ist. Mit den Tafeln allein ist das natürlich nicht getan. Die Lehrer haben erstmal ganz andere Lernmodule erarbeiten müssen. Das Projekt in Bayern ist im Übrigen im Rahmen von Leader gefördert worden. Das geht, denn in Leader darf man neue Ideen haben. Auch in Rheinland-Pfalz wäre das eine gute Idee, z.B. für eine Grundschule, das haben wir ausdrücklich in das Strategiepapier hineingeschrieben. Es ist jedoch bisher von keiner Leader-Gruppe aufgegriffen worden, aber die Förderperiode ist ja noch nicht abgeschlossen. Ich vertraue darauf, dass man weiterhin Impulse setzt.

Wir haben dafür gesorgt, dass wir in unserer Verwaltung an allen Standorten diese Smart-Board-Technologie zur Verfügung haben. Herr Post, der die Geschäftsführung unserer Akademie für den ländlichen Raum übernommen hat, weiß, dass wir für jede Akademieschulung die Smart-Board-Technologie einsetzen können, ebenso bei unseren ILEK- und Regionalkonferenzen. Wir hätten diese Technik heute hier ebenfalls eingesetzt, wenn wir in Workshop-Technik gearbeitet hätten. Sie können mit Hilfe dieser Technik eine völlig andere Art von Unterricht gestalten, den sogenannten „offenen“ Unterricht. Der steht im Gegensatz zu dem Frontalunterricht den Sie erlebt haben, falls Sie schon etwas länger aus der Schule raus sind. Diese Form des offenen Unterrichts bewirkt, dass Sie mitarbeiten und ein anderes Bewusstsein beim Lernen haben. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, dass man, ähnlich wie in Neuseeland oder in Finnland, mit Prozessen und Techniken dieser Art arbeitet, denn auch bei uns gibt es immer weniger Kinder in immer weniger Dörfern. Über diese Mechanismen kann man, wenn man sie sinnvoll kombiniert, dafür sorgen, dass wir im ländlichen Raum trotz des Bevölkerungsrückgangs überall präsent bleiben. Letzte Woche haben wir von einem Demographie-Professor aus Freiburg gelernt, dass Frauen nicht in Räume gehen, wo es keine gute Schulausbildung gibt. Da jedoch nur die Frauen dafür sorgen, dass der ländliche Raum

erhalten bleibt, Männer braucht man dazu nicht, habe ich gelernt, ist es entscheidend, dass die Frauen die Rahmenbedingungen, die sie brauchen, dort finden, wo sie hingehen.

Es ist wichtig, der Jugend eine gute Schulausbildung zu vermitteln. Es ist ebenfalls wichtig, bereits früh Kenntnisse über den Umgang mit neuen Medien und das selbstständige Arbeiten mit ihnen zu vermitteln, damit wir nicht auch in weiteren Pisa-Studien abgehängt werden. Heute bewerten wir hauptsächlich mathematische Fähigkeiten und logisches Denken. Ich bin mir sicher, in fünf bis zehn Jahren werden Prozesse dieser Art ebenfalls Bemessungsfaktoren sein, um im weltweiten Standard mitzukommen. Ich staune, wenn ich sehe, dass Mexiko auf einen Schlag 20.000 Smart-Boards beschafft hat. Damit ist noch nicht der Unterricht umgestaltet, aber die Technik ist vorhanden. Ich unterstelle, dass wir in Deutschland, vielleicht außer im Fußball, noch gleichwertig mit Mexiko sind. Wir müssen darauf drängen, das Thema Bildung in ländlichen Räumen politisch und technisch weiter voran zu bringen. Ich habe das selbst geübt, indem ich es erreichen konnte, dass das Gymnasium Nieder-Olm, wo ich sechs Jahre lang Schulleiterbeirat war, zum Ende meiner dortigen Aktivität zehn Smart-Boards beschafft hat, um Schüler zu befähigen, anders als bisher an den Stoff heranzugehen und sie für die Zukunft fit zu machen. Herr Rudloff hat das richtig erkannt: Wir brauchen kein Programm zu schreiben für morgen, sondern wir brauchen ein Programm für 2020. Wenn man zurückdenkt, wie kurz das Internet jetzt erst Praxis ist, weiß man sehr genau wie schnell solche Prozesse verlaufen können. Vor zehn Jahren hätte noch keiner seinem Kind einen Zugang zu einem Internet-Computer gestattet. Ich selbst habe das meinen Kindern erst erlaubt, als sie 16 waren und das selbst installiert haben. Ich bin mir sicher, dass es wichtig ist, technische und schulische Prozesse zusammenzuführen, wie wir das heute hier tun. Letzte Woche habe ich bereits das Zusammenspiel von Mobilität und Internet kennengelernt: Wie man sich mit Hilfe des Handys einen Fahrplan besorgt und welche iPhone-Möglichkeiten es gibt um Züge zu steuern.

Das alles muss zusammengebracht werden, das nehmen wir heute mit. Für das Ministerium nehme ich mit, dass der ländliche Raum ohne Breitband abgemeldet ist. Sie haben vor kurzem bei dem Handy-Ausfall gemerkt, die Jugend ist abgestürzt.

- Wir können von Ländern lernen, die dünn besiedelt sind. Das ist eine Chance für den demographischen Wandel, das sollte man mitnehmen.
- Wir müssen in Bildung investieren und zwar von ganz vorne an, man muss bei der Jugend sehr früh beginnen.
- Natürlich müssen wir auch sehen, dass wir unsere Älteren mitnehmen und fit für das Internet machen, denn wir alle, die hier jetzt sitzen, werden irgendwann zu dieser Gruppe gehören.
- Wir führen all diese Prozesse weiter. Wir werden dieses Jahr das Forum mit den drei Themen Energiekonzepte, Nahverkehr und Waldflurbereinigung sowie Unternehmensnachfolge fortführen.
- Wir stehen heute am Anfang eines Schrumpfungsmanagements, bei gleichzeitiger Entwicklung und diese Prozesse müssen wir miteinander synchronisieren.

Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie so viele interessante Fragen gestellt haben. Das war eine sehr lebendige Diskussion. Vielen Dank, Frau Soboth, dass Sie das so schön moderiert und die Fragen herausgelockt haben. Den Referentinnen und Referenten danke ich dafür, dass Sie in den Diskussionen so gut miteinander kommuniziert haben und uns insgesamt sehr gut in die beiden Themenfelder eingeführt haben. Ich bedanke mich bei dem Herrn Ortsbürgermeister Rasbach für die Bereitstellung dieser schönen Halle, die für diese Veranstaltung sehr angemessen ist. Sie werden sehen, es gibt noch einen schönen Nebenraum, wo gleich im Anschluss noch ein gemütliches Beisammensein stattfinden wird. Meinem Team, Herrn Dielmann, Herrn Mierenfeld und Frau Zehren, danke ich für die inhaltliche

und organisatorische Vorbereitung und dem DLR Westerwald-Osteifel für die Unterstützung der Organisation. Ein besonderer Dank geht an die Damen im Hintergrund, an Frau Schmidt mit Ihrem Team, die dafür gesorgt haben, dass gleich die Schlussphase mit dem gemütlichen Beisammensein ebenfalls positiv gestaltet wird, auf eine

ganz neue Art, das versichere ich Ihnen. Wir setzen Impulse und das nicht nur in Impulsregionen. Auf der heutigen Speisekarte stehen Produkte der Initiative „Kräuterwind“. Ich lade Sie ein, diese Produkte jetzt gemeinsam mit uns zu verkosten und wünsche anschließend einen guten Nachhauseweg. Vielen Dank. (Applaus)



DOKUMENTATION ZUR REGIONALTAGUNG IN HILLESHEIM AM 26.08.2009

PROGRAMM FORUM LÄNDLICHER RAUM 2009

Veranstaltung am Mittwoch, 26. August 2009 in 54576 Hillesheim,
Verbandsgemeinde Hillesheim im Hotel Augustiner Kloster, Augustiner Straße 2

Neue Wege im ländlichen Raum - Waldflurbereinigung und Nahverkehr -

16:00 Uhr	Begrüßung und Einführung in das Thema Herr Stefan Dietz, entra Unternehmerentwicklung
16:10 Uhr	Ansprache Herr Hendrik Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
16:30 Uhr	Fragen an Minister Hering Moderation: Herr Stefan Dietz, entra Unternehmerentwicklung
16:45 Uhr	Gesprächsrunde 1: Waldflurbereinigung <ul style="list-style-type: none"> ■ Integrative Strukturpolitik für Forst und Holz im ländlichen Raum: Frau Jacqueline Kraege, Staatssekretärin im Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz ■ Strukturelle Ansätze und Kooperationen zur Holzmobilisierung: Herr Winand Schmitz, Forstamt Adenau ■ Flurbereinigungsverfahren Rothenbach Wald: Herr Sebastian Turck, Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westerwald-Osteifel Moderation: Herr Stefan Dietz, entra Unternehmerentwicklung
17:30 Uhr	Diskussion
17:45 Uhr	Pause
18:00 Uhr	Gesprächsrunde 2: Nahverkehr im ländlichen Raum <ul style="list-style-type: none"> ■ Verbesserte ÖPNV-Angebote - verkehrsträgerübergreifend und flexibel: Herr Dr. Lothar Kaufmann, Abteilungsleiter Verkehr und Straßenbau im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau ■ Mobilität für alle - zwischen Fortschritt und sozialer Pflicht: Herr Dr. Martin Schiefelbusch, nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung ■ Netzwerk Mobilität: Herr Paul Frowein, Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück ■ Bürgerbus Roderich: Herr Jose Miguel Rivera Zuniga, Seniorenbeauftragter Moderation: Herr Stefan Dietz, entra Unternehmerentwicklung
18:45 Uhr	Diskussion und Zusammenfassung
19:15 Uhr	Empfang und Gespräche in Kleingruppen

FORUM LÄNDLICHER RAUM AM 26.08.2009 IN HILLESHEIM

Begrüßung und Einführung: Herr Dietz

Hier im Saal wird es langsam ruhiger, die Spannung steigt. Das ist genau das Richtige für diesen Ort, denn wie mir gerade gesagt wurde, befinden wir uns hier in Hillesheim im Zentrum der Eifel-Krimis. Wenn also jemand mit einem Notizblock umherläuft und Sie sich auffällig verhalten, müssen Sie sich nicht wundern, wenn Sie vielleicht irgendwann als Figur in einem Eifel-Krimi vorkommen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie ganz herzlich zum Forum Ländlicher Raum mit den Themen Waldflurbereinigung und Nahverkehr begrüßen, hier in diesem wunderschönen Raum im Augustiner Kloster in Hillesheim. Ich darf dies auch im Namen des Stadtbürgermeisters Herrn Stein und der Verbandsbürgermeisterin Frau Bohn tun.

Herzlichen Dank, dass Sie uns die Möglichkeit geschaffen haben, in diesem wundervollen Raum zu tagen. Von diesem schönen Ort, sieht man bei der Anreise schon einiges und er ist nicht nur wegen der Eifel-Krimis bekannt; es gibt viele Gründe, den Aufenthalt in Hillesheim zu verlängern oder zu wiederholen. Herzlichen Dank, dass wir in diesem wunderschönen Raum tagen dürfen. (Applaus)

Ich freue mich, Sie alle hier begrüßen zu dürfen: Vertreter von Kommunen, aus Verwaltungen, aus unterschiedlichen Institutionen und Verbänden sowie Akteure aus den Impulsregionen in Rheinland-Pfalz, die sich für die beiden Themen interessieren, die heute Nachmittag im Mittelpunkt stehen werden. Ich denke, dass das heute ein kurzweiliger Nachmittag mit vielen guten Bei-



spielen und Denkansätzen werden wird, die in der Philosophie der Entwicklung ländlicher Räume in Rheinland-Pfalz Schule machen sollen. Wir werden Ansätze präsentiert bekommen, die durchaus abgeguckt werden sollen, die zu eigenen Initiativen in Ihren Regionen anregen sollen und die auf die Situationen, mit denen Sie sich auseinandersetzen, angepasst werden können. Wir möchten Sie einladen, mit uns darüber zu diskutieren.

Das heutige Programm bietet nach einer Grundsatzrede gleich zu Beginn anschließend zwei Gesprächsrunden mit jeweils mehreren sehr interessanten Gesprächspartnern, zunächst zu dem Thema Wald und später zu dem Thema öffentlicher Nahverkehr im ländlichen Raum.

Zum Start darf ich als erstes in Vertretung des Herrn Minister Hering den Abteilungsleiter für Landentwicklung, Agrarpolitik und Markt aus dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau in Mainz begrüßen, Herrn Ralf Hornberger, der kurzfristig die Aufgabe übernommen hat, uns die grundsätzlichen Gedanken seines Hauses vorzustellen. Er wird Ihnen anschließend zur Diskussion zur Verfügung zu stehen. Begrüßen Sie mit mir, mit einem herzlichen Applaus, Herrn Hornberger.

Ansprache Herr Hornberger:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie ganz herzlich zu dieser heutigen Veranstaltung des Forums Ländlicher Raum. Ich darf Ihnen die Grüße unseres Staatsministers Hendrik Hering überbringen. Herr Minister Hering musste kurzfristig einen anderen Termin wahrnehmen und hat mich deshalb gebeten, ihn heute bei dieser Veranstaltung zu vertreten. Das tue ich sehr gerne, besonders in einem so wunderschönen Ambiente. Ich nehme bekannter Weise an vielen

Tagungen teil und muss sagen, dieser Raum hier ist wirklich etwas Besonderes. Wenn ich außerdem noch höre, dass der Raum uns freundlicher Weise kostenlos zur Verfügung gestellt wurde, übertrifft das alles. Vielen Dank dafür.

Ich freue mich sehr, dass die heutige Veranstaltung so großen Zuspruch erfahren hat. Ihr Interesse an den beiden Themen Waldflurbereinigung und Nahverkehr unterstreicht die hohe Bedeutung, die diesen beiden Bereichen im ländlichen Raum zukommt. Es besteht ohne Zweifel Handlungsbedarf, um die wirtschaftlichen Potenziale unserer Wälder noch besser nutzen zu können. Die Mobilität im ländlichen Raum, das zweite Themenfeld des heutigen Tages, ist gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels zu erhalten und wo immer möglich weiter zu verbessern. Das soll auf eine Art und Weise geschehen, die für die Landbevölkerung zufriedenstellend ist und die gleichzeitig bezahlbar bleibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Wälder haben eine herausragende Bedeutung in ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, das steht außer Frage. Die ökologische Bedeutung des Waldes liegt zum einen im Klimaschutz, zum anderen in seiner biologischen Vielfalt. Der Wald schützt unseren Boden, filtert Staub und Luftschadstoffe, produziert Sauerstoff, hält Niederschläge zurück und bietet vielen Pflanzen und Tieren einen Lebensraum.

Wirtschaftlich gesehen liefert uns der Wald den nachwachsenden Rohstoff Holz, der in vielfältiger Weise Verwendung findet, als Werkstoff ebenso wie zur Energiegewinnung. Aus sozialer Sicht dient der Wald der Erholung, der Freizeitgestaltung und nicht zuletzt natürlich als Arbeitsplatz in den strukturschwachen ländlichen Regionen.

Rheinland-Pfalz ist das Bundesland mit den bundesweit höchsten Waldanteilen. Mit etwa 833.000 ha sind immerhin 42 % der Landesfläche Wald. Die Eigentumsverhältnisse stellen sich wie folgt dar: 27 % dieser 833.000 ha sind Staatswald, gehören also dem Bund oder dem



Land. Rund 47 %, also fast die Hälfte, ungefähr 400.000 ha, stehen im Eigentum der Kommunen. Ca. 26 % sind Privatwald. Der kommunale Wald verteilt sich auf rund 2.000 waldbesitzende Gemeinden. Wenn Sie die 400.000 ha durch die Anzahl der waldbesitzenden Gemeinden dividieren, stellen Sie fest, dass kommunale Forstbetriebe im Durchschnitt nur rund 200 ha Wald bewirtschaften. Dies ist ein struktureller Nachteil. Er wird dadurch noch verschärft, dass diese Flächen stark zersplittert in der Regel über die gesamte Gemarkung verteilt liegen. Noch ungünstiger stellen sich die Verhältnisse im Privatwald dar. Hier sind es etwa 330.000 Eigentümer, die 214.000 ha Wald besitzen. Wenn Sie für den Privatwald den Durchschnitt berechnen, kommen Sie auf lediglich 0,6 ha Waldbesitz pro Eigentümer. Es kommt noch dazu, dass es sich nicht nur um kleine Flächen handelt, sondern dass diese Flächen meist in einer Gemengelage mit dem Staatswald und dem Kommunalwald liegen.

Viele Waldbesitzer wissen gar nicht, wo ihre Waldflächen liegen. Ich selbst bin ebenfalls Kleinwaldbesitzer. Eine meiner Flächen kenne ich und mache dort regelmäßig Brennholz, bei einer anderen Fläche weiß ich gar nicht genau, wo sie liegt. Ich könnte zwar nach Gefühl Bäume fällen, wüsste aber nicht sicher, ob es die eigenen Bäume sind und tue es deshalb nicht. Aus der Fläche herausholen könnte ich diese Bäume erst recht

nicht. Das ist nämlich ein weiteres Problem, dass viele Flächen von den vorhandenen Wegen aus nicht erreichbar sind. Die Konsequenzen daraus liegen auf der Hand. Man hat durch diese Defizite erhebliche Probleme bei der Bewirtschaftung, besonders, wenn es um die Zusammenfassung marktgerechter Holzpartien geht. Daher sind Eigentumsklarheit, die Zusammenlegung der Flächen und die Erschließung mit Forstwegen die wichtigsten Voraussetzungen für eine wirtschaftliche und multifunktionale Waldbewirtschaftung. Das beste Instrument, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Waldflurbereinigung.

Im Rahmen der „Initiative Ländlicher Raum“ ist es in enger Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Umweltministerium gelungen, der Waldflurbereinigung neue Impulse zu geben und ihr einen deutlich höheren Stellenwert einzuräumen, als das noch in der Förderperiode 2000-2006 der Fall war. In den neuen Leitlinien Ländliche Bodenordnung unseres Hauses für die Programmperiode bis 2013 ist die Waldflurbereinigung ebenfalls ein fester Faktor. Die Landesforstverwaltung unterstützt unsere Dienstleistungszentren Ländlicher Raum sehr tatkräftig dabei, die Waldflurbereinigung voranzubringen. Sie bringt sich dabei auch finanziell intensiv ein, mit rund 700.000 Euro für den forstlichen Wegebau. Inzwischen laufen in Rheinland-Pfalz rund 138 Flurbereinigungsverfahren mit einem Waldanteil von 23.000 ha.

Meine Damen und Herren, um die Wichtigkeit der Waldflurbereinigung beurteilen zu können, muss man die volkswirtschaftliche Bedeutung der Forstwirtschaft und der Bereiche, die damit zusammenhängen noch etwas näher beleuchten. Der Verbund, Neudeutsch spricht man ja von Clustern, aus dem Bereich Forstwirtschaft und der Holz- und Papierindustrie hat im Land Rheinland-Pfalz über 50.000 Beschäftigte. Sie arbeiten in 8.500 Betrieben und erzielen einen Umsatz von 8,3 Milliarden Euro. Damit ist das Holzverarbeitende Gewerbe, nach der chemischen Industrie, der bedeutendste Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz.

Hinzu kommt, dass Holz als erneuerbarer und CO2-neutraler Energieträger zunehmende Bedeutung erlangt. Gerade im Privatwald wird durch die Waldflurbereinigung in vielen Fällen die Bewirtschaftung erst wieder möglich. Dort liegen, das ist belegt durch die Bundeswaldinventur, die größten Potenziale zur Stärkung der Holzindustrie. Durch die Waldflurbereinigung entstehen wirtschaftliche Grundstücksformen und neue Forstwege, die die Pflege erleichtern, den Arbeitsaufwand insbesondere bei der Holzernte vermindern und zum Teil überhaupt erst eine Eintrittspforte in den Wald bieten. Um den Erholungswert des Waldes zu erhöhen, können im Rahmen von Waldflurbereinigungen Flächen für Wanderwege bereitgestellt werden, für Parkplätze, Waldspielplätze oder Waldlehrpfade, um nur einige Beispiele zu nennen. Damit trägt die Waldflurbereinigung wirksam zur Entwicklung des ländlichen Raumes bei, insbesondere zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und zu wirtschaftlicheren Arbeitsweisen, vor allem im Privatwald.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das zweite Thema der heutigen Veranstaltung ist der Nahverkehr. Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, der aus meiner Sicht einen unverzichtbaren Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge bildet, sind wir in Rheinland-Pfalz durchaus gut aufgestellt. Im Busverkehr hat die Einführung von 31 Regio-Linien gerade im ländlichen Raum die Mobilitätsbedingungen und damit dessen Zukunftschancen verbessert. Mit dem Rheinland-Pfalz-Takt wurde eine Grundlage für einen angebotsorientierten ÖPNV und Schienen-Personennahverkehr gelegt. Hierauf wollen wir, vor allem mit dem Programm des Rheinland-Pfalz-Taktes 2015, aufbauen. Mit dem neuen Landesgesetz zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der kommunalen Gebietskörperschaften (Landesverkehrsfinanzierungsgesetz – Kommunale Gebietskörperschaften) hat das Land eine gute Basis für weitere Investitionen in die ÖPNV-Struktur geschaffen. Sowohl der Verkehrsträger Straße als auch der Schienennahverkehr sind, insbesondere für ländliche Gebiete, von besonderer Wichtigkeit.

Meine Damen und Herren, die künftige Bevölkerungsentwicklung erfordert eine Sicherung des vorhandenen Standards im ÖPNV und gleichzeitig die Weiterentwicklung des Angebotes öffentlicher Mobilität. Konträr zur Schrumpfung der Bevölkerung wächst die Zahl der Haushalte, denn immer mehr Menschen leben in Ein-Personen-Haushalten. Hinzu kommen Veränderungen bei den Mobilitätsgewohnheiten und den Schulstandorten, um nur einige wichtige Faktoren zu nennen. Hierdurch ergeben sich neue Mobilitätsanforderungen. Der Wunsch nach bedarfsgesteuerten ÖPNV-Angeboten wächst aufgrund dieser Entwicklungen weiter an. Auf diese Herausforderungen muss der ÖPNV nicht nur reagieren, sondern wir müssen bereits heute agieren und zukunftsfähige Konzepte entwerfen. Vor dem Hintergrund der von mir dargestellten Entwicklungen wird es immer wichtiger, auch private Initiativen vor Ort in den ÖPNV einzubeziehen. Die sogenannten „heimlichen Verkehre“, also die nicht offiziellen öffentlichen Verkehre in den ÖPNV zu integrieren, kann ein wichtiges Ziel der Verkehrspolitik werden. Dazu zählt beispielsweise die Beförderung von Touristen von Flughäfen zu Hotels oder auch zu Wanderwegen, um eine mehrtägige Wanderung zu beginnen, Fahrten im Zusammenhang mit kulturellen Ereignissen zum Beispiel Fahrten ins Theater oder die Beförderung von Vereinsmitgliedern im Rahmen von Vereinstätigkeiten sowie Zubringer und Abholdienste gemeinnütziger Vereine, die nicht nach dem Personenbeförderungsgesetz genehmigungspflichtig sind. Solche Verkehre sind nicht grundsätzlich neu, es gibt sie bereits seit Jahren. Neu wäre jedoch die Initiative diese Verkehre zentral zu erfassen, um Synergieeffekte mit dem ÖPNV zu erzielen.

Wenn wir uns speziell die Zielgruppen im ländlichen Raum betrachten, dann rücken die älteren Menschen in den Blickpunkt. Die Kernfrage lautet, wie können wir es schaffen, dass ältere Menschen weiterhin selbstständig Arztbesuche, Einkäufe und Freizeitbedürfnisse gestalten können, ohne auf hilfsbereite Nachbarn angewiesen zu sein. Eine Antwort auf diese Frage liegt im bürgerschaft-

lichen Engagement. Ein gutes Beispiel dafür sind die Bürgerbusse, die in der Regel vereinsmäßig organisiert sind. Hier sind ehrenamtliche Fahrerinnen und Fahrer aktiv, um mit Kleinbussen bedarfsgerecht die Mobilitätsanforderungen der meist älteren Menschen abzudecken. Dazu gehört, gerade für ältere Menschen, auch der persönliche Kontakt, die Hilfe beim Einstieg in das Fahrzeug und das Gespräch miteinander. Das Land unterstützt derartige Projekte finanziell. In diesen Tagen startet in der Gemeinde Katzenelnbogen gerade der neue „Einrichbus“, wie man auf diesen Namen gekommen ist, kann ich Ihnen leider nicht sagen. Dessen Konzept wurde im Rahmen eines ILE-Prozesses, also im Rahmen der Integrierten ländlichen Entwicklung, erarbeitet und ist speziell auf die Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnitten. Darüber hinaus wird die erforderliche rechtliche und ökonomische Beratung der Bürgerbusprojekte mit dem Programm „Lokale Gemeinschaftsverkehre“ in der Startphase sichergestellt.

Meine Damen und Herren, um den ÖPNV tatsächlich zukunftsfähig zu gestalten, wird es darauf ankommen, wie gut es

gelingt, die Zugangshemmnisse abzubauen. Das Stichwort lautet „Barrierefreiheit“. In diesem Bereich arbeitet die Landesregierung bereits nachhaltig an der Verbesserung eines barrierefreien Zugangs zu öffentlichen Verkehrsmitteln. Ein Schwerpunkt bei der Förderung von ÖPNV-Anlagen ist der barrierefreie Umbau von Bahnhöfen und den Verkehrsanlagen. Hier sind in der Vergangenheit bereits deutliche Fortschritte erreicht worden.

Die Anstrengungen müssen sich darauf konzentrieren, den generellen Zugang zu den Verkehrsangeboten zu erleichtern. Das heißt im Einzelnen:

- Internet-Abfragen müssen barrierefrei und kundenfreundlich möglich sein;
- Hinweisschilder einschließlich deren Symbolik müssen auch für Ältere und Schwerbehinderte auffindbar, lesbar und verständlich sein;
- Fahrpläne müssen überschaubar und selbst erklärend gestaltet sein;
- Fahrkartenautomaten müssen serviceorientiert und bedienerfreundlich sein.



Mit unserer Verbundstruktur sind wir in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren auf dem Weg zu tatsächlich integrierten Verkehrsangeboten ein gutes Stück vorangekommen. Mit den genannten Punkten sind bereits heute wichtige Handlungsfelder, insbesondere für die Verkehrsverbünde im Land, benannt. Ich gehe davon aus, dass mit diesen Anstrengungen in den kommenden Jahren zusätzliche, auch ältere, Fahrgäste für den ÖPNV und die Bahnen gewonnen werden.

Meine Damen und Herren, ein wichtiges Ziel des ÖPNV ist es, dem Fahrgast den größtmöglichen Komfort bieten um attraktiv zu sein. Neben einer noch besseren Verzahnung von Bus- und Bahnangeboten müssen unsere Zukunftskonzepte daher in verstärktem Maße auf neue Technologien setzen. Im Mai dieses Jahres hat das Land das neue „Programm zur Förderung von dynamischen Fahrgastinformationen“ gestartet. Danach erhalten die Verkehrsunternehmen für die Ausrüstung ihrer Fahrzeuge mit neuester Informationstechnik zur Übermittlung von Standortpositionen und Echtzeitdaten eine Förderung bis zu 60 %. Das Land strebt mit dieser Initiative eine Verbesserung der Kundenfreundlichkeit im ÖPNV an, besonders in der Fläche. Durch diese Maßnahme können die von den Verkehrsunternehmen angebotenen Verkehrsleistungen wesentlich attraktiver werden, so dass sich damit zusätzliche Fahrgastpotenziale erschließen lassen.

Zur zukünftigen Finanzierung des ÖPNV kann ich Ihnen sagen, dass das Land alles daran setzen wird, um trotz einer Vielfalt wichtiger Aufgaben im Verkehrsbereich die derzeitige gute ÖPNV-Gestaltung und die finanziellen Grundlagen auf dem bisherigen Niveau zu halten. Auch zukünftig sollen weitere Verbesserungen im ÖPNV-System möglich bleiben. Gleichzeitig steigen jedoch die Anforderungen an eine effiziente Gestaltung der ÖPNV-Unternehmen und ihrer Verkehrsangebote. Nur wenn die Qualität des Verkehrsangebotes weiter verbessert wird, werden neue zusätzliche Fahrgäste gewonnen und somit Einnahmen erzielt werden können. Im Übrigen kommen nach meiner Einschätzung auf die Verkehrsunternehmen im

ländlichen Raum noch stärker als heute Koordinierungs- und Bündelungsaufgaben zu. Dazu gehört beispielsweise die Steuerung von Rufbus-Angeboten, mit der Möglichkeit einzelne Haltestellen bedarfsgerecht auf Signal hin anzusteuern oder auszusparen. Dies liegt im Verantwortungsbereich der Verkehrsunternehmen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf das Projekt „Handlungsempfehlungen für einen attraktiven, umweltfreundlichen und leistungsfähigen ÖPNV in der Fläche“ hinweisen, das von unserem Haus maßgeblich mitfinanziert und fachlich begleitet wird. Die inhaltlichen Schwerpunkte sind eine

- Bedarfsprognose nach den verschiedenen Kundengruppen,
- die Koordination der vorhin bereits erwähnten sogenannten „heimlichen“ öffentlichen Verkehre wie kirchliche Fahrten, Hotel-Shuttles, Bürgerbusse etc. und
- der ebenfalls bereits erwähnte Einsatz neuester Informationstechnologie, insbesondere von Echtzeitanwendungen.

Wir erwarten als Ergebnis einen praxisorientierten Leitfaden sowohl für die ÖPNV-Aufgabenträger als auch für die Unternehmen. Ein gemeinsames Ziel muss sein, dass auch in Zukunft in den Ballungsräumen und insbesondere in den ländlichen Räumen eine gute Versorgung mit Leistungen des öffentlichen Verkehrs erhalten bleibt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.
(Applaus)

Es spricht Herr Dietz:

Vielen herzlichen Dank, Herr Hornberger, für diesen informativen Überblick über beide Themen. Meine Damen und Herren, Sie haben jetzt die erste von drei Gelegenheiten in die Diskussion aktiv einzugreifen, indem Sie Fragen stellen und Ihre Diskussionsbeiträge in die Runde geben können. Wenn Sie Fragen oder Anliegen haben, bitte

ich Sie um ein Handzeichen. Sie bekommen dann ein Mikrofon gebracht. Sie haben jetzt die Möglichkeit, Ihre Fragen direkt an Herrn Hornberger zu stellen. Anschließend an die Gesprächsrunde zur Waldflurbereinigung werden wir eine weitere kurze Diskussionsrunde speziell zu diesem Themenschwerpunkt haben. Im zweiten Teil, zum Thema Nahverkehr, wird es ebenfalls erst eine Gesprächsrunde und hinterher eine Diskussionsrunde geben.

Wer hat Fragen oder Anmerkungen direkt an Herrn Hornberger? Wenn das nicht der Fall ist, so haben wir uns abgestimmt, bieten wir Ihnen diese Möglichkeit nach der ersten Gesprächsrunde noch einmal. Herr Hornberger wird Ihnen auch weiterhin zur Verfügung stehen.

Wir haben eine Frage aus dem Publikum. Sagen Sie bitte jeweils kurz wer Sie sind und stellen Sie eine kurze Frage, dann bekommen Sie eine kurze, präzise Antwort.

Es spricht Herr Kandels:

Mein Name ist Alois Kandels, ich bin Beigeordneter der Stadt Birkenfeld. Mein Nachbar hier im Saal ist Bürgermeister der Gemeinde Dambach, wo man sich mit dem Gedanken der Flurbereinigung bzw. Waldzusammenlegung beschäftigt. Da die Stadt Birkenfeld ebenfalls Waldeigentümerin ist, interessiert es mich, ob die Waldflurbereinigung auch im Hunsrück so stattfinden wird, wie hier in der Eifel die Zusammenlegung von Waldstücken. Ich habe gehört, Hinterhausen im Landkreis Daun und Büdesheim im Altkreis Prüm hatten bereits Waldflurbereinigungsverfahren. Ich weiß nicht, ob bereits weitere Flurbereinigungsverfahren speziell für die Waldflurstücke erfolgt sind. Wohin muss man sich wenden, um ein solches Verfahren auf den Weg zu bringen?

Es spricht Herr Hornberger:

Wenden Sie sich an das DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück. Wir haben zwar in unseren Leitlinien konkret vorgesehen rund 15 % der Manpower und des Geldes inklusive der Fördermittel der Landesforstverwaltung in den Bereich Waldflurbereinigung zu stecken, ich kann Ihnen jedoch heute nicht verbindlich sagen, wie das mit der Arbeitsplanung aussieht, weil wir nur eine begrenzte Manpower haben und ein begrenztes Budget. Für das ganze Land stehen für die Flurbereinigung 13 Mio. Euro zur Verfügung. Wir sind dankbar, dass wir das in den letzten Jahren auf diesem hohen Niveau halten konnten. Wenn Sie bedenken, dass die Hälfte dieses Geldes allein in die Weinbergsflurbereinigung fließt und wir außerdem noch Acker-Grünland-Verfahren haben, dann kann man sich gut vorstellen, dass hier, um bei der forstlichen Sprache zu bleiben, die Bäume natürlich nicht in den Himmel wachsen. Das heißt nicht, dass wir uns nicht auch in diesem Bereich gewaltig nach der Decke strecken und die Dinge angehen wollen, sonst bräuchten wir die heutige Veranstaltung nicht zu machen. Wir wollen das Thema Waldflurbereinigung so weit vorantreiben, wie es unsere personellen und finanziellen Ressourcen erlauben. Wir werden zum Beispiel dort, wo bisher reine Acker-Grünland-Verfahren vorgesehen waren, soweit möglich, die Waldflächen ebenfalls mit bearbeiten. Ich denke, wenn Sie sich an das DLR wenden, werden Sie sehr schnell Klarheit haben, wie sich ein Verfahren in Ihrer Gemeinde in die zeitliche Abfolge einfügen könnte.

Es spricht Herr Dietz:

Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen an dieser Stelle? Das ist erst einmal nicht der Fall. Nach den drei nächsten Beiträgen gibt es vielleicht weiteren Gesprächsbedarf. Danke, Herr Hornberger, dass Sie uns dafür nachher auch noch zur Verfügung stehen.

Gesprächsrunde zum Thema „Waldflurbereinigung“

Es spricht Herr Dietz:

Ich darf jetzt mit Ihnen in die Gesprächsrunde zur Waldbewirtschaftung und Waldflurbereinigung einsteigen und als ersten Gesprächspartner Herrn Dr. Jens Jacob zu mir bitten. Er kommt aus dem Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz in Mainz und ist der oberste Forstbeamte, wenn ich das so sagen darf. Er ist Abteilungsleiter in diesem Hause und damit auch Leiter des Landesbetriebes Forsten und Vertreter der Staatssekretärin, die in ursprünglich an dieser Stelle angekündigt war.

Herr Dr. Jacob, herzlich willkommen bei uns. Herr Hornberger hat in seiner Einführung schon sehr viel zur Situation des Waldes gesagt. Was sind aus Ihrer Sicht die Ziele in der Waldbewirtschaftung und in der Arbeit mit dem Wald in Rheinland-Pfalz für den Sie ja verantwortlich sind?

Es spricht Herr Dr. Jacob:

In dem Programm für die heutige Veranstaltung ist das Thema „Integrative Strukturpolitik für den ländlichen Raum“ angekündigt. Ich denke, mit diesem Schlagwort wird deutlich, was die Ziele der Landesregierung sind, die wir bei der Waldbewirtschaftung verfolgen. Es geht in der Tat um strukturpolitische Grundsätze. Wir haben soeben im Eingangsreferat von Herrn Hornberger gehört, dass der Wald viele segensreiche Wirkungen entfaltet. Er tut das nicht ausschließlich deswegen, weil es ihn gibt, sondern er tut es vor allem, weil er nachhaltig, pfleglich, ordnungsgemäß bewirtschaftet wird. Das möglichst flächendeckend zu erreichen ist unser Ziel. Wenn der Wald ordnungsgemäß bewirtschaftet wird, entfaltet er Wirkungen, die von sehr hohem gesellschaftlichem Nutzen sind. Deswegen versuchen wir als Forstverwaltung, das entsprechend zu fördern. Einige dieser Wirkungen sind bereits angeklungen, ich

will sie ganz kurz noch einmal in Erinnerung rufen. Der Wald entfaltet, wenn er bewirtschaftet wird, einen Nutzen indirekter Art durch die Umweltleistungen die er erbringt. Sie kennen alle diese wichtigen Faktoren wie sauberes Wasser, Klimaschutz, Bodenschutz und das Binden von Kohlenstoff. Zusätzlich entfaltet der Wald sehr direkte Wirkungen, indem Arbeitsplätze im ländlichen Raum zur Verfügung gestellt werden.

Herr Hornberger erwähnte bereits die immense Wertschöpfungskette. Ich will die Zahl von 8,3 Milliarden Euro noch einmal wiederholen. Diese Zahl wurde im Jahre 2002 für Rheinland-Pfalz ermittelt. Die Zahlen werden sich langfristig hoffentlich noch weiter nach oben entwickeln, wenn auch nicht in diesem Jahr. Das ist ein wesentlicher Beitrag zur Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz und der Ausgangspunkt für diese Wertschöpfungskette ist das Holz, was die Waldbesitzer bei einer Bewirtschaftung auf die Märkte bringen können. Ein zweites wesentliches Standbein im ländlichen Raum ist das Thema Tourismus. Hier könnte man einen Brückenschlag zu dem Thema Nahverkehr und Verkehr herstellen. Tourismus findet in Rheinland-Pfalz in einer Wertschöpfungsdimension von über 6 Milliarden Euro statt. Diese Wertschöpfungskette hat ebenfalls mit dem Wald und mit unseren Kulturlandschaften zu tun. Was ich außerdem noch erwähnen möchte, ist die Brennholzversorgung, die gerade im ländlichen Raum in den letzten Jahren ein zunehmend wichtiger Faktor geworden ist. All diese Bereiche sind darauf angewiesen, dass es Waldbesitzer gibt, die ihren Wald bewirtschaften und diese Leistungen zur Verfügung stellen.

Es spricht Herr Dietz:

Damit haben Sie einen schönen Bogen geschlagen. Das sind viele unterschiedliche Funktionen des Waldes. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal nachhaken, denn jeder hat ein anderes Bild im Kopf, wenn er einen Wald sieht. Der eine geht dort gerne laufen und nutzt den Wald zur Erholung, der andere zählt die Festmeter wenn er ein

Waldstück sieht und wieder ein anderer würde am liebsten einen Zaun um den Wald machen und ihn sich selbst überlassen. Ist es denn überhaupt unumstritten sinnvoll den Wald zu nutzen? Wo liegen da die Konflikte?

Es spricht Herr Dr. Jacob:

Die Konflikte haben Sie im Grunde genommen in Ihrer Frage bereits angedeutet. Konflikte bestehen immer dann, wenn der eine das eine will, der andere das andere und ein dritter wieder etwas anderes. Unser Ziel ist es, den Wald in einem umfassenden Sinne nachhaltig zu bewirtschaften, so dass auf der gleichen Fläche diese Waldwirkungen möglichst konfliktfrei zur Verfügung gestellt werden können. Ich sage absichtlich möglichst konfliktfrei, denn es gibt immer Konflikte, wenn so viele Funktionen den Naturraum überlagern oder an ihn herangetragen werden. Im Einzelfall sind das Konflikte wie z.B. ein Weg, der nach einer Holzerntemaßnahme nicht mehr so schön aussieht wie vorher oder Naturschutzkonflikte, weil die Naturschützer sagen, gerade dort wo wir Holz ernten hat in diesem Baum vielleicht eine Fledermaus ihr Quartier gehabt. Das sind nach unserem Dafürhalten absolut lösbare und zum Teil auch etwas überspitzte Konflikte.

Gerade zu dem Thema Naturschutzkonflikte möchte ich anmerken, dass wir in Rheinland-Pfalz in einem hohen Maße NATURA2000-Gebiete ausgewiesen haben. Was die FFH-Gebiete betrifft sind wir sogar, gemessen an der Landesfläche, an der Spitze im bundesweiten Vergleich. Diese Flächen sind vor allem im Wald ausgewiesen worden und dort wiederum vor allem im öffentlichen Wald, was natürlich viel mit erhöhter Sozialpflichtigkeit zu tun hat. Nun ist es aber gerade der öffentliche Wald bei dem wir, was die Nutzung betrifft, an der Spitze der Bewegung marschieren. Wir kommen nachher noch dazu, wie das im Privatwald aussieht. Wir nutzen den öffentlichen Wald weitgehend an der Nachhaltigkeitsschwelle von sechs Festmetern pro Jahr und Hektar die wir nachhaltig mobilisieren und auf die Märkte



bringen. Gerade im Staatswald sind diese NATURA2000-Gebiete überproportional ausgewiesen worden. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass diese Flächen offensichtlich eine hohe naturschutzfachliche Wertigkeit haben, sonst wären sie nicht ausgewiesen worden. Ich behaupte, dass sie nicht trotz, sondern gerade wegen der forstlichen Bewirtschaftung in dieser Form so entstanden sind, dass sie heute schützenswert sind. Das ist für mich ein gutes Indiz dafür, dass diese Konflikte mit dem Naturschutz nicht in dem Maße bestehen, wie sie manchmal vielleicht etwas überakzentuiert werden.

Es spricht Herr Dietz:

Herr Hornberger hat soeben die Struktur des Waldes in Rheinland-Pfalz beschrieben. Instrumente wie die Waldflurbereinigung zielen ja sehr stark auf den Privatwald. Können Sie bitte noch genauer beleuchten worin die besondere Herausforderung, aber auch die Bedeutung des Privatwaldes im Unterschied zu den anderen Eigentumsverhältnissen liegt?

Es spricht Herr Dr. Jacob:

Die besondere Bedeutung des Privatwaldes liegt darin, dass wir im Privatwald, vor allem im



Klein- und Kleinstbesitz, der in Rheinland-Pfalz einen Großteil der Flächen ausmacht, diese hohe Nutzungsschwelle und diese hohe Intensität der Bewirtschaftung wie im Staatswald noch nicht erreicht haben. Die Gründe sind in dem Referat von Herrn Hornberger angeklungen: Wir haben im Privatwald eine große Besitzersplitterung. Diese macht es nicht leicht den Besitz zu bewirtschaften. Wir haben eine durchschnittliche Besitzgröße von 0,6 ha, das entspricht etwa einem Fußballfeld. Wenn diese Flächen vielleicht sogar noch zerstückelt auf mehrere verstreute Parzellen liegen, oft gemischt mit Flächen anderer privater Waldbesitzer oder gemischt mit Staats- und Kommunalwaldflächen, sind solche Flächen für die Waldflurbereinigung prädestiniert. Dann braucht man ein Flurbereinigungsverfahren, um dort eine geeignete Besitzstruktur und den Zugang in die Fläche herzustellen und eine nachhaltige, den gesellschaftlichen Zielen verpflichtete Waldbewirtschaftung organisieren zu können, wie ich sie am Anfang beschrieben habe und wie wir sie im Staats- und Kommunalwald standardmäßig praktizieren.

Es spricht Herr Dietz:

Wenn ich richtig gerechnet habe, sind das bei den 200.000 ha und den 6 Festmetern pro Jahr und Hektar mehr als eine Million Festmeter Holz die im Privatwald liegen und möglicher Weise nur zu einem kleinen Teil genutzt werden.

Es spricht Herr Dr. Jacob:

Exakt.

Es spricht Herr Dietz:

Ich glaube, das Potenzial ist nun klar und jeder hier im Raum kann sich die Situation vorstellen oder kennt sie aus der eigenen Gemarkung. Im Privatwald ist ein Potenzial zu heben. Wie tun Sie das? Waldflurbereinigung ist sicher ein Thema. Welche Instrumente nutzen Sie? Welche Möglichkeiten haben Sie, um das aus Ihrem Haus zu fördern?

Es spricht Herr Dr. Jacob:

Über den Ansatz und den Ablauf der Waldflurbereinigung wird von den nachfolgenden Referenten noch viel gesagt werden. Sie ist ein wichtiges Instrument unserer Privatwaldpolitik, aber sie ist nicht das einzige. Die Waldflurbereinigung ist z.B. nicht auf der gesamten Fläche zur gleichen Zeit möglich.

Was jedoch auf der gesamten Fläche zur gleichen Zeit wirksam wird, sind unsere Kooperationsangebote die wir im Rahmen der Gemeinschaftsforstämter machen. Das halte ich für ein sehr wichtiges Angebot an die Privatwaldbesitzer. Wir bieten durch die Gemeinschaftsforstämter flächendeckend im Land Beratungsleistungen für die Waldbewirtschaftung an. Wir haben es sogar im Zuge unserer Strukturreform, in der wir uns seit einigen Jahren befinden, geschafft, die Anzahl der spezifischen Privatwald-Betreuungsreviere zu erhöhen. Das ist eine Besonderheit hier in Rheinland-Pfalz. Diese Betreuungsreviere sind nur dazu da, um im Privatwald den Zielen der Holzmobilisierung gerecht zu werden. Wir haben es geschafft, die Anzahl der Betreuungsreviere noch deutlich zu vergrößern, obwohl wir überall sonst Dienststellen eingespart haben und die Reviere vergrößern. Das unterstreicht den hohen Stellenwert, den wir auf dieser Ebene als Landesregierung der Privatwaldbewirtschaftung angedeihen lassen möchten. Das ist ein wichtiges Instrument der Privatwaldpolitik.

Das wollen wir leisten, zusätzlich zu den strukturverbessernden Maßnahmen wie Waldflurbereinigung, dem freiwilligen Landtausch und der Waldbörse im Internet, die wir eingerichtet haben. Es gibt noch eine dritte Säule, die sehr wichtig ist, nämlich die Förderung im Privatwald. Diese Förderung ist vor allem darauf ausgerichtet, die Hilfe zur Selbsthilfe im Privatwald und die Selbstorganisation zu fördern. Gerade in der Eifel im Prümmer Raum gibt es hervorragende Beispiele dafür, wie wir die forstwirtschaftlichen Vereinigungen, die Waldbauvereine im Wege der Förderung unterstützen. Wir haben spezifische rheinland-pfälzi-

sche Fördermodelle, die es ermöglichen sollen, die Instrumente der Selbstorganisation des privaten Waldbesitzes zu unterstützen. Daneben werden Waldbesitzerschulungen gefördert, die direkt an die einzelnen Akteure adressiert sind. Die sollen nicht nur lernen die Motorsäge zu führen, sondern auch Kenntnisse im Waldbau, der Waldbewirtschaftung und Holzvermarktung vermittelt bekommen. Das rundet dieses vielfältige Angebot ab. Es setzt zum einen an der Struktur an, dort spielt die Waldflurbereinigung eine Rolle, es setzt ebenso an der Frage der Kooperationen an. Dazu bieten wir durch die Privatwaldbetreuungsreviere forstliche Hilfestellungen. Das Angebot setzt außerdem bei den Fragen der Selbstorganisation an.

Es spricht Herr Dietz:

Vielen herzlichen Dank. Wir werden nachher in der Diskussionsrunde noch die Möglichkeit haben, die Vorteile diese Förderangebote gemeinsam mit den anderen Referenten zu vertiefen. (Applaus) Es ist eben angeklungen, es gibt in Rheinland-Pfalz Privatwaldbetreuer. Davon gibt es eine Menge im ganzen Land und einer davon ist für die Betreuung und für das gesamte Thema des Privatwaldes als Referent des Landes Rheinland-Pfalz verantwortlich; er steht jetzt neben mir, Herr Winand Schmitz. Herzlich Willkommen bei uns. Herr Schmitz, wir möchten das, was Herr Dr. Jacob eben ausgeführt hat in der Gesamtbedeutung noch vertiefen. Ich will direkt mit der Waldflurbereinigung einsteigen. Berichten Sie doch bitte mal aus der Praxis. Wie läuft das ab? Um welches Verfahren handelt es sich dabei?

Es spricht Herr Schmitz:

Es ist uns beim Ministerium mittlerweile gelungen, der Waldflurbereinigung zu einer gewissen Renaissance zu verhelfen. Wir haben darüber hinaus, gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium, neben den klassischen Verfahren ein zweites Modell der Waldflurbereinigung entwickelt. Auf das klassische Verfahren will ich heute nicht wei-

ter eingehen, das wird Herr Turck später noch machen. Das zweite Modell hat als alleiniges und vorrangiges Ziel die Erschließung des Waldes. Die von den DLR bearbeitbare Fläche ist begrenzt und wir haben in vielen Bereichen allein die Problematik, dass uns die Erschließung des Waldes zur Bewirtschaftung fehlt. In diesem Fall ist nun die Einleitung eines Waldflurbereinigungsverfahrens möglich, mit der vorrangigen Zielsetzung, Bau-recht für eine Walderschließung zu bekommen. Eine Bodenordnungsmaßnahme wird, wenn überhaupt, erst deutlich zeitversetzt erfolgen. Insofern haben wir mit diesem Modell-2 eine Chance gefunden, direkt Maßnahmen durchzuführen und gleichzeitig die klassischen Verfahren parallel laufen zu lassen.

Wir haben außerdem im Forstamt Ahrweiler ein Pilotprojekt zum Freiwilligen Landtausch laufen, in enger Zusammenarbeit mit dem DLR. Dort ist es uns zum Beispiel gelungen in einem Bereich von über 800 ha etwa 300 ha in den Flächen-tausch zu bringen, wodurch wir die Parzellen-anzahl deutlich verringern konnten. Es hat sich gezeigt, dass größere Waldbesitzer, die bei einem solchen Landtausch mitmachen, ein wichtiger Motor bei solchen Projekten sind. Über diese Pilotprojekte können wir Erfahrungen sammeln und die Erkenntnisse daraus später in der Fläche anwenden.

Es spricht Herr Dietz:

Alles das, was wir hier diskutieren, steht, natürlich im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten, zukünftig in ganz Rheinland-Pfalz in allen Regionen zur Verfügung, richtig?

Es spricht Herr Schmitz:

Wenn das Pilotprojekt abgeschlossen ist, soll das ein Standard-Verfahren werden. Mit den Erkenntnissen aus dem Pilotprojekt legen wir die Grundlagen dafür.

Es spricht Herr Dietz:

Es sind bereits weitere Stichworte gefallen, wie z.B. die gemeinsame Bewirtschaftung als Ansatzpunkt und das Bilden von Bewirtschaftungsblöcken. Wie kann das ablaufen? Wie sieht das konkret aus? Und was haben die Eigentümer davon?

Es spricht Herr Schmitz:

Man muss ganz klar sehen, dass wir, egal welche Anstrengungen wir unternehmen um die Strukturen im Kleinprivatwald zu verbessern, im Klein- und Kleinstprivatwald nie Flächengrößen hinkriegen werden, die einem eigenständigen Betrieb entsprechen. Deswegen geht der Appell von Landesforsten dahin, dass die Kleinprivatwaldbesitzer sich als Schicksalsgemeinschaft verstehen. Wir haben ein Pilotprojekt in dieser Richtung auf den Weg gebracht, dort werden wir gemeinsam mit dem Forstamt Adenau in Zusammenarbeit mit dem Waldbauverein Ahrweiler, Privatwaldbesitzer mobilisieren, indem wir sie in Blöcke zusammenfassen. Man muss den Waldbewirtschaftern deutlich machen, dass sie zusammen wirtschaften müssen, dass sie zusammenarbeiten müssen. Einer muss sich darum kümmern, der diesen Block vorbereitet und initiiert damit dann eine gemeinsame Maßnahme durchgeführt werden kann.

Es spricht Herr Dietz:

Wie groß muss solch ein Block sein? Machen Sie das doch bitte noch ein bisschen konkreter.

Es spricht Herr Schmitz:

Die Blöcke können sehr unterschiedlich groß sein. Das hängt natürlich sehr von der Struktur der Region und der Gemarkung ab. Wir haben in Ahrweiler Blöcke zwischen 1.000 und 7.000 Festmeter am Stück realisiert, die zusammen bewirtschaftet werden und dadurch im Kleinprivatwald Holz-mengen mobilisieren.

Es spricht Herr Dietz:

Das heißt, es ändert sich nichts an der Eigentümerstruktur im Gegensatz zur Waldflurbereinigung, man kann aber trotzdem nachher die Parzellen zusammenhängend im Block bewirtschaften, was vor und nach der Flurbereinigung gleichermaßen sinnvoll ist.

Es spricht Herr Schmitz:

Richtig. Man braucht nur jemanden, der die Initiative ergreift. Das kann von unserem Gemeinschaftsforstamt ausgehen oder das kann in Kooperation zwischen dem Gemeinschaftsforstamt und dem Waldbauverein erfolgen. Es könnte auch der Waldbauverein alleine sein, der als „Kümmerer“ auftritt und sich um diese Maßnahme kümmert, der die Waldbesitzer akquiriert, anspricht und sie mobilisiert. Wir reden immer von Holzmobilisierung, Holzmobilisierung heißt Waldbesitzermobilisierung. Die Waldbesitzer müssen mitmachen, erst dann können wir die entsprechenden Maßnahmen vorbereiten, durchführen und abrechnen. Diese gesamte Bewirtschaftung des Blockes muss natürlich durch Instrumente unterstützt werden und daran arbeiten Landesforsten derzeit.

Es spricht Herr Dietz:

Es gibt über 200.000 Privatwaldbesitzer in Rheinland-Pfalz, das ist wirklich eine große Zahl. Klar ist, dass man nicht alle gleichzeitig bedienen kann. Sie sind landesweit für die Privatwälder zuständig, was für Instrumente braucht man denn, damit man, über diese einzelnen Verfahren hinaus, möglichst schnell viele Waldbesitzer erreichen kann?

Es spricht Herr Schmitz:

Wir brauchen genau die Instrumente, die Landesforsten jetzt auf den Weg gebracht hat. Wir haben wenige Kenntnisse von unserem Privatwald. Wir



wissen zwar, dass dort Holzmengen schlummern, die wir zusätzlich mobilisieren wollen, haben aber relativ wenige Kenntnisse über den Privatwald an sich. Für den öffentlichen Wald existieren regelmäßige Inventuren, die die Basis für die Bewirtschaftung sind. Eine solche Privatwaldinventur haben wir jetzt in Rheinland-Pfalz ebenfalls auf den Weg gebracht. Wir werden, aufbauend auf diese Privatwaldinventur, in Zukunft die wichtigen Informationen für alle Akteure im Privatwald zur Verfügung stellen. Wenn man an die Parzellen und Eigentümer herankommt, ist es sehr komfortabel solch einen Block vorzubereiten. Dadurch wird es einfacher viele Eigentümer auszuwählen, den Block zu präparieren, die Waldbesitzer anzuschreiben und diese Blöcke abzuarbeiten.

Es spricht Herr Dietz:

Das heißt, es gibt offensichtlich ein sehr gutes und weit entwickeltes Instrumentarium, das jetzt zur Anwendung gebracht werden muss. Mir ist bei den Vorbereitungen etwas aufgefallen. In einer von unserem Büro betreuten ILE-Region in der Südwestpfalz ist eine solche Initiative zur Waldflurbereinigung gestartet worden. Dadurch,

dass diese Initiative von den Bürgern ausging, war bereits relativ viel positive Resonanz vorhanden, aber man merkt trotzdem sehr schnell, dass es keineswegs so ist, dass alle Waldbesitzer sich über eine Flurbereinigung freuen und mitmachen. Unsere Kernaufgabe dort ist es, die Menschen mitzunehmen und ihnen die vorhandenen Ängste zu nehmen. Wie ist aus Ihrer landesweiten Erfahrung die Resonanz der Waldbesitzer?

Es spricht Herr Schmitz:

Wir haben in den Blöcken, die wir bis jetzt in den Pilotprojekten abgearbeitet haben eine Resonanz, die zwischen 30 % und 80 % liegt. Dabei kommt es immer auf die Struktur der Region und auf die Mentalität in den einzelnen Gemarkungen an. Der Spitzenwert lag bei 80 % der Waldbesitzer die mitgemacht haben. Es kann jedoch nicht die Aufgabe des Initiators sein, noch den letzten Mann zu mobilisieren. Wenn wir solche Blöcke realisieren können und die Holzmassen daraus zusätzlich bereitgestellt werden, dann ist das für uns ein voller Erfolg. Bei den Blöcken, die wir abgearbeitet haben, sind bei 60-80 Festmeter Durchforstungsmasse pro Hektar oft über 20 Euro für die Eigentümer übriggeblieben. Das war vor dem Orkan Kyrill, zugegebenermaßen bei einer Spitzenpreispolitik, aber ich bin mir ziemlich sicher, dass wir dort sehr zeitnah wieder hinkommen werden bei dem hoch nachgefragten Rohstoff Holz. Da sind wir in dem Bereich der Sprache, die jeder versteht, dann sind wir bei Geldsummen, die für den Waldbesitzer übrig bleiben. Das ist natürlich für uns der beste Motor zur Mobilisierung. Wenn plötzlich in einem ungepflegten Privatwald, der bisher über mehrere Jahrzehnte keinen Eingriff erlebt hat, in einer echten Pflegemaßnahme noch zusätzlich 1.500-1.600 Euro für den Waldbesitzer übrig bleiben und dieser Betrag geschickter Weise in der Vorurlaubszeit überwiesen wird, dann hat man einen Tenor, der schnell von sich aus Dynamik entwickelt.

Es spricht Herr Dietz:

Sie wirken taktisch ganz schön ausgebufft. Sind diese 20 Euro auch wirklich nach Abzug aller Kosten, also ein Nettoerlös für den Eigentümer?

Es spricht Herr Schmitz:

Das ist der Nettoerlös je Festmeter für den Waldbesitzer nach Abzug aller Akquisekosten und der Gebühren für Landesforsten für unsere Mitwirkung im Privatwald sowie aller Aufarbeitungskosten durch den Unternehmer. Der Holzpreis ist natürlich durch Kyrill und durch die daraus folgende Preissenkung ein bisschen gesunken, aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir uns diesen Beträgen zeitnah wieder nähern werden.

Der Holzpreis ist für uns die beste Rückendeckung, um die Holzmobilisierung voranzutreiben. Ich könnte Ihnen jetzt in Euro vorrechnen, welche Investitionen Landesforsten im Land Rheinland-Pfalz betreibt, um an die Holzmassen heranzukommen und sie zu mobilisieren. Da hoffe ich auf den Flankenschutz durch den Holzpreis, damit eine entsprechende Dynamik aufkommt.

Es spricht Herr Dietz:

Ich denke, das war ein flammendes Plädoyer zur Holzmobilisierung und mit starken Argumenten unterlegt. Erst einmal herzlichen Dank, Herr Schmitz. Wir werden gleich noch Gelegenheit für Diskussionen haben. (Applaus)

Wir gehen jetzt noch einen Schritt weiter in die Praxis und in praktische Verfahren. Dazu begrüße ich Herrn Sebastian Turck vom DLR Westerwald-Osteifel bei mir, der mehrere Waldflurbereinigungsverfahren betreut. Eines davon, das Verfahren Rothenbach Wald, ist ein Beispiel, was als mustergültig anzusehen ist und daher hier näher beleuchtet werden soll.

Herr Turck, beschreiben Sie bitte das Verfahren Rothenbach Wald mal in kurzen Worten. Wie kam es dazu? Was läuft dort?

Es spricht Herr Turck:

Das Verfahren Rothenbach Wald erstreckt sich über eine Fläche von rund 100 ha. Es ist ein reines Waldverfahren. Der Anstoß dazu kam seinerzeit von dem Katasteramt in Daun, denn in dem Verfahrensgebiet haben katastrophale Katasterverhältnisse vorgelegen. Sie müssen sich das so vorstellen, dass draußen die Flächen, von denen die Eigentümer angenommen haben, dort liege ihr Flurstück und das, was im Kataster tatsächlich nachgewiesen war, rund 60 m auseinander lagen. Im Verfahrensgebiet fehlte außerdem die komplette Erschließung und es herrschten die bereits mehrfach angesprochenen ungünstigen Besitzstrukturen. Dies und die starke Besitzersplittierung haben letztlich dazu geführt, dass dieses Flurbereinigungsverfahren eingeleitet worden ist.

Es spricht Herr Dietz:

Das ist ein Problem, was sich jeder vorstellen kann. Man hat ein Stück Wald, aber der nächste Weg ist 100 m entfernt, dann ist es ziemlich schwierig dort einen Stamm herauszuholen. Wie haben Sie dieses Wegeproblem gelöst?

Es spricht Herr Turck:

Um das Flurbereinigungsgebiet herum gibt es eine Erschließung über Hauptabfuhrwege, dort ist ein wirklich gutes Wegenetz vorhanden. Was vollständig fehlte, war die Erschließung des Flurbereinigungsgebietes selbst. Dort haben wir zusammen mit dem Vorstand der Teilnehmergemeinschaft, das ist die Interessenvertretung eines jeden Flurbereinigungsgebietes, das Wegenetz vollständig neu geplant. Wir haben die behördliche Abstimmung durchgeführt, die Abstimmung mit allen relevanten Organisationen und haben darüber das Baurecht erhalten. Im Ergebnis sieht es jetzt so aus, dass jedes Flurstück, das neu geschaffen wurde, einen Wegeanschluss erhält und zwar einen Wegeanschluss, der dauerhaft für die Zukunft gesichert ist, da alle Wege in öffentliches

Eigentum übergehen. Das ist ein gravierender Unterschied zu den Verhältnissen, die vorher vorgelegen haben.

Wir haben insgesamt zehn Kilometer Waldwege neu ausgewiesen und im Rahmen des Verfahrens angelegt. Es ist darüber hinaus gelungen, drei dieser zehn Kilometer als Haupteinschließungen des Verfahrensgebietes als ganzjährig befahrbare Schotterwege auszuweisen. In diesem Zusammenhang wurden auch Holzlagerplätze hergestellt. Diese Schotterwege und Holzlagerplätze sind über die bereits mehrfach erwähnte Finanzierung bzw. Mittelbereitstellung des Forstes für die Waldflurbereinigungsverfahren finanziert worden. Die Kosten dafür belaufen sich in diesem Verfahren auf rund 115.000 Euro.

Es spricht Herr Dietz:

Wie viel davon war für die Eigentümer?

Es spricht Herr Turck:

Nichts davon floss direkt an die Eigentümer, denn es besteht die Regelung, dass sobald Landesforsten mit Fördermitteln einsteigt, die Gemeinden die Eigenleistung übernehmen sollen. Diese beträgt aktuell bei der Forstwegebauförderung 20 %. Demnach werden 80 % der Kosten durch Landesforsten über die Flurbereinigung finanziert und 20 % müssen die Gemeinden selbst tragen.

Es spricht Herr Dietz:

Das sind starke Argumente. In unserem Vorgespräch haben Sie mir von einem weiteren Waldflurbereinigungsverfahren im Vixtbachtal berichtet, das Sie parallel begleitet haben. Dort wurden in punkto Wege ganz andere interessante Ansätze gefunden. Was ist daraus für die anderen Verfahren lernbar?

Es spricht Herr Turck:

Ich würde das Verfahren Vinxtbachtal gerne ebenfalls kurz vorstellen, weil dort die Zusammenarbeit zwischen uns als Flurbereinigungsbehörde und dem Forst als Mittelgeber hervorragend geklappt hat. Wir haben im vergangenen Jahr, wie auch in diesem Jahr, in der Summe rund 400.000 Euro an Mitteln der Forstverwaltung in den Wegebau in dieser Flurbereinigung Vinxtbachtal investiert. Mir ist es wichtig, an dieser Stelle zu sagen, dass wir ohne diese Mittel des Forstes allein aus Mitteln der Flurbereinigung dieses hervorragende Wegenetz, was die Eigentümer jetzt draußen bekommen haben, sicherlich nicht in dieser Form erreicht hätten, höchstens mit Kompromissen bei anderen Investitionen. So aber ist es uns gelungen, ein optimales Wegenetz zu erhalten. Deshalb war es mir wichtig, dieses Verfahren ebenfalls zu nennen.



Es spricht Herr Dietz:

Das darf heute ruhig gesagt werden, denn es gehören immer mehrere dazu, damit so etwas zum Erfolg führt.

Zu einem anderen Problem, an das man beim Thema Waldflurbereinigung meist zuerst denkt, nämlich der Parzellengröße. Die ist, wie wir gehört haben im Privatwald oft nicht sehr vorteilhaft für die Bewirtschaftung, daher ist die Flurbereinigung stets bemüht, sie zu vergrößern. Was haben Sie erreicht? Wie groß sind die Parzellen geworden? Wie viele Eigentümer haben in den Verfahren mitgemacht?

Es spricht Herr Turck:

Wir haben insgesamt, in beiden Flurbereinigungsverfahren, Kontakt mit rund 1.500 Grundstückseigentümern aufgenommen. In dem Verfahren Vinxtbachtal lag die durchschnittliche Flurstücksgröße vor dem Verfahren bei 3.000 m². Nach der Flurbereinigung haben wir eine durchschnittliche Bewirtschaftungseinheit von 8.000 m². Das ist, denke ich, ein eindrucksvolles Beispiel. Verbunden damit war außerdem die Reduzierung der Anzahl der Flurstücke um 60 %. Wir hatten in dem Verfahren Vinxtbachtal vorher 3.200 Flurstücke, jetzt sind es nur noch 1.200 Flurstücke. Wenn man sich die Karten vorher und nachher betrachtet, ist das ein erheblicher Strukturerefolg.

In dem Verfahren Rothenbach ist aufgrund der Besitzstrukturen und der topographischen Verhältnisse der Erfolg nicht ganz so groß wie im Vinxtbachtal. Das ist sehr stark abhängig von den in den Verfahrensgebieten vorliegenden Gegebenheiten.

Es spricht Herr Dietz:

Wir werden gleich in der Diskussionsrunde noch einmal beleuchten was es braucht, damit eine Waldflurbereinigung ein Erfolg wird.

Ich möchte noch einmal auf die Effekte der Verfahren eingehen. Die Erschließung und die Flurstücksgrößen sind das eine, was haben Sie noch für Effekte bei den Eigentümern durch die Verfahren festgestellt?

Es spricht Herr Turck:

In beiden Verfahren haben wir festgestellt, dass neben der sehr gut akzeptierten neuen Erschließung der neuen Grundstücksflächen, sich die Eigentümer über die Flurbereinigung wieder mit ihrem Eigentum identifizieren. Ich habe bei einer Veranstaltung mal den Begriff „Urbaner Waldbesitzer“ gehört. Damit ist derjenige gemeint, der zwar in Hamburg wohnt, aber hier in der Eifel ein Flurstück besitzt, von dem er vielleicht nichts weiß. Wir müssen laut Gesetz auch diese Eigentümer im Rahmen der Flurbereinigung ansprechen. Wir haben festgestellt, dass solche Eigentümer durch die Flurbereinigung wieder ein Interesse an ihrem Waldgrundstück gefunden haben. Ich denke, es ist auch im Sinne der Forstverwaltung, dass dieses Interesse geweckt wird. Auf der anderen Seite haben uns viele Eigentümer kontaktiert, die ihr Grundstück veräußern wollten. Es ist möglich, über die Flurbereinigung Grundstücksabtretungen zu organisieren. Das wird von uns unterstützt und bietet letztendlich für andere Grundstückseigentümer die Gelegenheit, ihre Flächen aufzustocken.

Es spricht Herr Dietz:

Wenn, wie wir von Herrn Schmitz vorhin gehört haben, eine Bewirtschaftung richtig läuft und es kommen sogar noch monetäre Argumente dazu, klingt das für die Eigentümer sehr positiv.

Ich würde Sie gerne noch nach weiteren Effekten fragen. An dem Flurbereinigungsverfahren sind nicht nur die Eigentümer beteiligt, auch der Forst investiert wie wir gehört haben in diesem Bereich sehr stark. Was sind denn die Effekte, die der Forst davon hat?

Es spricht Herr Turck:

Wir können im Rahmen der Flurbereinigung innerhalb eines Verfahrens Baurecht schaffen. Ich denke, das ist sehr wichtig, dass der Forst einen Partner hat, der mit seinem Gesetz das Baurecht für die Waldwege ermöglicht.

Wenn man an die Zeit nach der Flurbereinigung denkt, ist es für den Forst ebenfalls wichtig, dass die Strukturen geordnet sind und dass tatsächlich für jedes Flurstück ein Ansprechpartner vorhanden ist. Wenn der Forst später seine Informationen streuen will, kann er vielleicht sogar auf unsere Daten zugreifen und er hat ein gutes Netz an Ansprechpartnern.

Herr Schmitz und ich haben in einem Verfahren außerdem die Versammlungen, die sich aus dem Flurbereinigungsgesetz für die Verfahren ergeben, genutzt, um die Eigentümer z.B. über Möglichkeiten der gemeinsamen Waldbewirtschaftung aufzuklären. Auch in diesem Bereich ergeben sich Synergien für die Forstverwaltung.

Es spricht Herr Dietz:

Haben Sie vielen herzlichen Dank. Das war sehr spannend und sehr praktisch, darunter können wir uns alle gut etwas vorstellen. (Applaus)

Diskussionsrunde zum Thema „Waldflurbereinigung“

Es spricht Herr Dietz:

Ich darf alle meine Gesprächspartner zu dem Thema Waldflurbereinigung noch einmal zu mir nach vorne bitten. Wir haben jetzt eine ganze Menge Ansatzpunkte. Ich habe noch eine Frage an jeden meiner Gesprächspartner, danach sind Sie als Zuhörer mit Fragen und Anmerkungen zu dem Thema Wald an der Reihe.

Meine Frage geht an Sie alle drei gleichermaßen: Was braucht es, damit die Waldflurbereinigungsverfahren und die anderen Instrumente genutzt werden? Was ist notwendig, damit das erfolgreich ablaufen kann?

Es spricht Herr Turck:

Wir brauchen auf jeden Fall die Akzeptanz der Grundstückseigentümer vor Ort und bei den Gemeinden. Je mehr Akzeptanz wir draußen haben, desto größer ist der Flurbereinigungsvorteil für den Einzelnen, aber auch der Erfolg des Verfahrens insgesamt. Das zeigt sich unter anderem in den

beiden eben vorgestellten Projekten. Dort hatten wir eine hervorragende Unterstützung durch die Ortsgemeinden, die teilweise in den entsprechenden Organen ebenfalls vertreten sind. Die wirken als Multiplikatoren und als Sprachrohre bei den Eigentümern, das ist ganz entscheidend.

Es spricht Herr Schmitz:

Aus meiner Sicht brauchen wir nach wie vor den forstpolitischen Stellenwert des Privatwaldes. Was wir brauchen ist Personal und Geld. Wir unterstützen die Waldflurbereinigungsverfahren von Landesforsten derzeit durch zwei Mitarbeiter, die in der Waldbewertung arbeiten. Dort scheidet jetzt jemand aus, den wir wieder ersetzen müssen. Dazu brauchen wir eine entsprechende Personaldecke, um das Geschäftsfeld Privatwald und Holzmobilisierung auf Dauer abdecken zu können. Ich würde mir wünschen, dass der forstpolitische Stellenwert des Privatwaldes weiterhin erhalten bleibt.

Es spricht Herr Dr. Jacob:

Ressourcen brauchen wir immer, das ist klar. Die Ressourcen sind knapp, aber wir werden unsere



Leistungen dennoch weiterhin sicherstellen. Ich gebe Ihnen Recht, Ressourcen müssen dauerhaft zur Verfügung stehen, damit solche Projekte erfolgreich laufen können.

Ich möchte an das Anknüpfen, was Herr Turck gesagt hat, nämlich, dass wir die Akzeptanz der Waldbesitzer brauchen. Das ist das Entscheidende, dass unsere Partner vor Ort kooperationsbereit sind. Dazu hat Herr Schmitz eine Motivation genannt, das ist der Holzpreis. Wir können den Markt durch staatliche Steuerungsmaßnahmen nur sehr wenig beeinflussen. Deswegen hoffen wir auf den Holzpreis. Wir setzen aber auch Impulse, um eine Marktbelebung zu betreiben in unserer Struktur- und Unternehmenspolitik bei Landesforsten, was unser Angebotsverhalten was das Holz betrifft angeht.



Ein zweiter Punkt ist noch nicht zur Sprache gekommen. Ich denke, die Waldbesitzer haben neben diesen merkantilen Interessen sicher ein Interesse über die Eigentumsklarheit hinaus und das ist die Verkehrssicherungspflicht. Selbst wenn jemand nicht weiß, dass er Wald besitzt, kann es ihn jederzeit treffen. Wenn dort jemand zu Schaden kommt und eine Schuldhaftigkeit durch Versäumnis nachgewiesen wird, hat dieser Waldbesitzer ein Problem. Das ist, im Gegensatz zum Staatswald, wo wir dafür zuständig sind, kein Problem für Landesforsten. Insofern kann auch das ein Motivator sein, sich mit seinem Wald zu befassen und durch ein Flurbereinigungsverfahren das Interesse am eigenen Wald wieder zu gewinnen und vielleicht zu arrondierten Waldformen zu kommen.

Es spricht Herr Dietz:

Vielen herzlichen Dank. Wir warten nun auf Ihre Fragen aus dem Publikum, dafür stehen meine Gesprächspartner jetzt bereit. Das gesamte Podium gemeinsam mit Herrn Hornberger steht Ihnen zur Verfügung für Ihre Fragen und Anliegen. Ich bitte um Ihre Wortmeldungen.

Es spricht Herr Heinz Hermes:

Mein Name ist Heinz Hermes. Da ich in den Bezug auf den Holzpreis bereits zweimal angesprochen wurde, möchte ich kurz etwas dazu sagen. Nicht nur der Preis ist die entscheidende Frage, sondern die Tatsache, dass der Wald bewirtschaftet wird. Die Bewirtschaftung des Waldes macht auf Dauer Sinn. Die Gemeinden und die Staatswälder machen es vor. Es ist natürlich ein weiter Weg bis die Privatwaldbesitzer auf dem gleichen Niveau sind wie die Gemeinden oder der Staatswald. Die Holzpreise erholen sich wieder, das möchte ich zum allgemeinen Trost noch einmal ausdrücken. Auch die Sägeindustrie und die Forstwirtschaft kommen aus einer Krise heraus in der Hoffnung, dass das jetzige Aufblühen Bestand haben wird und nicht wieder aus irgendwelchen Gründen zusammenbricht, wovor wir noch alle Angst haben. Landesforsten geht schon seit Jahren mit gutem Beispiel voran, besonders Herr Schmitz macht große Bemühungen. Wir haben uns auch auf Verbandsebene bereits mit ihm auseinandergesetzt und er hat uns seine Gedanken vorgestellt. Die Forstwirtschaft ist der ständige Partner der Kleinprivatwaldbesitzer.

Mir kam eben ein Gedanke, da heute viele Bürgermeister und Ortsbürgermeister und Verbandsbürgermeisterinnen hier sind: Vielleicht wäre es eine gute Idee, diese Tätigkeit von Landesforsten mehr in den öffentlichen Mitteilungsblättern bekannt zu machen und die Leute auch über diesen Weg darauf hinzuweisen, dass sie ihren Wald möglichst nicht brach liegen lassen.

Es spricht Herr Dietz:

Vielen Dank für die Anregung und die Perspektive zum Preis, die hört, glaube ich, jeder in diesem Raum gerne.

Es spricht Herr Udo Schmitz:

Mein Name ist Udo Schmitz, ich bin privater Forstdienstleister. Ich habe eine Frage an Herrn Schmitz. Sie sagten vorhin, dass die Daten aus der Privatwaldinventur allen Akteuren im Wald zur Verfügung gestellt werden. Ich nehme nicht an, dass dies auch für die privaten Forstdienstleistern gilt, oder?

Es spricht Herr Schmitz:

Dazu muss ich drei Sätze erläuternd zur Privatwaldinventur sagen. Die Privatwaldinventur ist eine Inventur, wo der Wald gemarkungsweise nach Waldsorten beschrieben wird in einer Qualität wie im öffentlichen Wald. Sie ist nicht parzellen- und eigentümerscharf, weil wir dies aus Datenschutzgründen nicht dürfen und auch nicht leisten könnten. Insofern ist die Information der Privatwaldinventur für jeden zugänglich zu machen, weil sie nicht dem Datenschutz unterliegt. Diese Inventur gibt in erster Linie Auskunft über die Holzvorräte nach Art und Struktur bis hin zur Befahrbarkeit der Wege und über die Naturschutzfunktionen des Waldes in einer Gemarkung. Das sind sehr wichtige Informationen. Wenn wir diese Informationen vom Privatwald ebenfalls haben, dann haben wir in Rheinland-Pfalz 100 % der Waldfläche durch die Inventurdaten abgedeckt. Die Privatwaldinventur bezieht sich aber nicht auf die Informationen, die Sie als privater Dienstleister im Sinne einer Parzellen- oder Eigentümerinformation brauchen. Die sind nur über unser Privatwaldinformationssystem abrufbar und die dürfen wir aus Datenschutzgründen nicht öffentlich machen.



Es spricht Herr Udo Schmitz:

Ich habe noch eine weitere Anmerkung. Falls die Personal-Ressourcen bei Landesforsten knapp werden sollten, stehen genug private Dienstleister zur Verfügung, die gerne gegen Bezahlung etwas für die Forstverwaltung tun.

Es spricht Herr Schmitz:

Ihr Hinweis ist sicher richtig. Wenn im öffentlichen Dienst Stellen abgebaut werden und private Dienstleister qualifiziertes Forstpersonal einstellen, dann ist dies in Zukunft mit Sicherheit ein Weg zur Zusammenarbeit.

Es spricht Herr Dietz:

Vielen Dank für Angebot und Antwort. Gibt es weitere Fragen und Anmerkungen? Wir sammeln jetzt zunächst einmal ein paar Fragen.

Es spricht Herr Stein:

Mein Name ist Matthias Stein. Ich bin der Stadtbürgermeister von Hillesheim. Ich habe ein wenig Bedenken bezüglich der Jagdverpachtung. Wir haben vier Jagdbezirke. Wenn ich einen Waldweg neu baue, dann gibt es jedes Mal einen Aufschrei der Jagdpächter. Wenn man jetzt großräumig Flächen arrondiert mit kilometerlangen neuen Waldwegen, gibt es bestimmt irgendwo Berüh-

rungspunkte, die sich auf den Preis der Jagdpacht niederschlagen werden. Da habe ich große Bedenken. Ich weiß nicht, wie weit das mit dem Forst abgestimmt ist bezüglich der Jagdverpachtung. Wenn sie größere Flächen zusammenlegen, kann man ab einer gewissen Größe Eigenjagdbezirke bilden. Könnte die Flurbereinigung dazu führen, dass jemand in dem Verfahren seine Flächen zusammengelegt bekommt und daraus einen eigenen Jagdbezirk bilden kann?

Es spricht Herr Häfner:

Mein Name ist Häfner, ich bin Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kelberg. Mit Ihren Vorträgen ermutigen Sie uns dazu, die Wirtschafts- und Strukturpolitik im ländlichen Bereich mit zu gestalten. Es sind heute eine Menge Ortsbürgermeister hier und wir hören gerne, dass das Thema Waldflurbereinigung nicht nur Struktur-, sondern auch Wirtschaftspolitik ist. Wir haben uns in der Vergangenheit bereits davon überzeugen können. Wenn ich von meinen 37 Gemarkungen nur ein Drittel der Ortsbürgermeister und der Waldbesitzer von der Notwendigkeit einer Waldflurbereinigung überzeuge, das wären ungefähr zwölf, wann kann ich damit rechnen, dass wir in diesen Gemeinden über Waldflurbereinigung diskutieren und sie umsetzen?

Es spricht Herr Dietz:

Diese drei Fragethemen gebe ich jetzt in die Runde. Wer möchte zuerst auf die Frage der Jagdpacht und der Eigenjagd antworten?

Es spricht Herr Dr. Jacobs:

Eine Jagdpachtminderung aufgrund von Wegebau, das ist ein für mich vollkommen neuer Gedankengang, den ich nicht ganz nachvollziehen kann. Im

Staatswald haben wir große Flächen in Eigenregie in Bejagung und ich habe noch nie gehört, dass es für die Jagdausübung ein Problem sein soll, wenn es Wege gibt. Im Gegenteil, Wege bieten eine Möglichkeit, in die Wälder hineinzukommen und den Aufschluss zu organisieren, das müsste eigentlich im Interesse eines Jagdpächters sein. Das Wild hat keine Angst vor Waldwegen und kann sie, im Gegensatz zu Autobahnen, überqueren. Man könnte allenfalls einen indirekten Zusammenhang konstruieren, dass sich durch die Wege mehr Menschen im Wald aufhalten und das könnte ggf. das Wild nicht so gerne haben. Da zeigt jedoch die Erfahrung, dass Wild auf Jagddruck reagiert und nicht so sehr darauf, dass sich Menschen auf Wegen bewegen. Das wird erst dann empfindlich, wenn die Menschen von den Wegen abschweifen und in die Einstände hineingehen, in die Ruhebereiche des Wildes. Wenn Ihnen ein Jagdpächter etwas diesbezüglich erzählen möchte, würde ich das zunächst mit Nicht-Wissen in Abrede stellen. Im Übrigen wird es sich, wenn Sie attraktive Jagdgebiete haben, über den Preis zeigen, ob das wirklich so gravierend ist oder ob das nicht im verständlichen Eigeninteresse doch etwas vorgeschobene Argumente sind. Die Grenze zum Eigenjagdbereich liegt bei einem Schwellenwert von 75 ha. Das ist recht viel. Wir haben eben gehört, über welche Parzellengrößen bei der Waldflurbereinigung gesprochen wird. Typischer Weise wird eine Flurbereinigung nicht gerade in den Gebieten durchgeführt, wo vorher bereits 60 ha große Parzellen sind, sondern dort, wo die durchschnittliche Flächengröße nur ein Hundertstel dessen beträgt. Vielleicht wäre die Frage, ob es so etwas jemals gegeben hat, an Herrn Turck zu stellen.

Es spricht Herr Turck:

Wir haben in dem Flurbereinigungsverfahren Vinxtbachtal einen Eigentümer, dem bereits vor der Flurbereinigung über 100 ha Einlageflächen

gehören. Meines Wissens hatte dieser Eigentümer bereits vorher eine Eigenjagd und wir haben natürlich versucht, seine Flächen noch weiter zu arrondieren und die Splitterparzellen, die in seinen Flächen gelegen haben, heraus zu tauschen. Das ist uns auch wirklich gut gelungen, aber es ist dadurch kein neuer Eigenjagdbezirk entstanden. Ich kann nur unterstützen was Herr Dr. Jacob bereits gesagt hat: wenn Besitzstrukturen mit solchen Flächengrößen vorliegen, fehlt uns wahrscheinlich die Grundlage, um überhaupt eine Flurbereinigung einzuleiten.

Es spricht Herr Prof. Lorig:

Diese Frage nach der Eigenjagd ist eine Prüfungsfrage für Referendare und daher eine schwierige Frage und ein ernstzunehmendes Problem. Im Land Rheinland-Pfalz gibt es tatsächlich den einen oder anderen Fall, wo wir uns mit der Frage von Eigenjagd auseinandergesetzt haben.

Dass die Gemeinden damit ihre Probleme mit haben, kann ich nachvollziehen. Ich versichere Ihnen, dass wir das mit äußerstem Fingerspitzengefühl austarieren. Es gibt Leute in diesem Land, die noch 200 oder 300 ha Flächen kaufen können. Diese Fälle treten ein und damit kann man umgehen. Auch hier in der Nähe, am Nürburgring,

hatte die Nürburgring GmbH damals im Rahmen einer Arrondierung rund 200 ha Flächen gekauft. Damit entwickeln sich theoretisch Eigenjagden. Wir kennen das Problem und behandeln das sehr behutsam, diskutieren das aus und sorgen dafür, dass im Zweifelsfalle keine Eigenjagd entsteht.

Es spricht Herr Dietz:

Die zweite Frage war die, wann es los geht, wenn nun zwölf Gemarkungen in der Verbandsgemeinde Kelberg so weit sind, dass die Verantwortlichen sagen, sie wollen eine Flurbereinigung.

Es spricht Herr Hornberger:

Ich habe das vorhin bereits angedeutet, das ist eine sehr spannende Frage. Das muss sich natürlich in die Arbeitsplanung einfügen, die jeweils über mehrere Jahre im Voraus erstellt wird. Wenn man begrenzte personelle und finanzielle Ressourcen hat, müssen Prioritäten gesetzt werden. Ich versichere Ihnen, dass unsere Leute alles erdenkliche tun, um die Verfahren einzuleiten und voranzutreiben und abzuschließen, aber mehr als arbeiten kann man mit einem Personalbestand, den man nicht beliebig aufstocken kann, leider nicht. Wir haben Unternehmensflurbereinigungen



durchzuführen, z.B. wenn irgendwo Autobahnen oder Polder gebaut werden, wodurch enorme Manpower gebunden wird. Die Situation im Agrarbereich kennen Sie, dort geht es schlicht und ergreifend um die Existenz der Landwirte. Wenn wir es nicht schaffen, zu größeren Strukturen in der Landwirtschaft zu kommen, wird die rheinland-pfälzische Landwirtschaft in vielen Teilen nicht die besten Chancen haben. Sie sehen, Flurbereinigung ist extrem gefragt. Das geht bis hin zu der Flurbereinigung von Ortslagen. Auch wenn wir das Doppelte an Personal hätten, hätten wir keine Auslastungsprobleme. Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren, viel mehr Personal bekommen wir nicht. Aus diesem Grund kann es nur so laufen, dass sich interessierte Gemeinden möglichst schnell melden und dass wir neue Verfahren in die Arbeitsplanung einfügen und so damit umgehen, dass dieser personelle und finanzielle Mangel gleichmäßig verteilt wird. Mehr kann man dazu nicht sagen.

Es spricht Herr Dietz:

Demnach hat es keinen Sinn wenn ich noch konkreter nachfrage. Das muss in jeder Region mit dem jeweiligen DLR abgesprochen werden, wie schnell das gehen kann. Die Botschaft ist deutlich und es ist klar, auf was es ankommt, damit es erfolgreich funktionieren kann. Wenn Sie gute Aussichten auf ein erfolgreiches Verfahren nachweisen können, hilft das vielleicht, damit es etwas schneller geht.

Da sich bisher alle mit ihren Fragen und Antworten wunderbar knapp gefasst haben, ist noch eine weitere Runde Fragen möglich. Wir sammeln noch weitere Wortmeldungen.

Es spricht Herr Bell:

Mein Name ist Helmut Bell vom Landesbetrieb Mobilität. Ich habe eine Frage zum Rechtsverfahren. Wir erleben immer wieder, dass, wenn Sie eine Menge von 3.000 oder 3.500 Eigentümern haben, nur 1.400 sagen, sie sind mit einer Flurbere-

reinigung einverstanden und einige sind das nicht. Was machen Sie in einem solchen Fall? Welches Verfahren wählen Sie? Normalerweise strebt die Flurbereinigung immer ein schnelles Verfahren an, damit schnell alles geregelt ist. Wenn ich aber einen gewissen Widerstand habe, welches Verfahren wird in einem solchen Fall angewendet?

Es spricht Herr Turck:

Genau für diesen Fall bietet sich das klassische Flurbereinigungsverfahren an. Wenn die grundsätzliche Entscheidung für eine Flurbereinigung in der Gemarkung getroffen ist, weil die Strukturprobleme so gravierend sind, dass der gesellschaftliche Erfolg sich abzeichnet, dann führen wir in dieser Gemarkung ein Regelflurbereinigungsverfahren durch und erlassen den Flurbereinigungsbeschluss. Damit sind alle Eigentümer, deren Grundstücke in diesem Flurbereinigungsgebiet liegen, gleichzeitig Teilnehmer an dem Verfahren. Natürlich kann es Widersprüche geben, über die ist dann zu verhandeln. Da ist das übliche Procedere durchzuführen. Mit dem Flurbereinigungsbeschluss haben wir die Grundlage für alle weiteren Verfahrensschritte. Das Verfahren wird möglichst zeitnah durchgeführt, je nachdem, wie viele Widerstände kommen. Das ist unser Instrument.

Es spricht Herr Dietz:

Danke schön. Gibt es weitere Fragen? Wenn das nicht der Fall ist, bleibt mir zum Schluss dieser Runde an Sie alle eine letzte, kurze Frage. Es gibt bereits gute Instrumente. Was muss jetzt passieren, damit diese möglichst breit in der Fläche angewendet werden können? Nennen Sie bitte einen Wunsch oder einen Erfolgsfaktor auf den es ankommt. Herr Schmitz, bei Ihnen fangen wir an.

Es spricht Herr Schmitz:

Wir haben die Instrumente, die Landesforsten jetzt auf den Weg bringt, bereits vorgestellt. Wir

setzen insbesondere auf die Bewirtschaftungsblöcke. Im Moment arbeiten wir an den Instrumenten, das sind eine Menge Baustellen, die hoffen wir in den nächsten ein oder zwei Jahren abarbeiten zu können. Wenn wir die Instrumente entwickelt und erprobt haben, dann haben wir tolle Möglichkeiten, insbesondere nach Waldflurbereinigungen. Das ist nämlich der Punkt, an dem die Waldbesitzer ihrer Fläche sehr nahe sind und dort können wir direkt ansetzen und in die Bewirtschaftung gehen. Wir bieten uns als dauerhaften Dienstleister an, um in Kooperation mit dem Waldbauverein und auch mit privaten Dienstleistern die Holzmobilisierung voranzutreiben. Wir brauchen den Rohstoff Holz für unsere Volkswirtschaft.

Es spricht Herr Turck:

Als Verfahrensleiter wünsche ich mir und ich spreche sicherlich auch für die Kollegen, die draußen vor Ort die Verhandlungen führen, große Akzeptanz und Zustimmung zur Flurbereinigung. Denn wenn die Flurbereinigungsteilnehmer mitziehen, können wir das Verfahren schneller abschließen und können auch schneller in die nächste Gemarkung hinein und das nächste Verfahren durchführen. Deshalb ist mein Wunsch für die tägliche Arbeit so wenig Widersprüche wie möglich.

Es spricht Herr Dr. Jacob:

Die wichtigste Voraussetzung dafür, dass wir Privatwaldbesitzer aktivieren können, ist ein breites Anerkennen der Tatsache, dass Waldbewirtschaftung in diesem Land etwas Notwendiges, etwas gesellschaftlich Sinnvolles ist und dass Waldbewirtschaftung eben nicht dazu führt, dass der Wald Schaden leidet, sondern im Gegenteil, dass er großen Nutzen stiften kann. Die Flurbereinigung ist nur ein Instrument dazu, sie ist kein Selbstzweck. Diese breite gesellschaftliche Anerkennung, die würde ich mir auch außerhalb derer, die hier im Raum sind und die offensichtlich Interesse an diesem Thema haben, wünschen. (Applaus)

Es spricht Herr Hornberger:

Es ist eben angekommen, wir haben unter anderem mit der Waldflurbereinigung hervorragende Instrumente. Ob diese Instrumente zum Einsatz kommen, ist wie bei allen Förderprogrammen eine Frage der Akzeptanz und ich denke, die kann man am ehesten schaffen, indem man mustergültige Beispiele vorweisen kann. Die haben wir jetzt aus dem Bereich der Waldflurbereinigung. Ich kann mir vorstellen, dass es hierbei ähnlich läuft, wie außerhalb des Waldes. Dort hatten wir durchaus in der Vergangenheit mit erheblichen Widerständen gegen die Flurbereinigung zu kämpfen. Wenn ein Verfahren in einer Gemeinde sehr gut gelaufen ist, war die ausstrahlende Wirkung oft derart, dass plötzlich 14 umliegende Gemeinden ebenfalls Flurbereinigungsverfahren haben wollen. Wenn es uns gelingt noch weitere sehr gute Projekte in den verschiedenen Regionen des Landes zu etablieren, hat das eine solche Wirkung, dass auch die Waldflurbereinigung zu einem Selbstläufer werden kann. Man müsste dann möglicher Weise eher die Nachfrage etwas dämpfen, als sie noch anzuheizen.

Es spricht Herr Dietz:

Das waren insgesamt viele starke Argumente und eine klare Botschaft für diejenigen, die heute hier sind. Nutzen Sie diesen Informationsvorsprung und sorgen Sie dafür, dass Sie dabei sind und dass die Instrumente angewendet werden und die Potenziale im Privatwald gehoben werden können. Sie dürfen jetzt ein anderes Potenzial nutzen, was solche Veranstaltungen mit sich bringen, nämlich den Dialog untereinander und eine Netzwerkbildung. Da alle meine Gesprächspartner zum einen inhaltlich viel gesagt haben, das jedoch kurz gefasst haben, haben wir etwas Zeit gewonnen und wir treffen uns um zehn vor sechs zum zweiten Teil der Veranstaltung. Nutzen Sie den Dialog untereinander. Ihnen allen auf dem Podium ein herzliches Dankeschön! (Applaus)

Gesprächsrunde zum Thema „Nahverkehr im ländlichen Raum“

Es spricht Herr Dietz:

Meine Damen und Herren, wie ich sehe, haben Sie die Möglichkeit zum Dialog untereinander ausgiebig genutzt. Lassen Sie uns nun in die zweite Gesprächsrunde einsteigen. Die verschiedenen Studien zur demographischen Entwicklung der ländlichen Räume kennen Sie inzwischen alle. Die Rheinland-Pfälzer werden weniger und das besonders im ländlichen Raum. Die Frage, wie der öffentliche Nahverkehr in den ländlichen Räumen aussehen kann, ist sicherlich ein Thema, was Sie ohnehin schon beschäftigt und was uns in den nächsten Jahren weiterhin beschäftigen wird. Das Ziel der zweiten heutigen Diskussionsrunde ist es, hierzu Möglichkeiten, Perspektiven und Best-Practice-Beispiele aufzuzeigen. Es gibt dieses Mal vier Gesprächspartner im Dialog mit mir und danach eine gemeinsame Diskussionsrunde, wo Sie wieder gebeten und eingeladen sind mit Ihren Fragen und Anmerkungen aktiv mitzumachen.

Den Beginn des Reigens macht der Abteilungsleiter der Abteilung Verkehr und Straßenbau am Wirtschaftsministerium in Rheinland-Pfalz, Herr Dr. Lothar Kaufmann, den ich herzlich begrüßen und zu mir bitten möchte.

Herr Dr. Kaufmann, wenn man an den ÖPNV denkt, dann denkt man zunächst an Bus und Schiene. Darüber wird schnell gejammert, immer wenn man zu dem Thema „Was kann verbessert werden“ eine Bürgerversammlung macht, kommt sehr schnell die Antwort „besserer ÖPNV“. Wie schätzen Sie, als Verantwortlicher für dieses Thema in Rheinland-Pfalz, das ein? Wie ist die Lage des ÖPNV in den ländlichen Räumen in Rheinland-Pfalz heute? Wie sieht sie im Hinblick auf die demographische Entwicklung aus?

Es spricht Herr Dr. Kaufmann:

Ich freue mich, dass ich heute mit Ihnen über dieses spannende Thema diskutieren darf. Der Tatsache, dass um diese Uhrzeit noch so viele von Ihnen hier sind, entnehme ich, dass das ein Thema ist, was alle bewegt. Das kann man auch an den entsprechenden Veranstaltungen sehen, die wir in den letzten Jahren und insbesondere in der jüngsten Zeit mit den Verkehrsverbänden durchgeführt haben.

Sie sagen, die Rheinland-Pfälzer werden weniger. Das ist richtig. Sie nehmen allerdings nicht so schnell ab, dass man sich sofort Sorgen machen müsste, dass wir bald aussterben. Ich will dazu mal zwei Zahlen nennen: Wir haben hier in der Region im Landkreis Bitburg-Prüm und in der Vulkaneifel nach den jüngsten Prognosen die das statistische Landesamt vorgenommen hat zu erwarten, dass wir bis zum Jahre 2035 eine Abnahme der Bevölkerung von etwa 11.000 Personen haben werden. Diese Entwicklung wird kontinuierlich verlaufen. Ich will diese Entwicklung nicht klein reden, denn sie beinhaltet einen wichtigen Punkt, der dem ÖPNV im ländlichen Raum Sorge bereiten muss und das ist die Altersstruktur. Die Altersstruktur wird sich nämlich ziemlich schnell umkehren. Wir haben bereits jetzt, insbesondere in den ländlichen Regionen, die Situation, dass die Bevölkerung im Altersbereich unter 20 Jahren deutlich abnimmt. Für den Zeitraum bis 2035 werden das hier in der Region etwa 10.000 jüngere Menschen weniger sein. Das werden insbesondere Schüler sein, die dann nicht mehr zur Schule fahren und die nicht mehr als Nachfrager im öffentlichen Personennahverkehr auftreten. Auf der anderen Seite haben wir einen fast gleich großen Zuwachs an älteren Menschen über 65 Jahre. Was heißt das für die Flächenbedienbarkeit? Da ist einmal der Punkt, dass tatsächlich weniger Nachfrage im Schülerbereich ist. Man muss wissen, dass die Schüler eine Hauptgruppe im öffentlichen Personennahverkehr darstellen. Das bedeutet auf der wirtschaftlichen Seite, dass die Einnahmen, die beispielsweise über die Ausgleichszahlungen für den Schülerverkehr, die vom

Land geleistet werden und in die Unternehmen fließen, deutlich abnehmen werden. Das ist eine Herausforderung. Wir müssen uns also mit diesen Herausforderungen auseinandersetzen. Ich will jedoch noch einmal sagen, wir brauchen jetzt kein Horrorszenario zu fürchten, dass der ländliche Raum völlig vom öffentlichen Nahverkehr entkoppelt würde. Wenn man die Verkehrsmenge insgesamt sieht, wird sie, zumindest bis zum Jahre 2015 nach unseren Berechnungen sogar noch zunehmen. Das bedeutet, dass wir nach wie vor daran arbeiten müssen, die derzeitigen Angebote im Personennahverkehr zu verbessern. Dazu will ich ein paar Ansatzpunkte nennen. Einer hat mit der Altersstruktur zu tun. Wenn wir mehr ältere Menschen haben, müssen wir beobachten, ob wir eine Politik für diese älteren Menschen machen die dazu führt, dass im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs tatsächlich auch mehr ältere Menschen mit dem Bus oder mit der Schiene unterwegs sind. Das ist gar nicht so selbstverständlich, denn diejenigen, die demnächst in diese Altersgruppe hineinwachsen, sind häufig Leute, die seit ihrer Schulzeit keinen Bus mehr von innen gesehen haben, weil sie einen hohen Anteil an PKW-Verfügbarkeit haben. Wir wissen, dass die Motorisierung gerade im ländlichen Raum besonders groß ist. Wir müssen mit dem ÖPNV für diese Zielgruppe noch mehr Aktivitäten entfalten. Die geringe Inanspruchnahme hängt unter anderem damit zusammen, dass Zugangshemmnisse bestehen, gerade für ältere Menschen. Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal versucht haben an einem Fahrkartenautomaten einen Fahrschein zu ziehen, wenn Sie zu zweit unterwegs sind und einen Hund dabei haben. Das wird Ihnen möglicher Weise trotz großer Anstrengungen nicht gelingen. Manchmal ist der Fahrkartenautomat das größte Zugangshemmnis im öffentlichen Personennahverkehr. Das nur als kleines Beispiel.

Es spricht Herr Dietz:

Das kann jeder nachvollziehen, wenn man vor dem Automaten steht und das funktioniert nicht, ärgert man sich und fährt das nächste Mal eben

doch wieder mit dem Auto. Es gibt genügend Leute, die sagen, solange die Bushaltestelle weiter weg ist als die Garage, fahren sie mit dem Auto. Da gibt es sicher noch vieles zu tun in Sachen Akzeptanz.

Sie haben es angesprochen, Schiene und Bus, sind die Standardverkehrsmittel an die man zunächst mal denkt. Wir werden heute das Spektrum noch um weitere Aspekte ergänzen, wollen aber zunächst bei Bus und Schiene bleiben. Der Rheinland-Pfalz-Takt ist mittlerweile ein erfolgreicher Exportartikel. Wenn man in anderen Bundesländern unterwegs war, dann waren die letzten hundert Kilometer dort sehr viel weniger komfortabel und schnell, als das in Rheinland-Pfalz möglich ist. Da haben wir wirklich gute Ansätze, auf die man stolz sein kann. Wie entwickeln Sie diese Kernbereiche Bus und Schiene in den nächsten Jahren weiter?

Es spricht Herr Dr. Kaufmann:

Es ist schön, dass das so wahrgenommen wird. Wir haben in der Tat mit dem Rheinland-Pfalz-Takt ein bundesweit anerkanntes Modellprojekt geschaffen. Wir haben die Angebote seit 1994 um 50 % ausgeweitet und sind bei den Nachfragern bei einem Zuwachs von 100 % was die Reisendenkilometerzahlen angeht, um es genau zu sagen. Das hat dazu geführt, dass der ländliche Raum besser erschlossen worden ist. Wir haben bei uns in Rheinland-Pfalz im Unterschied zu vielen anderen Regionen in der Bundesrepublik, wo die Schieneninfrastruktur deutlich ausgedünnt worden ist, das Gegenteil getan. Wir haben Strecken reaktiviert und damit wieder mehr Fahrgäste auf die Schiene gebracht, gerade in ländlichen Regionen. Ein weiteres, wesentliches Element dieses Konzeptes ist es, dass man Bus und Schiene vernünftig miteinander verknüpft. Dort haben wir gute Erfolge, das ist insbesondere ein Verdienst der Verkehrsverbände, die wirksam und effizient daran gearbeitet haben, dass diese Verknüpfung besser funktioniert. Wir haben immer noch Verbesserungsmöglichkeiten, das ist klar. Das

Gesamtsystem besteht aus Schiene, dem Regio-Bus, den möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich erwähnen, weil es hier in der Region auch zwei Linien gibt, und dem angepassten Busverkehr für den Nahbetrieb.

Wir wollen in diese Richtung weiter arbeiten. Gerade in der nächsten Zukunft werden entscheidende Weichenstellungen auf der Infrastrukturseite auf uns zukommen - unter dem Stichwort „Rheinland-Pfalz-Takt 2015“.

Wir wollen, trotz der Finanzierungsfragen die dahinterstehen, die Angebote im Schienennahverkehr noch einmal ausweiten, von derzeit 33 Mio. Zugkilometern auf dann rund 40 Mio. Zugkilometer. Ein Element dabei ist, dass wir erneut insbesondere in den Flächen Haltepunkte einrichten wollen, um die ländlichen Räume noch besser zu erschließen. Ziel sind so etwa 50 neue Haltepunkte in ländlichen Regionen. Darüber hinaus wird das, was sich auf den Hauptmagistralen abspielt, nämlich die Verbesserung des Regional-express-Verkehrs, auch in die Fläche wirken, weil wir daran anschließend damit auch die Regionalbahnen schneller machen. Es ist einzuräumen, dass die Schieneninfrastruktur gerade hier im Raum nicht besonders eng ist. Wir arbeiten gemeinsam mit dem Schienen-Personenzweckverband Rheinland-Pfalz Nord daran, dass ein Regio-Bus-Konzept aufgestellt wird, was nochmals zu Verbesserungen, besonders der Verknüpfungsfunktion speziell für den Raum Eifel führen wird.

Es spricht Herr Dietz:

Vielen Dank. Das klingt ja durchaus positiv. Sie empfehlen also keine Panik was die normale Entwicklung angeht und ein Verbessern des Angebotes bei Schiene und Bus. Gleichzeitig ist das natürlich ein Rechenexempel. Ich brauche eine gewisse Menge an Menschen und diese Menschen wohnen nun mal sehr verstreut, so dass es darüber hinaus Ergänzungen geben muss.

Es wird derzeit viel darüber diskutiert, dass flexible Angebotsformen in Zukunft eine größere Rolle

spielen werden, wenn es tatsächlich gelingen soll, mit öffentlichen Verkehrsmitteln die Menschen wirklich quasi von zu Hause überall hin zu bringen. Wie fördern Sie das, was über das klassische Angebot von Schiene und Bus hinausgeht?

Es spricht Herr Dr. Kaufmann:

Wir müssen uns bei der Bevölkerungsentwicklung auf rückläufige Einwohnerzahlen einstellen, die zwar nicht so schnell kommen werden wie manchmal befürchtet, die aber dennoch dazu führen werden, dass es bestimmte Räume geben wird, wo die Nachfrage so in der Fläche verteilt ist, dass es schwierig wird mit dem regulären Personennahverkehr. In der Regel wird auch beim Bus mit großen Kapazitäten gearbeitet, da wir die Spitzenlast morgens mit den Schülern abdecken müssen. Dazu brauchen wir größere Transporteinheiten. Es wird natürlich Regionen geben, bei denen wir über flexible Angebotsformen verstärkt nachdenken müssen. Ich will an dieser Stelle erwähnen, dass wir bei diesem Thema nicht bei null anfangen, sondern wir haben in Rheinland-Pfalz eine ganze Reihe von Regionen, Verbandsge-



meinden, Landkreise, die bereits jetzt auf solche Angebotsformen setzen. Ich will nur mal drei Stichworte nennen: es gibt den Anruf-Bus, den Bürgerbus, wo wir später noch über ein besonders erfolgreiches Modell sprechen werden, es gibt das Anruf-Taxi, das Sammel-Taxi. Es gibt in diesem Bereich bereits eine Fülle von Angebotsformen, die auch gefördert werden, aber es werden mehr werden müssen. Wir setzen unter anderem auf das ehrenamtliche Engagement der Bürger. Wir freuen uns, dass das Interesse an diesen Themen wächst.



Die Akademie Ländlicher Raum hat zum Thema Mobilität schon einen Anlauf genommen, wir haben mehrere Veranstaltungen gemacht bei denen ein Kollege dort vorgetragen hat. Das Interesse ist da. Es gibt bereits konkret vier oder fünf Regionen bzw. Ortsgemeinden, wo man sich bereits entschieden hat ein solches Projekt zu starten.

Noch darüber hinaus geht das zweite Stichwort „Gemeinschaftsverkehre“. Ich glaube, wenn wir solch eine disperse Struktur haben, müssen wir uns jeden einzelnen Ansatzpunkt genau dahingehend betrachten, wie man z.B. Hotelbusverkehre, touristische Verkehre, die in der Region laufen und Gemeinschaftsverkehre von sozialen Einrichtungen bündeln kann und dazu Ideen entwickeln. Auch da sind wir auf dem Weg und werden nachher noch mehr dazu hören. Wir wollen außerdem die Beratung noch verbessern. Es ist davon auszu-

gehen, dass wir in Zukunft vermehrt solche Angebote auf den Weg bringen müssen.

Es spricht Herr Dietz:

Das verstehe ich so, dass es tatsächlich eine konkrete Förderung dieser Maßnahmen gibt, wie auch der Beratung die dazugehört?

Es spricht Herr Dr. Kaufmann:

Die Modelle, die wir derzeit haben, fördern wir mit einem Defizitausgleich. D.h. in den ersten beiden Jahren übernehmen wir jeweils 50 % der entstehenden Defizite. Danach ist die Förderung degressiv gestaffelt, im dritten Jahr etwa 40 % und danach dauerhaft noch 30 %. Da wir mit Steuergeldern umgehen, muss eine gewisse Wirtschaftlichkeit gewährleistet sein. Alles zum Nulltarif, das wird nicht funktionieren, das kann man dem Steuerzahler nicht zumuten. Deswegen ist für diejenigen, die Interesse haben, die Notwendigkeit da, ein Konzept zu entwickeln und auf uns zu kommen, damit wir jeweils prüfen können, ob die Fördervoraussetzungen gegeben sind.

Es spricht Herr Dietz:

Sie hatten mir im Vorgespräch gesagt, dass es bereits Pilotprojekte im Raum Cochem und im Raum Kaiserslautern gibt, in denen Sie über die bereits gebotenen Ansätze hinausgehende Ansätze untersuchen. Würden Sie noch einmal illustrieren was Sie dort konkret tun und was Sie dort untersuchen?

Es spricht Herr Dr. Kaufmann:

Kaiserslautern ist ein Landkreis, der die Stadt-Umland-Beziehung zu einer größeren Stadt gut abbildet. Der Landkreis Cochem-Zell ist überwiegend ländliche Region. Wir werden anhand dieser beiden repräsentativen Landkreise

untersuchen, was man tatsächlich in der Praxis an konkreten flexiblen Bedienformen aufbauen kann. Die Untersuchung hat außerdem eine interessante technologische Komponente, denn wir wollen den Personennahverkehr mit dem Thema Echtzeit verknüpfen. Die Echtzeit-Initiative, die wir im Frühjahr dieses Jahres gestartet haben, hat zum Ziel, dass die Fahrgäste beispielsweise über Handy an der Haltestelle abfragen können, wann der Bus kommt. Außerdem wollen wir über solche technologische Verfahren verbesserte Anschlussicherungen herstellen. Sie alle kennen die Situation, man kommt mit dem Bus zum Bahnhof und gerade ist der Zug abgefahren. Wenn man in einem solchen Fall nur einen Stundentakt oder noch weniger hat, ist das besonders ärgerlich. Wenn wir zukünftig die Möglichkeit einer verbesserten Verbindung zwischen dem Busfahrer und der Schiene hätten, kann man vielleicht diese Abfahrtsregelung flexibler handhaben und damit die Anschlussicherung besser herstellen. Solche Dinge, die in dem betrieblichen Ablauf liegen, sollen ebenfalls Gegenstand dieser Untersuchung sein. Primär geht es jedoch darum, zu prüfen, ob wir, unter den sich abzeichnenden veränderten Rahmenbedingungen die Angebote neu strukturieren können. Diese Rahmenbedingungen sind beispielsweise veränderte Schulstandorte oder veränderte soziale Versorgungsstrukturen, denn nicht überall wird man in vollem Umfang die Strukturen aufrecht erhalten können, wie sie derzeit sind. Denken Sie nur an Krankenhäuser. Kann man flexiblere Angebotsformen anbieten, lässt sich das in der Praxis umsetzen. Es sind verschiedene Formen denkbar, z.B. statt der bisherigen Linienbedienung eine Bandbedienung oder Flächenbedienung auf Zuruf. Das ist unser Ziel, was wir mit diesen beiden Untersuchungen, die von der Universität Kaiserslautern durchgeführt werden, erreichen wollen. Ich hoffe, dass wir gute Ergebnisse in Form einer Handlungsanleitung erzielen.

Es spricht Herr Dietz:

Die ÖPNV-Experten werden es mir nachsehen, trotzdem, erklären Sie doch bitte für die Laien

den Unterschied zwischen Band- und Flächenbedienung.

Es spricht Herr Dr. Kaufmann:

Es gibt nach der derzeitigen Rechtslage bestimmte Linien, die von A nach B, C oder D fahren. Dafür haben Sie als Unternehmen eine Genehmigung. Wenn Sie in die Seitenbedienung gehen, haben Sie eine Bandbedienung, das heißt Sie fahren noch einen weiteren Ort außerhalb dieser direkten Linie an und handhaben das flexibel, z.B. nach Anruf. Die Flächenbedienung würde noch ein Stück weiter gehen, wo man sich praktisch alle denkbaren Kombinationen der Strecken vorstellen kann, bis hin zur Haus zu Haus Bedienung in verkehrsschwachen Zeiten.

Es spricht Herr Dietz:

Danke schön. Es gibt sicherlich viele Dinge, die wir nachher in der gemeinsamen Diskussion noch vertiefen können, trotzdem noch mal an dieser Stelle die Aussage: wir brauchen mehr solcher flexibler Formen und wir brauchen viele Initiativen. Diese Botschaft haben Sie klar gesendet, auch dass Sie das unterstützen.

Es sitzen viele in der Runde, die in ihrer eigenen Kommune, in ihrer Initiative über das Thema Mobilität nachdenken und deshalb heute hier sind. Worauf müssen die achten, wenn sie aktiv werden wollen und erfolgreich ein eigenes Angebot auf die Beine stellen wollen?

Es spricht Herr Dr. Kaufmann:

Es gibt natürlich eine ganze Reihe von Rahmenbedingungen, die zu beachten sind. Ich will nur mal zwei nennen. Es gibt natürlich die Notwendigkeit, dass man sich mit den vor Ort aktiven Verkehrsunternehmen abstimmt. Es darf nicht passieren, dass ein Bürgerbus den regulären ÖPNV in der Weise tangiert, dass dort Fahrgäste abgezogen werden. Deswegen sollte man solche Angebote

in Kooperation mit den Verkehrsunternehmen betreiben, um das Angebot abzurunden. Das bedeutet für diejenigen, die eine solche Initiative starten wollen, dass sie sich zunächst mit den lokalen Akteuren in Verbindung setzen, auf der einen Seite mit den Unternehmen, aber auf der anderen Seite auch mit den Aufgabenträgern, die eventuell Hinweise geben können, wo sie noch Bedienungslücken sehen. Wir stehen natürlich ebenfalls zur Verfügung und auch der Landesbetrieb Mobilität steht Ihnen gerne für Beratungen zur Seite, da auch genehmigungsrechtliche Fragen zu klären sind.

Man muss außerdem den rechtlichen Rahmen betrachten, denn es sind auch Fragen des Fahrpersonals, die eine Rolle spielen, ebenso wie Führerscheinvorschriften, die zu beachten sind. Wir sind gerade dabei zu prüfen, ob wir mit einem Beratungsunternehmen in vertragliche Vereinbarungen gehen, um solche Dinge leichter in Gang zu bringen und Initiativen zu starten.

Es spricht Herr Dietz:

Haben Sie erstmal vielen herzlichen Dank, Herr Dr. Kaufmann. Ich denke, wir haben damit eine sehr gute Grundlage gelegt und werden jetzt vertiefend mit meinen anderen Gesprächspartnern in dieser Runde noch weitere Aspekte betrachten und sehen uns nachher in der gemeinsamen Diskussion wieder.

Mein nächster Gesprächspartner hat die Probe aufs Exempel gemacht. Herr Dr. Schiefelbusch kommt vom nexus-Institut in Berlin und hat sich heute auf dem Weg hierher ganz praktisch mit dem öffentlichen Personennahverkehr auseinandergesetzt. Die Strecke Berlin-Hillesheim, Herr Dr. Schiefelbusch, wie hat das geklappt?

Es spricht Herr Dr. Schiefelbusch:

Es hat einigermaßen gut geklappt. Ich hätte fast den ganzen Weg mit öffentlichen Verkehrsmitteln

zurücklegen können. Ich habe aber am Ende etwas geschummelt, weil ich von Norden kommend mit dem Zug bis Gerolstein hätte fahren müssen und dann eine halbe Stunde mit dem Bus wieder zurück. Dadurch hätte ich ziemlich viel Zeit verloren, daher habe ich mir für die letzten paar Kilometer ein Taxi genommen. Ich versuche eigentlich immer auch die Nutzersicht von dem, was wir von der professionellen wissenschaftlichen Seite aus tun, zu betrachten und das zu integrieren. Das macht man in meinem Fall am besten, indem man den ÖPNV benutzt.

Es spricht Herr Dietz:

Da zeigt sich vielleicht manchmal der Unterschied zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Herr Dr. Schiefelbusch, Sie beschäftigen sich als Verkehrsplaner professionell mit dem Thema Mobilität und arbeiten bundesweit, daher sind wir auf Ihren Blickwinkel sehr gespannt. Wir wollen gerne näher beleuchten, was eben bereits mit den Stichworten Gemeinschaftsverkehre und flexiblere Angebotsformen angesprochen wurde. Welche Ansätze gibt es da bisher? Bürgerbusse und Anruf-Taxis sind schon genannt worden, was gibt es noch für Ansätze?

Es spricht Herr Dr. Schiefelbusch:

Vielleicht sollte ich noch einmal kurz den Begriff Gemeinschaftsverkehre etwas definieren, denn der ist auch in der Fachwelt noch nicht richtig etabliert. Für ÖPNV und SPNV gibt es amtliche Definitionen, Gemeinschaftsverkehr ist dagegen in der Diskussion bisher noch nicht sehr verbreitet. Wir verstehen das als eine Fülle von Konzepten und Angebotsformen, bei denen nicht nur gemeinschaftlich gereist wird, das ist sowieso ein Merkmal des öffentlichen Verkehrs, sondern wo auch in der Entstehung eine Art Gemeinschaftselement zum Tragen kommt indem lokales Engagement und lokale Ressourcen verknüpft werden mit den Verkehrsbedürfnissen und der übergeordneten Planung.

Es gibt verschiedene Formen, die zum Teil bereits etabliert sind, wie z.B. der Bürgerbus, der schon recht bekannt ist, es gibt außerdem flexible „Linien-ersetzende“ Verkehre und es gibt noch verschiedene andere Dinge, die ich kurz erwähnen möchte, weil sie bisher noch nicht genannt wurden. Es gibt z.B. auch die Möglichkeit der Kombination von Lieferdiensten und Personenverkehr, das gibt es in verschiedenen Ländern, die andere Voraussetzungen haben, durchaus. Es gibt die Möglichkeit zu versuchen, das, was inoffiziell im Rahmen von Strukturen, die der Nachbarschaftshilfe ähnlich sind, gerade in ländlichen Räumen verbreitet ist, so etwas wie Mitnahme von Nachbarn und Bekannten zu Einkäufen und wieder zurück, ebenfalls zu Institutionalisieren und damit dem öffentlichen Verkehrssystem näher zu bringen. Es gibt außerdem die Möglichkeit, nicht von der Verkehrsseite her zu denken, sondern vom Reiseziel auszugehen. Menschen wollen im Regelfall reisen, um Dinge zu erledigen. Man kann versuchen, in der Daseinsvorsorge und in der Kombination von Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen öffentlicher und privater Art in

ländlichen Räumen kooperativere Modelle zu entwickeln, die eine lokale Präsenz dieser Angebote in den Dörfern ermöglichen.

Es spricht Herr Dietz:

Verstehe ich das richtig, Sie meinen den Ansatz, dass man nicht nur Menschen bewegen kann, sondern anderen Dinge und Güter bewegt, damit weniger Bedarf für Transport vorhanden ist?

Es spricht Herr Dr. Schiefelbusch:

Zum Teil verringert sich dadurch das Verkehrsbedürfnis oder es ist nur noch auf kürzeren Strecken innerhalb eines Dorfes zu dem jeweiligen Laden oder der Servicestation vorhanden. Der Ansatz beinhaltet eine effizientere Nutzung dort, wo Verkehr stattfindet, wo Menschen und Güter sich bewegen, indem ein Fahrzeug was sich bewegt von verschiedenen Personen und Institutionen genutzt wird.



Es spricht Herr Dietz:

Gibt es dazu praktische Beispiele wo so etwas bereits funktioniert?

Es spricht Herr Dr. Schiefelbusch:

Man stößt bei solchen Dingen zum Teil leider an administrative Grenzen, die bereits vor einer ganzen Weile von Jahren festgeschrieben haben, was ein öffentliches Verkehrsangebot sein kann und was nicht. Diese Kombination von Personen- und Güterverkehr ist in Deutschland nicht definiert und aus diesen Gründen im Moment relativ schwer möglich. Diese Form gibt es in Großbritannien und in Skandinavien schon seit langem, wo im Vergleich zu Deutschland noch dünner besiedelte Gebiete bestehen. Dort ist von allen Seiten die Notwendigkeit zu kooperieren anerkannter, sowohl von dem Wirtschaftszweig Güterverkehr als auch von der Personenverkehrsbranche, da man ein begrenztes Potenzial hat, wenn man eine größere Fläche hat.

Es spricht Herr Dietz:

Da muss ich noch mal nachfragen. Ich stelle mir gerade ein Frachtschiff vor, wo zusätzlich zehn Passagiere mitfahren dürfen. So etwas gibt es, aber das würde ja im ländlichen Raum nicht passen. Wie kann das dort aussehen, dass man mit dem Güterverkehr auch Menschen transportiert?

Es spricht Herr Dr. Schiefelbusch:

Man muss natürlich analysieren, welche Art von Transport regelmäßig stattfindet und welche Arten von Personenverkehrsbedürfnissen möglicherweise dazu passen. Man muss z.B. nicht den Briefträger auf seiner gesamten Tour begleiten, sondern man müsste erforschen, welche Touren beispielsweise die Post macht und welche Verkehrsbedürfnisse man möglicherweise erschließen kann, indem man diese Touren für den Personenverkehr öffnet. Andererseits kann man möglicher-

weise auch die Post-Touren so modifizieren, dass sie für den Personenverkehr interessanter und besser nutzbar sind. Man muss bedenken, wann die Fahrzeuge hin- oder zurückfahren und ob es da Möglichkeiten gibt, die Strecke etwas zu verändern, damit die ein sinnvolles Ziel haben.

Es spricht Herr Dietz:

Der zweite Ansatz neben solchen einzelnen Modellen ist die Integration des gesamten Nahverkehrs. Das ist in den Ausführungen von Herrn Dr. Kaufmann schon sehr klar geworden. Wie kann ein enges Zusammenwirken zwischen Bahn und Bus und all den vielen kleinen flexiblen privat getragenen und öffentlich getragenen Initiativen organisiert werden?

Es spricht Herr Dr. Schiefelbusch:

Als Planer ist man immer versucht zu sagen, dass das auf den Einzelfall ankommt. Diese Art des Gemeinschaftsverkehrs, das Integrieren von Ressourcen vor Ort, die durch lokales Engagement und lokale Bedürfnisse entstehen, steht ein bisschen im Widerspruch zur Planungsphilosophie, wenn man sie so betrachtet, wie ich es gelernt habe und wie es sonst üblich ist, nämlich vom Fernverkehr ausgehend zum Regionalverkehr, zum Nahverkehr zu den flexiblen Verkehren. Das ist immer ein Denken von oben nach unten, was zwar im Sinne der Optimierung von Langstrecken seine Berechtigung hat, aber am unteren Ende irgendwann an seine Grenzen stößt wenn man versuchen will, diese lokalen Ressourcen zu erschließen. Der Blick von oben ist nicht derselbe wie der von unten. Das, was vor Ort an Potenzialen und Interessen vorhanden ist, organisiert sich auf lokaler Ebene zunächst leichter. Die Frage ist jetzt, wohin man die Schnittstelle legt. Wie gestaltet man die Abstimmung zwischen dem, was auf lokaler Ebene in Form von Bürgerbusverkehren oder von Vereinsbussen stattfinden kann und wo ist die Schnittstelle zum oberen System sinnvoll? Wie weit kann die autonome lokale Planung gehen?

Es spricht Herr Dietz:

Vielen Dank. Das Problem der Schnittstelle können wir sicherlich nachher noch einmal gemeinsam erörtern.

Sie haben mit Ihrem Institut in Brandenburg im Rahmen eines Leader-Projektes ein solches Gemeinschaftsverkehrskonzept umgesetzt und es gibt auch in Rheinland-Pfalz einige Impulsregionen, in denen man sich mit dem Thema Mobilität beschäftigt. Da ist es natürlich für uns sehr interessant zu wissen, wie Sie das in Brandenburg gemacht haben.

Es spricht Herr Dr. Schiefelbusch:

Wir hatten nicht nur das Leader-Projekt, das war das zweite Projekt, sondern hatten zuvor schon in einem vom Bundesforschungsministerium geförderten Programm zur Verkehrsentwicklung im öffentlichen Verkehr in ländlichen Räumen Dinge angeschoben, die teilweise in dem Leader-Projekt fortgeführt wurden. Etwa 2005-2007 wurden die ersten Bürgerbusse in Ostdeutschland erfolgreich auf den Weg gebracht. Vorher gab es in Ostdeutschland nur sehr wenige Versuche das bürgerschaftliche Engagement für diesen Bereich zu aktivieren. Im Rahmen dieses Projektes hatten wir günstige Voraussetzungen und konnten sehr intensiv vor Ort mit den Bürgern und mit den Akteuren und Kümmerern sprechen. Wir konnten genau herausfinden, was die Mentalität, und die Interessen sind, die hinter dem bürgerschaftlichen Engagement stehen. Das ist als Motivationstreiber entscheidend und muss von dem Planungssystem berücksichtigt werden. Das erfordert andere Ansätze, als die traditionelle Verkehrsplanung innerhalb von Behörden und Unternehmenszirkeln. Wir haben durch die intensive Arbeit vor Ort die relevanten Akteure identifiziert und mit praktischer Unterstützung der beiden Projektpartner, die wir damals hatten, den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg und die örtlichen Verkehrsunternehmen, den ersten Bürgerbusverein im Raum Berlin und Umgebung auf die Beine gestellt. Der

verkehr jetzt seit einigen Jahren bereits ohne Projekt-Kofinanzierung als normales Verkehrsangebot. Kurze Zeit später gab es bereits den zweiten und dritten Bürgerbus in Brandenburg. Nachdem sie gesehen haben, dass das durchaus funktionieren kann, haben sich Leute in anderen Regionen ebenfalls dafür interessiert. Das wurde von uns jeweils begleitet und angeschoben.

Es spricht Herr Dietz:

Das ist ein schönes Beispiel. Jetzt ist Brandenburg nicht Rheinland-Pfalz, aber was können wir aus diesen Projekterfahrungen lernen? Wie kann so etwas in Rheinland-Pfalz funktionieren?

Es spricht Herr Dr. Schiefelbusch:

Ich denke, eine übertragbare Erfahrung ist, dass man sich sehr intensiv mit der Situation vor Ort auseinandersetzen muss. Was gibt es einerseits an Interessen und was gibt es andererseits an Potenzial? Potenzial in Form von Bürgern, die bereit sind sich zu engagieren und in Form von Unternehmen, die möglicherweise ein Interesse daran haben, dass sich die Anbindung an den öffentlichen Verkehr weiterentwickelt. Man kann da z.B. an Versorgungseinrichtungen denken, an Geschäfte, aber auch an Tourismusziele, die davon profitieren, wenn sie von anderen Reisegruppen oder Touristen angefahren werden und dadurch besser erreichbar sind. Das gibt es bereits in der Bürgerbuszene in Deutschland, dass auch touristische Ziele angefahren werden, dass manchmal am Wochenende gefahren wird. Diese Planungsschritte muss man auch in Rheinland-Pfalz gehen. Man kann schlecht für das ganze Land sagen, wie im Einzelfall die Lösung sein muss. Es ist natürlich sinnvoll so, wie Sie es hier bereits betreiben, die Vernetzung und der Erfahrungsaustausch über die einzelnen Initiativen hinaus zu entwickeln.

Was man sich vorstellen könnte, um den Gedanken des Gemeinschaftsverkehrs zu fördern, wäre eine etwas größere Flexibilität im Hinblick auf die

formale Auslegung des Regelwerks. Was Linienverkehr ist, wie wir ihn heute kennen, das wurde im Wesentlichen in den 1930er Jahren festgelegt. Es gibt in der Geschichte der Verkehrsplanung immer wieder Schwierigkeiten, Innovationen in das System des Personenbeförderungsgesetzes und der Nachfolge-Verordnungen zu bringen. Man hat das beim Anruf-Sammeltaxi und den vorgenannten Formen gesehen, die sind bereits relativ anerkannt, doch auch da gab es erhebliche Bedenken und Schwierigkeiten. Man müsste zumindest für die Experimentierphase, in der wir uns noch befinden, sehen, dass man dazu flexiblere Möglichkeiten hat.

Es spricht Herr Dietz:

Es ist relativ einfach eine Frage zu solch einem schwierigen und komplexen Thema zu stellen, diese umfassend und schnell zu beantworten ist hingegen eine sehr viel schwierigere Aufgabe. Es wird deutlich, dass es neben den methodischen und systemischen Ansätzen wichtig ist, jede Region genauer zu betrachten und systematisch zu erfassen und herauszufinden, wo Bedarfe sind und welche Möglichkeiten vorhanden sind. In welchen Gebietsgrößen macht das Sinn? Macht es Sinn jeden einzelnen Ort zu betrachten oder geht man nach Landkreisgröße? Können Sie da eine Empfehlung abgeben? Was ist eine sinnvolle Größe, um das Thema verkehrliche Erschließung durch Gemeinschaftsverkehre anzupacken?

Es spricht Herr Dr. Schiefelbusch:

Wenn man von Verkehrsangeboten wie Bürgerbussen, Hotelverkehren oder solchen Dingen ausgeht, dann braucht man ein Gebiet, was groß genug ist, so dass ein Verkehrsbedürfnis darin besteht. Innerhalb eines Dorfes mit wenigen hundert Einwohnern wird sich das nicht sinnvoll darstellen lassen, denn da wird zu Fuß gegangen oder mit dem Fahrrad gefahren. Es gibt eine Faustregel, die besagt, man braucht etwa 10.000 Einwohner im Einzugsgebiet, das sind also je nach

Einwohnerzahl ein oder zwei Gemeinden üblicher Größe. Es muss einerseits ein Verkehrsbedürfnis bestehen, andererseits muss ein Potenzial an ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrern vorhanden sein.

Es spricht Herr Dietz:

Sie hören das Raunen im Publikum, denn hier in Rheinland-Pfalz sind es manchmal nicht einmal zwei Verbandsgemeinden, die zusammen 10.000 Einwohner haben. Hier müssen dazu viele Gemeinden zusammen kommen.

Es spricht Herr Dr. Schiefelbusch:

Ich würde mich ungern auf politische Grenzen als entscheidende Parameter festlegen lassen, denn man muss wirklich nach den Verkehrsbedürfnissen gehen und auch bereit sein, politische Grenzen zu überwinden.

Es spricht Herr Dietz:

Vielen Dank. Das sind viele Ansätze, die wir gleich in der Diskussion noch einmal zusammen vertiefen können.

Jetzt schließen wir nahtlos an die Akteure an, die in Rheinland-Pfalz mit dem Thema zu tun haben. Ich freue mich, dass Herr Paul Frowein jetzt bei mir ist. Er ist Stellvertretender Leiter des Dienstleistungszentrums Rheinhessen-Nahe-Hunsrück und dort für die Landentwicklung zuständig. In der Strategie der Entwicklung ländlicher Räume spielt die Netzwerkbildung zwischen unterschiedlichen Akteuren eine große Rolle. Letztes Jahr wurden landesweit mehrere Netzwerke gestartet, eines davon zum Thema Mobilität. Dabei haben Sie, Herr Frowein die Funktion der Koordination und Leitung dieses Netzwerkes übernommen. Wie sind Sie denn vorgegangen, um diese verschiedenen Interessenten zusammen zu bringen?

Es spricht Herr Frowein:

Wenn man als DLR solch einen Auftrag bekommt, ein Netzwerk Mobilität aufzubauen, dann geht es mir so ähnlich wie Ihnen hier, Herr Dietz, man muss moderieren, man muss über Sachen sprechen von denen man gar keine Ahnung hat. Wir sind zunächst so vorgegangen, dass wir uns den nötigen Sachverstand geholt haben. Dazu sind wir im Ministerium an die Verkehrsabteilung herangetreten und haben sehr schnell eine gute Zusammenarbeit hergestellt. Nachdem wir die Fachleute hatten, ging es darum, draußen vor Ort die Akteure zu finden. Das ist gar nicht so einfach. Wer ist im ländlichen Raum alles mit Mobilität beschäftigt? Die Deutsche Bundesbahn hatten wir schnell am Tisch, auch die Busunternehmen und die beiden betroffenen Regionalverkehre, aber wo geht es weiter? Ich kam mir für ein paar Tage auf der Dienststelle vor wie in einem Call-Center. Dadurch, dass wir als DLR in vielen Veranstaltungen alle möglichen Leute kennenlernen, habe ich viele Kontakte und überall persönlich angerufen und gefragt, wie das Interesse an solch einem Netzwerk Mobilität ist und welche Probleme es in den jeweiligen Institutionen gibt und habe zum Schluss gefragt, wem ich eine persönliche Einladung schicken darf, damit ich sicher war, dass derjenige auch kommt. Denn Öffentliche Bekanntmachungen oder Einladungen in einem Verteiler zu versenden, daran verdient höchstens die Bundespost, aber zum Schluss kommt nicht viel dabei heraus.

Wir hatten daraufhin eine relativ große Resonanz und ich war, nachdem ich ein paar Tage herumtelefoniert hatte, zwar noch kein Fachmann für den öffentlichen Nahverkehr, aber ich wusste zumindest wie viele Probleme es dort draußen gibt, die ich vorher gar nicht kannte. Mit dieser Problemstellung haben wir eine erste Auftaktveranstaltung mit Begleitung von Herrn Prof. Lorig und Herrn Schué der Verkehrsabteilung durchgeführt. Damit waren wir gut mit Fachwissen ausgestattet, um die ersten Fragen zu beantworten.

Es spricht Herr Dietz:

Sie haben bereits ein paar Akteure genannt, aber wenn Sie das noch mal ausführen, wer gehört noch dazu? Wer war noch in der Runde mit dabei?

Es spricht Herr Frowein:

Der Flugplatz Hahn liegt mitten in unserem Gebiet, also haben wir auch die Betreiber der Pendelbusse nach Frankfurt und anderswo hinzugezogen, die ebenfalls festgelegte Linien fahren. Außerdem haben wir die Verbände gefragt, also Taxi-Unternehmen, dem Maschinenbetriebsring, der zwar mehr Material fährt, aber durchaus auch Personen fahren kann, und die Vereine, die es schon gab, die solche Bürgerbusse betreiben oder betreiben wollen. Die bekommen Sie nur durch viel telefonieren heraus, weil Sie gar nicht genau wissen, wer wo bereits etwas macht. Und die Kommunen von denen wir aus den Leader-Projekten wussten, dass sie in ihren Projektbeschreibungen irgendwas mit Verkehrssystemen drin haben, die haben wir natürlich persönlich angesprochen ebenso wie die sozialen Einrichtungen wie Kirchen, die Caritas, das Rote Kreuz usw. die alle bereits Verkehre leisten und die Touristik-Verbände, die auch ihre Probleme haben, wie sie die Leute von Hotel zu Hotel bekommen. Wir haben zusätzlich Herrn Dr. Dienel von der TU Berlin eingeschaltet, damit wir auch die wissenschaftliche Seite abdecken können. Bei jeder Veranstaltung waren die Fachleute des Landesbetriebs Mobilität und des Verkehrsministeriums und wir mit dabei, so dass wir bei den meisten Fragen weiterhelfen konnten.

Es spricht Herr Dietz:

Die Auftaktveranstaltung haben Sie bereits genannt. Was sind noch für konkrete Veranstaltungen gelaufen?

Es spricht Herr Frowein:

Die Auftaktveranstaltung war an sich die interessanteste Veranstaltung, denn wir wussten nicht, was auf uns zu kommt. Es hatten uns 54 Akteure telefonisch zugesagt, und fast alle kamen auch. Wir haben uns auf dem Campus am Flugplatz Hahn getroffen, mit vielen Parkplätzen, da nicht alle mit dem ÖPNV kommen konnten. Wir hatten keine Sitzordnung vorbereitet, sondern haben nur Namensschilder verteilt. Es hat sich sehr schnell herausgestellt, dass auf der rechten Seite die saßen, die das kommerziell betreiben, auf der linken Seite saßen die, die das ehrenamtlich betreiben, nur die Taxifahrer wussten nicht, wo sie sich hinsetzen sollten. Die haben sich zunächst zu den privaten Initiatoren gesetzt, dann aber festgestellt, sie hätten doch besser bei den ÖPNV-Leuten gesessen. Diese erste Veranstaltung ist gut gelaufen, da wir die Emotionen herausgenommen haben. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir an dem Tag nur festlegen, was das Ziel des Netzwerkes ist. Eine Idee war, dass jeder jeden kennt, dass man weiß wer macht schon irgendetwas und hat da bereits Erfahrungen, an wen kann man sich wenden, wenn man irgendwo ein Problem hat.

Mit dieser Aussage haben wir uns zur nächsten Veranstaltung in Külz getroffen. Das ist ein kleiner Ort bei Simmern. Wir sind deshalb dorthin gegangen, weil der Bürgermeister gesagt hat, ich habe ein Interesse daran, ich stelle euch den Saal kostenlos zur Verfügung, kommt zu mir, ich Sorge für Essen und Trinken. In dieser zweiten Sitzung sind wir tatsächlich ein ganzes Stück weiter gekommen. Man konnte feststellen, wie die privaten Initiativen Verständnis für den ÖPNV bekamen, der nur fahren kann wenn es sich rechnet. Die privaten Initiatoren haben festgestellt, dass man nicht den „Billigen-Jakob“ machen kann und nur für einen „Appel und ein Ei“ fahren kann und wenn irgendwann die Freiwilligen wegfallen, dann steht man wieder ganz am Anfang. Beide Seiten haben festgestellt, dass sie von der anderen etwas lernen können und haben festgestellt, dass noch viel Unwissen da war. Führerscheine für ehrenamtliche Fahrer, waren ein solches Thema.

Bis Herr Schué erklärt hat, dass das bloß eine Gesundheitsuntersuchung ist, die sicher stellen soll, dass keine Fahrlässigkeit vorherrscht und die zur eigenen Absicherung dient. Dadurch war innerhalb kürzester Zeit geregelt, dass alle Bürgerbusfahrer ihre Führerscheine nachgeholt haben. Ich glaube, einer hat es nicht geschafft, alle anderen aber schon. Die Angst war genommen. Es stellte sich in dieser zweiten Veranstaltung heraus, dass das größte Interesse an den Bürgerbusinitiativen besteht. Deshalb haben wir eine Einzelveranstaltung nur für das Thema Bürgerbus gemacht.

Die Veranstaltung war sehr gut besucht und alles ist sehr sachlich abgehandelt worden. Man hat Handreichungen gegeben, wo man sehen konnte, was man beachten muss, wenn man solch eine Initiative angeht. Um das aus dem Netzwerk etwas heraus zu lösen, haben wir dieses Thema auch landesweit in der Akademie Ländlicher Raum angeboten. Wir mussten aufgrund der Raumgröße die Veranstaltung auf 50 Personen beschränken, konnten aber trotz großer Filterbemühungen nicht unter 64 Teilnehmer kommen. Diese Leute haben sich hoch motiviert den ganzen Tag, von morgens bis abends, mit dem Thema Bürgerbusse und kommunale Verkehre auseinandergesetzt.

Die vierte Netzwerkveranstaltung haben wir gemacht, um konkrete Fragen zu beantworten. Es waren alle Fachleute und der Landesbetrieb Mobilität da, um jedem mit konkreten Vorschlägen zu seinem Projekt weiterzuhelfen.

Es spricht Herr Dietz:

Das klingt sehr praxisorientiert. Schön, dass dort Initiativen direkt auf den Weg gebracht werden konnten. Sie haben es bereits ansatzweise beschrieben, die professionellen Unternehmen müssen natürlich Geld verdienen, dafür muss erst Verständnis entstehen. Was haben die einzelnen Beteiligten denn für verschiedene Interessen? Welche Vorstellungen sind sichtbar geworden?



Es spricht Herr Frowein:

Es hat sich schnell ergeben wer welche Interessen hat. Die kommerziellen Anbieter haben natürlich kein Interesse daran, dass zwischendurch auf den gleichen Linien private Fahrer umsonst oder sehr günstig Fahrten anbieten. Dann wartet der Kunde eher auf den kostenlosen Bus und das wäre für die ÖPNV-Leute das Todesurteil, denn wenn keiner mehr mit ihnen fährt, entfällt die Linie und man steht wieder am Anfang. Es hat sich herausgestellt, dass die Bürgermeister und die kommunalen Vertreter sehr stark daran interessiert waren, etwas zu erreichen, was der kommerzielle Verkehr nicht leisten kann. Es ging z.B. darum, wie man abends die Jugendlichen aus der Disko wieder in die kleinen Orte bekommt. Da kamen z.B. die Ruftaxis ins Gespräch. Außerdem besteht die Frage, wie man die Leute bis an die Bushaltestelle bekommt. Es fahren zwar Busse, aber nicht alle wohnen so, dass sie fußläufig die Bushaltestelle erreichen können. Da kam die Idee nur von den

externen Lagen zur Bushaltestelle zu pendeln oder auch die, dass Leute mitten in die Stadt gefahren werden müssen, z.B. zum Arzt. Alte, Behinderte, für alle hat man Lösungen gesucht. Für die Touristik-Leute war es wichtig, wie sie ihr Angebot von Hotel zu Hotel verbessern können oder von Hotel zum Bahnhof. Dort kam es zur Taxi- oder Hotelregelung, dass die Unternehmen sich gegenseitig helfen und Sammelfahrten vornehmen.

Es spricht Herr Dietz:

Das sind bereits viele konkrete Erkenntnisse. Wenn Sie alles, was in diesem Netzwerk gelaufen ist zusammenfassen, was sind Ergebnisse, die Sie schon erreicht haben und Erkenntnisse, die hier für das Forum wichtig sind?

Es spricht Herr Frowein:

Wir haben vor fast einem Jahr begonnen und die aktive Phase lief zunächst ein halbes Jahr. Wir haben erreicht, dass eine Bürgerbusinitiative eine Linienanerkennung bekommen und einen Fahrpreis der nicht weit unter dem der öffentlichen Beförderung liegt festgelegt hat. Eine zweite Initiative ist im Moment gerade in der Linienabstimmung und zwar auf einem guten Weg. In der dritten Verbandsgemeinde haben wir eine Befragung im Rahmen eines ILEKs veranlasst, was die Bürger in den kleinen Gemeindeteilen und umliegenden Vororten für Ansprüche an ein solches Verkehrssystem haben. Wir konnten einen Praktikanten für diese Befragung gewinnen, das war für ihn auch sehr interessant. Die Ergebnisse liegen noch nicht vor, aber sie werden mit Sicherheit der Verbandsgemeinde bei der Frage weiterhelfen, wie sie die Sache dann konkret angeht.

Es spricht Herr Dietz:

Wie geht es weiter?

Es spricht Herr Frowein:

Wir haben bei der letzten Sitzung festgestellt, dass die Informationsgespräche weitgehend geschehen sind. Alle, die Interesse hatten, waren da und haben sich das angehört und kennen jetzt untereinander die Adressen. Wir werden vorrangig noch dort angefragt, wo wir überhaupt nicht zuständig sind, z.B. dass wir etwas unternehmen sollen, wenn einer ohne Führerschein fährt - wir sind keine Polizei. Es kommen jedoch immer noch Fragen, wohin man sich wenden kann. Wir übernehmen künftig diese Kümmerer-Rolle, wenn jemand gar nicht weiß, wie er weiter vorgehen kann, dann nehmen wir ihn an die Hand und führen ihn an die Stelle, wo er qualifizierte Hilfe bekommen kann. Alle die interessiert was bisher gelaufen ist, können im Internet unter www.landschaft.rlp.de unter Netzwerkaufbau nachsehen, dann finden Sie dort auch das Netzwerk „Mobilität und Nahver-

kehr“ und können die Niederschriften und Adressen von denen, die dort bereits tätig sind und für einen Erfahrungsaustausch zur Verfügung stehen, bekommen.

Es spricht Herr Dietz:

Das heißt, Sie übernehmen dauerhaft eine Lotsenfunktion. Meine Damen und Herren, wenn Sie also noch weitere Informationen wünschen, können Sie sich an das DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück wenden und an Herrn Frowein als Ansprechpartner und dann wird Ihnen geholfen.

Es spricht Herr Frowein:

Die guten Erfahrungen aus der Akademie Ländlicher Raum haben wir außerdem in das nächste Jahresprogramm einfließen lassen. Dort wird es zwei Veranstaltungen im Raum Eifel geben, eine im Raum Wittlich und eine in Cochem-Zell. Dort wird unter anderem über Teilergebnisse aus der jetzt laufenden Untersuchung der Universität Kaiserslautern berichtet.

Es spricht Herr Dietz:

Diese Veranstaltung ist natürlich für alle rheinland-pfälzischen Interessenten offen. Dazu ist wieder das ganze Land eingeladen.

Vielen herzlichen Dank, Herr Frowein! (Applaus)

Jetzt kommt zum Abschluss dieser Runde ein praktischer Initiator eines Bürgerbusses zu mir und zwar José Miguel Rivera Zuniga, ein Peruaner mit spanischem Namen aus Rodenbach in der Westpfalz. Herzlich Willkommen! Sie sind Initiator und Kopf des Bürgerbusses Roderich in Rodenbach und das schon sehr lange, dieser Bus fährt bereits seit 13 Jahren. Lassen Sie uns mal wissen, wie diese Idee entstanden ist. Wie sind Sie zu der Rolle gekommen?

Es spricht Herr Rivera:

Erstmal vielen Dank für die Einladung. Ich wollte noch kurz etwas zu Rodenbach sagen und wieso das Projekt zustande kam. Rodenbach ist ein Dorf mit 3.500 Einwohnern. Ein Drittel davon sind über 60 Jahre alt. Als ich Seniorenbeauftragter der SPD wurde, wusste ich nicht, was ich mit so vielen alten Leuten anfangen sollte. Da hatte ich die Idee, mal mit dem Taxi von A nach B zu fahren und die Leute hin und her zu bringen, die nicht mobil sind. Ich habe ein Projekt entwickelt und dieses dem Landkreis, der Ortsgemeinde und der Verbandsgemeinde vorgestellt. Von diesem Konzept waren alle begeistert und haben zugestimmt. Dieses Konzept hatte einen bestimmten zeitgebundenen Fahrplan und eine festgelegte Route ohne Haltestellen. Getragen wird es durch zwei Säulen. Die eine Säule sind die ehrenamtlichen Fahrer und die zweite Säule sind die Sponsoren. Ich wollte die Ortsgemeinde nicht finanziell belasten und habe gedacht, die Sponsoren können das Projekt tragen. Mit dieser ersten Befürwortung der Behörden habe ich begonnen, mich um die Genehmigungen zu kümmern. Die damalige Bezirksregierung in Neustadt und die RSW (heute Saar-Pfalz-Bus

GmbH) haben mir die Genehmigung als ein Ableger von der RSW gegeben, bezogen auf die Linien. Nachdem wir diese Genehmigungen bekamen, war noch die Frage der Finanzierung offen. Ich bin zum Landrat gegangen und habe ihn gefragt, ob er einen Bus für mich hätte. Da war noch keine Rede von den ehrenamtlichen Fahrern. Der Landrat sagte mir, das Rote Kreuz hätte Busse, von denen drei freigegeben sind, weil sie zu alt sind. Ich habe mir davon den schönsten und größten mit den besten Reifen herausgesucht. Der kostete damals 4000 DM. Den Bus hat die SPD bezahlt. Damit bin ich zu den Sponsoren gefahren. Reden bringt da nichts, das macht man am besten vor Ort. Ich hatte vorher die Werbeflächen berechnet und habe die Flächen an die hiesigen Geschäfte verkauft. Die waren begeistert davon. Danach kamen automatisch die Ehrenamtlichen. Vorwiegend Rentner und Arbeitslose haben sich freiwillig gemeldet. Nachdem ich 15 Leute hatte, haben wir am 15. Oktober 1997 den Bus vorgestellt mit den Ehrenamtlichen und allen Sponsoren. Der Bus ist zu ca. 30 % mit Aufklebern bedeckt, denn wir wollen ja kein Geschäft machen, sondern nur unsere Kosten decken. Ich habe noch einen Sponsor, der mir den Diesel bezahlt. Mittlerweile haben



wir einen schönen großen Mercedes Sprinter mit automatischen Stufen, damit die jungen Mädchen, mit ihren 60, 70 Jahren, nicht mehr so hochklettern müssen, da muss man ihnen ein wenig helfen. Es sitzen manchmal 600 Jahre in unserem Bus, darauf sind wir sehr stolz.

Es spricht Herr Dietz:

Darf ich gerade mal nachfragen, denn das fand ich im Vorgespräch sehr beeindruckend, wie lange hat das denn gedauert von der ursprünglichen Idee bis der Bus samt Fahrer losgefahren ist?

Es spricht Herr Rivera:

Bei der Behörde hat das zwei Monate gedauert. Ich hatte Glück mit dem Bus und mit allem anderen. Im Juni habe ich angefangen und im Oktober kam der Bus. Bei mir muss alles funktionieren.

Es spricht Herr Dietz:

Jetzt haben Sie das Projekt schon beschrieben. Wie oft fährt denn der Bus?

Es spricht Herr Rivera:

Dazu komme ich gleich. Besonders wichtig bei einem solchen Projekt sind die Versicherungen. Wir sind dreifach versichert: Vollkasko, Insassenversicherung und Invaliditätsversicherung. Das ist für jeden empfehlenswert, das muss sein. Es sind jeweils zwischen 1 und 9 Personen versichert, denn ich weiß nie, welcher Fahrer an dem Tag fährt, und ich weiß nicht, wie viele Leute im Bus sitzen. Eine namentliche Versicherung macht deshalb keinen Sinn. Bei bis zu neun Personen ist jeder versichert.

Wir fahren von Montag bis Freitag von neun bis zwölf Uhr und von zwei bis fünf Uhr.

Es spricht Herr Dietz:

Und auf welcher Route?

Es spricht Herr Rivera:

Eine Route dauert eine Stunde und besteht aus 40 Minuten Fahrt und 20 Minuten Aufenthalt im Einkaufszentrum wo die Leute in 20 Minuten ihre Besorgungen machen können und mit dem Bus weiterfahren.

Es spricht Herr Dietz:

Und wer länger bleiben möchte, fährt nach 1 Stunde und 20 Minuten wieder zurück?

Es spricht Herr Rivera:

So ist das.

Es spricht Herr Dietz:

Wie ist das mit den 15 ehrenamtlichen Fahrern organisiert?

Es spricht Herr Rivera:

Wir setzen uns einmal im Monat zusammen. Wir haben, abgesehen von den Sponsoren, wovon wir Kraftstoff etc. bezahlen, keine Einnahmen. Wir sind steuerfrei, weil wir eine Dienstleistung bringen. Die Unkosten werden von den Sponsoren gedeckt. Im Bus haben wir ein Kästchen, wo jeder der einsteigt etwas einwerfen kann. Da bekommt der eine Fahrer viel, der andere etwas weniger. Wenn ich fahre, bekomme ich nur Scheine. Von diesem Geld gehen wir ehrenamtlichen Fahrern einmal im Monat essen und trinken und machen dabei unsere Aufstellung. Jeder trägt sich vormittags oder nachmittags zum Dienst ein, wie er Zeit hat. Außerdem haben wir noch eine zusätzliche

Liste im Bus, wo die Anzahl Fahrgäste eingetragen wird für unsere Statistik. Wir liegen ungefähr bei 35 Fahrgästen im Durchschnitt pro Tag.

Die Aktivitäten, die wir zusätzlich mit dem Personentransport unterstützen, sind z.B. Theaterbesuche, Rentnergruppen von A nach B fahren und Touren der Sportvereine. Fahrten zu Veranstaltungen der SPD werden extra bezahlt, denn damit wollen wir unsere Sponsoren nicht belasten.

Es spricht Herr Dietz:

Sie nehmen aber auch Mitglieder anderer Parteien mit, oder?

Es spricht Herr Rivera:

Ja. Die ehrenamtlichen Fahrer stammen aus den unterschiedlichsten Parteien. Die SPD-Leute fahren bei uns freiwillig, die CDU-Leute fahren schwarz. Wir nehmen jeden mit, der Bedarf hat. Frauen, Senioren, Sportler, Kinder, Schüler, glücklich Geschiedene...

Es spricht Herr Dietz:

Es macht großen Spaß Ihnen zuzuhören, aber ich fühle mich trotzdem in der Pflicht, noch etwas zu fragen. Offensichtlich funktioniert das wirklich gut und jeder kann sich jetzt vorstellen, dass man gerne bei Ihnen mitfährt. Ist das immer alles so rosarot und gut gelaunt? Oder gab es auch Probleme? Von Problemen kann man ja lernen und wenn Sie sie nicht gelöst hätten, würden Sie nicht hier stehen.

Es spricht Herr Rivera:

Wir sind mittlerweile ein fahrendes Kommunikationszentrum. Wenn ich fahre, muss ich hinterher aussteigen und die Ohren entleeren. Da braucht man keine Zeitung mehr zu kaufen.

Die Mannschaft muss man pflegen, egal was es kostet. Unsere Fahrer haben alle dasselbe Ziel und sie kommen immer wieder. Ab und zu gibt es Probleme, aber bisher hatten wir zum Glück keinen Herzinfarkt.

Das einzige große Problem tauchte auf, nachdem wir bereits neun Jahre gefahren sind. Da kamen die Behörden und haben von uns einen Personenbeförderungsschein gefordert. Das wäre für uns tödlich gewesen. In unserem Alter können wir den Reaktionstest, den die Omnibusfahrer machen müssen, nicht mehr bestehen. Ich habe damals mit dem Kreis gesprochen, dass das der Tod des Roderich wäre und gefragt: Wann kommt die Politik und unterstützt uns bei diesen Projekten und tut etwas? Damals ist eine geschwächte Form von diesem Personenbeförderungsschein entstanden. Die besitzt jeder von uns. Wir mussten nur ein ärztliches Attest durchführen und einen Augentest, zwei-jährlich. Wenn wir einen Reaktionstest hätten machen müssen, wären wir alle durchgefallen.

Ich habe 1999 einen Ehrenpreis, den Wilhelm-Dröscher-Preis verliehen bekommen. Er war mit 30.000 DM dotiert. Außerdem haben wir für den Preis des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz 2000 auch Geld bekommen, davon konnten wir uns einen neuen Bus kaufen.

Es spricht Herr Dietz:

Ich habe eine letzte Frage an Sie, bevor wir in die gemeinsame Runde gehen: Was raten Sie denen, die ein solches Projekt anfangen wollen? Worauf sollen sie achten? Was müssen sie richtig machen?

Es spricht Herr Rivera:

Zuerst müssen Sie mit der Behörde absprechen. Zweitens müssen finanzielle Dinge geklärt werden. Drittens müssen die Versicherungen abgeschlossen werden. Das ist das A und O. Alles

andere läuft von selbst. Wir sind glücklich, dass wir die Ehrenamtlichen haben. Wir waren 20 ehrenamtliche Fahrer, vier sind bereits gestorben, aber es stehen immer mindestens drei in Reserve die dran kommen wollen. Die müssen warten bis wieder einer stirbt.

Es spricht Herr Dietz:

Einen großen Applaus für Sie! (Applaus) Sie dürfen gleich hier vorne bei mir bleiben.

Diskussionsrunde zum Thema „Nahverkehr im ländlichen Raum“

Es spricht Herr Dietz:

Ich darf alle Gesprächspartner zum Thema Mobilität noch einmal zu mir nach vorne bitten. Jetzt wollen wir Ihnen als Zuhörer noch einmal gemeinsam Rede und Antwort stehen. Stellen Sie Ihre Fragen und Anmerkungen direkt an unsere vier Referenten.

Es spricht Herr Fleck:

Mein Name ist Martin Fleck, ich bin unter anderem Fahrer von vier schulpflichtigen Kindern. In Spitzenzeiten fahren meine Kinder mit 60 bis 80 anderen Kindern morgens zur Schule. Jetzt stellen Sie sich 60 bis 80 pubertierende Jugendliche vor, da gibt es Aggressionen, da kommt es zu Verletzungen, die kommen schon ziemlich frustriert in der Schule an. Wir wohnen in der schönen buckligen Eifel und im Winter gibt es hier teilweise gefährliche Straßenverhältnisse. Trotz der demographischen Entwicklung halte ich es für gefährlich, Ressourcen bei der Schülerbeförderung zu kürzen. Ich hätte gerne gewusst, wie diese Entwicklung im Ministerium gesehen wird.

Es spricht Herr. Dr. Kaufmann:

Das Schulbusthema bewegt uns bereits seit einiger Zeit, insbesondere in der Region Trier. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, dass dies eine Aufgabe ist, die die kommunalen Aufgabenträger zu erledigen haben. Das ist eine Aufgabe der Landkreise. Es gab nach den Beschwerden, die es insbesondere hier in der Region in den letzten Jahren gegeben hat, durchaus Aktivitäten in diesem Bereich. Es gibt Vereinbarungen, in denen auch der Verbund mitgewirkt hat, die dazu geführt haben, dass Verbesserungen eingeführt worden sind. Am Ende ist das meist eine Finanzierungsfrage. Sie können natürlich die Forderung stellen, dass für jedes Kind ein Sitzplatz vorhanden sein muss. Das hat jedoch Konsequenzen auf der Finanzierungsseite, das muss man ganz offen sagen. Wenn wir das durchsetzen würden, müssten die Landkreise jedes Jahr etwa 50 Mio. Euro zusätzlich für Schulbusverkehre auf den Tisch legen. Ich glaube, wenn man sich einmal die Statistiken ansieht, wie die Unfallentwicklung in diesem Bereich ist, wird man feststellen, dass der Bus und der Schulbus immer noch das sicherste Verkehrsmittel ist, um von der Wohnung in die Schule zu kommen. Dort passieren in der Tat die wenigsten Unfälle. Die meisten Unfälle passieren übrigens dadurch, dass Kinder, die von Eltern zur Schule gefahren werden, nicht angeschnallt werden. Ich will damit die bestehenden Probleme nicht kleinreden, wir haben, auch von Seiten des Landes in der Vergangenheit immer wieder Anläufe genommen, z.B. mit der Verkehrswacht, die hier hilfreich wirkt und mit ihrem Projekt „Bus-Schule“ seit einigen Jahren Schulungen durchführt sowohl für jeden Busfahrer als auch für die Schüler, die ja ein Teil dieses Problems sind. Es ist nicht immer einfach einen Bus voller pubertierender Jugendlicher zu disziplinieren. Man muss ein bisschen Verständnis für die Schulbusfahrer aufbringen. Wir arbeiten an dem Thema. Durchgreifende Verbesserungen setzen viel Geld voraus und es ist eine Frage, wie man diese Aufgabe politisch bewertet und wie die Landkreise als Aufgabenträger und die Städte das finanzieren wollen.

Es spricht Herr Dietz:

Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen oder Anmerkungen?

Es spricht Herr Mahncke:

Mein Name ist Horst Mahncke, ich komme aus der Verbandsgemeinde Maifeld, also aus einer ebenfalls sehr ländlichen Region. Herr Dr. Kaufmann hat vorhin gesagt, wir bräuchten größere Transport-Einheiten. Wenn man von Maifeld aus z.B. nach Mayen fahren will, braucht man ungefähr eine dreiviertel Stunde. Meine Tochter geht nach Polch in die Schule, sie braucht morgens eine dreiviertel Stunde und mittags die gleiche Zeit wieder zurück. Die Busse fahren sehr viel im Zick-Zack, damit sie möglichst viele Kinder mitnehmen können. In der Türkei sieht man z.B. diese Dolmuş: da fahren sehr kleine Busse in sehr engen Takten alle fünf oder zehn Minuten. Gibt es eine Untersuchung, ob man das Spielchen nicht vielleicht umdrehen könnte, also einen großen durch viele kleine Busse ersetzen? Das würde natürlich bedeuten man bräuchte mehr Fahrer, aber man wäre dadurch sehr flexibel und könnte direktere Wege fahren. Wäre das eine Alternative? Ist so etwas schon einmal durchgerechnet worden?

Es spricht Herr Dr. Kaufmann:

Ich denke, auch das wird am Ende wieder ein Rechenexempel sein. Mir persönlich sind keine Überlegungen in dieser Richtung bekannt. Letzten Endes ist die Frage, wie viel Kapitaleinsatz notwendig ist, wenn sie zehn verschiedene kleinere Busse haben. Das wird wahrscheinlich wesentlich teurer sein, als wenn Sie die Spitzenleistung mit einem großen Bus abdecken können. Ich gehe mal davon aus, dass die ÖPNV-Referenten mit den Landkreisen, die für den Schülerverkehr die Verantwortung tragen, das vielleicht als Anregung mitnehmen werden und das mal prüfen. Auf den ersten Blick würde ich allerdings sagen, dass das eine weniger wirtschaftliche Lösung zu sein

scheint, obwohl sie ggf. für die einzelnen Orte komfortabler wäre.

Es spricht Herr Dr. Schiefelbusch:

Mir sind außerhalb der Türkei auch keine Anwendungen dieses Konzeptes bekannt, obwohl das immer wieder in der Diskussion ist. Das Problem ist, dass bei den hiesigen Lohnverhältnissen das Personal 50 bis 70 % der Kosten ausmacht, je nachdem was für einen Bus man einsetzt. Die Idee einen kleineren Bus einzusetzen und an dem Bus zu sparen und dafür mehrere Busse einzusetzen, führt immer zu sehr viel höheren Mehraufwendungen.

Sie haben allerdings recht, es gibt gerade im ländlichen Raum Linienverkehre, wo mit der Kirche ums Dorf gefahren wird, um möglichst viele Dörfer zu erschließen. Da muss man im Einzelfall sehen, ob es nicht intelligentere Lösungen gibt, etwa in Kombination zu einem Bürgerbus der die Passagiere von den abgelegenen Dörfern zur Hauptstrecke bringt. So etwas wäre auch möglich.

Es spricht Herr Dietz:

Es ist natürlich ein interessanter Weg mal in andere Länder zu schauen und zu hinterfragen, warum das dort offensichtlich funktioniert. Man könnte Prüfen woran das liegt, dass das bei uns im System nicht möglich ist.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Melden Sie sich jetzt!

Es spricht Frau Worm:

Mein Name ist Barbara Worm, ich komme hier aus der Verbandsgemeinde Gerolstein und möchte folgendes anmerken, was mich ein bisschen stört. Ich sehe immer, dass die örtlichen Nahverkehre entlang der Rheinschiene und der Moselschiene gut bedient werden, die Eifel, be-

sonders die Vulkaneifel, sehe ich dagegen ein bisschen außen vor.

Im Hinblick auf die demographische Entwicklung gebe ich Ihnen recht, die ist in der gesamten Bundesrepublik gleich. Die Infrastruktur in der Eifel ist nicht so stark, deshalb wandern viele Leute ab oder gehen in die Städte zum arbeiten, z.B. nach Köln oder Trier. Ich denke, wenn wir bessere Verkehrsverbindungen anbieten könnten, würden es die Leute vorziehen, ländlich zu wohnen und in die Stadt fahren zum arbeiten. Wenn ich aber bis Köln zwei Stunden brauche oder eine Stunde bis Trier, dann ist das inakzeptabel.

Es spricht Herr Dr. Kaufmann:

Ich gebe Ihnen recht, die Fahrzeit ist eines der wichtigsten Attraktivitätskennzeichen des öffentlichen Personennahverkehrs. Wenn die nicht einigermaßen vergleichbar ist, mit dem was man im Individualverkehr hat, dann wird es schwierig. Wir arbeiten auch an diesem Thema. Weil Sie gerade die Verbindung nach Trier ansprechen: Wir werden Trier ebenfalls mit in das neue Regionalexpress-Konzept einbinden und über die Regionalbahn zumindest auf der Eifelstrecke Optimierungen vornehmen mit der Verknüpfung zum Bus. Eine der zentralen Überlegungen dabei ist, dass solche Regionalexpress-Verkehre Fahrzeitgewinne bringen und damit die Attraktivität des ÖPNV steigern. Ich habe vorhin bereits darauf hingewiesen, die zentrale Kundengruppe des ÖPNV im ländlichen Raum wird geringer und wir müssen schauen, dass wir so viele Fahrgäste wie möglich aus den anderen Bevölkerungsgruppen generieren, damit wir entsprechende Mehreinnahmen auf der Fahrgeldseite bekommen. Daran arbeiten wir. Dass wir am Ende eine Situation haben werden, wo wir genauso schnell sind wie mit dem PKW, das wird es zwar in einigen Fällen geben, aber gerade im ländlichen Raum wird das schwierig werden. Wenn Sie in Verdichtungsräumen die Fahrzeiten des ÖPNV mit dem PKW vergleichen, werden Sie feststellen, da ist man mit dem ÖPNV in der

Regel wesentlich schneller am Ziel, als mit dem PKW, wenn man einigermaßen in der Nähe des Bahnhofs seinen Arbeitsplatz hat. Ich habe vorhin selbst auf der Herfahrt eine halbe Stunde auf der A61 gestanden. Das sind Fahrzeitverkürzungen, die mit dem ÖPNV erreichbar sind, die man im Individualverkehr ggf. nicht haben wird.

Es spricht Herr Dietz:

Von Berlin-Spandau nach Berlin Mitte, Herr Schiefelbusch kennt das, da ist man auch ziemlich lange unterwegs. Die Aufgabenstellung ist, glaube ich, klar.

Ich würde gerne noch eine Schlussrunde machen und dabei mit Herrn Rivera anfangen. Wenn Sie Akteure vor sich haben, die ein Bürgerbusprojekt starten wollen, worauf müssen die achten, was sollen sie tun?

Es spricht Herr Rivera:

Zuerst müssen sie ein Gesamtkonzept machen. Wo wird das Projekt gemacht und warum und an welchen Stellen, z.B. dort, wo viele ältere Leute sind, wo viele kranke Menschen sind. Es ist sehr wichtig, das zuerst einmal zu beobachten. Zweitens muss man beobachten, wo die Leute hin wollen. Wir werden immer älter und das war auch ein Grund für unseren Bus, denn manche können ja gar nicht einkaufen gehen und erst recht nicht zurück mit den vollen Taschen. Man muss erst einmal untersuchen, welcher Ort und welche Situationen vorhanden sind und danach einen Bus anpassen. Ich wurde z.B. schon mehrmals gefragt, warum wir nicht bis Alsenborn fahren können. Das ist bei Kaiserslautern. Dort sind sehr viele Leute, die noch nicht einmal zum Arzt gehen können. Die haben kein Geld für ein Taxi und müssen warten, bis der Nachbar sie mitnimmt. Wir brauchen diese Busse bedauerlicher Weise mehr und mehr. Wir sind in Rodenbach zehn Jahre zu früh.

Es spricht Herr Dietz:

Da sehen Sie, Herr Rivera würde gerne gleich den nächsten Bus gründen. Es braucht diese Vorreiter, damit andere sich das abgucken können.

Herr Frowein, der Bedarf wo der Bus Sinn macht ist das eine, Sie haben Erfahrung aus der Netzwerkarbeit, was geben Sie den Leuten mit? Worauf muss man in der Umsetzung achten, damit man alle Beteiligten im Boot hat?

Es spricht Herr Frowein:

Zunächst einmal sollte man sich darüber im Klaren sein, dass keiner das Rad neu erfinden muss. Es gibt, so wie den Roderich, schon etliche Initiativen, die solche Projekte betreiben. Es wird mit Sicherheit erforderlich sein, dass die Lückenschlüsse, die mit dem ÖPNV nicht zu decken sind, über diese privaten Initiativen zu decken sind. Und es ist besonders wichtig, dass man hierbei nicht den „billigen Jakob“ macht und die Leute an etwas gewöhnt, was zu stark an das Ehrenamt gebunden ist und beim nächsten kleinen Streit hat man plötzlich nur noch die Hälfte der Fahrer. In dem Fall hat man nämlich das Problem, wie es weitergeht. Die Diskussion im Netzwerk hat ergeben, dass die Unternehmen, die kommerziell rechnen müssen, im Prinzip zu allem bereit sind, wenn es sich rechnet. Deshalb ist es wichtig, dass man bei den privaten Initiativen sehr genau Statistik führt. Man muss sorgfältig dokumentieren wie viele Fahrgäste mitfahren, was kostet das, was bringt es. Dann stellt man vielleicht fest, dass auch ein Unternehmer durchaus bereit ist, einzusteigen und damit ist die Nachhaltigkeit dort gesichert. Dadurch ist das Engagement, was die Bürger erbracht haben, um die Lücke zu schließen, in die richtigen Wege geleitet. Wir haben im Netzwerk ebenfalls versucht rüberzubringen, dass es nicht nur darum geht zu sehen, wie man aktuell über die Runden kommt, sondern ob das nachhaltig gesichert werden kann.

Es spricht Herr Dietz:

Vielen Dank. Herr Dr. Schiefelbusch, wenn jetzt ein Bürgermeister oder ein Sprecher einer Initiativgruppe sich sagt, solche Angebote brauchen wir auch, das klingt alles sehr interessant. Was würden Sie ihm empfehlen? Wie soll er vorgehen?

Es spricht Herr Dr. Schiefelbusch:

Es ist zum Teil bereits gesagt worden. Man muss die örtlichen Potenziale recherchieren, ein örtlich angepasstes Konzept entwickeln und einen Kümmerer finden, der sich den Hut aufzieht und die Sache in die Hand nimmt, denn es ist nichts gewonnen, wenn das das Ministerium oder ein Experte von außerhalb auf Dauer macht, sondern das muss aus der lokalen Gemeinschaft kommen. Ich denke, der Bedarf ist da, das Potenzial ist da. Der öffentliche Verkehr hat einen Marktanteil von ca. 10 %, in Städten etwas mehr, auf dem Land noch viel weniger. Wenn man das so betrachtet, ist da noch viel zu erobern, wozu angepasste Konzepte und neue Ideen sicher beitragen können.

Es spricht Herr Dietz:

Vielen Dank auch an Sie. Zum Schluss eine Frage an Herrn Dr. Kaufmann. Üblicher Weise fragt man Vertreter des Ministeriums danach, wo es wie viel Geld gibt. Sie haben einige Dinge angeboten und ausgeführt, in welche Richtung Sie sich bewe-



gen wollen. Jetzt frage ich mal umgekehrt, was wünschen Sie sich von den Akteuren draußen in den Regionen und von allen Beteiligten, um den ÖPNV weiter zu entwickeln?

Es spricht Herr Dr. Kaufmann:

Ich wünsche mir Initiative! Und wir sind bereit, das zu unterstützen. Wir freuen uns, das hatte ich vorhin schon gesagt, dass sich offensichtlich immer mehr Interessenten in dieser Richtung finden. Ich möchte gerne noch auf zwei Broschüren hinweisen. Wir haben im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Akademie Ländlicher Raum eine kleine Handreichung erarbeitet, die wir gerne zur Verfügung stellen. Ich habe einige Exemplare mitgebracht. Das Bundesverkehrsministerium hat vor kurzem ebenfalls eine Broschüre herausgegeben. Kommen Sie gerne auf uns zu. Wir haben vor, ein Unternehmen aus Brandenburg und Berlin, was heute hier vertreten ist, zu beauftragen einige Projekte in Rheinland-Pfalz zu betreuen. Wir werden den Vertrag in Kürze wahrscheinlich abschließen. Wenn Sie also Interesse daran haben, die Beratungsleistung in Anspruch zu nehmen, dann haben Sie Begleitung durch ein erfahrenes Institut in vielen Fragen, z.B. was die Bürgerbusse betrifft und was Gemeinschaftsverkehre betrifft. Ich glaube, das ist ein guter Ansatz. Wir wollen hinterher tatsächlich zwei bis fünf neue Projekte auf den Weg gebracht haben. Vielleicht reden wir auch über ein erfolgsabhängiges Honorar Herr Dr. Schiefelbusch? Je mehr Projekte Sie auf den Weg gebracht haben umso höher wird das Honorar? Wir bieten die Unterstützung an, die Initiative muss allerdings vor Ort kommen, denn dort weiß man, wo die Verkehrsbedürfnisse sind und wie die Nachfrage ist. Das können wir von Seiten des Ministeriums her nicht wissen. Wir sind jedoch gerne bereit die Unterstützungsleistung zu bringen.

Es spricht Herr Dietz:

Vielen Dank. Ich denke, das ist ein Angebot, das genutzt werden soll und kann.

Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen hier vorne auf dem Podium bedanken, das war eine sehr ergebnisreiche und abwechslungsreiche Diskussionsrunde, die viele Ideen und Ansätze zutage gefördert hat. Das ist Sinn und Zweck einer solchen Veranstaltung Angebote zu machen, auf Probleme hinzuweisen, gute Beispiele zu transportieren und dazu anzuregen selbst initiativ zu werden. Hier sind viele Türen geöffnet worden, nutzen Sie diese. Herzlichen Dank für das konstruktive und kurze Diskutieren, wir sind fast genau im Zeitplan. Das zusammenfassende Schlusswort hat Herr Prof. Lorig vom Wirtschaftsministerium. Ich darf mich ganz herzlich bedanken, der Applaus gehört meinen Gesprächspartnern. (Applaus)

Resümee

Es spricht Prof. Lorig:

Meine Damen und Herren, ich bin sehr begeistert von dem Ergebnis, das aufgrund der Vorträge, der Talkshow und der Diskussion hier von Ihnen erarbeitet wurde. Für die knappe Zeit, die uns heute zur Verfügung stand, war das eine professionelle, hoch engagierte Veranstaltung. Ich bedanke mich bei Ihnen allen, dass Sie gekommen und auch geblieben sind. Das ist bei einem so gemischten Thema nicht selbstverständlich. Ich darf Ihnen sagen, Sie alle haben sich heute eine gute Note verdient.

Lassen Sie mich kurz auf die Ergebnisse eingehen und ein paar Schlussfolgerungen ziehen. Ich beginne mit dem Thema Waldflurbereinigung. Die Bedeutung des Waldes für den ländlichen Raum ist sehr deutlich herausgearbeitet worden. Arbeitsplätze, nachwachsende Rohstoffe, Freizeitwirkungen, das alles sind Themen, die Sie hier zusammenhängend wahrnehmen konnten. Die Bedeutung der Waldflurbereinigung ist ein Thema, das seit 20 Jahren nicht mehr diskutiert wurde. Sie dürfen sich das an dieser Stelle mer-

ken, Sie dürfen es auch mit nach Hause tragen. Es gibt immer Bedenkenträger, es gibt Ängste, es gibt eine träge Masse, all dies gilt es beim Thema Waldflurbereinigung zu überwinden. Sie haben heute Ideen mitgenommen, wie man das schaffen kann.

Es hat sich gezeigt, dass ein konzertiertes Vorgehen von Landesforsten und Landentwicklung für diesen Prozess zu deutlich besseren Ergebnissen führt. Das ist aus allen Vorträgen klar geworden. Wir werden das transportieren und fortsetzen. Es ist gut, dass heute viele Bürgermeister aus der Region dabei waren, denn wir werden unser Engagement für die Waldflurbereinigung auch über diese Ebene weiter verstärken.

Meine Damen und Herren, ich ziehe folgende Konsequenzen in diesem Bereich:

Die Leitlinien ländliche Bodenordnung sehen 15 % Arbeitskapazität für den Bereich Waldflurbereinigung vor. Anders gerechnet, in sieben Jahren, (wir arbeiten in den Sieben-Jahres-Programmen der EU) ist das quasi ein Jahr, wo die gesamte Flurbereinigungsverwaltung nur für den Wald arbeitet. Das ist eine unglaubliche Menge, das muss man sich mal deutlich machen. Waldflurbereinigung ist privatnützlich, das heißt, wir müssen die Eigentümer aktivieren. Das sind nicht zehn oder zwanzig Eigentümer, sondern im Wald oft tausend, weil an dem Wald immer festgehalten wurde. Den hat man nicht abgegeben, weil man dachte, man kann ihn noch brauchen. Es bleibt die Frage, wer diese Eigentümer aktivieren soll. Zum einen ist das natürlich die Aufgabe der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum, zusammen mit den Privatwaldbetreuern, mit den Landesforsten, aber natürlich auch mit den Verbandsgemeinden und den Ortsbürgermeistern. Wir setzen sehr auf die Verbandsgemeinden, das sind unsere zentralen Partner. Mit ILEK und Regionalmanagement können diese Ideen ebenfalls verschnitten werden. Wenn wir eine gute Basis geschaffen haben, also ein Großteil der Bedenkenträger zu Befürwortern eines solchen Verfahrens geworden sind, werden

wir durchstarten, das versichere ich Ihnen. Wir machen keine Verfahren, die wir vorbereiten und erst in sieben Jahren in das Arbeitsprogramm nehmen. Das tun wir nicht. Wir werden Sie begleiten und versuchen, dies schnell zu tun, aber das bedeutet, dass Sie eine große Menge an Leuten gewinnen müssen. Das ist viel Arbeit, das versichere ich Ihnen. Wir wollen diese Moderation, denn wir wollen alle mitnehmen. Wir haben keine Angst vor zehn oder zwanzig Widersprüchen in einem Flurbereinigungsverfahren und auch nicht vor Klägern, aber bei tausend Beteiligten gehen wir nicht gegen den Willen von fünfhundert in einen Prozess hinein.

Wir wählen den einfachsten Weg. Wir wählen kostengünstige Bautechnik, das haben wir gemeinsam mit Landesforsten entschieden. Damit die Wege dauerhaft stabil und nützlich sind und auch der zukünftigen Technik dienen, werden sie breiter ausgebaut und für die entsprechenden Lasten ausgelegt. Wir verwenden vereinfachte Bewertungsmethoden, sonst können wir das gar nicht schaffen. Und wir arbeiten an vereinbarten Lösungen mit den einzelnen Eigentümern. Das heißt, wir wollen möglichst, und das ist ein ganz wichtiges Ziel, dass man in Kooperationen arbei-



tet, damit man Wege nicht an Stellen baut, an denen man sie sonst wieder entfernen müsste. Kurz gesagt, auch die gemeinsame Vermarktung dieser Prozesse gehört mit dazu. Ich glaube, das ist deutlich herausgekommen.

Mir ist es wichtig, Ihnen klar zu machen, dass wir Programme ändern und neue Programme aufstellen und wenn Sie sich zu diesen Themen stark einbringen und andere weniger, dann werden Sie in der Regel stärker berücksichtigt. Wir haben allerdings neben der Waldflurbereinigung auch andere Vorrangprozesse, denn wir unterstützen außerdem den Straßenbau und den Bau von Poldern und hundert andere Sachen, deshalb hängt unsere Prioritätensetzung immer davon ab, wo die größten Bedarfe sind.

Ich darf an dieser Stelle Herrn Mauerhof, der die Arbeitsgemeinschaft Waldflurbereinigung seitens des Forstes betreut hat und natürlich der Spitze seines Hauses, Frau Staatssekretärin Kraege und Herrn Dr. Jacob sowie allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe Waldflurbereinigung für ein Zusammenarbeiten danken, was ich als vorbildlich betrachte und was die Basis für einen Teil des Termins heute war. Wir steuern unsere Kooperation mittlerweile über Controlling-Prozesse und es geht nun darum, aktiv zu werden.

Ich komme zu dem zweiten Thema des heutigen Tages, Mobilität im ländlichen Raum. Ich darf zunächst einmal zusammenfassend festhalten, dass der Rheinland-Pfalz-Takt ein bundesweites Vorzeigeprojekt ist. Er ist unverzichtbar und seine Bedeutung nimmt unter den geänderten demographischen Rahmenbedingungen zu, das ist hier deutlich herausgekommen. Natürlich werden wir alle Möglichkeiten untersuchen müssen, die den Schülertransport im ländlichen Raum verbessern, egal mit welchen Bussen, denn neben dem Tourismus ist das die Kernbasis für den ÖPNV im ländlichen Raum. Das Angebot ist zu stabilisieren und gleichzeitig weiter zu entwickeln, Herr Dr. Kaufmann hat das bereits herausgestellt. Wir können mit diesen Prozessen nicht bis 2035 warten, sondern wir müssen heute das erarbeiten und erproben, was wir morgen brauchen. Bereits

heute zu agieren und Konzepte zu entwickeln ist ein wichtiges Thema, deshalb ist es gut, dass Herr Dr. Kaufmann seine Modellprojekte noch einmal explizit angekündigt hat. Ob Konzepte dieser Art kommen, liegt an Ihnen. Das liegt nicht an denen, die Sie fördern, sondern an denen, die die Konzepte nachfragen, beantragen und die entsprechende Basis vor Ort dafür schaffen.

Eine entscheidende Antwort auf dieses Problem liegt also, das ist bei dem Bürgerbus Roderich deutlich herausgekommen, im bürgerlichen Engagement der Menschen in der Gesellschaft, vor allem im ländlichen Raum. Die Bürgerbusprojekte zeigen, wie der Weg aussehen kann, dort, wo andere Methoden nicht weiterhelfen. Dass wir die bereits bestehenden Instrumente zunächst stabilisieren müssen, ist keine Frage.

Die Handlungsansätze zum barrierefreien Zugang zum ÖPNV sind mit all ihren Facetten eingangs dargestellt worden.

Wichtig sind außerdem das Koordinieren und Bündeln angepasster Angebote und das Erstellen eines praxisorientierten Leitfadens mit Wissen zur Finanzierung dieser ÖPNV-Angebote. Wir müssen die Regeln hinterfragen, das ist richtig gesagt worden. Ich bin in der Türkei auch schon mit dem Dolmuş gefahren, glaube aber nicht, dass das hier kommt. Ich habe letztes mit Freunden mehrfach ein Großtaxi benutzt und das ist ja nichts anderes. Da es Firmen gibt, die damit Geld verdienen, werden die Ihnen so viele Dolmuş hinstellen, wie Sie brauchen, wenn Sie sie nutzen. Es ist immer ein Angebot- und Nachfrage-Spiel. Dazu brauchen Sie keine finanzielle Förderung.

Die Stadt Bingen hat übrigens nur sehr kleine Stadtbusse, weil die großen Busse bei den dortigen Steigungen schlecht fahren können. Das sind bekannte, übertragbare Techniken: Probieren, fordern, entwickeln, anfangen - das ist das Ziel. Ich darf mich bei Herrn Dr. Kaufmann und Herrn Schué für die hervorragende Zusammenarbeit bedanken. Das ist nicht selbstverständlich, wenn eine andere Abteilung in einem Thema zu wildern beginnt. Ich bedanke mich daher ausdrücklich für Ihre Toleranz.

Die Ergebnisse heute, meine Damen und Herren, verdanken wir nicht nur Ihnen als Teilnehmern, sondern auch allen Referenten. Ich darf Ihnen allen für die hervorragenden Diskussionen danken. Für seine überzeugende und mit zielorientierten Fragen gestaltete Moderation danke ich Herrn Stefan Dietz ganz besonders. Da bitte ich um einen zusätzlichen Applaus (Applaus).

Bei der Vorbereitung der heutigen Veranstaltung haben uns die beiden Fachabteilungen der Ministerien unterstützt. Für die Gesamtvorbereitung der heutigen Tagung danke ich meinem Team, Frau Lux, die die Aufzeichnung durchführt und die Dokumentation erstellt, Herrn Dielmann und Herrn Mierenfeld, für die gesamte Verantwortung, Frau Zehren und Frau Schmidt, die uns begleiten, letztere vom DLR Mosel. Für die Vorarbeiten danke ich Herrn Henkes, Herrn Savelkoul und Frau Windscheif vom DLR Eifel. Ich danke allen Mitwirkenden, denn für eine solche Veranstaltung ist immer viel Arbeit im Hintergrund notwendig. Besonders danken möchte ich den Mitwirkenden in den Netzwerken, die uns die geistigen Inputs für heute geliefert haben und die in die Diskussion dieser beiden Themen hineingeführt haben. Zum Schluss gilt mein Dank Herrn Stein und Frau Bürgermeisterin Bohn sowie allen Partnern in der Geschäftsleitung dieses Hauses für die Bereitstellung dieses wunderschönen Saales. Wenn Sie uns anbieten zu kommen und stellen Ihren Raum kostenlos bereit, dann kommen wir und füllen Ihnen das Haus. Sie haben uns sehr geholfen und wir fühlen uns in diesem Raum sehr wohl.



Jetzt bleibt mir die Aufgabe Sie darauf hinzuweisen, dass wir am 22. Oktober in Morbach im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe eine Tagung zu dem Thema „Unternehmen ohne Chef – neue Chefinnen auf dem Land“ durchführen werden. Das ist ein völlig anderes Thema, aber auch für diese Bereiche gibt es viele Interessenten. Denn ohne Wirtschaftskraft, das steckt hinter dem Thema, geht nichts. Im nächsten Jahr werden wir zu zwei weiteren Themen Tagungen durchführen. Wir werden gemeinsam mit dem Umweltministerium die Tagung zu dem Thema Energiekonzepte, die wir aus organisatorischen Gründen stornieren mussten, in das nächste Jahr verlegen.

Ich darf Sie auch auf die Akademie Ländlicher Raum hinweisen, die zwar in 2009 für die restlichen Veranstaltungen schon fast völlig ausgebucht ist, in den Tagungen Dorffinnenentwicklung, Technische Prozesse und Kulturlandschaften sind noch einige Plätze frei. Im kommenden Jahr werden wir die Akademie mit etwa 14 weiteren Themen ausgestalten, wobei wir auch nächstes Jahr die Teilnehmerzahl auf jeweils 50 Personen begrenzen werden.

Jetzt meine Damen und Herren, bleibt mir die Aufgabe, hiermit den förmlichen Teil der Veranstaltung zu schließen und Ihnen im Namen des Ministers Hering einen kleinen Imbiss anzubieten, auch wenn er heute nicht hier sein kann, der Imbiss wurde draußen bereits für Sie vorbereitet. Und ich darf Ihnen anschließend noch einen guten Heimweg wünschen. Vielen Dank! (Applaus)



PROGRAMM FORUM LÄNDLICHER RAUM 2009

Veranstaltung am Donnerstag, 22. Oktober 2009 in 54497 Morbach
in der Baldenauhalle, Jahnstraße 5

Unternehmen ohne Chef - Neue ChefInnen auf dem Land

16:00 Uhr	Begrüßung und Einführung in das Thema Frau Andrea Soboth, IfR Institut für Regionalmanagement
16:10 Uhr	Ansprache Herr Prof. Dr. Englert, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
16:30 Uhr	Fragen an Staatssekretär Prof. Dr. Englert Moderation: Frau Andrea Soboth, IfR Institut für Regionalmanagement
16:45 Uhr	Nach mir die Sintflut? - Unternehmensnachfolge erfolgreich gestalten Frau Maria Wirtz, TMS Unternehmensberatung AG
17:15 Uhr	Gesprächsrunde: Vorstellung von Best-Practice-Projekten <ul style="list-style-type: none"> ■ Beispiel: Landwirtschaftlicher Betrieb Horper, Üttfeld Herr Michael Horper, Herr Volker Horper ■ Beispiel: Fleischgroßhandel Geschwister Kaas GmbH, Morbach Herr Johannes Klein, Geschäftsführer ■ Beispiel: Schuhhaus Roth, Morbach Frau Rita Zimmer Moderation: Frau Andrea Soboth, IfR Institut für Regionalmanagement
17:30 Uhr	Diskussion
17:45 Uhr	Pause
18:00 Uhr	Expertenrunde: Was gibt es für Hilfen? <ul style="list-style-type: none"> ■ Frau Mechthild Kern, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau ■ Herr Raimund Fisch, Industrie- und Handelskammer Trier ■ Herr Armin Stumpp, Handwerkskammer Trier ■ Herr Edgar Wilk, Steuerberaterkammer ■ Herr Roland Wagner, Investitions- und Strukturbank Moderation: Frau Andrea Soboth, IfR Institut für Regionalmanagemen
18:45 Uhr	Diskussion und Zusammenfassung
19:15 Uhr	Empfang und Gespräche in Kleingruppen

DOKUMENTATION ZUR REGIONALTAGUNG IN MORBACH AM 22.10.2009

FORUM LÄNDLICHER RAUM AM 22.10.2009 IN MORBACH

Begrüßung und Einführung: Frau Soboth

Meine Damen, meine Herren, ich begrüße Sie ganz herzlich zur Veranstaltung „Unternehmen ohne Chefs – neue Cheflinnen auf dem Land“. Dies ist mittlerweile die vierte Veranstaltung der Reihe Forum ländlicher Raum. Das ist eine Veranstaltungsreihe, die wichtige und interessante Themen für den ländlichen Raum aufnimmt und in verschiedenen Veranstaltungen platziert. Es wurden bereits einige wichtige Themen in dieser Veranstaltungsreihe diskutiert. Eingestiegen ist man in diesem Jahr mit dem Thema moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in Kleinmaisheid. Bei der dritten Veranstaltung haben wir uns in Hillesheim



mit der Fragestellung Mobilität und Verkehrsentwicklung für den ländlichen Raum beschäftigt. Heute soll es um das große Thema der Unternehmensnachfolge gehen. Eine Veranstaltung habe ich übersprungen. Das liegt daran, dass sie erst im November stattfindet. Sie werden nachher in der Ankündigung sehen, wann und wo genau das sein wird.

Warum ist der Bereich Unternehmensnachfolge so wichtig, dass man sich einen ganzen Nachmittag damit beschäftigen muss? Wir werden heute in einem vielfältigen Programm das eine oder andere dazu hören. Aus meiner Sicht ist es relativ unstrittig, dass die Attraktivität von ländlichen Räumen davon abhängig ist, wie es gelingt, Wirtschaft und Arbeitsplätze in diesen Regionen zu erhalten, zu sichern und zu entwickeln. Es ist klar, dass es ohne wirtschaftliche Impulse, ohne Arbeitsplätze, ohne Ausbildungsplätze die, wenn sie schon nicht in der Region vorhanden sind, zumindest gut erreichbar sein müssen, sehr schwierig ist, zukunftsfähige Entwicklungen zu gestalten. Regionen, die dies nicht bieten können, sind häufig davon gekennzeichnet, dass ein Abwanderungsprozess stattfindet. Wenn diese Prozesse sich verstärken, ist man schnell bei der Frage von Schrumpfungsprozessen in ländlichen Gemeinden. Ich komme gerade von einer Tagung, die eigentlich ein anderes Thema berührt hat, nämlich die Frage der Dorferneuerung, aber selbst dort wurde sehr klar und dezidiert herausgearbeitet, dass Wirtschaft und Arbeitsplätze die zentralen Bestimmungsfaktoren für den ländlichen Raum sind. Die Forumsveranstaltung heute greift eine Facette dieses sehr wichtigen Themas auf und stellt sie mit dem Titel „Unternehmensnachfolge“ zur Diskussion.

Die Wirtschaft in unseren ländlichen Räumen ist mittlerweile sehr vielgestaltig. Der ländliche Strukturwandel mit einem Bedeutungsrückgang der Produktionsfunktion von Landwirtschaft hat gleichzeitig dazu geführt, dass die Bedeutung von Handel, Handwerk und Gewerbe stärker geworden ist. Wir wollen eine Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft, das ist gewünscht und das wird in Rheinland-Pfalz unterstützt. In Ihren Unterlagen finden Sie das noch einmal genauestens dargestellt im Strategiepapier für die Entwicklung der ländlichen Räume, was das Land Rheinland-Pfalz im letzten Jahr erarbeitet und publiziert hat.

Wir haben heute, dank der Diversifizierung, sehr viele verschiedene, vielfältige und belastbare Unternehmen im ländlichen Raum und genau diese wollen wir halten und pflegen, denn wir haben sie bereits für den ländlichen Raum gewonnen und müssen sie nicht erst noch anwerben und ansiedeln. Wir haben nachher noch die Möglichkeit uns einige schöne Beispiele hier vor Ort anzusehen.

Unternehmensnachfolge ist ein sensibles Geschäft. Es gibt ein Zeitfenster, wo es passieren

kann, dass, wenn man keinen geeigneten Nachfolger für das Unternehmen findet, Unternehmen aussteigen und damit für den ländlichen Raum verloren sind. Wie man das verhindert und welche Wege möglich sind, das werden wir uns heute ansehen. Ich möchte eine letzte Vorbemerkung aus meiner Sicht machen, bevor wir inhaltlich einsteigen. Ich denke, wir müssen nicht nur die faktischen Unternehmensnachfolger ins Visier nehmen, sondern auch die potenziellen Unternehmensnachfolger. Aus meiner Sicht ist es ganz besonders wichtig zu überlegen, wie wir ein unternehmensfreundliches Klima im ländlichen Raum schaffen können. Wie schaffen wir es, dass wir der jungen Generationen wieder Lust machen, im ländlichen Raum vielleicht selbst einmal als Unternehmer tätig zu sein? Hierzu müssen wir unter anderem die Kooperation zwischen Schulen, Hochschulen und Unternehmen betrachten. Wir müssen überlegen, wie wir bestimmte Absolventen, die zur Ausbildung oder zum Studium die Region verlassen, vielleicht wieder zurückbekommen können. Wie können wir sie an den ländlichen Raum binden? Das alles gehört zu dem breiten Spannungsfeld Unternehmensnachfolge.



Das Thema heute ist: „Wie funktioniert Unternehmensnachfolge?“. Dazu hat der Veranstalter, wie das in den Veranstaltungen der Foren ländlicher Räume üblich ist, ein sehr buntes Programm zusammengestellt. Wir werden über den Nachmittag verteilt die Möglichkeit haben, sowohl wissenschaftlich auf das Thema zu schauen als auch zu sehen, welche zentralen Punkte in der Unternehmensnachfolge berücksichtigt werden müssen. Wir haben Praktiker, Unternehmensleiter vor Ort zu Gast, die diesen Prozess vollzogen haben und die uns berichten können, wie es bei ihnen genau gelaufen ist, welche Schwierigkeiten es gab und wo man vielleicht aus heutiger Bewertung etwas anders gemacht hätte. Wir werden die Sicht des Landes hören, da freue ich mich sehr, dass Herr Dr. Pietrowski heute bei uns ist. Er vertritt Herrn Staatssekretär Prof. Englert.

In einer ersten großen Runde werden wir uns ein Bild davon verschaffen, wie Unternehmensnachfolge in Rheinland-Pfalz aussieht. In der zweiten Runde, nach der Pause, wird es eine Expertenrunde geben zu der Frage, wo man Hilfe bekommen kann. Wir haben heute die Möglichkeit, mit praktisch allen Institutionen, die Beratungs- und Unterstützungsleistungen für diesen Prozess anbieten, zu sprechen. Mein Podium hier vorne wird sehr vielfältig besetzt sein. Wir werden erörtern, was die jeweilige Institution oder Vereinigung für die Unternehmensnachfolge leistet. Wir werden sehen, was für Förderprogramme es gibt und was für Beratungsleistungen. Außerdem werden Sie die Möglichkeit haben, direkt Fragen zu platzieren, ebenso wie im ersten Gesprächsteil.

Ich würde es gerne so halten, dass wir im Nachgang zu dem Vortrag von Herrn Dr. Pietrowski, dem ich gleich das Wort übergeben darf, kurze Nachfragen zu seinem Vortrag erörtern. Größere Diskussionsbeiträge würde ich gerne als Abrundung in den ersten Diskussionsteil vor der Pause zu verlegen. Ich freue mich nun, Ihnen Herrn Dr. Pietrowski vorzustellen. Er kommt vom Wirtschaftsministerium aus der Abteilung 6, das ist die Abteilung für Landentwicklung, Agrarpolitik und Markt. Er wird uns jetzt in etwa zehn bis fünfzehn

Minuten die Sicht des Landes zu der Fragestellung der Bedeutung der Unternehmensnachfolge präsentieren. (Applaus)

Ansprache Herr Dr. Pietrowski:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ich möchte Sie herzlich begrüßen. Ganz besonders begrüße ich die Frau Europa-Abgeordnete Kläß und die Damen und Herren Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtages. Ich freue mich, dass ich Sie alle als Gäste zu dieser Forumstagung begrüßen darf und freue mich gleichermaßen, dass so viele der Einladung des Wirtschafts- und Landwirtschaftsministers Hering hierhin gefolgt sind. Ich darf unseren Staatssekretär Herrn Prof. Englert entschuldigen, der an einer Wirtschaftsdelegationsreise teilnimmt, die sich so ungünstig verschoben hat, dass er heute nicht dabei sein kann.

Das Strategiepapier für die Entwicklung der ländlichen Räume hat an das Forum Aufträge gerichtet und diese vierte Forumsveranstaltung heute ist ein Ergebnis daraus. Mit Hilfe von Best-practice-Beispielen, von konkreten Unternehmensbeispielen wird über die Möglichkeiten und die Vorgehensweisen informiert und es besteht die Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen. Ich hoffe, dass Sie im Anschluss an den offiziellen Teil der Tagung individuell die Gelegenheit zu Einzelgesprächen nutzen. Heute ist eine ganze Reihe angesehener und erfahrener Experten da, die möglicher Weise für den einen oder anderen wichtige Ansprechpartner sind.

Heute beschäftigen wir uns mit dem Thema Unternehmensnachfolge. Ihr zahlreiches Erscheinen zeigt, dass das Interesse daran groß ist, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt, das permanente Aktualität besitzt und das gerade im

ländlichen Raum große Bedeutung hat. In den ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz sind es gerade die mittelständischen Unternehmen, aus dem Bereich der Landwirtschaft, aus dem Bereich der Industrie, des Handwerks, aber auch aus dem Dienstleistungssektor, die wesentlich dazu beitragen, dass wir Wirtschaftskraft haben, dass wir Lebensqualität erleben und Arbeitsplätze schaffen bzw. erhalten. Letztlich ist es ein volkswirtschaftliches Thema, für das sich der Einzelne naturgemäß nicht so sehr interessiert, die Landespolitik dagegen sehr. Deshalb unterstützt die Landesregierung diesen Prozess sowohl durch die Entwicklung der Infrastruktur als auch durch einzelbetriebliche Förderung, der Förderung von Beratung und vielem anderen mehr. Ein Kernthema in diesem Zusammenhang ist die Sicherung der Unternehmensnachfolge. Unternehmensnachfolge ist die wichtige Voraussetzung zur Erhaltung der Wirtschaftskraft in den ländlichen Räumen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie aus einer Auswertung des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn (IfM) hervorgeht, suchen mehr als 70.000 mittelständische Unternehmen in Deutschland einen Nachfolger. Etwa 6.000 Firmen müssen aufgeben, weil die Übergabe scheitert. Eine weitere Auswertung des IfM aus dem Jahre 2005 zeigt, dass 95 % der Unternehmen in Deutschland Familienunternehmen sind. Eine andere Studie zeigt, dass weniger als die Hälfte der Familienunternehmen einen Notfallplan haben. Diese Unternehmen haben noch keine Überlegungen angestellt, was sie machen, wenn der Chef oder die Chefin sterben, krank werden oder sonst etwas Unvorhergesehenes passiert. Ein weiterer Knackpunkt bei der Unternehmensübergabe ist deren Komplexität. Es gibt eine Menge Fragen zu klären, z.B.:

- Wann will ich mein Unternehmen übergeben?
- In welchem Zeitraum soll die Übergabe erfolgen?
- An wen soll übergeben werden?
- Was ist mein Unternehmen wert?
- Gibt es finanzielle Hilfen?

Meine Damen und Herren, man sieht, dass wir uns mit einer Schwachstelle der mittelständischen Wirtschaft beschäftigen. Eine Schwachstelle, die nicht neu ist, die quasi permanent vorhanden ist und wir bemühen uns seit vielen Jahren, Lösungen zu schaffen. Um diese Schwachstelle zu einzudämmen, haben wir ein System von Gesprächs- und Beratungsstellen aufgebaut sowie Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung. Aus der langen Liste von helfenden Stellen möchte ich hier nur einige nennen. Sie können die komplette Liste auf der Internetseite des Ministeriums nachlesen und herunterladen. Mir geht es heute nur darum zu zeigen, dass wir eigentlich gut gerüstet sind, um Übergebende und Übernehmende zu unterstützen. Seit einigen Jahren fördern wir die Beratung von Existenzgründern und Existenzgründerinnen durch selbständige Unternehmensberater um die Startchancen der jungen Unternehmer zu verbessern. Seit 2002 ist die Beratung in Bezug auf eine mögliche Unternehmensnachfolge bei der Existenzgründerberatung mit einbezogen. Sowohl der übergebende Betriebsleiter als auch sein möglicher Nachfolger können sich beraten lassen.

Die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammern bieten in 26 Starterzentren landesweit Informationen und Beratung an. Es handelt sich um eine umfassende Beratung aus jeweils einer Hand um lange Wege und bürokratischen Aufwand für die Kunden zu vermeiden. Hierbei arbeiten die Starterzentren mit verschiedenen Kooperationspartnern zusammen, wie z.B. der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB), der Rechtsanwaltskammer Rheinland-Pfalz, der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz und dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau.

Das Gespräch mit dem Steuerberater ist ein unerlässlicher Bestandteil einer Nachfolgeregelung. Sie beraten zum Beispiel bei der Unternehmensbewertung, bei Fragen des Erbschafts- und Schenkungssteuerrechts und der steuerlich günstigsten Regelung des Verkaufs an einen Nachfolger.

Zu dem Gesprächsangebot für Unternehmerinnen und Unternehmer, die eine Übernahme in Betracht ziehen wollen, gehört auch der Senior-Experten-Service. Ehemalige Führungskräfte verschiedenster Bereiche unserer Wirtschaft bieten ihre Erfahrungen an und unterstützen sowohl die Unternehmer, die sich mit dem Gedanken an eine Nachfolgeregelung vertraut machen als auch Jungunternehmer, die den Einstieg in ein bestehendes Unternehmen als Weg in die Selbstständigkeit wählen.

Die Wirtschaftsjunioren bieten in ihrem Netzwerk Erfahrungsaustausch und Know-How-Transfer vor allem für junge Unternehmer und Unternehmerinnen an. Unter den Wirtschaftsjunioren des Landes gibt es viele Beispiele für eine gelungene Betriebsnachfolge innerhalb der Familie und für erfolgreiche Übernahmen eines fremden Betriebes. Die Wirtschaftsjunioren bieten nicht nur bei finanziellen, steuerlichen oder juristischen Problemen der Betriebsübernahme aus ihrer Erfahrung praxisbezogene Hilfestellung an, sie haben auch Lösungen für die vielfältigen psychologischen und zwischenmenschlichen Probleme, die bei einer Unternehmensübernahme auftreten können.

Das Institut für unternehmerisches Handeln wurde als Einrichtung des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Fachhochschule Mainz im Jahr 2000 durch die Stiftung einer neuartigen Professur geschaffen. Die Stifter, das sind die Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen, die Handwerkskammer Mainz und die ISB sowie die Grundstücksverwaltungsgesellschaft Mainz, möchten damit den Weg in die unternehmerische Selbstständigkeit erleichtern und stärken. Das Institut für unternehmerisches Handeln Mainz bietet Studierenden und Unternehmern unter anderem persönliche Hilfe und Beratung bei der Planung von Unternehmensgründungen oder Übergabe und Übernahme eines Unternehmens an. Das Institut vermittelt das Gespräch zwischen Unternehmern und Hochschulen sowie den Kontakt von Unternehmen zu Studierenden als möglichen Unternehmensnachfolgern.



Nennen möchte ich außerdem das Institut für Mittelstandsökonomie an der Universität Trier. Diese Einrichtung beschäftigt sich mit der wissenschaftlichen Analyse von Aufgaben und Problemen mittelständischer Unternehmen und bietet den Unternehmen Beratung und Betreuung an. Dies gilt ebenso für den Themenkomplex Unternehmensnachfolge.

Hinsichtlich der finanziellen Unterstützung bietet die KfW-Mittelstandsbank mittelständischen Unternehmen Finanzierungsmöglichkeiten an, z.B. mit ihren Programmen Unternehmerkredit und Unternehmerkapital.

Die Förderprogramme des Landes Rheinland-Pfalz zur Finanzierung von Investitionen mittelständischer Betriebe sind bei der ISB gebündelt. Dazu gehören z.B. das ISB-Mittelstandsdarlehen sowie Bürgschaften und Beteiligungen. Die Hausbank, meine Damen und Herren, sollte auf jeden Fall der erste Ansprechpartner für Finanzierungsfragen sein. Fast alle finanziellen Förderhilfen des Bundes und des Landes werden über die Hausbank als antragsannahmende Stelle abgewickelt. Die Hausbanken sind der traditionelle Begleiter der mittelständischen Unternehmen und bieten Informationsmaterial zum Thema Nachfolge an.

Fragen Sie auch dort nach öffentlichen Finanzierungshilfen. Sollte bereits Informationsbedarf über die einzelnen Finanzierungshilfen bestehen, bevor das erste Hausbankgespräch ansteht, berät Sie die Investitions- und Strukturbank des Landes über die Fördermöglichkeiten von Bund und Land gerne. Die KfW-Mittelstandsbank ist zu diesem Zweck zweimal im Monat im Hause der ISB und führt dort gemeinsam mit ihrer sogenannten Beratertage durch.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es wird einiges getan um Übergeber und Übernehmer bei der Unternehmensnachfolge zu unterstützen. Die Unterstützungsangebote greifen allerdings nur, wenn sie auch angenommen werden. Hier haben wir nach wie vor ein Problem. Von den Betriebsinhabern wird die Frage nach der Unternehmensnachfolge aus mannigfachen subjektiven Gründen oft verdrängt. Auf diese Gründe möchte ich jetzt nicht näher eingehen, ich denke, Frau Wirtz wird das in ihrem Vortrag gleich tun und aus ihrem reichhaltigen Erfahrungsschatz als Unternehmensberaterin einige realistische Erfahrungen vortragen. Mit der Veranstaltung heute möchten wir das Thema wieder einmal auf die Tagesordnung setzen und nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ versuchen, bei den Betriebsinhabern ein Bewusstsein für die Wichtigkeit der rechtzeitigen Klärung dieser Frage der Unternehmensnachfolge zu schaffen. Ich danke Ihnen für das Zuhören. (Applaus)

Es spricht Frau Soboth:

Vielen Dank Herr Dr. Pietrowski. Meine Damen und Herren, jetzt können Sie direkte Nachfragen zum Vortrag stellen.

Es spricht Herr Grasnack:

Ich habe eigentlich eine ganz einfache Frage: Was ist Mittelstand?

Es spricht Herr Dr. Pietrowski:

Auf eine einfache Frage habe ich eine einfache Antwort. Ein ehemaliger Minister hat es mal folgendermaßen definiert: Mittelstand ist alles, was pleite gehen kann. Man kann natürlich versuchen, Zahlengrenzen zu schaffen, aber davon halte ich nicht viel. Ich habe das durchaus ernst gemeint, was ich eben sagte. Wenn wir zwischen 90 und 95 % mittelständische Unternehmen haben, die in der Bundesrepublik Deutschland Arbeitsplätze schaffen und zum Leben unserer Volkswirtschaft beitragen, dann sind natürlich die kleineren gemeint, nicht die Großunternehmen. Ich möchte jetzt dennoch keine konkretere Definition treffen. Es existieren mehrere Definitionen, aber es ist immer schwierig das einzugrenzen. Ich denke, ich habe ungefähr das ausgedrückt, was Sie wissen wollten.

Es spricht Frau Soboth:

Gibt es noch weitere Fragen?

Es spricht Herr Starfeld:

Ich komme von der Agentur für Arbeit in Bad Kreuznach. Mich würde interessieren, wie die genauen Zahlen für Rheinland-Pfalz aussehen. Für wie viele Unternehmen, aktuell oder potenziell in der näheren Zukunft, ist das Thema Unternehmensnachfolge wirklich interessant?

Es spricht Frau Soboth:

Ich darf mich hier kurz einschalten, denn wir sind in der günstigen Lage, dass wir die zuständige Referentin mit dem Detailwissen bei uns im Raum haben. Frau Kern, ich glaube, das können Sie ad hoc beantworten.

Es spricht Frau Kern:

Für Rheinland-Pfalz stehen in dem Zeitraum von 2008 bis 2012 etwa 18.700 Unternehmen zur Übernahme an. Man schätzt, dass etwa 1.600 davon keinen Nachfolger finden werden. Das ist eine ähnliche Relation wie die Zahlen, die Herr Dr. Pietrowski bundesweit genannt hat. Es ist also ein ständiges Thema Unternehmensnachfolger zu suchen.

Es spricht Frau Soboth:

Vielen Dank, Frau Kern. Gibt es noch weitere Nachfragen zum Vortrag? Ich sehe zunächst keine und das ist auch nicht schlimm, denn wir haben nachher noch einen großen Diskussionsblock. Ich darf mich bedanken und meinen nächsten Programmpunkt ansagen.

Ich freue mich sehr, dass Frau Maria Wirtz, Unternehmensberaterin von der TMS Unternehmensberatung AG in Köln heute bei uns ist. Frau Wirtz begleitet verschiedene Nachfolgeprojekte im Mittelstand und wird auf die eben genannten Punkte bestimmt zurückkommen. Sie hat als Projektverantwortliche mehrjährige und bundesweite Nachfolgeprojekte betreut und arbeitet vor allem für die Branchen Metallverarbeitung, Maschinenbau, Umwelttechnik und Automobilhandel. Außerdem hat sie ein Buch veröffentlicht mit dem Titel „Einen Betrieb übernehmen, aber wie?“, das sich direkt an Unternehmensnachfolger richtet. Was ich besonders schön finde ist, dass sie biographisch sehr genau weiß, über was sie redet, denn sie kommt selbst aus einem mittelständischen Unternehmen, wo das Thema Unternehmensnachfolge auf der Tagesordnung stand und sie hat sich selbst dagegen entschieden.

Frau Wirtz, ich freue mich auf Ihren Vortrag.

Vortrag: Nach mir die Sintflut? – Unternehmensnachfolge erfolgreich gestalten

Es spricht Frau Wirtz:

Auch meinerseits ein herzliches Willkommen hier bei Ihnen in Morbach. Herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich sehr bei Ihnen zu sein und mit Ihnen über das Thema Unternehmensnachfolge zu sprechen. Wie komme ich dazu, mich mit einem solchen Thema zu beschäftigen? Die Erklärung ist einfach, Frau Soboth hat es eben bereits erwähnt. Wir standen zu Hause, Sie merken, ich sage noch immer zu Hause, vor ähnlichen Fragestellungen, die Sie vielleicht im Moment umtreiben.

Das heißt, es gab und gibt einen elterlichen Betrieb, der zwischen Köln und Aachen angesiedelt ist. Wir betreiben eine Kombination von Landmaschinenhandel und Automobilhandel. Das entwickelte sich von einer Pferdeschmiede über den Verkauf von Bulldogs bis hin zu Traktoren. Als das Geschäft mit den Landwirten bei uns in der Region irgendwann einmal nicht mehr so gut lief, hat mein Vater sich entschlossen, Autos dazu zu nehmen, vornehmlich Geländewagen. Eigentlich hätte alles so schön sein können, wenn das Thema Nachfolge nicht gewesen wäre und mein Vater das Glück oder das Pech hatte, nicht einen Nachfolger zu haben, sondern gleich zwei. Das heißt, es gibt einen älteren Bruder, der führte das Geschäft mit den Traktoren und es gab mich mit den Autos. Nach zwei Jahren der Zusammenarbeit merkten wir, dass das, gelinde gesagt, zusammen eine Herausforderung wird. Mein Vater hat rechtzeitig die Notbremse gezogen und gesagt, wenn ihr euch die Köpfe einhaut, dann geht im Zweifel einer baden und zwar mein Betrieb und das will ich nicht. Das familiäre Drama war groß, das gebe ich zu. Das Resultat sehen Sie, ich verkaufe heute keine Autos mehr. Ich bin zuerst einmal studieren gegangen, aber das Thema Unternehmensnachfolge hat mich nie mehr ganz losgelassen. Zum einen kamen Händlerkollegen und haben gefragt,



wie wir das gemacht haben und wie viel Geld ich für meinen Verzicht bekommen habe. Ich bin jetzt seit gut zwölf Jahren bei der Firma TMS, wir sind eine mittelständische Beratungsgesellschaft aus Köln mit den Themen Unternehmensnachfolge, Krise und Wachstum. Ich selbst mache seit zwölf Jahren zu 90 % nichts anderes, als Betriebe bei der Unternehmensnachfolge zu begleiten. Die von mir betreuten Unternehmen sind z.B. ein Schreibermeister mit zwei Mitarbeitern, nämlich Ehefrau und Sohn, wo der Unternehmer sagt, zehn Jahre mache er noch, er sei doch erst 85. Und es geht bis hin zu großen Unternehmen, wie Ingolstädter Autobauern, die mir sagen, ich soll mich mal um deren Händlernetz, speziell um die älteren Händler kümmern etc.

Ich betreue all das, was der Mittelstand zu bieten hat und was pleite gehen kann. Von daher habe ich Ihnen einiges an Beispielen mitgebracht und habe Folgendes für heute vorgesehen:

Mir ist wichtig, dass wir uns ein paar Sachen zusammen ansehen, wenn Sie sich heute Nachmittag schon die Zeit nehmen und aus Ihren Betrieben raus bleiben, die hoffentlich in der Zeit weiter funktionieren. Ich möchte zuerst einmal mit Ihnen besprechen, warum man Unternehmensnachfolge aktiv regeln muss. Wir sind ja in Deutschland, wo eigentlich alles geregelt ist. Unternehmensnachfolge ist, wenn wir ehrlich sind, ein biologisches Thema, denn es kommt todsicher. Gut, im ländlichen Raum kommt es später, weil dort die Luft gesünder ist, aber irgendwann kommt es. Andererseits gibt es vieles, was nicht geregelt wird, auch nicht durch den Gesetzgeber. Zumindest ist es nicht gut geregelt, denn der weiß ja nicht, wen Sie gerne als Nachfolger haben wollen. Der Gesetzgeber kümmert sich ebenso wenig um Ihre Altersversorgung. Er achtet nicht darauf, dass das steuerlich optimal ist. Deshalb gibt es einige Gründe, warum man das Thema aktiv angehen sollte. Das schauen wir uns in der Einführung an.

In einem zweiten Schritt möchte ich mit Ihnen besprechen, was zu einer Unternehmensübergabe eigentlich dazu gehört. Die Vorredner haben bereits gesagt es sei sehr komplex. Ist es wirklich so kompliziert, dass man fünf Berater braucht oder kann man das nicht eigentlich selbst machen? Dazu möchte ich einiges sagen. Es ist mir wichtig, zu zeigen, welche Wege es gibt und was als Unternehmer zu tun ist. Ich finde es wichtig und gut, dass eine Region oder ein Land Unterstützungsmöglichkeiten gibt, also bitte, nutzen Sie die! Trotzdem, entscheiden und machen müssen Sie es als Unternehmerin oder Unternehmer selbst. Daran wird sich nichts ändern. Mir ist es wirklich eine Herzensangelegenheit, dass Sie die wichtigen Schritte kennen. Wenn wir das alles geschafft haben, ist mindestens meine halbe Stunde Redezeit vorbei.

Lassen Sie uns einsteigen. Ich möchte Sie nicht mit Statistiken langweilen, aber ein paar Zahlen habe ich doch zum Einstieg. Es ist bereits gesagt worden, es gibt das Institut für Mittelstandsfor- schung. Die analysieren unter anderem, was die Unternehmer z.B. in Sachen Nachfolge planen. Ich habe Ihnen eine Übersicht mitgebracht, die ich sehr interessant finde. Sie sehen hier die Un- ternehmen nach Umsatzgrößen aufgeteilt. Jetzt können Sie mal schauen, wo Sie mit Ihrem Betrieb einzuordnen sind. Es gibt rund 350.000 Unter- nehmen in Deutschland, die Zahl steigt von Jahr zu Jahr. Sie sehen, knapp die Hälfte der Unterneh- mer sagt, dass sie die Nachfolge familiär regeln werden. Das heißt, es gibt einen Sohn oder eine Tochter, die sich nicht gerade die Köpfe einhau- en und es ist eine familieninterne Regelung der Übernahme angedacht. Der Anteil der familienin- ternen Nachfolgeregelungen sinkt dennoch von Jahr zu Jahr. Als ich angefangen habe mich mit dem Thema zu befassen, war ich zu 80 bis 90 % mit bockigen Kindern oder Eltern beschäftigt, mit Familienstämmen, die man irgendwie auseinander dividieren musste usw. Das wird immer weniger. Inzwischen haben wir viel mehr mit Nachfolge- regelungen mit Mitarbeitern oder Externen zu tun. Knapp 30 % der Unternehmer sagen uns mittlerweile, dass an Externe übergeben wird und dass sie schon jemanden haben. Aber noch immer gut 20 %, haben gesagt, dass sie letztlich keinen Schimmer haben, was passieren wird. Die wissen nicht, ob sie stilllegen oder mit den Füßen nach vorne aus der Werkstatt rausgetragen werden oder was wirklich passieren wird.

Bei den familieninternen Nachfolgeregelungen scheinen nach dieser Statistik bei den klei- nen Betrieben die Kinder weniger Lust zu einer Übernahme zu haben. Woran kann das liegen? Das mag zum einen daran liegen, dass in dem Moment, wo zwei Generationen von einem Kleinstunternehmen leben müssen, inklusive Ver- pachtung, Vermietung etc. sich das nicht mehr rechnet. Das ist das eine. Aber, und das ist der zweite Appell, den ich geben möchte, manche Unternehmer, die gleichzeitig Familienväter sind, machen ein bescheidenes familieninternes Mar-

keting. Der klassische Fehler sieht so aus: Man sitzt sonntags mittags zu Hause, man wohnt oft direkt am Betrieb und wenn man Glück hat, kann man ohne Unterbrechung Mittagessen. Was wird getan? Es wird gejammert, wie schwer alles ist, dass die Kunden nicht bezahlen, dass die Liefe- ranten schrecklich sind, von den Banken sprechen wir jetzt gar nicht. Man fragt sich, warum man das überhaupt macht. An genau dem gleichen Mittagstisch wird irgendwann großartig verkün- det: Du kannst meinen Betrieb haben. Und dann wundert man sich, dass vielleicht der Sohn oder die Tochter das nicht wirklich gerne wollen. Also ist mein großer Appell den Bereich des Jammerns konzentriert im Betrieb zu lassen! Sonst laufen Ihnen irgendwann wirklich die Nachfolger davon.

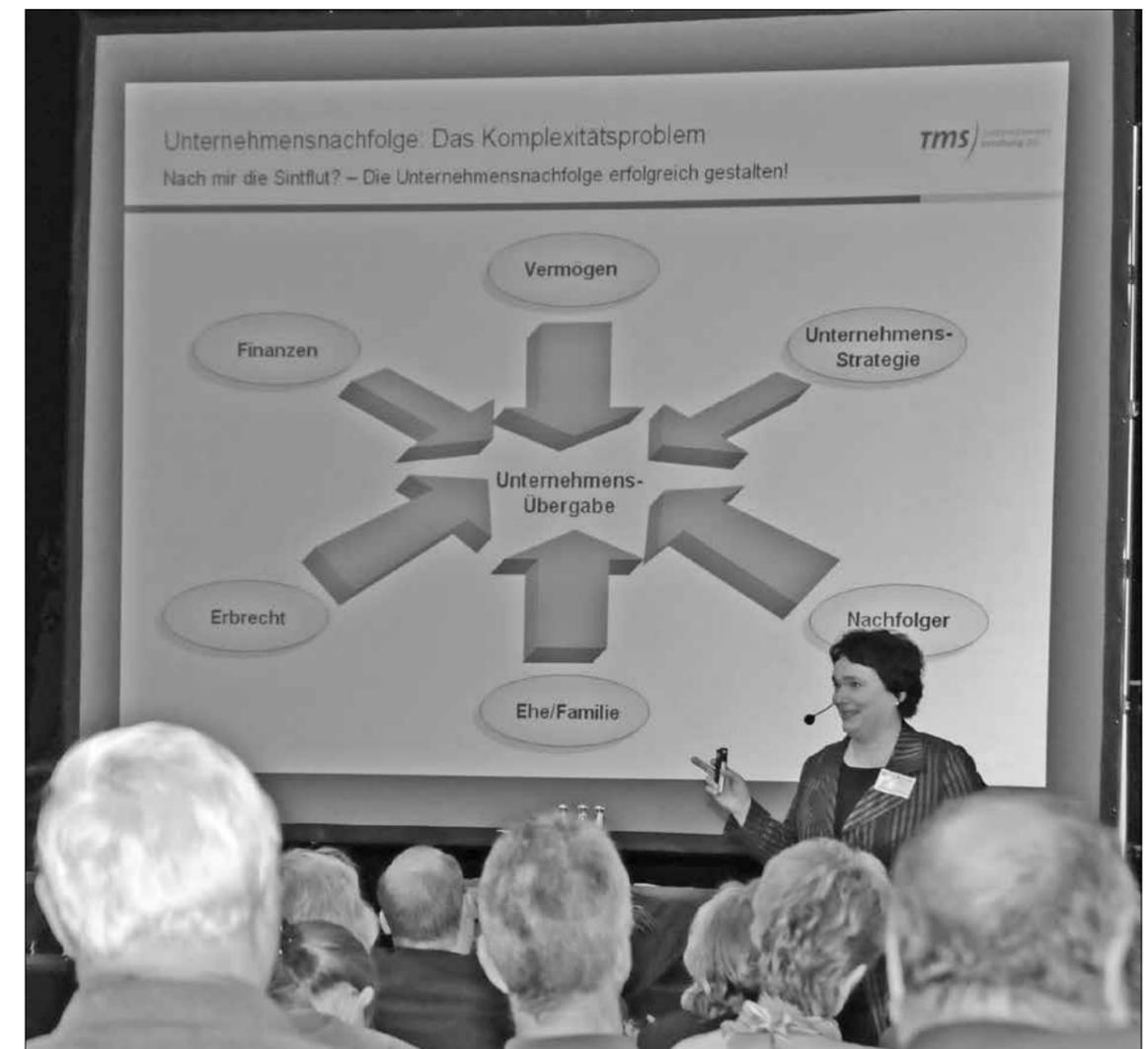
Ich habe eben gesagt, ein Gutteil der Unterneh- mer wissen nicht, was sie in Sachen Nachfolge machen sollen. Unternehmensnachfolgen schei- tern oft, sind nicht sonderlich erfolgreich. Der eine oder andere kennt das Sprichwort: „Der Vater erstellt's der Sohn erhält's beim Enkel da zerschellt's.“ Jetzt wird es grausam, denn diese Statistik belegt das in gewissem Maße: Von 100 Betrieben kommen noch 67 in die zweite Gene- ration. Jetzt können Sie mal abzählen, noch 27 kommen in die dritte und nur 6 % in die vierte Generation. Das mag sicherlich an dem Thema „Nachfolge“ liegen, das kann aber auch an der je- weiligen Branchen liegen. Wenn wir uns anschau- en, was es vor zehn oder zwanzig Jahren noch für Branchen gab, die heute gar nicht mehr in dem Maße existieren, dann ist das sicherlich ein Argu- ment. Aber, und das sage ich sowohl aus eigener Erfahrung in der Familie als auch als Beraterin: Unternehmensnachfolge ist nicht ohne!

Rational betrachtet sprechen wir bei der Unter- nehmen nachfolge von einem Wechsel in der Geschäftsführung. Wir sprechen von einer Über- nahme von Anteilen. Das ist aber nur eine Seite, die wirtschaftliche Seite. Die zweite Seite, das ist die familiäre, die emotionale Seite. Oftmals spielt die Gefühlswelt der Unternehmer und der Nachfolger verrückt. Wenn wir ganz ehrlich sind, ist das, was den Familienunternehmen die Stärke

gibt, nämlich dass Familie und Betrieb eins sind, in der Nachfolgeregelung manchmal hinderlich. Wir sehen immer wieder, dass manche Ent- scheidungen im Unternehmen familiär getroffen werden, die eigentlich rational getroffen werden müssten.

Ein Beispiel: Ich bin vor Jahren bei einem Auto- händler in Sachsen-Anhalt gewesen, der sagte mir, Frau Wirtz, jetzt können wir die Nachfolge regeln, meine Tochter kommt nach Hause. Er hat- te ein großes Unternehmen mit 70 Mitarbeitern. Ich habe ihn gefragt, ob die Tochter denn Auto- haus-Erfahrung hat. Er sagte: „Ja, sie war in Berlin mit einem Honda-Händler verheiratet, die haben

sich getrennt und jetzt kommt sie nach Hause.“ Da habe ich gefragt, ob sie denn schon einmal selbstständig war. Ja, sie hatte ein Fingernagel und Kosmetik-Studio. Die Tochter ist eine wunderhü- bsche Frau und wollte nun diesen Betrieb überneh- men. Der Leistungsgrad der Werkstattmitarbeiter ging massiv nach unten, weil die immer in stille Anbetung verfielen, wenn die Dame zugegen war. War in diesem Beispiel jemand mit der Übergabe der Geschäftsführung beschäftigt? Lief das auf dem Spielfeld Unternehmen? Nein. Da kam das Kind nach Hause. Und genau so wurde das auch ausgedrückt. Deshalb beachten Sie bitte bei allen Entscheidungen, die Sie in Sachen Nachfolge tref- fen, es betrifft immer beide Seiten! Wie wird man



jemand in einem Betrieb? Das muss man sich verdienen. Wie wird man jemand in einer Familie, wenn man nicht gerade strategisch einheiratet, das gibt es ja auch, ist aber nicht Thema dieses Vortrags? Zur Familie gehört man einfach dazu. Viele Unternehmer gehen nicht die nächsten Schritte, weil genau da das Spannungsfeld liegt. Deshalb ist das ein ganz wichtiger Punkt beim Thema Nachfolge: Wir haben unterschiedliche Generationen und wir sind meistens nicht nur Unternehmer, sondern auch Familien. Die Entscheidungen, die Sie jedoch zunächst treffen müssen, ist eine unternehmerische. Man kann irgendwie versuchen, die familienverträglich hinzukriegen. Was das im Einzelnen heißen kann, werde ich Ihnen gleich noch anhand eines Beispiels vortragen.

So mancher Unternehmer macht sich die Nachfolge relativ einfach, der plant die nämlich wie in diesem Beispiel und sagt: „Wenn du versprichst in den nächsten 50 Jahren alles genauso zu machen wie ich, dann könnte ich dir bei der Übergabe etwas entgegenkommen.“ Diese Cartoons sind übrigens von Dirk Meissner, einem Kölner Cartoonisten und ich werde sie ab und an in meinem Vortrag mit einfließen lassen.

Fazit: Das Thema Nachfolge ist ein Thema, das zwar nicht ohne, aber durchaus lösbar ist. Wir haben dabei mindestens drei Beteiligte. Ich werde nie vergessen, wie mein Vater sagte: „Bevor ihr hier wart, da konnte ich selbst bestimmen was Sache war und das war wesentlich stressfreier und jetzt muss ich euch fragen.“

Wir brauchen, um im Thema Nachfolge erfolgreich zu sein, einen Übergeber, der das Häuschen auf Marbella oder wo auch immer fertig hat und sein Unternehmen übergeben will. Wir brauchen einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin und wir brauchen einen Betrieb der übergabefähig ist. Es gibt Betriebe, die können noch nicht einmal aufgeschlossen werden, wenn der Chef nicht da ist, von vielem anderen im Bereich Kunden ganz zu schweigen. Das heißt, nur wenn die drei Partner sich einig sind, kann das überhaupt erst funktionieren. Ein Beispiel: Sie haben den Übergeber,

der übergeben möchte, der sich bereits neue Aufgaben gesucht hat und finanziell einigermaßen solide da steht. Sie haben einen Betrieb, dem es gut geht und Sie haben einen Nachfolger, wo Außenstehende denken: „Das ist mutig den zu nehmen“. Dann wird die Nachfolge schwierig. Das umgekehrte Beispiel sieht so aus: Sie haben einen Top-Nachfolger, Sie haben ein Unternehmen, was solide im Markt steht, aber der Übergeber sagt: „Du kannst schon mal ein bisschen den Betrieb haben, aber Investitionen ab 300 Euro sprichst du bitte mit mir ab.“ Auch dann wird es schwierig. Letztes Beispiel: Es gibt einen willigen Nachfolger und einen willigen Übergeber, aber dem Unternehmen geht es nicht gut. Auch dann wird das schwierig.

Ich werde nie vergessen, wie ich vor langen Jahren einmal in einem Hotel im Norden von Nordrhein-Westfalen gewesen bin, wo ein Unternehmer das Thema Nachfolge angehen wollte. Ich kam dorthin in einen Kurort, das Hotel lag direkt gegenüber vom Kurpark und von außen betrachtet habe ich gedacht: die fahren die „Antik-Schiene“. Es gibt ja bei Hotels die Versionen schön-alt und fies-alt. Dieses Hotel gehörte definitiv in die zweite Kategorie. Ich werde nie vergessen, als der Unternehmer mich durch das Haus führte. Das war die bewährte Winkelbauweise, immer wenn Geld da war, wurde ein bisschen angebaut, was vom Grundsatz her nicht schlecht ist, nur wenn man irgendwann verstecken spielen kann, wird es eng. Er machte die Flügeltüren auf und sagte: „Jetzt zeige ich Ihnen den Neubau.“ und ich sah große orange-braune Blumen. Der Neubau war von 1971. Da habe ich gemeinsam mit einem Kollegen aus dem Gaststättenverband einmal gerechnet, was in dem Hotel an Sanierungsmaßnahmen notwendig sind. Das Ergebnis des Beraters war, dass jedes Zimmer jede Nacht dreimal vermietet werden muss, dann könnte es sich rechnen. Die strategische Ausrichtung des Hotels war jedoch eine völlig andere und das wollte der Unternehmer nicht.

Fazit: Wir brauchen drei Beteiligte, die sich einigermaßen einig werden müssen, nur dann kann

das funktionieren. Lassen Sie uns die Beteiligten etwas genauer anschauen. Wir beginnen mit dem Übergeber.

- Es wurde eben bereits gesagt, es fällt vielen Unternehmerinnen und Unternehmern schwer, loszulassen. Meine Damen und Herren, Sie haben mein vollstes Verständnis. Wenn ich überlege, wie es nach vier Jahren für mich war den Betrieb zu Hause zu verlassen, dann mag ich mir gar nicht vorstellen, was das nach dreißig Jahren bedeutet. Es gibt ein paar Hürden, die wir immer wieder feststellen. Vielen fehlt die Vision für die Zeit danach. Was machen Sie den ganzen Tag, wenn Sie nicht mehr im Betrieb sind? Wenn Sie zum 31.12. übergeben und zum 2.1. werden Sie wach, wie Sie immer wach wurden, um genau den gleichen Betrieb aufzuschließen. Sie brauchen neue Aufgaben. Und bitte sagen Sie mir jetzt nicht, Sie werden den Rasen mähen. So schnell kann kein Gras der Welt wachsen und so viele Enkelkinder können Ihre Söhne und Töchter gar nicht produzieren, damit Sie ausreichend beschäftigt sind. Wichtig ist, sich wirklich eine neue Aufgabe zu suchen, denn Sie werden vielleicht nach wie vor unternehmerisch tätig sein wollen. Als mein Vater seinen Betrieb übergeben hat, hatten wir ein gestaffeltes Modell über sechs oder sieben Jahre und er ist nach fünf Monaten zu seiner Hausbank gegangen und hat gesagt: „Ich will Existenzgründer sein, ich halte es zu Hause nicht aus, können wir nicht noch mal ein bisschen was machen?“ Er verkauft jetzt noch ein paar gebrauchte Landmaschinen und verdient wieder relativ gutes Geld, hat eine Sekretärin und seit dem ist er nicht mehr krank. Dieses Beispiel verdeutlicht, wie wichtig es ist, sich rechtzeitig interessante neue Aufgaben zu suchen. Nur dann lässt man los.
- Ein weiterer Punkt, und das war für uns der schwierigste, ist der Wunsch nach Gerechtigkeit. Jetzt komme ich noch mal auf das Thema Familie und Unternehmen zurück.

Einerseits will man seinen Betrieb übergeben, andererseits hat man vielleicht nur einen Betrieb, aber mehrere Kinder, was macht man dann? Da ist der unternehmerische Wunsch den Betrieb zu übergeben, aber der familiäre Wunsch gerecht und fair zu sein. Man möchte schließlich noch gemeinsam Weihnachten feiern, wenn man mit der Übergabe fertig ist.

Bei uns zu Hause hatten wir nur den einen Betrieb und sonst nicht viel, wie das vielfach so ist. Wir sind damals zur Handwerkskammer gegangen, dort hat jemand eine Bewertung gemacht, damit man mal Zahlen hatte. Die Handwerkskammer Aachen hat damals gesagt, der Betrieb sei 6 Millionen DM wert. Außerdem existierten noch ein paar Millionen Schulden, denn wir hatten relativ groß gebaut. Wir haben gerechnet, sechs minus vier, sind zwei. Ich gebe zu, meine Damen und Herren, mit 24 Jahren habe ich gedacht, mit einer Million, das wäre doch schön. Ich glaube, die Bank hätte gesagt, das ist so nicht darstellbar. Mein Vater hat gesagt, er würde gerne, aber es geht nicht. Das ist eine der schwierigsten Fragen der Nachfolge, wenn Sie die familiäre Unternehmensnachfolge betrachten. Denn diese Probleme sind nicht so schnell gelöst. Ich erzähle sie Ihnen deswegen, weil es nicht nur um die Nachfolge geht, die ausscheidenden Geschwister sind genauso wichtig für eine erfolgreiche Nachfolge wie die mutigen, die es weitermachen. Nichts ist schlimmer, als wenn diese U-Boote irgendwann hochkommen und Auszahlungen gefordert werden, die ein Betrieb nicht verkraften kann. Wenn Sie das Wagnis eingehen, müssen Sie zum einen rechtzeitig anfangen und zum zweiten müssen, ob wir das wollen oder nicht, alle an einen Tisch, die irgendwann rechtlich einen Anspruch haben. Vielfach ist es ratsam, wenn jemand Externes mal erklärt, wie die Werte eigentlich sind. Denn derjenige, der aus dem Betrieb rausgeht und verzichtet, sieht das repräsentative Gebäude, der sieht die Putzfrau, die auch zu Hause putzt, der sieht den Firmenwagen, der sieht das Papas sechzigster Geburtstag etwas opulenter über den Betrieb gefeiert wurde usw. Deswegen wollen die im Zweifel

immer die Aktiv-Seite der Bilanz haben, aber nie die Passiv-Seite wo die Verbindlichkeiten sind. Da ist viel Handlungsbedarf.

Kommen wir zu dem zweiten Beteiligten, dem Nachfolger. Da gibt es drei zentrale Fragestellungen.

- Die erste ist die Frage, warum will ich das als Nachfolger machen. Tun Sie sich selbst einen Gefallen, machen Sie es nicht, weil es schon immer klar war. Machen Sie es, wenn Sie Unternehmer werden wollen. Nur dann werden Sie den nötigen Biss haben. Wer mit freiem Anlauf springt, der springt gut, wer gestoßen wird, der springt schlecht.
- Frage Nummer zwei ist, bin ich fit für eine Nachfolge? Dabei geht es um fachliche Kompetenzen und Fähigkeiten.
- Und der dritte Punkt ist die Frage, ob ich mit einem Übergeber konstruktiv zusammenarbeiten kann.

Das ist insofern wichtig, weil wir davon ausgehen, dass wir fließende Übergänge haben wollen. Wir müssen nämlich viel mehr übergeben, als nur die Gesellschaftsanteile. Wir müssen die Kundenbeziehungen übergeben, die Lieferantenbeziehungen usw. Von daher ist es ratsam, das sukzessive zu machen, wenn man wirklich ein paar Jahre Zeit hat. Dazu ist es notwendig, einigermaßen gut für eine befristete Zeit zusammenzuarbeiten zu können, damit die Übergabe funktioniert.

Der dritte Beteiligte, der überleben muss, ist der Betrieb selbst. Auf was ist bei dem Unternehmen zu achten?

- Setzen Sie sich mit Ihrem Steuerberater zusammen und rechnen Sie mal bitte die Bilanz sauber. Es gibt wahrscheinlich einiges, was bisher nicht angesetzt wurde oder was über den Betrieb laufen gelassen wurde, was da vielleicht nicht hingehört.

Oder es wird sich mit der Übernahme einiges verändern. Beispielsweise müssen Mieten bezahlt werden für Geschäftsräume, die bei den Senioren

im Eigentum sind. Wie verändert sich dadurch eine Gewinn- und Verlustrechnung? Es gibt einen großen Bereich, den ich mal mit „Strukturbereinigungen“ bezeichnen möchte. Es ist sagenhaft, was man in Bilanzen findet. Da lungern z.B. Grundstücke herum, die gar nichts mehr mit dem Betrieb zu tun haben. Der familiäre Fuhrpark läuft sowie so auf den Betrieb, im Norden von Deutschland finden Sie dort immer ein paar Segelböötchen, auf denen Geschäfte gemacht wurden, etc. Die Unternehmer sagen: „Das kommt aus der Bilanz raus.“ So etwas muss vorbereitet sein. Deshalb schauen Sie mal genau, was da noch alles drin ist. Und noch ein wichtiger Punkt: Überlegen Sie mal, was private Aufwendungen sind, die über den Betrieb laufen. Darüber müssen wir in einem solchen Rahmen nicht sprechen, aber mein Tipp für die Praxis ist: Schauen Sie mal nach, was alles über den Betrieb läuft und was Sie vielleicht später, nach der Übergabe, anders finanzieren müssen, weil z.B. die Handwerkerrechnungen nicht mehr über den Betrieb laufen können, wenn Sie verkauft haben. Wir müssen uns also sehr genau anschauen, wie es dem Betrieb geht.

Es wurde eben bereits angesprochen, wir brauchen Zeit, um das Thema vorzubereiten. Das Thema Unternehmensnachfolge ist ein komplexes Thema. Da gehört jede Menge dazu, das ist das Komplizierte dabei. Die einzelnen Themen sind nicht kompliziert, wir müssen nur an alles denken. Es geht um Vermögen und oftmals nicht nur um Betriebsvermögen. Es geht um das Thema Sicherheiten: Was ist alles in der Versicherung mit drin? Gegenüber den Banken geht es außerdem um die Übergabe von Privatvermögen. Bei uns zu Hause war das ein sehr heikles Thema. Mein Vater wollte eigentlich sein Privathaus noch nicht übertragen, aber irgendwann musste die Entscheidung fallen, ob er komplett aus der Haftung raus will oder nicht. Das sind die Themen, über die wir sprechen müssen. Vielfach muss man auch die Frage der Unternehmensstrategie aufgreifen. Sie werden sich fragen, was das mit Nachfolge zu tun hat. Es ist eine wichtige Frage, wie ein Betrieb für die nächsten Jahre aufgestellt ist und ob das passt. Haben wir einen Nachfolger? Ist der- oder diejenige geeignet? Außerdem geht es um Ehe und

Familie. Was hat das mit Unternehmensnachfolge zu tun? Es geht nicht darum, ob nur verheiratete Unternehmer gute Unternehmer sind, sondern da kommen im Rahmen einer Übernahme Vertragsthemen ins Spiel, Eheverträge etc. Und es geht möglicher Weise um die Frage des Verteilens. Wer soll was bekommen? Diese Frage ist nicht ohne. Auch die Finanzierung muss gut durchdacht sein.

Ich möchte Ihnen heute zum Thema Nachfolge auch Mut machen. Mit dem Thema Unternehmensnachfolge kann man sogar Geld verdienen und damit meine ich jetzt nicht nur als Unternehmensberater. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Ich habe im letzten Jahr einen Betrieb bei einer Übernahme begleitet, wo ein Sohn den Betrieb seines Vaters gekauft hat. Der hat ihn gekauft, weil er fünf Schwestern hat und wenn die alle ihren Pflichtteil wollen, ist der Betrieb kaputt. Deshalb entschieden wir uns für einen Kauf. Wir haben dazu öffentliche Fördermittel genutzt und die Finanzierung komplett umgestellt. Wir konnten, halten Sie sich fest, 40.000 Euro Zinsaufwand pro Jahr einsparen. Das war dadurch möglich, dass wir als Existenzgründer andere Kredite in Anspruch nehmen konnten, als ein Übergeber. Ich habe das selten so eklatant erlebt, aber es zeigt, wenn man das Thema Nachfolge sukzessive angeht, kann es für einen Betrieb bares Geld bedeuten.

Es gibt also viele Themen, die man sich im Einzelnen anschauen muss und die zusammen gesetzt werden müssen, zu einem kompletten Puzzle das passt. Das ist das Schwierige dabei. Das ist der Grund, warum ich sage, nehmen Sie sich jemanden Externes dazu, den Steuerberater Ihres Vertrauens oder einen Berater zu dem Thema Nachfolge, um die Dinge einmal sauber durch zu diskutieren, damit an alles gedacht wird.

Wir haben jetzt einen ersten Überblick, wir wissen was alles dazu gehört. Zum einen: Sie brauchen einen geeigneten Nachfolger, der es weiter macht. Jemanden, der das, was Sie geschaffen haben zu schätzen weiß und Spaß daran hat. Beim Thema Nachfolgersuche möchte ich zum einen auf die verschiedenen Börsen verweisen, auf die wir bestimmt im Laufe des Tages noch zu

sprechen kommen werden, ich möchte gleichzeitig aber auch auf etwas ganz anderes verweisen: Überlegen Sie sich genau, wen Sie suchen. Machen Sie nicht den Fehler des „Schmidt sucht Schmidtchen-Syndroms“, also „ich suche mich selbst, nur dreißig Jahre jünger, denn ich habe mir ja bewiesen dass ich es kann“. Das Klonen funktioniert noch nicht, nicht einmal an der Uni Köln. Deshalb müssen wir die Überlegung anstellen, wen wir brauchen. Wir brauchen jemanden, der den Betrieb in den nächsten zwanzig oder dreißig Jahren leitet. Da mag die eine oder andere Kompetenz eine andere sein. Ein Meisterbrief ist gut, aber der bedeutet nicht, dass man dadurch automatisch ein guter Unternehmer ist. Was ich vielfach in Gespräche erlebe ist, dass wir viele Leute haben, die zwar fachlich top sind, aber die vertriebllich nicht fit sind oder die nicht die Bereitschaft haben, die Führung zu übernehmen, Entscheidungen zu treffen usw. Dazu braucht man mehr als den Abschluss des Studiums oder ein hervorragendes Meisterstück. Es gehört vieles mehr dazu um unternehmerisch fit zu sein. Wir müssen also erstens einen geeigneten Nachfolger suchen.

Zum Zweiten, muss die Form der Übergabe überlegt sein. Es gibt die Klassiker, die familieninterne Nachfolge, es gibt Geschäftsführersuchen und anderes. Bei der familieninternen Übergabe gibt es drei zentrale Themen, die in der Praxis wichtig sind.

- Das eine ist die Frage des richtigen Zeitpunktes. Wie lange braucht ein Nachfolger noch in seiner Ausbildung?
Mein Tipp: Bitte jagen Sie Ihre Söhne und Töchter weg. Die sollen besser irgendwo anders die Fehler machen und lernen und später wieder zurückkommen und nicht im eigenen Betrieb lernen. Das ist für alle Beteiligten zuträglich.
- Eklatant ist immer die Gehaltsfrage. Es gibt vielfach die 400-Euro-Kräfte, die zwar schon einen Vorstandstitel haben, aber zu Hause wohnen. Die Mama kocht, sie fahren Firmenwagen und brauchen daher nicht viel Geld zu verdienen. Oder die anderen Ex-

treme, die schon in jungen Jahren 10.000 € bekommen. Wichtig ist, das Gehalt nicht familiär zu bestimmen, sondern unternehmerisch nach der Aufgabe, die derjenige im Moment wahrnimmt.

- Bei dem dritten Punkt, der vertraglichen Gestaltung, sollten Sie bitte Profis einschalten. Wir haben gesellschaftsrechtliche Dinge zu beachten, eventuell einen GmbH-Vertrag, wir haben testamentarische Themen und wir haben vielleicht außerdem noch Eheverträge. Da muss ein Profi dran, damit alles auch wirklich in Ihrem Sinne geregelt ist.

Mancher wird vielleicht sagen: „Ich mache das ganz anders, ich verkaufe.“ Ich glaube, jeder hier, der je unternehmerisch tätig war, ist an irgendeinem Morgen aufgestanden und wollte verkaufen, gerade an den bitteren Tagen. Auch zum Thema Unternehmensverkauf brauchen Sie Zeit, denn ansonsten wird Ihr Betrieb ein Schnäppchen. Es gibt viele geniale Unternehmer, die haben über Jahre zugesehen, dass Sie eine geschmeidige Punktlandung des Betriebsergebnisses hinbekommen. Sie kennen das, denn man will dem Fiskus nicht allzu viel bezahlen. Die gleichen Unternehmer kommen zu uns und sagen: „Rechnen Sie mir mal bitte einen schönen Unternehmenswert hoch, denn eigentlich verdiene ich viel mehr.“ Nur, wenn Sie Null mal Null hochrechnen, kommt dabei nicht viel raus. Deshalb müssen wir da rechtzeitig herangehen und vielleicht mal ein paar Jahre bessere Betriebsergebnisse in Kauf nehmen, um einem Nachfolger zu zeigen, dass mit der Geschichte Geld zu verdienen ist. Ich bitte alle Steuerfuchse aufzupassen, wenn die Entscheidung in Richtung Verkauf geht. Machen Sie sich darauf gefasst, wenn Sie einen guten Preis haben wollen, müssen Sie ein bisschen mehr Steuern zahlen, damit Sie den Erfolg auch glaubhaft machen können. Sie brauchen eine gute Vorbereitung. Damit kommen wir zu der Kardinalfrage, zu der Frage, was Ihr Unternehmen eigentlich wert ist. Wenn ich eins gelernt habe in vielen Verhandlungen von familiären Auseinandersetzungen oder mit Mitarbeitern: Was ein Betrieb wert ist, ist Ansichtssache.

sache. Das hilft Ihnen jetzt wenig, deswegen ein paar mehr Worte dazu. Ich habe Ihnen ein Beispiel mitgebracht.

Ein Herr S. hat mit Weitsicht und Fleiß seinen Betrieb vergrößert und will nun an seine Nachfolgerin, die Mitarbeiterin N. verkaufen. Die setzt sich mal abends hin und rechnet ein bisschen, weil sie am nächsten Tag einen Termin mit ihrer Bank hat. Sie sagt sich, Herr S. hat eine halbe Million Umsatz gemacht, das schaffe ich auch, gleicher Wareneinsatz, bei gleichen Einkaufskonditionen wird sich daran nicht viel ändern. Der Personalaufwand ist ein wenig höher, denn sie muss wieder jemanden einstellen. Doch dann geht es los: Herr S. wirtschaftete in eigenen Räumen, Frau N. muss Miete zahlen. Sie will ein bisschen investieren, nimmt einen Kredit auf und hat dadurch mehr Zinsaufwand. Sie hat also höhere. Dass das Ergebnis für den Herrn S. nicht unerheblich war, ist einleuchtend. Der gleiche Betrieb, aber eine andere Person errechnet weniger als die Hälfte an Wert. Was ist jetzt für wen dieser Betrieb wert? Man muss sich überlegen, ob man das der Frau N., überhaupt zumuten kann.

Sie können hingehen, das ist durchaus empfehlenswert, und sich eine Unternehmensbewertung machen lassen. Nur, welche Aufgabe hat eine Unternehmensbewertung? Sie ist nur eine Argumentationshilfe, warum Sie meinen, dass Ihr Betrieb so und so viel wert ist. Das ist eine erste Basis. Auch wenn mir der ein oder andere Berater gleich den Kopf abreißt, ich vergleiche das sehr oft mit einem gebrauchten Auto. Sie wissen, ich komme aus dem Autohandel und manche Dinge sind dort eben schön pragmatisch. Darf ich den Herrn hier vorne mal fragen, was Sie für ein Auto fahren? Einen C230, das ist das mit dem Sternchen vorne, richtig? Das Auto ist ein Jahr alt, Sie sind zweiter Besitzer und haben keinen Unfall gebaut in der Zeit? Ist das Auto garagengepflegt? Wie, der steht draußen? Es hat einen Kilometerstand von 22.000 km, Sie scheinen also Unternehmer zu sein und viel unterwegs. Was mache ich gerade im Kopf? Ich rechne den BAT-Schwacke-Wert und habe verschiedene Kriterien, die ich ansetze, um zu überlegen, ist das Auto mehr oder weni-

ger wert. Das ist jedem hier im Raum durchaus ein Begriff. Auf einem anderen Niveau, aber mit einem ähnlichen Grundprinzip macht das auch die Unternehmensbewertung. Sie setzt verschiedene Kriterien an, warum wir meinen, dass ein Betrieb so und so viel wert sein kann. Jetzt frage ich nicht, ob Ihr Betrieb garagengepflegt ist, aber es gibt analoge Ansätze, warum wir meinen, dass ein Betrieb so viel wert ist. Wer setzt den Preis fest? Den bestimmen Angebot und Nachfrage und nichts anderes. Die Bank sagt, ein realistischer Preis ist der, wo der Nachfolger den Kapitaldienst stemmen kann. Das ist nicht unerheblich. Wenn Sie eine horrend Summe für Ihren Betrieb bekommen würden, muss man sich manchmal überlegen, wie weit man wegziehen will, weil absehbar ist, dass der Nachfolger das vom Kapitaldienst her nicht schaffen kann. Von daher ist die eine Frage, was ich erziele, die andere ist, kann solch ein Betrieb auch wirklich fortgeführt werden?

Wenn wir das Thema Nachfolge morgen angehen wollen, müssen Sie vor allen Dingen zwei Planungen machen:

Die eine Planung ist die Planung für den Notfall. Ich habe vorhin gesagt, manche Betriebe können ohne Chef nicht einmal aufgeschlossen werden. Manche Rezepte von Bäckern sind nur im Hinterkopf des Unternehmers und wie der Betrieb funktioniert ist nirgendwo aufgeschrieben. Dramatisch ist der rechtliche Bereich. Mir hat vor Jahren einmal ein Rechtsanwalt erklärt, dass nur 20 % der Unternehmer im Mittelstand ein Testament haben. Von diesen 20 % sind 80 % veraltet, da gibt es entweder das Vermögen nicht mehr oder man ist geschieden und hat das Testament nicht geändert, usw. Bitte überlassen Sie das nicht dem Gesetzgeber. Erbgemeinschaften sind nicht sexy und Erbgemeinschaften können keine Betriebe führen! Das ist mir ganz wichtig. Eine weitere Bitte: Seien Sie bitte beim Thema Testament nicht kreativ! Ich habe einen Helden erlebt, der ging bei der Frage nach dem Testament zum Videoschrank. Er hat eine Videokassette eingelegt darauf sah man ihn in einem alten Ledersessel sitzen und sagen „Ihr habt gedacht, ihr seht mich nicht mehr

wieder...“, wie in diesen alten englischen Edgar Wallace-Filmen. Das war ein Laden mit 100 Mann und es war nicht klar, wer den übernehmen sollte. Das darf nicht passieren, also bitte nicht kreativ sein bei dem Thema Testament.

Es gibt, wie in diesem Diagramm gezeigt, verschiedene Phasen bei der Unternehmensnachfolge. Die erste ist Information und Sensibilisierung, deswegen sind wir heute hier zusammen. In einem nächsten Schritt muss man mal eine Bestandsaufnahme machen und analysieren, wie eigentlich die Situation ist. Dabei ist die Altersvorsorge ein wichtiges Thema. Fangen Sie nicht erst im Alter von siebzig an, sich mit dem Thema Nachfolger zu beschäftigen. Rechnen Sie mit Anfang 50 oder 55 mal aus, was man eigentlich ohne Betrieb zum Leben braucht und wie viel Sie auf der hohen Kante haben. Wenn in einem Jahr schon die Übergabe ist, kriegen wir da wenig hin.

Ich komme gerade von einem Spediteur aus dem Raum Mannheim. Mit dem habe ich heute Morgen zusammen gesessen und mal gerechnet, was er zum Leben braucht, vom Golfclub bis zum Zeitungsabonnement. Der Unternehmer sagte mir, er brauche nicht viel. Er entnehme monatlich nur 4.000 Euro. Er hatte mir aber gestern Abend erzählt, wohin er in Ski-Urlaub fährt und ich habe mir gedacht, dass das gar nicht funktionieren kann. Wir haben hochgerechnet was er braucht und halten Sie sich fest, der Mann braucht 18.000 Euro im Monat. Die Ex-Frau läuft über den Betrieb, die jetzige Frau läuft über den Betrieb, der Opa sitzt in einem Super-Edel-Seniorenheim, das läuft über den Betrieb, man hat noch einen Kegelclub, den man mit billigem Diesel versorgt, man kassiert als Chef auch selbst usw.

Sicherlich ist das ein Extrembeispiel, aber vielfach lassen Unternehmer das ein oder andere über den Betrieb laufen; Stichwort Handwerkerrechnungen etc. Für den ganzen Aufwand will man einen Gegenwert, das ist verständlich. Das geht meist alles gut, bis das Thema Nachfolge kommt. Wenn das nicht mehr alles über den Betrieb läuft, steigt der sonstige betriebliche Aufwand horrend an. Wir

sehen immer wieder die Komplettsanierungen der Einfamilienhäuser der Senioren im Jahr vor der Übergabe. Das ist der Grund. Deshalb ist es für die Übergeber wichtig, rechtzeitig zu rechnen, wie ist die Altersversorgung, was brauche ich zum Leben, um zu sehen, wie abhängig man von dem Betrieb ist. Wie abhängig ist man von einem guten Kaufpreis oder von einer guten Verpachtung?

Die zweite Planung, die wir benötigen, ist ein Konzept für die Übergabe. Das schauen wir uns jetzt mal an. Das besteht aus folgenden fünf Fragen, die sehen sehr einfach aus.

- Die erste Frage ist die Frage, wer denn eigentlich übergibt. Jetzt werden Sie sagen, ich, denn ich bin der Chef. Das muss man sich genauer anschauen. Es gibt Omas, die haben noch Anteile, es gibt Ehefrauen, denen gehören die Betriebsgrundstücke. So mancher Unternehmer sagt mir, er lässt sich nicht scheiden. Die Frage ist also, wer übergibt? Es kann sein, dass dabei die Familie genau aus diesem Grund etwas mehr Mitspracherecht hat, als man das im Tagesgeschäft bemerkt, weil Anteile oder Grundstücke auftauchen. Das ist die Frage eins.
- Die zweite Frage ist, was übergeben werden soll. Ist es eine erste Filiale? Ist es der Gesamtbetrieb? Daran hängt unter anderem das Thema Sicherheiten. Man muss immer überlegen, ob man schon einen Teil des privaten Vermögens übertragen muss. Das muss man sich mit Profis genauer anschauen.
- Die dritte Frage ist die Kardinalfrage: Wann wird übergeben? Wenn es jetzt auf das letzte Quartal zugeht, sagt mancher Unternehmer zu seinem Sohn: „Nächstes Jahr kriegst du den Betrieb.“ Und nächstes Jahr kommt immer wieder, jedes Jahr. Diese dritte Frage kann man auch die Prinz-Charles-Frage nennen, der wartet bekanntlich immer noch auf seinen Palast. Da wird vielleicht die Strategie verfolgt in der Nachfolge einmal eine Generation zu überspringen. Wichtig ist mir bei der Frage nach dem Zeitpunkt

folgendes: Sie müssen, und das ist das einzige Mal, dass ich in diesem Vortrag müssen sage, Ihrem Nachfolger zumindest eine Zeitspanne geben. Jemand der zehn Jahre in der zweiten Reihe war und sich das gefallen lässt, ist das ein künftiger Unternehmer mit Biss und Engagement? Ist das ein Terrier, der es richtig drauf hat? Nein. Freuen Sie sich darüber, wenn Ihre Nachfolger mit den Hufen scharren und Gas geben wollen. Das ist zwar ungemütlich für Sie, aber es ist insofern ein gutes Zeichen, dass die auch wirklich selbst etwas machen wollen. Und das ist eine Grundvoraussetzung. Wenn die Zeitspanne fünf oder acht Jahre beträgt, dann kann man vielleicht vorher noch ein paar Jahre in einen anderen Betrieb hineingehen und hineinschnuppern. Ein etwas größerer Betrieb und weit genug weg, damit der Nachfolger Effekte und Ideen für das eigene Unternehmen herausziehen kann. Man muss einen Zeitraum festlegen.

- Bei der Frage vier, des Wie, da sind wir Profis, wir Berater gefragt. Welche Variante wählt man? Eine Kombination aus Verkauf und Verpachtung? Einen Erbvertrag mit dem Mieter? Da gibt es sehr viele Möglichkeiten. Wichtig ist nur, wir Berater müssen verstehen, was Sie wollen und was Ihnen wichtig ist. Nur dann können wir in Ihrem Sinne handeln.
- Die Frage fünf ist die Frage an wen? An dieser Stelle kommt noch einmal der Gedanke ins Spiel, dass es nicht nur um Ihre Nachfolger geht, sondern auch, bei familieninternen Nachfolgen, um ausscheidende Geschwister. Die müssen unbedingt mit an den Tisch, die müssen eventuell eine Pflichtteilsverzichtserklärung unterschreiben, wie ich es auch getan habe, damit ein Betrieb weitergehen kann.

Das Konzept ist die Pflicht. Die Kür einer Unternehmensnachfolge ist die Umsetzung. Ich wünsche Ihnen, dass es mit der Umsetzung nicht so aussieht, wie hier in dem Cartoon, wo der Übergeber zu seinem Nachfolger, der ebenfalls schon in

Rente gehen könnte, sagt: „Langsam reicht es, ich mache das jetzt noch fünf Jahre, aber dann übernimmst du.“ Das kann es nicht sein. Deshalb ist das Konzept so wichtig. Arbeiten Sie mit Meilensteinen, legen Sie fest, wann was passieren muss, damit eine Übergabe forciert wird. Ich habe Ihnen in dieser guten halben Stunde gezeigt, wie man das Thema Nachfolge angehen kann und möchte jetzt denjenigen, die es garantiert verkehrt machen, hierzu ebenfalls noch einige Hilfestellungen geben.

Wenn es garantiert schief laufen soll, dann mit folgenden fünf Schritten:

Mit der Einstellung:

Ich habe mein Geschäft ohne Hilfe aufgebaut, so mache ich auch weiter.

Mit der Überlegung:

In die Karten gucken lasse ich mir ohnehin nicht, warum soll ein Nachfolger eine Umsatzzahl wissen?

Mit der Einstellung:

Keiner kann es so gut wie ich.

Mit dem Gedanken:

Ich will Steuern sparen egal was es kostet.

Und mit dem Gedanken:

Ich bin knackige 85 Jahre alt, mindestens fünf Jahre gehen noch.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für Ihre Nachfolge, zum einen gute Nerven, denn die werden Sie brauchen, zum anderen ein offenes Wort mit Ihrer Familie und mit den Mitarbeitern, die übernehmen wollen. Ich wünsche Ihnen, dass der Tag der Unternehmensübergabe der Tag wird, an dem Sie sagen: Ich habe alles richtig gemacht und das ist gut so. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen persönlich alles Gute, danke. (Applaus)

Es spricht Frau Soboth:

Vielen Dank, Frau Wirtz, für den wunderbaren Vortrag. Ich habe mich das ein oder andere Mal an unsere familiäre Situation daheim an unserem Küchentisch erinnert. Das mit dem familieninternen Marketing ist nicht unbegründet. Frau Wirtz, Sie bleiben noch ein wenig bei uns und wir werden uns jetzt einige Beispiele für Unternehmensnachfolgen anschauen und danach diskutieren wir noch gemeinsam.

Gesprächsrunde – Vorstellung von Best-Practice-Projekten

Es spricht Frau Soboth:

Ich möchte jetzt gerne als ersten Gesprächspartner Herrn Klein zu uns bitten. Welches Auto er fährt wissen wir bereits, er ist jedoch außerdem Geschäftsführer des Fleischgroßhandels Kaas, einem Fleischzerlegebetrieb hier aus Morbach, der zu 80 % Metzgereien, Gastronomie und Märkte beliefert. Meine erste Frage, anknüpfend an das, was wir eben gehört haben, lautet: Wie ist das bei Ihnen mit der Unternehmensübernahme gelaufen? Welche Erfahrung haben Sie gemacht? Wie haben Sie das erlebt?

Es spricht Herr Klein:

Ich bin 42 Jahre alt und wohnhaft hier in Morbach. Ich war von Anfang 1985 bis 2005 bei der Sparkasse Mittelmosel beschäftigt und dort im Vertrieb tätig. Von heute auf morgen hieß es in dem Betrieb meines verstorbenen Schwiegervaters, dass der Bruder, der das Geschäft über zwölf Jahre weitergeführt hatte, 65 wurde und aufhören

wollte. Meine Frau ist selbst ebenfalls in dem Betrieb tätig und macht dort die Lohnbuchhaltung. Der Betrieb wollte sich wegen eines Nachfolgers an die IHK oder an die Handwerkskammer wenden, da habe ich gesagt: „Moment mal, hier ist ein Interessent.“ Dadurch stellte sich für mich von heute auf morgen die Frage, wie es auf der Sparkasse weitergeht, wie dort die Chancen sind. Ich habe mich entschieden, zu probieren wie es ist, selbst unternehmerisch tätig zu sein. Bei den Banken wird man, wenn man nicht gerade in der obersten Etage ist, sehr stark geführt. Ich bin eigentlich jemand, der gerne selbst für die Zahlen verantwortlich ist. Am 01.09.2005 bin ich in die Firma eingetreten. Wir sind ein Fleischzerlegebetrieb mit einem Umsatz von ca. 3,7 Millionen Euro im Jahr und dreizehn Mitarbeitern. Unser Schwerpunkt liegt im Großhandel und bei Metzgereien und Gastronomie. Am 01.09.2005 bin ich den Mitarbeitern vorgestellt worden und alle sagten: „Da kommt der Banker.“ Ich hatte keine Ahnung von Fleisch oder Fleischteilen. Das habe ich mir nach und nach über zwei Jahre angeeignet, ohne

eine Lehre oder ähnliches zu machen. Ich habe in den Betrieb hineingeschaut, bin mit zu den Kunden gefahren. Für den 01.12.2007 hatten wir den Termin für die Übergabe festgelegt. Im Nachhinein betrachtet ging das alles relativ schnell. Im Nachhinein würde ich sagen, dass ich zu wenig hinter die Kulissen geschaut habe, vor allem was das Thema Steuern angeht. Seit zwei Jahren führe ich jetzt diesen Betrieb, der ehemalige Geschäftsführer, Herr Kaas, ist mit einem Beratervertrag über drei Jahre ausgestattet und unterstützt mich noch bis zu seinem 70. Lebensjahr und macht das sehr gut. Vor allem im Einkaufsbereich bringt er mir vieles bei. Wir haben die Kompetenzen gut aufgeteilt. Ich bin Geschäftsführer und das klappt im Großen und Ganzen gut. Ich habe viel Wert auf die Unterstützung von der Handwerkskammer gelegt. Ich sehe den Herrn Stumpp hier sitzen, möchte aber auch den Herrn Tschepe erwähnen, beide haben uns sehr gut unterstützt. Ebenso hat mich die Sparkasse Mittelmosel sehr gut unterstützt, da möchte ich den Herrn Schabbach als meinen Berater nennen. Wir brauchten keine Hilfe

von der ISB. Dort hatten wir mal wegen eines Zuschusses angefragt, aber das ist für uns nicht gut gelaufen. Ich möchte außerdem noch sagen, dass Steuerberater und Unternehmen, mit denen man zusammen arbeitet, immer vor Ort sein sollten. Der ehemalige Firmeninhaber hat seine Geschäfte über eine Firma in Bonn abgewickelt, das sind immer weite Wege. Ich habe jetzt zu einem Steuerberater hier vor Ort gewechselt, das ist ein Tipp, den ich gerne weitergeben möchte.

Es spricht Herr Klein:

Das Thema Steuern ist ein äußerst wichtiger Punkt. Bei der Grunderwerbssteuer usw., da bin ich vielleicht etwas zu blauäugig gewesen. Man sollte im Vorfeld mit dem Steuerberater genauestens besprechen was auf einen zukommt. Das habe ich zu wenig gemacht.

Es spricht Frau Soboth:

Kommt daher Ihre Empfehlung lieber mit Leuten direkt vor Ort zusammen zu arbeiten, weil man die direkter ansprechen kann?

Es spricht Herr Klein:

Das ist richtig.

Es spricht Frau Soboth:

Ich danke Ihnen für Ihr Statement. (Applaus) Jetzt würde ich gerne meine nächsten Gesprächspartner zu mir bitten, die Frau Zimmer und den Herrn Roth vom Schuhhaus Roth hier aus Morbach. Das Schuhhaus Roth ist ein Familienbetrieb und gehört zu den 27 % der Betriebe, die es in die dritte Generation geschafft hat. Es ist also bereits zweimal in der Familie übergeben worden. Als erstes möchte ich Frau Zimmer fragen, wie sie diesen Übergabeprozess erlebt hat. Was sind Ihre Erfahrungen gewesen?

Es spricht Frau Zimmer:

Bei mir war es ähnlich wie bei Herrn Klein. Ich habe einen anderen Beruf erlernt und war über zwanzig Jahre in einem Reisebüro tätig. Im Jahr 2005 haben meine Eltern an eine Übergabe gedacht und haben einen Nachfolger präsentiert, der in meinen Augen nicht geeignet war. Da habe ich gedacht, ehe der unseren Betrieb in den Sand setzt, probiere ich das lieber selbst. Ich habe dann

Es spricht Frau Soboth:

Vielen Dank erstmal. Ich denke, Sie haben gut dargestellt, dass Sie sich insgesamt fast zwei Jahre Zeit genommen haben, bis dann wirklich die Betriebsübergabe stattgefunden hat, mit einem festgelegten Zeitplan, wie es Frau Wirtz empfohlen hat. Sie haben über den Kniff, den Vorgänger als Berater im Betrieb zu halten, die Übergabe des Wissens mit organisiert, das ist, glaube ich, eine gute Variante, wie man einen solchen Übergabeprozess gestalten kann, wenn man nicht selbst aus dem gleichen fachlichen Bereich stammt.

Es spricht Herr Klein:

Das ist korrekt. Selbst wenn es manchmal einen Generationenkonflikt gibt, denn er ist 69 und ich 42. Da fliegen auch mal die Fetzen, aber im Großen und Ganzen läuft das sehr gut. Man kann von dem jeweiligen Inhaber unheimlich viel lernen. Ich empfehle den Übergebern dies so zu handhaben.

Es spricht Frau Soboth:

Wir haben eben gehört, dass Sie einen ganzen Strauß an Beratungen dabei hatten, z.B. die Handwerkskammer und die Sparkasse. Sie haben gesagt, Sie hätten zu wenig hinter die Kulissen geschaut, können Sie das noch mal erläutern? Wo hätten Sie heute etwas anders gemacht? Wo würden Sie heute genauer hinschauen?



im Reisebüro kürzer getreten und war zwei Tage die Woche im Schuhgeschäft bei meinen Eltern tätig. Das lief ein gutes Jahr so und am 01. Januar 2007 war die Übergabe.

Es spricht Frau Soboth:

Sie haben ja, wie ich das verstanden habe, zunächst nur einen Teil des Betriebes übernommen. Der Betrieb besteht aus einer Schuhmacherwerkstatt und einem Verkaufsgeschäft und die Übergabe hat sich jetzt nur auf das Verkaufsgeschäft bezogen, wenn ich das richtig weiß.

Es spricht Frau Zimmer:

Eigentlich ist es ein Unternehmen, aber in der Werkstatt ist mein Mann tätig.

Es spricht Frau Soboth:

Welche Institutionen haben Sie dabei begleitet? Hatten Sie da Unterstützung?

Es spricht Frau Zimmer:

Wir hatten sehr viel Unterstützung von unserem Steuerberater. Die IHK, besonders der Herr Fisch, war oft bei uns und die Banken haben ebenfalls sehr gut mitgewirkt. Ich habe mich bei mehreren Banken informiert. Unsere Einkaufsvereinigung hat mir ebenfalls sehr geholfen.

Es spricht Frau Soboth:

Sie haben mir im Vorgespräch gesagt, dass es sehr wichtig war, dass Sie jemand aus Ihrer Sparte noch unterstützt hat, weil die z.B. bei der Organisation des Warenbestandes gut beraten können.

Es spricht Frau Zimmer:

Richtig.

Es spricht Frau Soboth:

Jetzt darf ich Herrn Roth fragen. Sie haben ja praktisch beide Seiten kennengelernt. Sie haben



einmal den Betrieb übernommen und einmal übergeben. Haben Sie aufgrund Ihrer Erfahrungen etwas anders gemacht jetzt, wo Sie selbst Übergeber gewesen sind?

Es spricht Herr Roth:

Ja, denn ich war ja auch einmal Unternehmensübernehmer. Als ich das Unternehmen übergeben habe, habe ich mir vorgenommen, mich aus dem Betrieb herauszuhalten. Die Werkstatt mache ich noch, aber beim Einkauf und anderen Dingen halte ich mich raus. Wenn ich gefragt werde, gebe ich Tipps, alles andere muss meine Tochter selbstständig machen.

Es spricht Frau Soboth:

Also Sie machen eine klare Rollenübergabe an Ihre Tochter.

Es spricht Herr Roth:

Ja, das finde ich richtig. Das hatte ich mir damals auch für mich gewünscht, aber meine Eltern woll-

ten mir da noch ein bisschen reinreden, das habe ich jedoch abgelehnt. Deshalb habe ich das anders gemacht.

Es spricht Frau Soboth:

Das scheint ja sehr erfolgreich zu laufen. Frau Zimmer, nach den Erfahrungen, die Sie jetzt in der Zeit gemacht haben, macht es Ihnen so viel Spaß, dass Sie sagen, wenn jemand gründungswillig ist, dann empfehlen Sie das? Ist die Selbstständigkeit erstrebenswert?

Es spricht Frau Zimmer:

Man kann das auf jeden Fall machen. Es ist wie mit allem im Leben, es hat alles Vor- und Nachteile. Wenn man selbstständig ist, hat man Einfluss auf alles und kann selbst gestalten, das empfinde ich als sehr positiv.

Es spricht Frau Soboth:

Sie sprechen also ein Plädoyer für potenzielle Übernehmer diesen Schritt zu machen. Ich danke



Ihnen beiden und freue mich, wenn Sie noch einen Moment hier vorne bei uns bleiben. (Applaus)

Ich möchte jetzt gerne Herrn Horper zu mir bitten. Wir haben heute nämlich noch eine andere Facette von Unternehmen dabei, denn Herr Horper führt einen landwirtschaftlichen Betrieb gemeinsam mit seinem Sohn. Sein Sohn kann heute leider nicht hier sein, denn jemand muss die Tiere melken. Ich freue mich sehr, dass wir die Möglichkeit haben, zu hören, wie das mit der Übergabe in einem landwirtschaftlichen Betrieb läuft. Herr Horpers Betrieb ist ein Milchviehbetrieb, der mittlerweile jedoch breiter aufgestellt ist. Es gibt eine große Biogasanlage und, wenn ich das richtig verstanden habe, eine Kooperation mit einem anderen landwirtschaftlichen Unternehmen bei Ihnen vor Ort, wo Sie als Lohnunternehmer die Außenwirtschaft betreiben. Vielleicht sagen Sie noch etwas zu dem Aufbau Ihres Betriebs und wie Sie die Betriebsübergabe angehen, denn Sie und Ihr Sohn sind im Moment beide partnerschaftlich im Betrieb tätig, so dass man nicht von einer eigentlichen Übergabe sprechen kann.

Es spricht Herr Horper:

In meiner Generation war ich der einzige Sohn mit drei Schwestern, dadurch war die Nachfolge in der Landwirtschaft geklärt. Meine Schwestern haben studiert und ich durfte und musste den Hof übernehmen. Damals musste ich es machen, heute darf ich es machen. Ich kann Ihnen, Frau Wirtz, nur beipflichten: Wenn ich damals gewusst hätte wie schön es ist, freier Unternehmer zu sein, auch in der Landwirtschaft, wäre ich das damals schon anders angegangen. Ich habe mir gemeinsam mit meiner Familie gedacht, das sollte man in der nächsten Generation etwas anders machen. Wir sind das ähnlich angegangen, wie Sie es uns heute empfohlen haben. Wir haben eine Tochter und einen Sohn. Die Tochter ist eher pädagogisch, musisch interessiert und der Sohn hat schon früh seinen Tret-Traktor malträtirt, von daher waren gewisse Voraussetzungen bereits gegeben. Er ist über die Jahre bei der Stange geblieben und woll-



te selbst die Ausbildung als Landwirt machen. Er ist außerhalb des Betriebes ausgebildet worden und nach sechs Jahren Landwirtschaftsschule hat er gesagt ich soll mir etwas überlegen, er würde gerne den Betrieb übernehmen. Daraufhin habe ich mich beraten lassen, denn der Betrieb musste wachsen, um später zwei Familien zu ernähren. Wir haben gemeinsam mit Herrn Franz vom DLR überlegt und es wurde uns empfohlen einen Stall für 200 Kühe zu bauen. Die Voraussetzungen dafür hat der Betrieb. Mein Sohn hat aber nach ein paar Tagen Bedenkzeit „Nein“ gesagt, denn das würde bedeuten 800 Klauen, 200 Euter, Kalbungen, Besamungen, etc. Das wollte er nicht, wir sollten uns etwas anderes überlegen. Er hat bei der Entscheidung zur zukünftigen Ausrichtung des Betriebs also schon mitbestimmt. Gemeinsam sind wir zu den 60 Kühen und einer Biogasanlage gekommen und haben mittlerweile gemeinsam mit einem Kollegen von mir ein Lohnunternehmen gegründet, was alle Außenarbeiten vom Häckseln bis zur Bodenbearbeitung macht. Unsere Söhne arbeiten ebenfalls zusammen. Die Außenwirtschaft von beiden Betrieben ist in dem Unternehmen integriert und bisher macht es den Jungs richtig Spaß und sie wachsen in die Betriebe hinein.

Aus diesem normalen 60-Kuh-Betrieb ist unserer Meinung nach ein anschauliches kleines Unternehmen geworden, was mit anderen Unternehmen zusammenarbeitet. Ich halte es für

wichtig, dass die jungen Leute kommunizieren und Netzwerke haben, denn in einem Betrieb allein zu sein ist sicherlich schön und wertvoll, aber die junge Generation ist heute anders aufgestellt und braucht ein Netzwerk um sich auszutauschen, auch über den eigenen Betrieb hinaus. Das ist sehr wichtig in der Landwirtschaft, vor allem bei dem Strukturwandel wie wir ihn haben und es ist notwendig, um die jungen Leute überhaupt in den Betrieben zu halten.

Es spricht Frau Soboth:

Das heißt, dadurch dass Ihr Sohn gesagt hat, ich möchte gerne in den Betrieb einsteigen, haben Sie heute eine andere Betriebsausrichtung, als Sie sonst alleine gehabt hätten?

Es spricht Herr Horper:

Ja. Es kann ja nicht sein, dass ich dreißig Jahre oder länger einen Betrieb führe und dann sage, jetzt machst du das genau so weiter. Das funktioniert vielleicht ab und zu mal, in der Regel jedoch nicht. Ich wollte ihm einiges ersparen, was ich selbst als junger Mensch erleben musste.

Es spricht Frau Soboth:

Sie haben gesagt, Sie sind vom DLR beraten worden, war das zur fachlichen Ausrichtung des Betriebes? Hatten Sie bei dem Einstieg Ihres Sohnes in den Betrieb noch andere Beratungen? Welche waren das?

Es spricht Herr Horper:

Uns hat der Bauernverband mit seiner Geschäftsstelle und dem steuerlichen Bereich sehr geholfen, denn es müssen Verträge ausgearbeitet werden. Die Verantwortung muss Stück für Stück übergehen. Es reicht nicht, wenn ich sage, jetzt übernimmst du und kannst deine Vorstellungen umsetzen. Der Betrieb muss auch bezüglich des Eigentums und der Geschäftsführung übergehen. Aus dem einen Unternehmen sind drei geworden, aufgrund von steuerlichen und rechtlichen Dingen, um die Nachfolgeregelung jetzt und in den nächsten vier bis fünf Jahren richtig anzugehen.

Es spricht Frau Soboth:

Das ist also ein begleiteter Prozess, der die Landwirtschaft mit anderen Institutionen verknüpft.



Es spricht Herr Horper:

Die Banken spielen natürlich ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Landwirtschaft ist mittlerweile ein wichtiges Klientel. Als wir zum ersten Mal mit unserer Vorstellung einer Biogasanlage zur Bank gegangen sind, haben wir geglaubt, wenn zwei Menschen kommen, die etwas gestalten wollen, sind die begeistert von uns. Wir sind hineingegangen wie Tiger und sind quasi als Bettvorleger geendet.



Es spricht Frau Soboth:

Aber Sie haben Ihre Biogasanlage bekommen.

Es spricht Herr Horper:

Das ist eine längere Geschichte, dazu sage ich heute nichts.

Es spricht Frau Soboth:

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Ausführungen. (Applaus)

Jetzt möchte ich gerne dem Publikum die Möglichkeit geben, zu diskutieren und Fragen an unsere Unternehmerinnen und Unternehmer hier vorne zu stellen, die selbst Übergaben vollzogen haben. Was möchten Sie wissen? Frau Wirtz steht ebenfalls für Fragen zur Verfügung.

Es spricht Frau Klaß (MdEP):

Das klingt alles sehr einfach. Wenn man in das Unternehmertum einsteigt, haben wir hier zwei Varianten gehört. Bei Frau Zimmer, die ins Schuhgeschäft eingestiegen ist, habe ich verstanden, dass Sie erst einmal zwei Tage die Woche im Unternehmen gearbeitet hat, Ihren Beruf weiter ausgeübt hat. Herr Klein hat direkt von der Bank den Sprung in das kalte Wasser gemacht. Sehr oft

hat man das Interesse an der Selbständigkeit, aber den Weg zu gehen und den Beruf, den man vorher auch mit Freude gemacht hat, wo man eine Ausbildung hat, aufzugeben und in die Selbständigkeit einzusteigen, ist ein schwerer Schritt. Dazu kommen rechtliche Aspekte. Was gebe ich alles auf? Was sind die Konsequenzen? Ich muss mich z.B. selbst Sozialversichern, ich muss eigene Beiträge in die Krankenkasse bezahlen etc. und ich habe gerade zu Beginn große Kosten. Dafür, denke ich, brauchen wir viel mehr Begleitung und da möchte ich die Unternehmensberatung fragen, was denn nun der bessere Weg ist, der schrittweise Einstieg oder der Sprung in das kalte Wasser? Ich weiß z.B., dass viele Frauen eine Betriebsübernahme lieber Schritt für Schritt und langsam angehen würden und sich nicht gleich in das kalte Wasser stürzen, viel investieren und den Beruf aufgeben wollen.

Es spricht Frau Wirtz:

Die konkrete Frage ist also, ob es besser ist, alles auf einmal zu übernehmen oder das Ganze Schritt für Schritt zu angehen. Das hängt vom Einzelfall ab. Grundsätzlich muss irgendwann der endgültige Schritt in die Selbstständigkeit gegangen werden. Es ist toll, wenn das klappt sukzessive einzusteigen. Ich erlebe bei Frauen vielfach ein größeres Sicherheitsbedürfnis, die zunächst schauen wollen, was sie aufgeben und ob sie

das wollen. Die wollen vorher sicher sein, ob sie das schaffen. Das ist in einer familiären Struktur eher machbar. Außerhalb des familiären Bereichs werden wir wenige Unternehmer dazu kriegen zu sagen: „Fang zuerst einmal bei mir an, werde mein Mitarbeiter, schau dir mal alles in Ruhe an und übernehme dann.“ Der Hintergrund ist sicherlich auch der, dass, wenn jemand eine Zeit lang in einem Unternehmen war, derjenige für die Konkurrenz hochinteressant ist. Das ist eine Gefahr, die aus Unternehmersicht nicht zu verachten ist.

Als Hilfestellung zu dieser Frage gibt es z.B. die Unternehmerwerkstatt. Das sind beispielsweise Seminarveranstaltungen, wo Leute die bisher in einem Angestelltenverhältnis waren, eine Woche lang anhand von Fallbeispielen etc. testen können, was Unternehmertum heißt. Angefangen bei der Frage, wie ich eine Bilanz lese, Verhandlungen mit Lieferanten, was kommt da eigentlich an Aufgaben auf mich zu. Das ist eine Art Trainingseinheit, um überhaupt einmal zu sehen, wie die großen Unterschiede sind. Das wird in verschiedenen Regionen angeboten und ist im Allgemeinen sehr hilfreich.

Die fließenden Übergänge kenne ich nur aus der familieninternen Nachfolge, in anderen Bereichen ist das eher ungewöhnlich. Mein Appell an alle Berater, ob Banken, Steuerberater etc. lautet, dass man außerdem betrachten muss, was das privat für die Leute bedeutet. Das ist etwas, was Sie ebenfalls angesprochen haben. Was verändert sich alles, insbesondere auf der Kostenseite? Was heißt das in der Konsequenz für ein Privatleben? Wenn ich als Nachfolger einen Betrieb übernehme heißt das, ich kann kein Haus bauen, denn mit den Schulden, die ich mit übernehme, kann ich im privaten Bereich nicht so schnell investieren, wie ich gedacht habe. Man muss nicht nur betrachten was die Entscheidung für eine Übernahme unternehmerisch bedeutet, sondern auch im Privatbereich.

Es spricht Frau Soboth:

Wir haben jetzt mehrfach gehört, dass es ein ganz anderer Druck ist, unternehmerisch tätig zu sein. Das kann Spaß machen, aber in schwierigen Situationen dazu führen, dass man risikohafte



Entscheidungen treffen muss. Das muss man aushalten. Man muss das wollen, das kann man nicht lernen.

Es spricht Frau Wirtz:

Es gibt kaum Trainingslager. Es gibt die Möglichkeit, dass man zuerst einmal eine Geschäftsführung in einem Betrieb übernimmt und entscheidet dann, ob man in die Selbstständigkeit geht. Das könnte z.B. ein Weg sein.

Es spricht Herr J. Schneider:

Ich bin Steuerberater und möchte an das anknüpfen, was Frau Wirtz zuletzt gesagt hat. Den Leuten muss bei der Existenzgründung klar sein, dass das Konsequenzen für den Privatbereich hat. Sie werden, provokativ gesagt, in den ersten Jahren asozial was soziale Kontakte angeht. Die Familie muss dazu stehen, das ist entscheidend und auch das Umfeld wird sich extrem ändern, denn wenn man solch eine Existenzgründung oder eine Betriebsübernahme macht, dann wird sich der Einsatz, den man leisten muss, erheblich ändern. Da müssen die Familie und das Umfeld dazu stehen. Wenn das nicht passt, sollte man es besser sein

lassen. Wenn die Frau erwartet, dass der Mann mittags um vier am Kaffeetisch sitzt, funktioniert das nicht. Der Rückhalt durch die Familie ist eine wichtige Voraussetzung um eine Existenzgründung zu starten, denn es wird eine schwierige Zeit sein. Es muss sich jeder darüber im Klaren sein, dass die ersten Jahre sehr zeitintensiv sind und der Betrieb im Vordergrund stehen muss, sonst ist die Existenzgründung von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Die sozialen Kontakte werden schwierig zu gestalten sein und die sechs Wochen Urlaub sind in den ersten Jahren wahrscheinlich ebenfalls nicht möglich.

Es spricht Frau Soboth:

Vielen Dank. Ich glaube, das ist eine Erfahrung, die Sie alle teilen, dass das auch eine zeitliche Investition bedeutet. Alle nicken, das scheint so zu sein. Wer möchte noch eine Frage stellen?

Es spricht Herr Starfeld:

Ich möchte gerne eine Frage an die Übernehmer in der Runde richten. Wenn ich das richtig verstanden habe, waren Sie vorher abhängig beschäftigt und sind dann in die unternehmerische

Verantwortung gegangen. Das bedeutet, Verantwortung für Mitarbeiter und Arbeitsplätze zu übernehmen, auch in schwierigen Zeiten. Es würde mich interessieren, was Ihnen dabei geholfen hat. Wie gehen Sie mit dieser Verantwortung um?

Es spricht Herr Klein:

Ich hatte bei der Sparkasse die Ausbildung zum Sparkassen-Betriebswirt gemacht und dort war Personalführung ebenfalls ein Thema. Damit komme ich eigentlich gut zurecht. Wenn man in die Selbstständigkeit möchte und den Ehrgeiz hat, selbst etwas zu tun und selbstverantwortlich etwas zu gestalten, dann gehört die Personalführung eben dazu. Die vertriebliche Komponente liegt mir sowieso. Ich war bei der Sparkasse ebenfalls im Vertrieb tätig. Ebenso liegt mir der Umgang mit Menschen. Personalführung ist natürlich nicht einfach, aber ich bin ein sehr kommunikativer Mensch. Gerade bei den Metzgern muss man allerdings manchmal auch härter durchgreifen. Da muss man irgendwo einen Mittelweg finden und das geht nicht von heute auf morgen. Ich würde jetzt, zwei Jahre nach Übernahme der Firma, vielleicht in paar Sachen von Anfang an umstellen. Ich bin damals einfach in das kalte Wasser hineingesprungen und habe irgendwann gemerkt, was ich anders hätte machen können. Das ist das Interessante an dem Job, man lernt mit der Aufgabe.

Es spricht Frau Zimmer:

Ich habe zwei Mitarbeiterinnen von meinen Eltern übernommen und habe jetzt noch eine dritte Teilzeitkraft eingestellt. Natürlich ist das eine große Verantwortung, aber man hat in der Selbstständigkeit so viel Verantwortung, da gehört das einfach mit dazu. Wir kommen gut miteinander klar, die Kosten sind geregelt und das läuft.

Es spricht Frau MdL Wagner:

Mich interessiert bei Ihnen, Herr Klein, was Sie soeben sagten, nämlich, dass Sie im Rückblick manches anders machen würden. Darf ich fragen, was das wäre?

Es spricht Herr Klein:

Das ist zum einen, wie vorhin schon erwähnt, die steuerliche Komponente. Ich habe der Sparkasse ade gesagt und bin in den Betrieb eingestiegen. Im Nachhinein hätte ich das nicht von heute auf morgen entschieden, sondern in einem längerfristigen Prozess. Die eher kurzfristige Entscheidung liegt unter anderem daran, wie bereits gesagt wurde, dass man seinen Betrieb nicht erst mit 85 Jahren übergeben sollte, sondern mit 50 oder 55 anfangen sollte sich Gedanken zu machen. Bei uns im Betrieb waren drei Familien beteiligt und alles war sehr verflochten. Ich musste die Entscheidung treffen, ob ja oder nein und alles ging sehr schnell. Im Nachhinein würde ich sagen, man sollte den Betrieb und was alles dazugehört vorher besser durchschauen, vor allem die steuerliche Komponente, die Mitarbeiter, die Bewertung des Betriebes. Es ist unwahrscheinlich wichtig, dass ein neutrales Gutachten erstellt wird. Bei mir ging das alles sehr schnell, das sollte besser langfristiger geplant sein. Meine Bitte an die Übergeber ist, tatsächlich schon mit 50 oder 55 damit anzufangen.

Es spricht Frau Soboth:

Frau Wirtz, was sind denn angemessene Zeiträume? Wenn zwei Jahre schon als schnell wahrgenommen werden.

Es spricht Frau Wirtz:

Dazu gehören zwei Komponenten. Das eine ist die steuerliche Seite, da muss man rechtzeitig mit dem Steuerberater sprechen und überlegen, was





Sinn macht. Alle zehn Jahre gibt es z.B. im Schenkungssteuerrecht Freibeträge. Das heißt, wenn ich mit 70 anfangen kann ich das mit 80 und mit 90 noch mal nutzen. Daher wäre es besser, das früher zu machen. Das ist das eine.

Das Zweite, wovon der notwendige Übergabezeitraum abhängt, ist die Branche des Unternehmens. Ein Gedanke ist, wie lange brauche ich um Kundenbeziehungen zu übertragen. Es ist ein Unterschied, ob ich eine Bäckerei oder ein Schuhfachgeschäft habe, wo öfter gekauft wird oder z.B. einen Landmaschinenhandel, wo alle paar Jahre ein Traktor gekauft wird. Bei uns in der Region wurden größere Maschinenkäufe alle drei, vier oder fünf Jahre getätigt. Da dauert es lange, ehe ich mit meinem Top-Kunden zusammensitze um ein solches Geschäft zu tätigen. Wenn man z.B. sagt, beim ersten Mal ist der Nachfolger dabei, beim zweiten Mal machen wir es zusammen und beim dritten Mal macht er es alleine, dann ist ein Übergabezeitraum wie in unserem Fall zu Hause von sechs oder sieben Jahren durchaus angemessen, wenn die Kundenbeziehungen von Chef zu Chef übertragen werden müssen. Das sind zwei Aspekte, an denen man den Übergabezeitraum festmachen kann.

Es spricht Herr Schmäler:

Ich habe die Hofübergabe schon als Übernehmer erlebt und stehe in sieben Jahren davor, selbst zu übergeben. Ich habe mit zwanzig einen landwirtschaftlichen Betrieb geerbt, habe die Ausbildung bis zur Meisterprüfung gemacht, habe aber gemerkt, das landwirtschaftliche Milieu ist zwar meine Welt, aber nicht selbst Landwirt zu sein. Ich war immer eher ein Theoretiker und Rechner, habe mich jedoch, weil kein anderer Hofnachfolger da war, entschieden, den Hof zu übernehmen. Ich hatte zwei Unfälle mit Schleppern, die ich beinahe nicht überlebt hätte, da habe ich mir gesagt, ich muss etwas anderes machen. Ich habe mich zunächst nebenberuflich weitergebildet und habe landwirtschaftliche Buchhaltung und Steuern erlernt und nebenberuflich eine Versicherungsgesellschaft geführt. Das lief relativ gut, und ich wurde gefragt, ob ich das nicht hauptberuflich als Angestellter machen wolle. Das habe ich dreißig Jahre lang gemacht, aber am Ende war das Arbeitsklima nicht mehr gut. Ich habe gelernt, selbstständig zu arbeiten und das durfte ich nach einer Strukturveränderung nicht mehr. Nach dreißig Jahren Arbeitnehmerschaft habe ich daher beschlossen, mich selbstständig zu machen. Als ich ein Führungsbüro gegründet habe, sind 70 % der von mir betreuten Betriebe mit mir gegangen. Ich habe mich mit dem Steuerberater kurzgeschlossen und habe mich finanziell abgesichert. Nach einer Scheidung blieben meine zwei Söhne bei mir, die den Betrieb nicht übernehmen möchten, weil sie sehen, wie viel ich arbeiten muss. Ich habe mit 50 den kompletten landwirtschaftlichen Betrieb umgebaut und Schulden für ein 6-Familienhaus gemacht. Mittlerweile habe ich zwei Angestellte und eine Teilzeitkraft und habe mehr Anfragen, als ich bearbeiten kann. Ich kann jeden ermutigen, der den Willen hat sich selbstständig zu machen und bereit ist zu arbeiten, der soll einen Betrieb übernehmen. Wer sich auf die faule Haut legen will, der sollte keinen Betrieb übernehmen, dann ist er am falschen Platz.

Es spricht Frau Pratt:

Ich habe selbst in einem Familienbetrieb gearbeitet, wo der Sohn von Beruf Sohn war und nach dem Studium erfolgreich Nachfolger wurde. Es war immer die Hoffnung des Personals, wenn der Junior kommt kann der Alte gehen und alles wird anders. Wie geht man als Nachfolger mit den Erwartungen des Personals um? Insbesondere mit den Erwartungen, dass mit einer neuen Führungskraft vielleicht auch ein anderer Wind weht. Eine Motivation als neuer Chef ist es ja, Dinge, die als suboptimal an einen herangetragen werden, zu ändern. Mit dem Senior im Nacken war das das größte Problem. Meine Frage an die Übernehmer ist, wie man mit den Erwartungen des Personals umgeht.

Es spricht Herr Klein:

Das Thema Personalführung ist sehr schwierig. Ich bin 42 Jahre alt. Einige meiner Mitarbeiter sind um die 60 herum, andere um die 40. Die dachten, jetzt kommt ein neuer Chef, wir bekommen mehr Geld, mehr Urlaub und alles wird besser. Es ist schwierig das zu erfüllen. Ich versuche, die Mitarbeiter dahin zu bringen, dass sie selbst ein wenig betriebswirtschaftlich und unternehmerisch denken. Wenn es der Firma gut geht, geht es den Mitarbeitern ebenfalls gut. Das versuche ich den Mitarbeitern beizubringen, auch wenn das schwierig ist. Man muss alle paar Wochen Gespräche mit den Mitarbeitern führen. Man muss versuchen, ob einzeln oder in Gruppengesprächen, das zu vermitteln, denen zu zeigen, wie eine Bilanz aussieht, auch wenn sie so etwas noch nie gesehen haben. Man muss aufdecken, das sind die Einkäufe; das sind die Verkäufe, das sind meine Kosten. Die Mitarbeiter sollen merken, was dahinter steckt. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass viele Mitarbeiter mitdenken seit sie das gesehen haben und z.B. das Licht ausmachen und mehr unternehmerisch denken. Darüber kann man die Mitarbeiter gewinnen.

Es spricht Frau Zimmer:

Ich habe sehr viel mit den beiden Angestellten gesprochen, die ich von meinem Vater übernommen habe und bin der Meinung, es geht nur über das Gespräch. Man muss hören, was die Angestellten für Vorstellungen und Wünsche haben und welche Ängste. Die haben von mir erfahren, wie ich mir das vorstelle. Wir haben sehr viel miteinander geredet und viel miteinander unternommen. Wir haben z.B. eine gemeinsame Wanderung gemacht und treffen uns oft noch nach Feierabend. Vieles geht nur über das Gespräch miteinander.

Es spricht Frau Soboth:

Man muss sich also Zeit nehmen, um gemeinsam in die Situation hinein zu wachsen.

Es spricht Herr Horper:

Man muss die jungen Leute machen lassen. Die machen alles anders, aber vieles auch besser. Das ist die Erfahrung, die wir im Betrieb gemacht haben. Das sind Netzwerker, die müssen kommunizieren, die müssen ihre Freiräume haben und die gehen mit einer ganz anderen Lockerheit an die Dinge heran. Das sieht man z.B. an Herrn Klein. Der kommt zwar aus einer Bank, bekommt aber auch einen Zerlegebetrieb gemanagt. Und die haben dort bestimmt nicht auf einen Banker gewartet. Das sind Dinge, die ergeben sich. Das ist meine Erfahrung. In meinem Alter, mit knapp 50, da muss man viel mehr loslassen. Das fällt einem ein bisschen schwer. Man muss jedoch Leitplanken einbauen, damit die jungen Leute nicht rechts oder links von der Bahn abkommen, aber in der Regel machen die das viel besser, als die meisten Übergeber glauben.

Es spricht Frau Wirtz:

Ich habe noch einen Punkt, der mir wichtig ist für die Übernehmer, die in einen Betrieb einsteigen. Ich habe vorhin gesagt, man übernimmt die Kundenbeziehungen, man übernimmt außerdem Mitarbeiter, die einen bestimmten Führungsstil gewohnt sind. Man sollte sich deshalb als Übernehmer anschauen, wie der Betrieb bisher geführt wurde. Mein Vater hatte z.B. einen sehr klaren Führungsstil. Das hat funktioniert und den Mitarbeitern ging es gut und die fühlten sich sicher. Dann kamen mein Bruder und ich und wir hatten solche komischen Sachen gelernt wie betriebliches Vorschlagswesen und teamorientierte Führung. Ich werde nie vergessen, wie ich sechs Mechaniker zusammengerufen habe, mit einem Kasten Bier bestochen habe und mit ihnen gemeinsam überlegen wollte, was man besser machen kann. Die haben zwanzig Minuten geschwiegen und irgendwann hat einer gefragt, was ich von denen will. Warum erzähle ich Ihnen das? Wichtig ist, die Mitarbeiter sind eine bestimmte Art von Führung gewohnt und wenn man das selbst völlig anders macht, braucht es viel Zeit und Gespräche um das ein Stück weit zu ändern. Und manche Mitarbeiter kriegen sie nicht geändert, sondern da muss man vielleicht auftreten wie der Vater, damit der Knall gehört wird.

Es spricht Frau Soboth:

Vielen Dank, damit möchte ich die erste Runde schließen. Ich danke noch einmal meinem Podium und Herrn Dr. Pietrowski für den Einstiegsvortrag. Jetzt machen wir 15 Minuten Pause. (Applaus)

Expertenrunde – Was gibt es für Hilfen?

Es spricht Frau Soboth:

Ich habe in der Moderation des heutigen Nachmittags angekündigt, dass wir zwei große Bereiche haben werden. Der zweite Teil ist jetzt dazu gedacht, darzulegen, welche Unterstützungsleistungen es für den Bereich Unternehmensnachfolge im Land Rheinland-Pfalz gibt. Wir haben dazu Expertinnen und Experten aus einer großen Bandbreite an Funktionen bei uns und ich würde es gerne so handhaben, dass ich mir die einzelnen Gesprächsteilnehmer, wie in der ersten Runde, hier nach vorne hole und wir kurz das jeweilige Spektrum der Beratungs- und Unterstützungsleistungen skizzieren. Anschließend haben Sie die Möglichkeit Fragen zu platzieren, die sich direkt auf diese Punkte konzentrieren.

Als erstes möchte ich gerne Frau Kern zu mir bitten. Frau Kern kommt aus dem Wirtschaftsministerium und hat uns vorhin schon kurz mit den konkreten Zahlen von Rheinland-Pfalz versorgt. Frau Kern, wir haben von Herrn Dr. Pietrowski bereits die Einschätzung des Landes Rheinland-Pfalz gehört, sagen Sie uns doch noch einmal, was die Bedeutung des Themas für Rheinland-Pfalz ausmacht und was das Land an Unterstützungsleistungen anbietet.

Es spricht Frau Kern:

Wir haben gehört, dass es sehr individuelle Fragen sind, die eine Unternehmensübergabe und -übernahme betreffen und dass jeder Einzelfall eine spannende Sache ist und individuell behandelt werden muss. Gesamtwirtschaftlich kommt dabei ein wirklich dicker Brocken zusammen. Ich habe es vorhin gesagt, in den nächsten Jahren sind es knapp 20.000 Unternehmen, die einen Nachfolger suchen. Dabei sieht es im Moment so aus, dass 1.600 keinen Nachfolger finden werden oder noch keinen gefunden haben. Damit geht das

Thema Nachfolge über das individuelle Problem weit hinaus. Das ist ein volkswirtschaftlich interessantes und wichtiges Thema. Uns drückt dabei vor allen Dingen die Gefahr was passiert, wenn kein Nachfolger gefunden wird. Dann geht Wirtschaftskraft verloren, es geht eine Menge wirtschaftliches Know-How verloren und es gehen zahlreiche Arbeitsplätze verloren. Das ist gerade im ländlichen Raum ein besonderes Problem. Deshalb haben wir ein ganz wesentliches Interesse daran, dass Hilfen für den Nachfolgeprozess geboten werden und versuchen, diesen gemeinsam mit verschiedenen Partnern zu organisieren.

Es spricht Frau Soboth:

Im Vorgespräch hatten Sie gesagt, dass es ein spezielles Unterstützungsangebot des Landes Rheinland-Pfalz gibt, was die Beratung des Vorprozesses ebenfalls mit einbezieht. Bitte sagen Sie uns dazu noch ein oder zwei Sätze.



Es spricht Frau Kern:

Hier in der Runde werden wir gleich die verschiedensten Hilfsangebote zusammentragen. Was das

Wirtschaftsministerium speziell anbietet, ist ein Beratungsprogramm für Existenzgründer. Dieses Programm richtet sich unter anderem an Übernehmer und Übergeber. Wenn ein Betrieb übergeben werden soll, kann sich nicht nur derjenige, der den Betrieb übernimmt als Existenzgründer beraten lassen, sondern auch der Übergeber. Der besonderen Situation wird dadurch Rechnung getragen, dass in dem Fall der Unternehmensübergabe das Beratungsangebot sogar größer ist, es werden mehr Beratungstage gefördert. Was wir seit einiger Zeit ebenfalls anbieten, ist, dass wir es unterstützen, wenn der Schritt in die Selbständigkeit teilzeitmäßig oder im Nebenerwerb passieren soll. Eben wurde bereits eine schrittweise Übergabe angesprochen, auch das ist eine Situation, die förderfähig ist.

Es spricht Frau Soboth:

Geben Sie uns vielleicht noch einen kleinen Ausblick zu dem Thema?

Es spricht Frau Kern:

Sie sehen hier vorne in der Präsentation einen Hinweis auf die Gründeroffensive des Jahres 2010. Wir wollen mit der Gründeroffensive des Landes generell dazu anregen, Mut zur Selbstständigkeit zu machen und wollen über das Informations-, das Beratungs- und das Finanzierungsangebot des Landes informieren. Im nächsten Jahr wird der Schwerpunkt dabei die Unternehmensnachfolge sein, weil uns dieses Thema eben ganz besonders drückt. Die heutige Veranstaltung ist also keine Eintagsfliege, sondern ich kann Ihnen eine Reihe von Veranstaltungen ankündigen, die wir im nächsten Jahr wieder mit Partnern organisieren werden, wo wir das Thema von verschiedenen Seiten beleuchten werden und wozu wir kontinuierlich Informationen anbieten. Wir haben bereits gehört, Unternehmensübergabe und -übernahme ist kein Routineprozess in einem Unternehmen, das ist nicht die normale Geschäftstätigkeit. Deshalb ist es vollkommen klar, dass man dazu

Beratung von außen braucht. Wir können Sie nur dazu animieren und an Sie appellieren diese Beratungen zu nutzen. Sie werden es von den Kollegen ebenfalls hören, viele Angebote sind kostenlos. Unternehmensübergabe ist kein Routinefall, das macht man in der Regel nur einmal im Leben und deshalb sollte man es gründlich machen.

Es spricht Frau Soboth:

Deswegen ist es wichtig, die Informationen dazu immer parat zu haben. Es gibt Zeitfenster, wo die Frage der Übergabe auftaucht und genau dann muss man die Möglichkeit haben, diese Informationen abzurufen.

Es spricht Frau Kern:

Unternehmensnachfolge ist immer ein Thema. Wir müssen diese Information im Grunde in regelmäßigen Abständen machen, denn es wachsen immer wieder neue Unternehmensnachfolger heran. Es geben immer wieder Unternehmer auf, wir haben das biologische Problem am Anfang bereits erwähnt. Deshalb ist das immer wieder für neue Gruppen ein Thema und man beschäftigt sich mit einem solchen Thema nur, wenn es einen selbst betrifft. Wenn es nur ein Mal in zehn Jahren gebraucht wird, ist das ein bisschen wenig. Wir betrachten diese Information über Unternehmensnachfolge als eine Daueraufgabe.

Es spricht Frau Soboth:

Vielen Dank, Frau Kern. Als nächsten Experten darf ich Herrn Fisch von der IHK Trier hier zu mir bitten.

Herr Fisch, Sie bieten seitens der IHK ein eigenes Beratungsangebot an. Was genau machen Sie als IHK? Welche Betriebe beraten Sie? Wer klopft bei Ihnen an?

Es spricht Herr Fisch:

Zunächst beraten wir alle Betriebe, die zu uns kommen. Das ist schon mein erster Aufruf: Kommen Sie zu uns! Sprechen Sie uns an. Es ist ein sehr sensibles Thema und vielfach weiß die Unternehmerin oder der Unternehmer nicht, mit wem sie zuerst über dieses Thema sprechen sollen. Da kann die IHK durchaus eine erste Adresse sein. Wir kommen gerne zu Ihnen, Sie können die Beratung aber genauso gerne bei uns im Hause machen. Es gibt eine Reihe vielfältiger Angebote. Das Einzelgespräch ist bereits genannt worden, es gibt darüber hinaus spezielle, individuelle Veranstaltungen, die wir gemeinsam mit Partnern durchführen.

Außerdem gibt es eine sogenannte Existenzgründungs- oder Übergabe-Börse. Vielleicht haben Sie schon mal davon gehört. Das ist ein interessantes und sehr willkommenes Instrument, wo Sie relativ anonym Ihr Unternehmen im Internet, ich sage mal, „anbieten“ können. Sie nehmen mit uns Kontakt auf, wir verfassen mit Ihnen gemeinsam einen Text, der wird chiffriert und in diese Internetbörse gestellt. Da sind zur Zeit rund 9.000 Angebote drin. Die Börse hat eine relativ einfache Handhabung und Interessenten können sich auf dieses Angebot melden. Das geht zunächst an



unser Haus. Wir nehmen die Kontaktdaten auf, nehmen mit Ihnen Kontakt auf und fragen Sie, ob wir Ihre Anschrift oder Telefonnummer weitergeben können oder ob Sie selbst Kontakt aufnehmen wollen. Das ist ein sehr interessantes Instrument mit einer relativ hohen Erfolgsquote. Es wird allerdings keine Liquiditätskontrolle des Interessenten vorgenommen und es findet keine Seriositätsprüfung statt. Es kann also passieren, dass jemand mit Ihnen Kontakt aufnimmt, der vielleicht nicht geeignet ist.

Es spricht Frau Soboth:

Das spricht einen sehr wichtigen Punkt an: Wir haben gehört, dass Unternehmensübergabe ein sensibles Geschäft ist und man kann sich vorstellen, dass das Auswirkungen auf das Vertrauensverhältnis zu den Kunden hat, wenn am Markt bekannt wird, dass ein Unternehmen einen Nachfolger sucht und es vielleicht nicht ganz klar ist, ob das funktionieren wird. Wie sind dazu Ihre Erfahrungen? Gibt es da wirklich Probleme? Oder kann man das mit solchen Varianten wie der Übergabebörse umschiffen?

Es spricht Herr Fisch:

Diese Übergabebörse ist natürlich nur ein Instrument von vielen. Man muss dieses sensible Thema aus Sicht der Unternehmerin oder des Unternehmers sehen. Man stelle sich vor, man beabsichtigt, sein Unternehmen zu übergeben und das wird ungewollt publik. Wenn man ein Produkt verkauft, fragt sich doch der Kunde, ähnlich wie das jetzt bei einem großen Unternehmen in Deutschland geschieht, wie es später mit der Garantie aussieht. Kann ich möglicher Weise in zwei Jahren bei einem Garantiefall noch zu dem Unternehmen kommen? Macht der Nachfolger das gleiche Angebot, was vorher galt? Insofern muss man relativ sensibel an diese Sache herangehen. Man muss großes Verständnis dafür haben, wenn das anonym veröffentlicht wird.

Es spricht Frau Soboth:

Wäre das Ihr Plädoyer? Sensibel vorzugehen und frühzeitig?

Es spricht Herr Fisch:

Ich bin vor zwei Jahren 50 geworden, das ist manchmal nicht angenehm, aber 50 ist eine tolle Zahl. Wenn Sie ein Unternehmen leiten und Sie werden 50, dann sollten Sie sich langsam mit der Unternehmensübergabe befassen, denn solch ein Prozess kann durchaus mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Und wenn Sie schon etwas älter sind, dann ist es auch noch nicht zu spät. Sprechen Sie uns an, wir helfen Ihnen da gerne.

Es spricht Frau Soboth:

Das heißt, Interessierte können direkt bei Ihnen anrufen, wenn Sie eine Frage haben?

Es spricht Herr Fisch:

Selbstverständlich. Das Ganze ist außerdem kostenlos.

Es spricht Frau Soboth:

Ich würde jetzt gerne Herrn Stumpp als Vertreter der HWK in Trier zu uns bitten.

Herr Stumpp, Sie haben mir im Vorgespräch gesagt, Sie haben Betriebsberater in der HWK, die Betriebe in der Unternehmensnachfolge betreuen. Was bieten Sie genau an?

Es spricht Herr Stumpp:

Wir sind im Moment zu viert in der Betriebsberatung bei der Handwerkskammer Trier. Wir beraten die Betriebe im Grunde genommen von der Wiege

bis zur Bahre. Das heißt von der Existenzgründung über die Stabilisierungs- und Konservierungsphase, die jedes Unternehmen nach der Existenzgründung durchmacht, bis hin zur Übergabe oder Aufgabe eines Unternehmens. Diese ganzen Bereiche decken wir ab. Für uns gilt dasselbe, was Herr Fisch gesagt hat. Bei uns sind die Beratungen ebenfalls kostenlos und Sie können uns jederzeit anrufen und nachfragen. Sie erhalten einen Termin bei Ihnen im Hause, wenn Sie das wünschen oder bei uns.

Es spricht Frau Soboth:

Welche Erfahrungen haben Sie mit der Betriebsbörse gemacht? Ist das bei Ihnen ebenfalls ein Thema?

Es spricht Herr Stumpff:

Wir sind im Prinzip an dieselbe Börse angeschlossen wie die IHK auch. Dort sind bundesweite Angebote eingestellt. Wenn Sie eine Existenz gründen wollen oder etwas suchen, finden Sie dort unter anderem Betriebe aus München oder Hamburg, die sind alle da drin. Es ist sicherlich ein gutes Mittel um Leute zu animieren. Man hat natürlich das Problem was eben bereits erwähnt worden ist, man weiß nicht, wer da kommt. Man sollte sich jedoch nicht nur auf diese Börse verlassen, sondern weitere Aktivitäten entfalten. Die Aktivitäten hängen natürlich stark davon ab, wie viele Leute wissen dürfen, dass ich dabei bin einen



Nachfolger zu suchen. Es gibt Betriebe, die sagen, das macht ihnen überhaupt nichts aus, wenn das bekannt ist, weil die Kunden sowieso schon damit rechnen, z.B. wenn man schon ein bisschen älter ist und es klar ist, dass irgendwann ein Wechsel stattfinden muss. Es gibt hingegen Betriebe, bei denen das überhaupt nicht bekannt werden darf. Die erste Sorte redet z.B. öfter mal mit Vertretern, denn die kommen in viele andere Betriebe, die kennen vielleicht einen Meister, der Interesse hat sich selbstständig zu machen. Die Übergangsphase ist ganz besonders wichtig, dass ein Meister in einen Betrieb hineingeht und dort vielleicht mal ein oder zwei Jahre als Angestellter mitläuft, um den Betrieb kennen zu lernen und lernt, mit den Leuten dort umzugehen.

Ich habe einmal ein klassisches Beispiel erlebt, da hatten wir ein Unternehmen, was übernommen werden sollte, was schon im Vorfeld nicht ganz einfach war. Der Betriebsinhaber war bereits über 65 Jahre alt und wir hatten jemanden gefunden. Die beiden hatten sich schon über den Kaufpreis, Übergabemodalitäten und ähnliches verständigt und dann hat der Senior seinen Mitarbeitern seine Entscheidung mitgeteilt. Da sind die Mitarbeiter aufgestanden und haben gedroht zu gehen, falls dieser Nachfolger kommen sollte. Der war in der Branche bekannt, die Mitarbeiter mochten ihn nicht und damit war die Sache gestorben. Deswegen ist es ganz wichtig, wenn Sie jemanden haben und ihn wirklich zu ihrem Nachfolger machen wollen, muss der zu der Belegschaft passen. Sie dürfen eins nicht vergessen, gerade bei uns im Handwerk in den kleinen Betrieben: Das Kapital von einem Betrieb sind gute Mitarbeiter. Ohne die funktioniert nichts mehr, auch wenn Sie einen noch so eloquenten Nachfolger haben.

Es spricht Frau Soboth:

Man muss da also auch in dieser Beziehung mit dem Thema sensibel umgehen.

Jetzt würde ich gerne Herrn Ludwig zu uns auf das Podium holen. Er ist heute in Vertretung für Herrn

Wilk da, der leider aufgrund einer Beerdigung nicht hier sein kann, aber wir haben, glaube ich, eine sehr gute Vertretung gefunden. Herr Ludwig ist sowohl aktiver Steuerberater und wird uns über diese Steuerberatungskomponente Auskunft geben können als auch Vizepräsident der Steuerberaterkammer.

Herr Ludwig, was tun Sie als Steuerberater im Unternehmensübergabeprozess? Sie sind wahrscheinlich erster Ansprechpartner für viele Unternehmen. Kommen die mit einem gesonderten Punkt zu Ihnen oder ergibt sich das durch das Vertrauensverhältnis über die Jahre?



Es spricht Herr Ludwig:

Das ist natürlich sehr unterschiedlich, je nachdem, wie das Unternehmen in der Struktur dasteht. Der Steuerberater kennt das Unternehmen in der Regel über viele Jahre, ebenso wie die Inhaber, also die Unternehmer und die Familie. Da ergibt es sich einfach, dass die Frage nach der Nachfolge irgendwann gestellt wird, entweder von dem Inhaber selbst oder der Steuerberater geht aktiv auf den Unternehmer zu und fragt, ob derjenige schon mal darüber nachgedacht hat, wer das Unternehmen fortführen könnte. Das machen wir in der Praxis auch so.

Es spricht Frau Soboth:

Und wie ist da die Resonanz?

Es spricht Herr Ludwig:



Natürlich erntet man zunächst einmal Zustimmung, denn darüber muss nachgedacht werden. Wenn es jedoch konkret wird, spürt man eine gewisse Zurückhaltung. Da ist Sensibilität gefragt. Man muss auch mit der Familie sprechen und diese mit einbeziehen und herausfinden, wie sich die Familie die Nachfolgeregelung vorgestellt hat. Ist daran gedacht aus der Familie heraus eine Nachfolge zu finden oder ist daran gedacht das Unternehmen an Externe, an Fremde oder an Arbeitnehmer, die schon länger im Unternehmen tätig sind zu übergeben? Das muss alles diskutiert werden. Wir haben von Frau Wirtz bereits gehört, welche Punkte man da berücksichtigen sollte. Das machen die Steuerberater ebenfalls. Wir haben ständig Kontakt zu den Unternehmern, mindestens einmal im Jahr, wenn die Bilanzbesprechung ansteht und das Resultat vorgelegt wird. Dann stellt sich häufig die Frage, wie es weitergeht.

Es spricht Frau Soboth:

Wir haben in dem Vortrag vorhin bereits die Facette des Wertes eines Unternehmens dargelegt bekommen, der ja durchaus davon abhängt, von welcher Seite aus man darauf schaut. Ist das bei Ihnen ein großer Konflikt bei Ihrer täglichen Arbeit? Wie gehen Sie damit um?

Es spricht Herr Ludwig:

Den Wert eines Unternehmens benötige ich natürlich hauptsächlich dann, wenn ich verkaufen will. In dem Fall ist er ganz einfach zu ermitteln, dann ist der Wert der, den ein anderer bereit ist dafür zu zahlen. Wenn dagegen das Unternehmen in der Familie übertragen wird, orientiert man sich nicht immer nach einem betriebswirtschaftlichen Kaufpreis. Da steht dann im Mittelpunkt was das Unternehmen aufbringen kann, um den Übergeber noch finanziell absichern zu können. Es gibt verschiedene Modelle, wie z.B. eine dauernde Last, auf Rentenbasis übertragen usw. Da wird nicht immer ganz spitz gerechnet, sondern es kommt darauf an, was sonst noch in der Bilanz steckt.

Es spricht Frau Soboth:

Dann bitte ich meinen letzten Gesprächspartner zu mir, Herrn Roland Wagner von der Investitions- und Strukturbank. Dort werden die Angebote des Landes Rheinland-Pfalz zur Wirtschaftsförderung und Investitionsunterstützung gebündelt. Ich denke, er wird uns einen guten Einblick geben können in die Unterstützungs- und Förderprogramme für den Fall der Existenzgründung und für die Unternehmensnachfolge. Auf der Internetseite des Landes habe ich mal probeweise eine Suche eingegeben und bekam daraufhin allein dreizehn verschiedene Programme vorgeschlagen.



Es spricht Herr Wagner:

Ich will Sie natürlich heute nicht mit dreizehn Förderprogrammen beschäftigen. Ich möchte etwas aufgreifen, was ich für eine zentrale und wichtige Feststellung halte: Unternehmensnachfolge ist in den allermeisten Fällen eine Existenzgründung für denjenigen, der den Betrieb übernimmt. Das bedeutet, dass so gut wie alle Förderprogramme, die eine Existenzgründung zum Gegenstand haben, im Fall der Unternehmensnachfolge ebenso anwendbar sind. Das heißt, wenn man sich etwas breiter über Unternehmensnachfolge informieren möchte, dann hat man, insbesondere, wenn man sich die Existenzgründungsprogramme ansieht, ein sehr viel weiteres Spektrum als das, was man erreichen kann, wenn man sich allein auf die Unternehmensnachfolge konzentriert. Das ist, denke ich, eine wichtige Information für diejenigen, die sich informieren möchten.

Man kann eine Unternehmensnachfolge als einen Geschäftsvorfall begreifen, der in einem Unternehmen stattfindet und wo sich dementsprechend die Förderprogramme einsetzen lassen, die für solche Geschäftsvorfälle vorgesehen sind.

Ich möchte hierzu ein Beispiel geben. Im Rahmen einer Unternehmensnachfolge soll meist auch eine partielle Neuausrichtung eines Unternehmens stattfinden. Das ist sehr häufig mit Investitionen verbunden. Wenn Sie eine Frage der Investition mit Fördermitteln begleiten wollen, finden Sie dazu entsprechende Förderprogramme. Es ist wichtig, dass man das etwas differenziert, denn man kann nicht mit jedem Förderprogramm jeden Geschäftsvorfall abbilden. Das ist besonders misslich, wenn man eine Vorstellung davon hat, was man mit einem Förderprogramm möglicher Weise machen kann und hinterher ist die Enttäuschung groß, wenn man feststellt, man hat leider das falsche Förderprogramm verwendet. Die Wahl des richtigen Förderprogramms ist ein wichtiger Bestandteil im Rahmen der Beratung. Es ist ärgerlich, wenn man sich bei den Förderfragen zu wenig beraten lässt oder im Nachhinein feststellt, man hätte sich eher länger mit dem Thema der

Beratung beschäftigen sollen, dann wären einem persönliche Enttäuschungen vielleicht erspart geblieben. Vorhin ist schon eine solche Enttäuschung offensichtlich geworden. Ich bedaure das sehr, wenn Förderprogramme nicht das Ziel erfüllen können, was sich derjenige, der den Antrag gestellt hat, davon versprochen hat. Das wäre vermeidbar gewesen, um das mal an dieser Stelle deutlich zu machen. Eierlegende Wollmilchsäue haben wir nicht im Programm, das ist klar, aber es ist wichtig zu wissen, dass es für sehr viele Fragestellungen entsprechende Programme gibt, die man bei uns abfragen kann und die natürlich in dem gesamten Beratungsangebot von den Kammern vorgehalten werden. Dort gibt es die entsprechenden Hinweise. Auch die Hausbanken sind in allen Finanzierungsfragen mit beteiligt und haben üblicher Weise die entsprechenden Kenntnisse um die richtigen Förderprogramme anzuwenden.

Es spricht Frau Soboth:

Wenn jetzt jemand eine konkrete Förderfrage hat, ruft der Sie einfach an?

Es spricht Herr Wagner:

Ja, das kann er machen. Wenn er nicht über die Beratung der Kammern die entsprechenden Hinweise bekommt, kann er bei uns anrufen. Wir haben eine Beratungshotline, die wir speziell eingerichtet haben, um genau diese Fragen nach der richtigen Wahl der Förderprogramme zu beantworten. Da wird zunächst einmal eine Bestandsaufnahme gemacht um was es geht, ob z.B. Investitionen vorgenommen werden oder ob Betriebsmittel finanziert werden müssen, ob es einen speziellen unternehmerischen Anlass gibt, der vorbereitet werden soll. Die Leute, die bei uns im Beratungszentrum erreichbar sind, haben die Aufgabe, die Instrumente so zusammen zu



stellen, dass der Fördereffekt maximal ist. Es ist festzustellen, dass nicht jedes Förderprogramm mit jedem anderen automatisch kompatibel ist. Es gibt manchmal partielle Ausschlüsse, weil die Intention der Förderprogramme verschieden sein



kann. Wir versuchen natürlich, gerade weil wir es bei der ISB aus einer Hand abbilden können, die Dinge so zusammen zu stellen, dass sie für denjenigen, der ein entsprechendes Vorhaben hat, optimal aufgestellt sind. Darauf können wir in Rheinland-Pfalz ein bisschen stolz sein, denn mit der ISB ist es gelungen, praktisch alle einzelbetrieblichen Förderprogramme in einer Hand zu bündeln. In anderen Bundesländern haben Sie das Problem, dass Sie dafür verschiedene Institutionen ansprechen müssen. Dort müssen Sie z.B. zu Bürgschaftsbanken und Verwaltungsstellen laufen um einen Zuschuss zu bekommen und zu einem Kreditinstitut um einen Kredit zu bekommen. Wir in Rheinland-Pfalz haben es geschafft, diese Dinge aus einer Hand anzubieten. Bei uns können Sie von A bis Z alles bekommen, was im Rahmen der Förderlandschaft notwendig ist.

Es spricht Frau Soboth:

Sie sehen, für jede Frage und Facette gibt es eine Unterstützungsleistung. Ich denke, es ist wichtig zu sehen, dass Kooperationen zwischen den Institutionen vorhanden sind, dass man weiß, was macht der andere und wo kann man vermitteln,

wenn man selbst vielleicht nicht weiter beraten kann. Es ist für jemanden der als Unternehmer arbeitet nicht eindeutig, wen man zuerst fragen sollte.

Ich möchte Ihnen im Publikum noch einmal die Möglichkeit geben die eine oder andere Frage hier vorne zu platzieren. Sie können heute sozusagen auf das geballte Wissen von Rheinland-Pfalz zugreifen, das sollten Sie nutzen.

Es spricht Herr Thormeyer:

Ich komme vom Trierischen Volksfreund und ich hätte gerne noch einmal die Zahlen für Rheinland-Pfalz gehört, wie viele Firmen einen Nachfolger suchen und wie viele es voraussichtlich nicht schaffen werden.

Es spricht Frau Kern:

Die Zahlen waren 18.700 Unternehmen für den Zeitraum von 2008 plus fünf Jahre, wo die Nachfolge ansteht. Im Moment wird damit gerechnet, dass davon ca. 1.600 noch keinen Nachfolger gefunden haben oder keinen finden werden. Es ist sehr schwierig diese Zahlen zu ermitteln. Man muss da ein wenig im Kaffeesatz lesen, weil gerade diese Daten nicht immer offenkundig gemacht werden, sondern viele einzelne Befragungen notwendig sind. Die Zahlen werden also aus verschiedenen Komponenten zusammengesetzt. Es gibt Verkäufe, es gibt Übernahmen, es gibt Betriebsaufgaben usw. Ca. 1.600 Betriebe von diesen 18.700 werden vermutlich keinen Nachfolger finden.

Es spricht Herr Horper:

Herr Fisch hat eben gesagt, ab fünfzig sollte man sich spätestens mit der Nachfolge beschäftigen. Nichts ist beständiger als die Veränderung. Ich bin vorhin angesprochen worden, als wäre ich der Nachfolger. Wenn ich diese Zahlen höre, bin

ich überzeugt davon, es sind wesentlich mehr Betriebe, die nicht übernommen werden. Den allerwenigsten ist es bekannt, dass man sich mit 50 schon mit der Nachfolge beschäftigen sollte. Ich glaube, da muss ein ganz anderer Ansatz kommen, deswegen ist diese Veranstaltung heute so wichtig. Ich habe mich zuerst gefragt, was ich eigentlich persönlich hier soll, aber ich spüre jetzt, dass da etwas schlummert. Man kann bei einer Betriebsübergabe Glück haben, das ist jedoch in den seltensten Fällen so, und man kann alles falsch machen. Das ist schade, denn man kann vieles richtig machen, wenn man sich frühzeitig damit beschäftigt und die Lust bei der nächsten Generation oder bei Mitarbeitern weckt, den Betrieb zu übernehmen. Ich finde die Vernetzung, wie sie heute hier geschieht, wichtig. Das müsste nicht alle zehn Jahre, sondern permanent und viel eindringlicher geschehen.

Es spricht Frau Soboth:

Das klingt schon wie ein schönes Schlussplädoyer. Möchte trotzdem noch jemand eine Frage stellen? Wir sollten die Zeit hier noch ausnutzen.

Es spricht Herr Schmähler:

Ich habe noch eine kurze Frage an Herrn Fisch. Ich bin Mitglied der IHK. Meine Söhne wollen mein Unternehmen nicht weiterführen und ich möchte die Nachfolge in den nächsten sieben Jahren regeln. Hätte ich die Möglichkeit bei Ihnen ein Beratungsgespräch zu bekommen? Ich habe außerdem Kunden im landwirtschaftlichen Bereich, die nicht Mitglied in der IHK sind. Hätten die ebenfalls eine Möglichkeit bei Ihnen ein Gespräch zu bekommen?

Es spricht Herr Fisch:

Zu Ihrer ersten Frage: Ich gebe Ihnen nachher meine Karte, Sie rufen mich an und wir machen das Gespräch. Zu der zweiten Frage: Wenn Sie

die Landwirte mitbringen, werden wir sie mit an den Tisch holen und werden Fragen beantworten, ansonsten gibt es die Einrichtung der Landwirtschaftskammer und das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum, die haben eine ähnliche Beratung wie in unserem Hause. Ich freue mich auf unser Gespräch.

Es spricht Frau Soboth:

Ich sehe, es gibt keine weiteren Fragen. Dann darf ich zu Prof. Lorig übergeben, der jetzt eine Zusammenfassung und die Überleitung zu den Schnittchen machen wird. (Applaus)

Diskussion und Zusammenfassung

Es spricht Prof. Lorig:

Vielen Dank, Frau Soboth.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit den Veranstaltungen des Forums ländlicher Raum geht es uns um die Erhaltung und Stabilisierung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz. Als wir die Schrift „Ländlicher Raum auf Roter Liste“, die hier für Sie ausliegt, bearbeitet haben, wurde sehr schnell deutlich, dass Arbeitskraft und Arbeitsplätze zentrale Lebensfunktionen für die ländlichen Räume sind. Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. Wenn eine Frau keine Arbeit im ländlichen Raum findet, das haben wir in Interviews festgestellt, wird sie ihren Partner dorthin nicht begleiten. Anders ausgedrückt, Unternehmensübergabe, Unternehmensübernahme sowie Gründungsprozesse im ländlichen Raum sind zentrale Fragestellungen für die Überlebensfähigkeit dieser Räume. Das haben wir sowohl in dem Strategiepapier für die Entwicklung ländlicher Räume,



was wir Ihrer Tagungsmappe beigelegt haben auch in der heutigen Veranstaltung deutlich gemacht. Unser heutiges Ziel war es, Sie zunächst durch den Grundsatzvortrag von Frau Wirtz, der uns begeistern konnte, auf die Problemstellungen einer Unternehmensübergabe aufmerksam zu machen. Jedem, der sich bisher wenig mit diesem Thema beschäftigt hat, ist, glaube ich, klar geworden, dass demographischer Wandel für den ländlichen Raum vor allem einen Rückgang des Mittelstandes bedeutet, unabhängig davon, wie man diesen definiert. Das würde zu einer Negativ-Spirale im ländlichen Raum führen, die es unter allen Umständen zu verhindern gilt.

Ich möchte ein paar der heute verwendeten Begriffe noch einmal wiederholen und deren Bedeutung betonen. Komplexität, Vermögen, Betrieb, Unternehmensstrategien, Branchenwechsel, Ehe, Familie, Verträge, Verteilungsprozesse, Finanzierung, Kauf statt Erbe, sind alles Aspekte, die es zu beachten gilt, wenn man an diesen Prozess Unternehmensnachfolge herangeht. Man braucht außerdem, das haben Sie heute gehört, neue Kompetenz, nicht das Klonen bisheriger Betriebsinhaber. Man kann besonders gut in der Fremde lernen. Man muss mit Vertragsrecht umgehen und man sollte vielleicht, was für mich sehr inter-

essant war, Steuern zahlen, um den Wert seines Unternehmens zu beweisen. Nachfolger zu finden, die den Kapitaldienst zahlen können, ist ebenfalls ein wichtiges Thema. Sonst hat man vielleicht den Betrieb übergeben, aber seine Rendite bekommt man nicht mehr. Als Beamter habe ich als Verantwortlicher für eine Verwaltung ähnliches zu lösen, mit dem Unterschied, dass ich in meinem „Betrieb“ meine Frau nicht abschreiben kann, das ist mir deutlich geworden.

Die hier heute vertretenen Unternehmer, Herr Klein vom Fleischgroßhandel Kaas in Morbach, Frau Zimmer und Herr Roth vom Schuhhaus Roth und Herr Horper von dem Betrieb in Üttfeld den ich gut kenne, haben sehr überzeugt. Ich möchte Ihnen für die klaren Antworten danken, denn es waren ja sehr persönliche Fragen, die sich dahinter verbergen. Die authentischen Darstellungen waren besonders spannend und nur das kann Sie, meine Damen und Herren, dazu bewegen, sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen indem Sie entweder selbst in solchen Prozessen beteiligt sind oder als Bürgermeister und Verantwortliche im ländlichen Raum diese Abläufe und Rahmenbedingungen zu gestalten haben. Es ist sehr wichtig, das einmal von den Betroffenen selbst zu hören. Ich habe selbst vielfach in anderen Bundesländern festgestellt, dass manchmal ein Satz, den man hört, ausreicht, um einen kompletten Prozess neu zu gestalten. Ich hoffe, Sie haben heute einen solchen Satz für sich gehört.

Wir haben Ihnen Ideen geliefert, wie man Unternehmensübergaben gestalten könnte. Ich fasse das mal zusammen. Wichtig ist es, früh genug Übergabeprozesse einzuleiten, damit keine unerwartete Nachfolge geregelt werden muss. Wichtig sind die emotionalen Bindungen an den Betrieb und der Umgang damit. Natürlich stehen Finanzierungsfragen sehr oft im Zentrum der Überlegungen beider Partner. Ich glaube, wir haben einiges gelernt. Wir haben gelernt, dass es potenzielle Unternehmer gibt. Das können Gründer sein, das können Übernehmende sein, das kann durchaus auch beides auf einmal sein.

Insofern gilt mein Dank vor allem den Gesprächspartnern auf dem Podium der Talkrunde mit Frau Kern. Ich habe die gesellschaftliche politische Sicht beleuchtet gesehen. Wir haben klare Zahlen gehört, die Presse hat diese notiert und wir werden sie lesen können. Herr Fisch, ich denke insbesondere an den 50+-Prozess und an die Betriebsleiterbörse. Herr Stumpp, ich habe wahrgenommen, Sie bieten Beratung von der Wiege bis zur Bahre. Die kostenlose Beratung als Grundprinzip ist in dieser Zeit nicht selbstverständlich. Wenn also hierzu eine kostenlose Beratung angeboten wird, sollte man das wahrnehmen. Ich habe mir bei Herrn Ludwig die Bilanzbesprechung notiert als eine wesentliche Basis für Gespräche über Nachfolge, damit man weiß, wie man in eine solche Übergabe einsteigen kann. Natürlich bin ich als Geodät in der Lage einen Unternehmenswert im Sinne eines Verkehrswertes selbst zu berechnen, aber ich weiß genau, dass das nichts bringt, denn das, was dann als Wert herauskommt, ist der persönlich idealisierte Wert und wir haben es hier mit einem Auseinandergehen der Denkprozesse zu tun. Diese verschiedenen Denkweisen müssen zunächst einmal vereinigt werden, damit man alle Faktoren, wie z.B. das lebende Personal, mit in diesen Wert einbezieht. Die Förderprogramme, über die Herr Wagner gesprochen hat, müssen Sie sich selbst in Ruhe ansehen. Mir ist die Aussage ganz wichtig, dass Übernahme auch immer eine Gründung ist. Wir sind anfangs von dem Denkprozess Gründen ausgegangen. In dem Papier „Ländlicher Raum auf Roter Liste“ finden Sie viel zum Thema Gründen, aber es ist natürlich noch viel wichtiger bestehende Betriebe im Sinne eines Gründungsprozesses, denn für den Neueinsteiger ist es eine Gründung, zu übernehmen und diese zu erhalten. Sie hatten auf viele Fragen eine überzeugende Antwort und Sie haben zu Recht dafür geworben, sich von den Fachleuten der Kammern und Beratungsstellen unterstützen zu lassen. Diesem Appell kann ich mich nur anschließen.

Es war heute nicht unser Ziel die Beratungen zu ersetzen, sondern es war unser Ziel den Partnern, die sich im ländlichen Raum mit diesen Themen

auseinandersetzen, Hinweise zu geben, wie man in die Problematik einsteigen könnte. Wir wollen Anregungen geben, wie man, z.B. als Gemeinde, diese Prozesse begleiten kann und Unternehmer unterstützen kann. Es ist sehr schwer Gesprächspartner zum Thema Unternehmensübernahme zu aktivieren. Daher bin ich Ihnen, meine Damen und Herren, sehr dankbar, dass Sie sich heute Ihre kostbare Zeit genommen haben und zu uns gekommen sind. Sie repräsentieren heute etwa 15.000 potenzielle Teilnehmer, die wir eingeladen haben. Das allein macht deutlich, wie schwer es für die Kammern ist, mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen. Das war heute eine sehr große Runde. Damit hatten wir nicht gerechnet und wir sind sehr stolz darauf, dass Sie heute gekommen sind. Wir bieten Ihnen von allen Seiten den Dialog an und möchten diesen Dialog auch fortsetzen. Ich darf Sie daher, im Namen unseres Ministeriums, zu der Gründeroffensive 2010 einladen, die von der Fachabteilung veranstaltet wird. Dort werden Sie sicherlich weitere wertvolle Informationen gewinnen können.

Heute danke ich Herrn Dr. Pietrowski für seine Einführung. Ich danke Frau Kern für die Auswahl an Partnern, die wir hier auf diesem Podium zusammenbringen konnten. Ich danke Herrn Dielmann, Herrn Mierenfeld und Frau Zehren für die Vorbereitung und Betreuung der heutigen Tagung. Dem Dienstleistungszentrum ländlicher Raum Mosel, vertreten durch Herrn Friedrich und Herrn Helfgen danke ich für die Unterstützung bei dieser Vorbereitung. Frau Schmidt und ihrem Team danke ich für die Vorbereitung unseres Empfangs, der nun gleich folgt sowie für die Gestaltung dieser Räume. Zuletzt und ganz besonders danke ich Frau Soboth für die, trotz ihrer angegriffenen Stimme, gelungene Moderation. Jetzt darf ich Sie abschließend im Namen von Minister Hering zu einem kleinen Imbiss einladen. Vielen Dank. (Applaus)

DOKUMENTATION
ZUR REGIONALTAGUNG IN KONKEN
AM 09.11.2009

PROGRAMM FORUM LÄNDLICHER RAUM 2009

Veranstaltung der Veranstaltungsreihe am Montag den 9. November 2009 in Konken,
Verbandsgemeinde Kusel

Energiekonzepte für den ländlichen Raum

16:00 Uhr	Begrüßung und Einführung in das Thema Herr Stefan Dietz, entra Unternehmerentwicklung
16:10 Uhr 16:35 Uhr	Ansprache Frau Margit Conrad, Staatsministerin im Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Ministerialrat Gerald Walther Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
16:50 Uhr	Gesprächsrunde 1: <ul style="list-style-type: none"> ■ Photovoltaik auf Dorfdächern: Frau Prof. Dr. Martina Klärle, Professur für Landmanagement, Fachhochschule Frankfurt ■ Biogas-Nahwärmeversorgung Konken: Herr Martin Schneider, Landwirtschaftlicher Betrieb Schneider Herr Friedrich Beck, Stadtwerke Kusel GmbH ■ Netzwerk Nahwärme und Energiemix: Herr Johannes Pinn, Forstamt Hillesheim Moderation: Herr Stefan Dietz, entra Unternehmerentwicklung
17:20 Uhr	Diskussion
17:30 Uhr	Gesprächsrunde 2: <ul style="list-style-type: none"> ■ Holz hackschnitzel- Heizungsanlage Schulzentrum Daun: Herr Klaus Sachen, Kreisverwaltung Vulkaneifel ■ Strohheizwerk Hermersberg: Herr Winfried Krämer, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Waldfishbach-Burgalben ■ Energieautarkes Konzept Kloster Himmerod – Erfahrungen mit der Brennstoffversorgung und dem Betrieb der Anlagen: Herr Abt Bruno Fromme, Kloster Himmerod Rudolf Hayer, Maschinen- und Betriebshilfsring Trier-Wittlich e.V. Herr Gabriel, N.N., Pfalzwerke, Ludwigshafen ■ „Energiepakt zwischen Landwirtschaft und Regionalplanung in der Region Westpfalz“ Herr Prof. Dr. jur. Willy Spannowsky, Universität Kaiserslautern Moderation: Herr Stefan Dietz, entra Unternehmerentwicklung
18:30 Uhr	Diskussion und Zusammenfassung
19:00 Uhr	Empfang und Gespräche in Kleingruppen

FORUM LÄNDLICHER RAUM AM 9.11.2009 IN KONKENHEIM

Begrüßung und Einführung: Herr Dietz

Ein grauer, nasser und kalter Tag ist eigentlich die ideale Kulisse für einen Termin unter der Überschrift „Energiekonzepte für den ländlichen Raum“, der mit Sonne und Wärme zu tun hat.

Besser kann es nicht sein, sagte mir einer meiner Gesprächspartner und der 9. November als Datum, da kann man eigentlich nur gut gelaunt unser Anliegen diskutieren. Ich freue mich, mit Ihnen diesen Tag zu gestalten. Mein Name ist Stefan Dietz. Ich bin heute besonders gerne da, zum einen, weil ich von dem Anliegen überzeugt bin und zum anderen ist es ein Heimspiel. Wir begleiten in der Westpfalz verschiedene regionale Regelungsprozesse. Dies tun wir gleichermaßen auch gerne in der Eifel und in der Südpfalz, im Westerwald

und in anderen schönen Gegenden von Rheinland-Pfalz. Besonders gerne sind wir hier in der Region, wo es noch zu vielen der vorgestellten Themen direkte Bezüge gibt.

Ich bin getragen von der Überzeugung, das Menschen aus unterschiedlichen Herkünften miteinander frei überlegen sollten, was könnten wir denn besser machen und wo drückt der Schuh. Man kann dann auch aktiv mitwirken und eine Menge mehr schaffen, als wenn man noch das Gefühl hat, eigentlich ginge manches besser, aber wir bringen es nicht auf die Erde. Und die Dinge, die möglich sind, auf die Erde zu bringen, dafür sind diese Veranstaltungen Forum ländlicher Raum da.



Ich freue mich, dass ich Sie alle hier in dieser bunt gemischten Form im Raum begrüßen darf. Es sind Vertreter der Kommunalpolitik da, aus unterschiedlichsten Ebenen, Vertreter aus unterschiedlichsten Behörden, Berufsverbänden, Kammern und Unternehmen, aber auch Akteure, die einfach aus privater Interesse gekommen sind, weil sie zum Thema etwas beitragen können. Ich denke, dass wird eine bunte Mischung und ich habe jetzt einen Vorteil. Sie kennen nur ein Programm, ich habe aber schon mit allen Referenten des heutigen Tages zumindest einmal telefoniert oder gesprochen. Ich weiß also etwas mehr von dem, was Sie heute erwartet und ich darf Ihnen versprechen, es wird in jedem Fall ein spannender, kurzweiliger Nachmittag.

Es wird etwa um 17:30 Uhr eine Pause geben, damit wir auch die Gelegenheit haben, miteinander ins Gespräch zu kommen. Es wird wie gesagt, ein ganze Reihe kurzer Impulse von interessanten Projekten vorgestellt werden, die zum Teil schon seit mehreren Jahren verwirklicht sind und von Projektansätzen, die es wert sind, diskutiert zu werden. Sinn und Zweck ist, dass Sie sagen, es war spannend, es gibt eine Menge, was ich mitnehmen kann, was ich in meine Region, in meinen Verantwortungsbereich übertragen und in die Diskussion hineinragen kann. Immer mit der Maxime: „Geht nicht gibt's nicht“. Das Thema Energiekonzepte für den ländlichen Raum bietet viele Beispiele.

Jetzt möchte Sie bitten, mit mir die Gastgeberin dieses Forums für den ländlichen Raum zu begrüßen. Das Forum ist eingebunden in die Veranstaltungsreihe des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau. Veranstalter ist heute das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz. Auf der Referentenseite werden beide Häuser vertreten sein.

Als heutige Veranstalterin begrüßen Sie mit mir mit einem herzlichen Applaus die Staatsministerin Frau Margit Conrad.

Ansprache Frau Margit Conrad:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich freue mich, dass Sie heute den Weg zu unserer Konferenz im Rahmen der Veranstaltungsreihe Forum ländlicher Raum nach Konken im Kreis Kusel gefunden haben. Die Zusammensetzung der Teilnehmer der Veranstaltung zeigt deutlich, dass man viele Interessierte und Partner braucht, mit denen man sich gemeinsam über die Perspektiven des ländlichen Raums unterhalten kann, wie Sie noch im Verlauf meines Vortrags sehen werden.

Ich freue mich natürlich ganz besonders, dass ich Jochen Hartloff, den Fraktionsvorsitzenden der SPD im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen kann. Frau Kohnle-Gros ebenfalls ein ganz herzliches Willkommen. Es ist mir eine Freude sie beide begrüßen zu dürfen, weil ich weiß, dass das Parlament diese Initiative ganz besonders würdigt und mitträgt.

Natürlich gehören, und das werden Sie nachher noch aus meinem kurzen Einführungsvortrag hören, die Kommunen und die kommunalen Partner als Akteure mit dazu und stellvertretend darf ich den gastgebenden Landrat, Herrn Dr. Hirschberger, seine Kollegen aus den benachbarten Landkreisen und mit Ihnen natürlich alle Vertreter und Vertreterinnen auf kommunaler und Kreisebene, die Orts-, Verbands- und Stadtbürgermeister begrüßen. Stellvertretend für die Landwirtschaft, die Landwirtschaftskammern und die Bauern- und Winzerverbände möchte ich Herrn Gockel und Herrn Steinhauer herzlich willkommen heißen. Sie sind mit besonderem Engagement an der Weiterentwicklung des Themas ländliche Räume und Energie beteiligt. Ich freue mich, dass auch so viele interessante Referentinnen und Referenten zugesagt haben und will nur einen stellvertretend herausgreifen, weil es ein hervorragendes Projekt ist, welches ich auch mit einweihen durfte. Es ist schon etwas Besonderes, wenn man in Rheinland-Pfalz ein Kloster haben will, das energieautark ist. Ihnen, lieber Abt Bruno, ein ganz herzliches Dan-

keschön und von dieser Seite einen Glückwunsch zum Euro-Solar-Preis 2009, den Sie vor kurzem verliehen bekommen haben. Wir werden im Laufe der Veranstaltung noch interessante Aspekte vom energieautarken Kloster Himmerod hören.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde nachher noch die Gelegenheit haben, einen Preis zu vergeben - und das hat etwas mit diesem Veranstaltungsort zu tun.

Ich freue mich, die Vertreter der Energieeffizienz-offensive Rheinland-Pfalz, der EOR in Kaiserslautern, heute zu begrüßen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, worum geht es uns mit dieser Veranstaltung? Das Thema Perspektive für ländliche Räume wird unter Federführung meines Kollegen Hendrik Hering in der Landesregierung vorangetrieben. Seien Sie versichert, dass alle Ressorts der Landesregierung daran integrativ beteiligt sind, weil nur gemeinsam die Entwicklung zielstrebig vorangebracht werden kann. Aus diesem Grund haben wir uns verständigt, dass ich im Rahmen dieses Programms, in dem es u. a. um die Entwicklung des Tourismus, der Gesundheitswirtschaft und auch der Infrastruktur geht, Gastgeberin für das Thema Energiekonzepte für die ländlichen Räume sein darf.

Energiekonzepte sind Potentiale und Bausteine, um die es bei der Entwicklung der ländlichen Räume geht. Dies haben wir auch eben von Herrn Dietz, der mit seinem Unternehmen diese Veranstaltungsreihe moderiert und begleitet, schon gehört.

„Wir bringen Potentiale zur Entfaltung“ heißt eigentlich die Überschrift, mit der die Landesregierung die Entwicklung der ländlichen Räume vorantreiben will. Die Potentiale, meine sehr verehrten Damen und Herren, kommen, wie Sie wissen, aus den ländlichen Räumen, aber man muss sich das immer auch wieder ein Stück weit bewusst machen. Es ist nun einmal die unglaubliche Vielfalt einer unglaublich schönen Kulturlandschaft die - wie Sie wissen - Schätze birgt, die zur Entdeckung einladen und die die Basis bilden gerade für

die Entwicklung eines naturnahen Tourismus, der noch Zuwachsraten hat. Dies sage ich als Mensch, der aus dieser Region stammt, der weiß welche Potentiale in der Region stecken.

Die Land- und Forstwirtschaft darf nie vergessen werden. Sie ist eine wichtige Ressource, nicht nur bei dem Thema Erneuerbare Energie, die bei der Veranstaltung heute im Mittelpunkt steht. 80% unserer Fläche in Rheinland-Pfalz werden durch Land- und Forstwirte bewirtschaftet. Dies wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung immer kontrovers diskutiert, teilweise mit den Aussagen der ganze Sektor der Urproduktion, ist auf dem absteigenden Ast und die großen Themen, das sind doch eigentlich die, die im Dienstleistungsbereich liegen oder Gott sei Dank heute wieder verstärkt in der Industrie.

Wir dürfen aber gerade die Land- und Forstwirtschaft mit ihren Potentialen für Wertschöpfung, für Ressourcen, für Wohlfühlen, auch mit der sekundären und mittelbaren Wirkung nie unterschätzen. Sie sind wichtig für die Attraktivität der ländlichen Räume. In unseren ländlichen, nicht städtisch strukturierten Räumen leben mehr als 2/3 der Menschen in Rheinland-Pfalz. Man muss auch immer wissen, was das einfach auch ganz konkret bedeutet, sich um die Belange der Menschen zu kümmern und ihnen eine Perspektive zu geben. Natürlich wissen Sie, dass das Thema Demographie gerade auch die ländlichen Räume vor große Herausforderungen stellt, auch hier in der Westpfalz. Das Thema Infrastruktur steht immer auf der Tagesordnung bei Ihnen und das ist auch ein Schwerpunkt der Entwicklung der ländlichen Räume, auch für die Landespolitik. Ich nenne nur die Stichworte Verkehrsinfrastruktur zur Sicherstellung einer Mobilität und Kommunikation.

Kommunikationsinfrastruktur ist ein immer bedeutender werdendes Thema, auch das hat etwas mit der Entwicklung von Energie in der Region, mit Kommunikationstechnologien und Infrastruktur auch in Zukunft zu tun. Hier sei das Stichwort Breitbandinitiative der Landesregierung zusammen mit Ihnen vor Ort genannt.

Ich glaube, wir können Politikfelder nicht gegeneinander abgrenzen, sondern wenn wir es gut machen und das ist das, wie wir in der Landesregierung arbeiten, dann müssen die einzelnen Politikfelder wie Zahnräder synchron und abgestimmt ineinandergreifen.

Daraus wird eine unglaublich starke Bewegung und das ist das, was wir damit auch vermitteln wollen. Das gilt aber nicht nur ressortübergreifend in der Landesregierung, sondern es geht nur, wenn man das mit ganz vielen Akteuren vernetzt und diese auch wie Zahnräder die Dinge damit in Bewegung bringen und in Bewegung halten.

Ich möchte Ihnen einige Aspekte zum Thema Potentiale der Umwandlung unseres Energiesystems für die ländlichen Räume näherbringen. Wir könnten sagen, die ländlichen Räume profitieren natürlich enorm von dem Umbau, der sich vollzieht und vollziehen muss in der Energieversorgung. Einfach, wenn es darum geht, eine klimafreundliche Energieversorgung zu etablieren, also weg von der CO₂-lastigen Energieversorgung hin zu einer CO₂-armen.

Wenn es darum geht, die große Abhängigkeit von Energieimporten zu ersetzen durch Energien, die wir hier vor Ort haben, durch sogenannte heimische Energieträger, dann machen wir uns unabhängiger von der preistreibenden Wirkung der Rohstoffe und Energierohstoffe, die gerade durch die Weltmärkte stark bestimmt sind. Ziel ist es, sich unabhängig zu machen von allen Rohstoffen, die ölbasiert sind - auch Gaspreise sind ölbasiert.

Die Umstellung auf preisstabilere, weil rohstoffarm oder mit regionalen Rohstoffen erzeugte, Energie ist technologiebestimmt. Heimische Ressourcen wie Sonne und Wind machen uns unabhängig von den Entwicklungen bei den Rohstoffpreisen. Dafür sind die Akteure der ländlichen Räume unersetzlich, wenn es um den Umbau unseres Energiesystems, unserer Energieversorgungsinfrastruktur geht und davon profitieren diese auch. Es ist in der Tat so, dass es zunehmend, und das spürt man ja auch hier, zu einer



dezentralen Energieversorgung kommt und auch kommen muss. Dies bedeutet wiederum, Energie- und Energieinfrastrukturleistung auch für die Zukunft vor Ort zu entwickeln und auch dauerhaft sicherzustellen.

Mein Kollege Hendrik Hering hat in seiner Regierungserklärung zur Politik der ländlichen Räume gesagt, Politik muss dem Prozess des Wandels einen Rahmen geben. Ich glaube, das ist das, was uns alle verbindet. Es geht hier nicht darum, dass wir Politiker unternehmerisches Handeln ersetzen, das können wir nicht, aber ich glaube Politik und dazu lade ich einfach alle Ebenen ein, ist schon dazu da oder dafür auch verantwortlich, dass sie ein Framework, einen Rahmen setzt. Sie soll auch steuern und eine Richtung angeben, das ist auch das, was ich von einer aktiven sozialen Marktwirtschaft eigentlich auch verlange.

Wir müssen uns fragen:

- Wo liegen die Potentiale?
- Wo liegen unsere Visionen für eine Gesellschaft in der Zukunft?
- Wo sehen wir, dass die Menschen auch eine Perspektive haben?

Dazu gehört in der Tat auch, den Rahmen zu entwickeln in der Diskussion mit allen Beteiligten und das sind vor allem auch die Akteure der Kommunen, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft.

Wenn wir das Thema Energie aus der Sicht der ländlichen Räume noch einmal näher beleuchten, dann können wir sagen, unsere Regionen sind eigentlich voller Energien. Sie verfügen über einen Energie- und Energierohstoffmix, der geradezu komfortabel ist z. B. Sonnenenergie oder Windenergie in unseren windreichen Regionen oder Energie vom Acker in Form von Biogas.

Erdwärme ist eine weitere Ressource - nicht nur Tiefengeothermie, sondern auch die Oberflächenwärme. Dies alles sind Ressourcen, die wir in der Fläche finden. Lassen Sie mich am Beispiel der Biomasse ausführen, warum wir Sie als Akteure vor Ort brauchen.

Landwirtschaft ist natürlich ein geborener Partner und wir verbinden auch damit Perspektiven für die Bewirtschaftung im Land, gerade auch in den Mittelgebirgsregionen, wo wir, ohne eine Landwirtschaftsdebatte zu führen, sehr wohl wissen, dass diese Landwirte vor einer besonderen Herausforderung stehen. Wir wollen sie unbedingt in der Fläche haben, weil sie einfach prägend sind für unsere Kulturlandschaft.

Wir stellen uns diesen Aufgaben nicht erst seit heute. Ich spreche Herrn Steinhauer in besonderer Weise jetzt noch einmal an, weil er sehr früh, vor mehr als vier Jahren, einen gemeinsamen Ausschuss der Landwirtschaftskammer gegründet hat. Herr Steinhauer sitzt dem Ausschuss zum Thema nachwachsende Rohstoffe vor, in dem auch die Ministerien beteiligt sind, auch meine

Mitarbeiter. Ich bin ihm dankbar für seine vielfältigen Aktivitäten.

Im Übrigen betreibt er einen Hof, wo er in verschiedenen Bereichen der Biomasse experimentiert und ist selbst ein Teil der Entwicklung der Biomassenutzung. Wir stehen aber auch, wenn es um Biomassenutzung geht, vor einer zweiten Herausforderung. Der Frage, wie kommen wir in Zukunft aus diesem Konflikt heraus, hier primär die bodengebundenen Rohstoffe in die Ernährung zu bringen und trotzdem auch ergänzend, ich sage bewusst ergänzend, Energierohstoffe zu gewinnen und zu nutzen, ohne das primäre Ziel dabei zu vernachlässigen. Das ist im globalen Maßstab eine noch viel, viel größere Herausforderung.

Wir diskutieren darüber und müssen uns darüber unterhalten, auch wegen der Akzeptanz, dass wir nicht nur Monokulturen haben wollen, aber auch, dass man es richtig machen kann mit Zwischenfrucht, mit Fruchtfolgen. Daraus kann ein ökologischer Vorteil entstehen.

Das sind ganz konkret die Fragen, mit denen man sich dabei beschäftigt, vor allem hier bei dieser Veranstaltung in Konken. Diese Themen werden heute Abend noch eine wichtige Rolle in den einzelnen Beiträgen spielen.



Wir müssen die bodengebundenen Ressourcen, gerade die Biomasse aus der Landwirtschaft, hocheffizient nutzen. Wir dürfen uns nicht damit zufrieden geben, nur Gas herzustellen, aus dem wir elektrische Energie gewinnen. Wir müssen aus diesem Gas Strom und Wärme machen. Das ist eine viel effizientere Nutzung und Konken ein positives Beispiel dafür. In Konken wurde eine bestehende Biogasanlage von Herrn Schneider ergänzt durch ein örtliches Energiekonzept mit dem Partner Stadtwerke Kusel. In den durch ein Wärmenetz angeschlossenen Gebäuden wird hier die Wärme in einer Kraft-Wärme-Kopplung genutzt und damit sind wir wieder bei dem Thema Infrastruktur. Es geht in der Tat vor Ort um Entscheidungen und um Infrastruktur. Dieses Beispiel führt mich auch dazu, wie wichtig hier die Partner Kommunen und kommunale Gebietskörperschaften inklusive ihrer Zusammenschlüsse und Kooperationsformen, bis hin zu den Raumordnungsverbänden, sind.

Warum? Weil sie über bestimmte Schlüsselkompetenzen verfügen, die man dazu braucht, wenn man Regionen stärkt, aber vor allen Dingen auch,

wenn man Energiekonzepte vor Ort umsetzen will. Zum Beispiel, weil sie eine enorme, nie zu unterschätzende Bürgernähe aufweisen. Egal wie sehr wir uns mit der Landespolitik vor Ort anstrengen, wir sind sehr stark angewiesen auf eine mediale Unterstützung, wie wir das mit der landesweiten Energiesparkampagne auch tun. Je näher man vor Ort ist, desto besser klappt die direkte Kommunikation. Man kann über Bürgerforen und -beteiligungen auch Menschen mobilisieren und wir brauchen alle Partner dabei. Die Entwicklung von Energiekonzepten ist in der Tat eine regionale Aufgabe, z. B. kann es für eine Ortsgemeinde ein kleines Energiekonzept sein oder für ein Bebauungsgebiet, es kann aber auch ein Konzept für eine Einheit wie ein Kloster sein. Das Ganze hängt damit zusammen, mit welchen Ressourcen Sie es zu tun haben, bei Biomasse muss man oft auch viel größere Flächen betrachten, als z.B. bei Wind oder bei anderen Energieformen.

Auch das Thema Holz spielt bei der Biomasse eine wichtige Rolle - wir sind das walddreichste Bundesland. Es ist nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Forstwirtschaft. Dazu gehört auch, dass



Sie vor Ort Partner haben, die die Landesregierung auch bewusst in der Region verankert hat: das sind meine Forstämter. Wir haben uns bei der Forstreform dafür entschieden, teilweise gegen bis heute anhaltende Kritik von anderen, dass wir so etwas wie ein Gemeinschaftsforstamt vor Ort haben, weil dort die Kompetenz gebündelt ist wie bei den Dienstleistungszentren ländliche Räume.

Die Kompetenzen wurden gebündelt, um eine hochkompetente Beratungstätigkeit leisten zu können. Es wird dort gemeinsam mit den Partnern, beginnend mit den kommunalen Waldeigentümern bis hin zu Privatwaldeigentümern, eine Holzmobilisierung vorangetrieben. Gemeinsam werden Energiekonzepte auf der Basis Holz entwickelt. Dies ist nur ein Baustein zur Clusterstrategie für die Wertschöpfung im Bereich Holz. Die Gemeinschaftsforstämter sind wie auch die Dienstleistungszentren ländliche Räume wichtige Partner für die Infrastruktur in den ländlichen Räumen.

Meine Damen und Herren, Kommunen, ich komme noch einmal darauf zurück, sind Ressourcenmanager. Das hat man vielleicht früher nicht so gesehen, da wurden sie nur im Bereich der Abfallentsorgung verstärkt wahrgenommen. Wir reden heute überhaupt nicht mehr über Abfälle, wir reden über Rohstoffe. Abfälle sind Rohstoffe und wir haben heute bereits

Energieunternehmen in Rheinland-Pfalz, hier beispielsweise in der Region Eifel und im Raum Trier, die sind darauf angewiesen, dass sie sogenannte Sekundärrohstoffe nutzen, weil sie als energieintensives Unternehmen sich nicht mehr auf die Weltrohstoffpreise verlassen können, wenn sie den Standort Deutschland und Rheinland-Pfalz halten wollen. Das heißt, sie nutzen Sekundärrohstoffe aus Abfällen, aber sie sind auch Energiemanager, weil sie über Biomasse verfügen, über die verschiedensten Formen der Biomasse, die sie, sei es der Grünschnitt vor Ort, gemeinsam mit Reststoffen aus der Landwirtschaft bis hin zu Gülle über neue Verfahren nutzen können. All das heißt, dass man es auch nicht nur bei der Potentialanalyse der Rohstoffe oder der Energieträger vor Ort belassen kann, sondern, dass man dann aber auch in die Planung gehen muss. Und dann kommt die nächste wichtige Kompetenz der Kommunen, die Kompetenz vor Ort.

Sie sind nämlich Planungsträger auf den unterschiedlichsten Ebenen und dass man angefangen von dem Energiekonzept in einer Gemeinde bis zu Energiekonzepten in einer Region natürlich auch damit das Planungsrecht nutzen kann. Das ist auch z.B. eine ganz wichtige Frage, wenn es um Akzeptanz von Windkraft geht oder von Fotovoltaik-Freiflächenanlagen. Dies verlangt eine vernünftige Planung, damit das auch akzeptiert ist und damit auch die unterschiedlichsten Belange



vor Ort berücksichtigt werden. Deswegen braucht man kommunale und regionale Partner. Planungsträger sind nun einmal bei uns die Kommunen, und deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind das einfach Schlüsselkompetenzen. Nicht zuletzt, wenn wir an die kommunalen Unternehmen denken und ich habe vorhin hier das Projekt Konken genannt, das in Kooperation mit einem kommunalen Stadtwerk umgesetzt worden ist. Für die kommunalen Unternehmen sind alle Energieträger energierelevant. Denken Sie an Ihre Abwasserentsorgung. Jede kleine Anlage verlangt heute ein eigenes Energiekonzept. Kläranlagen haben auch Energierohstoffe wie z. B. Methangas die ein Teil der Biomasse sind.

Ihre Stadtwerke spielen eine wichtige Rolle in der Energieversorgung oder im Netzmanagement, was an dieser Stelle genauso notwendig ist. Deswegen ist mir ihre Rolle so wichtig und Jochen Hartloff war auch einer der Akteure - nicht nur, weil er weiß, was ihm sein Stadtwerk wert ist - , sondern auch weil wir einfach wussten, wenn wir in Rheinland-Pfalz in diese Richtung gehen, dann müssen wir auch die Akteure stärken. Akteure stärken hieß an dieser Stelle, dass wir die Kommunen mit ihren kommunalen Unternehmen aus den Fesseln eines sehr engen kommunalen Wirtschaftsrechtes befreien mussten. Wir haben sie nicht bessergestellt als private Unternehmen, wir haben sie nicht bessergestellt im Wettbewerb, wir haben ihnen nur manche Wettbewerbszwänge genommen, wo sie schlechter gestellt waren, sodass sie heute auch als Akteure besser tätig werden können. Deswegen haben wir auch, durchaus auch aus strategischen Gründen, oder weil wir auch wussten, wie wichtig die Daseinsvorsorge vor Ort ist, das Gemeindefortschrittsrecht in diesem Sinne geändert. Dies ist heute ganz konkret vor Ort auch nutzbar. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das bedeutet natürlich, niemand kann als Akteur in den Regionen alleine alles entwickeln und da sind Sie ja auch mittlerweile glaube ich auf einem sehr guten Pfad in der Westpfalz.

Durch das regionale Entwicklungskonzept Westpfalzstrategie, das hier schon auf den Weg ge-

bracht worden ist, sieht man, dass hier mittlerweile eine Plattform besteht, wo man zusammenarbeitet. Ich glaube, das ist auch genau der Rahmen, wo man das Thema Energie aufsetzen muss, dass man sich über regionale Kooperationen Partner sucht.

Energie ist in allen regionalen Entwicklungskonzepten mittlerweile eine Schlüsselkomponente - sei es die Identifizierung, welche Ressourcenpotentiale, Flächen und Entwicklung haben wir oder die Energiesteckbriefe vor Ort mit den Bedarfsanalysen von Wärme und ggf. auch Strom für die Zukunft. Dazu gehört, dass man Partner identifiziert. Wir müssen uns fragen, welche Akteure haben wir vor Ort, nicht nur in der Land- und Forstwirtschaft, sondern auch welche Unternehmen gibt es, die dazu einen Beitrag leisten können. Dies sind nicht nur die Unternehmen der klassischen, also der Herstellerbranchen für erneuerbare Energien, die auch überall in den Regionen bei uns immer stärker werden, sondern es sind vor allen Dingen auch das Handwerk. Es sind kleine mittelständische Unternehmen, es sind viele Dienstleister, die damit Beiträge leisten können. Es sind nicht zuletzt auch unsere Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen und die Hochschulen, die nicht nur bei diesem Thema ganz wichtige Partner sind.

Wenn man hier in die Nähe schaut, so findet man natürlich den Umweltcampus Birkenfeld in ganz besonderer Weise, aber auch die Transferstelle Bingen genauso wie die gesamte Hochschullandschaft mit den Fraunhofer-Instituten in Kaiserslautern, die hier ganz wichtige Kooperationspartner auch bei der Entwicklung des Themas Energie in Rheinland-Pfalz insgesamt und für die ländlichen Räume sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss, wir haben Vieles, wir sind dabei, Vieles auf den Weg zu bringen. Warum? Weil wir eine Idee dabei haben. Wir gehen von den Bedürfnissen und von den Lebenswirklichkeiten der Menschen in den ländlichen Räumen aus und wissen - und das ist das was uns verbindet - dass wir den

Menschen in ihrem Umfeld eine Perspektive geben müssen. Eine Perspektive, dass es sich lohnt hier zu bleiben, nicht nur, weil es so eine schöne Landschaft ist, sondern weil ich ausgehend von meinem Wohnort, da, wo ich aufgewachsen bin oder aus der Region heraus weiß, ich habe auch eine persönliche Entwicklung. Nicht, dass ich gegen Mobilität bin, wem sagen Sie das, weil ich selbst quasi ein Mobilitätsprojekt hinter mir habe schon in meinem ganzen Leben.

Das ist nicht der Punkt, aber dennoch wissen, dass man in die Regionen kommt oder hierherziehen kann und auch dauerhaft eine Perspektive hat für sich, für seine Kinder und auch für potentielle Arbeitsplätze. Damit steht und fällt alles. Dieses Prinzip Hoffnung, auch dass hier Arbeitsplätze entstehen, das ist das, woran die Kreise und alle Akteure vor Ort so intensiv landesweit arbeiten. Das ist das, was das oberste Ziel ist und deswegen wissen wir auch, dass neben all dem, was ich gesagt habe, nicht nur die Lösung der Energiefrage eine Frage für die Zukunft ist, sondern auch z. B. die Reduzierung von Importabhängigkeiten. Das Tolle dabei ist, dass wir hiermit die Chance haben, tatsächlich auch Arbeitsplätze zu halten und zu schaffen. Vor allen Dingen nicht nur irgendwelche, sondern Arbeitsplätze, die von Dauer sind und die vor allem auch zukunftsfähig sind. Es sind keine kurzfristigen Effekte, die wir hier erzeugt haben. Neben den erneuerbaren Energien sind es vor allem die Einsparenergien. Das vor Ort zu mobilisieren, dafür brauchen Sie vor allen Dingen Ihr Handwerk. Das ist das, was uns in der jetzigen Wirtschaftskrise auch ein Stück weit stabilisiert und das sind die Akteure, die davon profitieren, dass wir auch ein Konjunkturpaket II jetzt aufgelegt haben, wo gerade die Stärkung der ländlichen Räume, der kommunalen Infrastruktur im Mittelpunkt steht.

Zur Schaffung und zur Entwicklung der Arbeitsplätze ist das ein hervorragendes Konzept. Wir unterstützen Sie gerne dabei mit einer Fülle von Förderungen und dies auch ressortübergreifend über die klassischen Förderinstrumente. Selbstverständlich gibt es auch Förderungen für die Land-

oder für die Forstwirtschaft. In meinem Haus wird auch ganz konkret die Entwicklung von Energiekonzepten unterstützt, von der Beratung über die Förderung von Energiekonzepten bis hin zur Umsetzung. Dies gilt oder auch für die Entwicklung von Energieinfrastruktur, weil wir wissen, dass manche leitungsgebundene Energieinfrastruktur teuer ist und auch der Unterstützung bedarf. Das betrifft insbesondere die Entwicklung von Wärmenetzen, wo ich dankenswerter Weise über das Konjunkturpaket II, 48 Projekte in den Kommunen fördern kann, gerade auch den Ausbau von Energieinfrastruktur. Zusätzlich habe ich 10 Millionen im Haushalt, um auch über ein Zinszuschussprogramm solche Konzepte zu unterstützen. Alle diese Ideen müssen vor Ort entwickelt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen bedanke ich mich herzlich, dass Sie da sind. Ich glaube, Sie haben ein tolles Programm vor sich und ich möchte Sie noch ganz einmal herzlich Willkommen heißen.

Herr Ministerialrat Walter, als Vertreter des Kollegen Hendrik Hering, wird hier im Anschluss aus Sicht des Wirtschaftsministeriums dazu etwas sagen.

Ganz herzlichen Dank für Ihr großes Interesse, nehmen Sie viele gute Ideen mit und wir stehen Ihnen an jeder Stelle auch gerne zur Verfügung mit all dem, was wir auch als Infrastruktur bzw. an Beratungstätigkeiten und Dienstleistungen mittlerweile auf den Weg gebracht haben.

Nicht die zentrale Energieversorgung von heute schafft so wahnsinnig viele Arbeitsplätze für uns. Dies ist schon gar keine Energie für den Mittelstand, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was wir gemeinsam vorhaben, das schafft nicht nur vor Ort Arbeitsplätze, das ist auch gut für die rheinland-pfälzische Wirtschaft, für den Mittelstand und damit die Arbeitsplätze und die Perspektiven der Menschen. Vielen Dank!

Ehrungen:





Ansprache Herr Gerald Walther:

Sehr geehrte Frau Ministerin Conrad, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich, Sie auch im Namen von Herrn Staatssekretär Prof. Dr. Englert, der eigentlich heute kommen wollte, aber einen anderweitigen Termin hat, zu begrüßen.

Es freut mich sehr, wie bei schon vorherigen Veranstaltungen, auf die ich vielleicht noch kurz eingehen werde, auch Sie heute hier so zahlreich bei dieser Veranstaltung im Rahmen des Forums ländlicher Raum 2009 zu sehen. In den Forumsveranstaltungen geht es um die Umsetzung des von Frau Ministerin Conrad bereits erwähnten Strategiepapiers für die Entwicklung der ländlichen Räume. Dieses Strategiepapier basiert auf 6 Regionalkonferenzen, die im Jahr 2007 abgehalten wurden. Hierbei wurden aktuelle und künftige Herausforderungen und Chancen für die ländlichen Räume identifiziert und auch breit diskutiert. In diesem genannten Strategiepapier wurden hierbei konkrete Handlungsansätze weiterentwickelt.

Das Strategiepapier verfolgt vor allen Dingen 3 Ziele. Die ländlichen Räume als eigenständige Lebensräume zu entwickeln, Arbeitsplätze durch Stärkung der Wirtschaftskraft zu schaffen und die örtlichen Versorgungsstrukturen zu sichern und zu verbessern.

Über die Bedeutung der ländlichen Räume hat Frau Ministerin Conrad schon sehr viel ausgeführt. Deswegen möchte ich eigentlich das Zahlenwerk, dass wir gerne jedes Mal erzählen, hier sparen. Es geht aber darum, auch noch mal aus unserer Sicht darzulegen: Die ländlichen Räume sind nicht nur wichtig, sie waren nicht nur wichtig, sondern sie sollen es auch in Zukunft sein und sie besitzen insbesondere unserer Meinung nach große Potenziale. Und die Landesregierung wird deshalb auch in ihren Bemühungen um die Entwicklung der ländlichen Räume und um die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Landesteilen von Rheinland-Pfalz nicht nachlassen.

Das große Interesse, das bei den bisherigen Veranstaltungen im Rahmen des Forums in diesem Jahr fanden, zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg





sind. Ich möchte Ihnen nur mal kurz die Themen darlegen: Das ganze begann im April in Kleinmaischeid mit dem Thema „Keine Chance ohne DSL“ - Nutzung moderner Kommunikationstechnologien für Wertschöpfung und Lebensqualität im ländlichen Raum“. Im August ging es in Hillesheim weiter mit Thema „Neue Wege im ländlichen Raum - Waldflurbereinigung und Nahverkehr“. Vor knapp 3 Wochen war in Morbach eine Veranstaltung zu dem Thema „Unternehmensnachfolge“. An der Bandbreite der Themen sehen Sie, dass das Strategiepapier sich nicht nur mit einem speziellen Thema befasst, so wie es oft in der Vergangenheit der Fall war, sondern das man versucht, durch einen integrierten Ansatz mit vielen verschiedenen Segmenten hierfür zu sensibilisieren auch mit dem Ziel, damit Wertschöpfung mit und für den ländlichen Raum zu schaffen.



Mit der heutigen Veranstaltung soll hierbei auch, der durch das Strategiepapier an das Forum gerichtete Auftrag umgesetzt werden, Sie, die interessierte Bevölkerung, Kommunen und andere Stellen mit Hilfe von Best-Praktice-Projekten über Möglichkeiten und Vorgehensweisen zu informieren sowie Erfahrungen auszutauschen.



Das Thema der heutigen Veranstaltung lautet, wie Sie alle lesen konnten, „Energiekonzepte für den ländlichen Raum“. Was bringen, was helfen dem ländlichen Raum - Frau Ministerin Conrad hat hierzu auch schon einiges ausgeführt - Energiekonzepte.

Ich war mir nicht ganz im Klaren, ob ich die Zahl nennen soll, aber ich denke, allein für mich war es beeindruckend, weil ich das auch hinterher im Internet noch mal nachgeschaut habe: Weltweit werden an einem Tag circa 10 – 11 Millionen Tonnen Erdöl befördert, rund 14 Millionen Steinkohle und rund 8 Milliarden Kubikmeter Erdgas. Das sind unvorstellbare Zahlen, tagtäglich. Der Verbrauch, davon kann man ausgehen, wird weiter ansteigen. Es gibt unterschiedliche Schätzungen. Man geht aber davon aus, dass er sich bis zum Jahre 2050 in etwa noch mal verdoppeln wird. Einfach aus Gründen, dass Entwicklungsländer



sich weiter realisieren und dass die Weltbevölkerung weiter ansteigt.

Der Zusammenhang zum ländlichen Raum denke ich, wurde auch in der vorherigen Rede schon dargelegt. Erneuerbare Energien sind vielfach heimische Energieträger, die zu regionalen Wertschöpfung beitragen und Arbeitsplätze sichern. So wurde in Deutschland im Jahre 2008 mit erneuerbaren Energien ein Gesamtumsatz von 29 Milliarden Euro erzielt. Mehr als 270.000 Menschen waren im letzten Jahr in diesem Bereich beschäftigt.

Energiekonzepte für den ländlichen Raum, erneuerbare Energien können also Einkommensalternativen gerade im ländlichen Raum schaffen. Insbesondere für die Landwirtschaft ergeben sich bei erneuerbaren Energiekonzepten Chancen und Perspektiven.

Wir haben in Rheinland-Pfalz eine moderne, eine leistungsfähige Landwirtschaft, deren Hauptaufgabe die Nahrungsmittelerzeugung ist und umstritten auch bleiben wird. Der Druck auf die Agrarmärkte nicht nur bei Milch, sondern auch bei den Getreidemärkten zwingt die Landwirtschaft aber, zusätzliche Einkommensmodelle zu erschließen. Viele Betriebe haben sich bereits weitere Standbeine etwa als Direktvermarkter oder als Veredler in der Nahrungswirtschaft aufgebaut.

Aber auch im Bereich der erneuerbaren Energien sind unsere Landwirte aktiv. Wie Frau Ministerin

Conrad bereits sagte, werden in Rheinland-Pfalz rund 100 Biogasanlagen überwiegend landwirtschaftlich betrieben. Es wird Raps angebaut, der neben der Nutzung als Speiseöl und als Futtermittel auch als Treib- und Schmierstoff genutzt werden kann. Zuckerrüben werden der Bioethanolproduktion zugeführt. Auf vielen Dächern landwirtschaftlicher Gebäude befindet sich Photovoltaikanlagen. Es gibt sicherlich noch weiteres Potenzial für die Landwirtschaft im Bereich erneuerbaren Energien. Sei es als Energieerzeugung, Lieferant oder auch als Dienstleister. Diese Aktivitäten tragen nicht zuletzt auch zu einer flächendeckenden Landbewirtschaftung und damit der Erhaltung unserer Kulturlandschaft bei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um dies zu unterstützen, wurde zum Beispiel im Jahr 2007 beim Dienstleistungszentrum ländlicher Raum Eifel in Bitburg das sogenannte „Beratungszentrum Nachwachsende Rohstoffe“ als rheinland-pfälzische Koordinierungsstelle für nachwachsende Rohstoffe eingerichtet. Seine Kernarbeiten sind die Erstberatung zur Nutzung nachwachsender Rohstoffe sowohl für die Landwirtschaft als auch für andere Nutzer, die sich der landwirtschaftlichen Rohstoffe bedienen. Weiterhin die Vermittlung von Experten von Spezialfragen, sowie das Management des sogenannten Kompetenznetzwerkes nachwachsender Rohstoffe, bei dem auch über die beiden Ressorts, aber auch zusammen und mit dem Wissenschaftsministerium und weiteren Stellen wie zum Beispiel Umweltcampus Birkenfeld, Fachhochschule Trier, Landwirtschaftskammer, Bauern- und Winzerverbände zusammen gearbeitet wird.

Einer der Schwerpunkte des Beratungszentrums ist der Bereich Biogas. Wir haben hier schon einige, diese sind aus unserer Sicht, Frau Ministerin, nicht immer von der Ballung her so glücklich, wie wir es gerne im Optimalzustand hätten, aber die Anlagen sind nun mal da und wichtig ist, dass diese Anlagen richtig, vor allem optimal genutzt werden. Dies geschieht sinnvoller Weise in einem Konzept, das eine ganze Kommune oder eine ganze Region berücksichtigt. Grundvoraussetzung

für eine entsprechende Investition sind aber auch verlässliche Rahmenbedingungen und damit Planungssicherheit. So ist es aus unserer Sicht unverstänlich, wenn im Jahr 2008 im Zusammenhang mit der Änderung des EEG's eine als notwendig angesehen und beschlossene Erhöhung des Na-WaRo-Bonus um 1 Cent pro Kilowattstunde bereits nach wenigen Monaten im Jahr 2009 wieder in Frage gestellt wird.

Zeigen Sie mir den in der Landwirtschaft, der auf dieser Basis investieren soll. Eine solche Vorgehensweise wurde von Rheinland-Pfalz nicht mitgetragen und wird nicht mitgetragen.

Eine weitere Aktivität, die aufgrund des Strategiepapiers initiiert wurde, ist der Aufbau eines Netzwerkes zum Thema Nahwärme und Energiemix. Der Startschuss zu diesem Netzwerk erfolgte vor gut einem Jahr. Dieses Netzwerk, das auch auf regionaler Ebene des DLR Eifel entstanden ist, wird Ihnen nachher in der 1. Gesprächsrunde durch Herrn Pinn vom Forstamt Hillesheim vorgestellt. Weitere interessante Ansätze und bereits vorgenommene konkrete Projekte werden Ihnen näher gebracht. Wir wollen hier bei dieser Tagung heute dazu beitragen, Informationen weiterzugeben, Erfahrungen, die gemacht wurden, kennen zu lernen, sowohl positive als auch negative, und Ihr Interesse zu wecken.

Wir möchten mit Ihnen gemeinsam darüber diskutieren, wo liegen konkrete Chancen und Vorteile von Energiekonzepten und erneuerbaren Energien für den ländlichen Raum für Kommunen? Welche Erfahrungen wurden bisher gemacht? Wo bestehen, wo bestanden, wo gibt es eventuell in Zukunft Hürden und Hemmnisse? Welche konkreten Maßnahmen sind zum Beispiel für den weiteren Ausbau der Bioenergie im kommunalen Bereich notwendig? Welche strukturellen Voraussetzungen sind zu schaffen, um eine solche Entwicklung zu initiieren und zu begleiten? Wir wollen Energiekonzepte für den ländlichen Raum und damit auch erneuerbare Energien etablieren. Dabei sind wir auf Ihre Mithilfe und Ihr Mitwirken angewiesen.

Meine Damen und Herren, Deutschland transferiert jährlich für Erdöl und Erdgas rund 30 Milliarden Euro in andere Volkswirtschaften. Dies wird man mit Sicherheit von einem Tag auf den anderen nicht ändern können. Die Ausgaben für erneuerbare Energien könnten in der Region bleiben und, wie bereits Frau Ministerin Conrad sagte, bei Kommunalbetrieben, bei Landwirten, bei Anlagenbauern oder auch bei Handwerkern. Die gesamten vor- und nachgelagerten Bereiche, Industrie- und Mittelständiges Gewerbe und selbstverständlich auch die Kommunen können hier gleichermaßen zum Nutznießer werden.

Das Energiekonzept für den ländlichen Raum in Form eines bestimmten Rezeptes gibt es nicht. Es gilt für die jeweilige Kommune, für die jeweilige Region das Machbare, das Umsetzbare herauszuarbeiten. Wir wollen Sie dabei unterstützen, eigene Energiekonzepte zu erarbeiten. Energiekonzepte, die sich an den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort orientieren. Ich wünsche Ihnen allen interessante Gesprächsrunden und Diskussionen. Vielen Dank.

Gesprächsrunde 1:

Es spricht Stefan Dietz:

Haben Sie herzlichen Dank. Ich denke, damit ist der Teppich wunderbar ausgeräumt für die, die jetzt kommen und die ihre Ansätze vorstellen und für Sie meine Damen und Herren sind jetzt drei interessante Beispiele vor der Pause vorgesehen. Fragen, die Sie haben, halten Sie sich am besten fest. Wir wollen über alle Projekte hinweg eine kurze, lebendige Diskussion mit Ihnen gemeinsam führen. Der Rahmen ist wunderbar gesetzt, wie gesagt der Teppich ist ausgerollt. Die Erste, die ich auf den Teppich bitten möchte, ist

Frau Prof. Dr. Martina Klärle, die ich bitte, mit einem Applaus zu mir zu geleiten. Frau Klärle ist den fleißigen Besuchern des Forums ländlicher Raum durchaus schon bekannt, weil sie auch zu anderen Themen wertvolle Impulse beigesteuert hat. Das ist wie Bambiverleihung; Einen Preis hatten wir vorhin, ein weiterer Preisträger wurde schon begrüßt und auch Frau Prof. Klärle darf ich begrüßen mit einem herzlichen Glückwunsch: Sie sind zum einen an der Fachhochschule Frankfurt als Professorin für Landmanagement und gleichzeitig als Planungsbüro in der Praxis tätig. Sie haben auf diesem Wirken aufbauend gerade einen Preis gewonnen, nämlich den Preis der Eurosolar, den Deutschen Solarpreis für ein Projekt mit dem schönen Namen „SUN AREA“. Frau Klärle, das ist meine erste Frage, was verbirgt sich denn unter diesem schönen Begriff?

Es spricht Frau Prof. Martina Klärle:

Ja, erst einmal Danke für den Glückwunsch. Mich hat es gefreut, dass ich Abt Fromme hier sehen kann. Wir haben vor 3 Wochen gemeinsam den Solarpreis, es wurden acht Preise vergeben, entgegennehmen können. Hinter dem Projekt „SUN AREA“ versteckt sich ein Forschungsprojekt. Wir haben diesen Solarpreis für die Rubrik Forschung und Bildung bekommen und hinter diesem Forschungsprojekt versteckt sich eine Methodenentwicklung, durch die es möglich wird, voll automatisch über eine Befliegung, zum Beispiel eine Befliegung, die für das Land Rheinland-Pfalz für etwa die Hälfte vorliegt, ein Solardachkataster entwickeln zu können, mit dem es anschließend möglich ist, per Klick im Internet für jedes einzelne Gebäude zu sehen, das Haupthaus ist 300 qm



groß und davon sind 38 qm für solare Nutzung geeignet. Für diese Formelentwicklung haben wir diesen Solarpreis bekommen. Soweit zu „SUN AREA“, einer „Solardachpotenzialanalyse“.

Es spricht Stefan Dietz:

Der Satz fing mit Methodenentwicklung an. Das klingt komplex und theoretisch. Wenn Sie aber ein Kataster aufbauen, dann klingt das so, als könne ich dann richtig als Anwender auch für mein Haus im Internet nachschauen, (wenn meine Region, das gemacht hat) wie viel Eignung da vorhanden ist?

Es spricht Frau Prof. Martina Klärle:

Genau, einige Städte haben das schon umgesetzt und da gehört zum Beispiel die Stadt Wiesbaden dazu, bald hier auch die Landeshauptstadt Mainz. Im Moment ist das noch nicht online, diese Woche ist für Mainz das Testgebiet fertig geworden. Wenn Sie mal nach www.wiesbaden.de schauen, da können Sie dann unter dem /Solar jedes einzelne Haus der gesamten Stadt anschauen und per Klick sehen Sie: so und so groß, so und so viel CO₂ Einsparung, so und so viel kostet das. Wenn Sie noch ein paar Klicks weiter machen und angeben, ob Sie das Geld haben oder das Geld aufnehmen, können Sie sich eine komplette Finanzberechnung ausgeben lassen und Sie sehen, ab wann sich diese Anlage ganz konkret, diesem einen von 100.000 Dächern rechnet und amortisiert.



Es spricht Stefan Dietz:

Das klingt natürlich unglaublich konkret und ich habe selbst nachgeschaut. Es funktioniert tatsächlich so. Das ist dann natürlich sehr, sehr praktisch für jeden Einzelnen. Das Stichwort Potenzial ist auch immer wieder gefallen. Wie groß ist denn das Potenzial in den ländlichen Räumen. Man hört ja immer von Solarbundesliga und Marburg und manche Städte profilieren sich da sehr stark. Wie ist das Potenzial in den ländlichen Räumen, die uns hier natürlich besonders interessieren?

Es spricht Frau Prof. Martina Klärle:

Also jetzt im Oktober ist das Solardachkataster SUN AREA für zwei Leadergebiete frei geschaltet worden. Leadergebiete sind ja ganz extrem ländliche Gebiete, ein Zusammenschluss von mehreren ländlichen Gemeinden. Diese gibt es auch hier in Rheinland-Pfalz und wir haben zwei Zusammenschlüsse von je etwa 20 Kommunen untersucht. Der Scan lag vor, das ist das größte Kostenprodukt, die Berechnung selbst ist nicht so aufwendig und das Potenzial ist vergleichbar einer Stadt wie Wiesbaden. In einem ländlichen Gebiet ist das Potenzial sehr unterschiedlich, denn in den ländlichen Gebieten wohnen sehr viel weniger Leute unter größeren Dächern. Das Verhältnis des Energiepotenzials pro Dach ist natürlich sehr viel höher. Ich will das an einem Beispiel aufzeigen: In Wiesbaden könnte man, wenn man 20 % der Dachflächen bestückt, also die Flächen, die sich eignen, etwa 70 % des privaten Strombedarfs decken. Wenn man das im ländlichen Raum macht, dann haben wir es, verglichen mit den zwei Leaderregionen, mit 140% bzw. 160 % des privaten Strombedarfs zu tun. Und das nur auf den ländlichen Dachflächen. Also liefert der ländliche Raum viel mehr, als das was man braucht, im privaten Bereich, bezogen auf den Gesamtbetrag. Stadt und Ländlicher Raum stehen im Verhältnis etwa von eins zu drei oder eins zu vier. In diesen Leaderregionen haben wir 124.000 Gebäude untersucht. Der Scan ist ein Flugzeug, das über das Gelände fliegt, aber keine

Bilder schießt, sondern wie ein Flachbildscanner das ganze abscannt und dreidimensional speichert. Dann hat man pro Quadratmeter vier, fünf, sechs, sieben, zehn Messpunkte. Mit diesen Messpunkten kann man die Neigung und die Verschattung von jedem Haus berechnen. Jetzt die Ergebnisse: Wir haben 124.000 Gebäude im ländlichen Raum untersucht, davon sind in 48.000 teilweise für die solare Nutzung geeignet. Von diesen 48.000 sind 10.000 Gebäude landwirtschaftliche Gebäude. Das heißt, man kann also 45 % des privaten Strombedarfs in diesen Leadergebieten mit den landwirtschaftlichen Gebäuden decken oder 15 % des gesamten Strombedarfs und wenn man weiß, dass derzeit nur etwa 0,2 – 1 % des Strombedarfs mit den Solardächern gedeckt wird, weiß man auch, wie riesig das Potenzial ist. Jetzt zurück zu der Frage: Wir wissen alle, dass wir große Potenziale haben und SUN AREA zeigt eben wo, und zwar nicht nur in irgendeiner dritten Nachkommastelle sondern noch genauer Haus für Haus in einer Karte.

Es spricht Stefan Dietz:

Klingt schon faszinierend und mir geht es dann so: Das macht einen unruhig, so dass man sich gleich

fragt, was muss denn jetzt passieren. Wie müsste eine Region vorgehen?

Es spricht Frau Prof. Martina Klärle:

Da gibt es eine Karte, die kann jeder einsehen. Das ist die Übersicht, wo es diesen Scan für Rheinland-Pfalz schon gibt. Das ist etwa die Hälfte und die andere Hälfte ist in Planung. Dieser Scan ist die Voraussetzung, um diese Berechnung durchführen zu können und wenn dieser Scan da ist, ist die nächste Frage, ob eine Kommune das möchte. Es gibt viele Kommunen, die haben diesen Scan und auch durch politische Vertreter Anfragen bekommen, ob sie das nicht haben wollen. Es ist immer eine politische Entscheidung, das Potenzial auch wirklich vor Augen haben zu wollen und deswegen ist es sehr wichtig, über diesen Scan zu verfügen. Dieser Scan ist übrigens vom Land beauftragt worden und hat ganz grob geschätzt zwischen 2 und 6 Millionen Euro gekostet. Ich weiß es nicht genau. Aber da schon viel Geld investiert wurde für sinnvolle Sachen, wie zum Beispiel Hochwasserschutzmaßnahmen, könnte man den Scan jetzt als Abfallprodukt noch für das Solarkataster benutzen.



Es spricht Stefan Dietz:

Also aktuelle Daten liegen eigentlich vor. Vorhin ist das Stichwort „Freiflächensolaranlagen“ gefallen und man diskutiert Solaranlagen in der Sahara. Braucht man die eigentlich noch?

Es spricht Frau Prof. Martina Klärle:

Ich bin für jede erneuerbare Energieform, die geweckt wird oder genutzt wird dankbar, vor allem, wenn sie ein schmutziges Kohlekraftwerk und ein Atomkraftwerk ersetzt. Ob aber es gut ist, sich von einer weiteren „Leitung“, die man nicht in der Hand hat, abhängig zu machen, ist die andere Frage. Wenn man sieht, so wie wir es hier sehen können, dass vor allem auf den landwirtschaftlichen Dächern so ein großes Potenzial ist, dann sollte man dieses wecken. Wenn man es nicht wecken kann, was ich nicht glaube, kann man immer noch die Leitung in der Sahara „anzapfen“.

Es spricht Stefan Dietz:

Genau, vielen herzlichen Dank. Ich denke, das waren ein flammendes Plädoyer und ein Weg des ländlichen Raumes für die Zukunft. Das hat einen Applaus verdient. Frau Klärle steht in jedem Fall während und nach der Veranstaltung für Fragen zur Verfügung. Aber Sie haben noch etwas, was Sie gerne ergänzen möchten.

Es spricht Frau Prof. Martina Klärle:

Genau, wer Links oder Infomaterial braucht: Das habe ich draußen ausgelegt. Das kann man sich gerne hier oder draußen besorgen oder im Internet anschauen.

Es spricht Stefan Dietz:

Wunderbar, haben Sie vielen herzlichen Dank, Frau Prof. Klärle. Dann gehen wir zurück oder



nach vorne, genau zu dem Projekt, das vorhin hier schon ausgezeichnet wurde. Ich darf Herrn Beck und Herrn Schneider zu mir bitten, um das „Nahwärmebiogasnetz Konken“ hier näher zu beleuchten und Ihnen näher zu bringen, was sich genau dahinter versteckt. Herr Schneider und Herr Beck kommen Sie zu mir und geben Sie erst noch mal eine kleine Vorstellung. Was ist jetzt Wirklichkeit geworden und worum handelt es sich bei dem Projekt?

Es spricht Herr Beck:

Frau Ministerin hat es vorhin angesprochen: Ausgangspunkt war eine des Kreises Kusel. Zusammen mit dem Umweltcampus in Birkenfeld wurde ein Stoffmanagementleitfaden erstellt und in Rahmen dieser Studie kam ein Interview bei den Stadtwerken Kusel zustande. Wir haben schnell erkannt, dass sowohl in Konken eine Biogasanlage als auch ein Neubaugebiet geplant waren, lediglich einen Kilometer voneinander entfernt. Dann haben wir als Stadtwerke gesagt: Bevor wir jetzt die Gasversorgung hinlegen, lass uns doch prüfen, ob dort nicht eine Wärmeversorgung möglich ist. Damit wurde das Projekt angestoßen und schließlich dann auch realisiert.

Es spricht Stefan Dietz:

Vielen Dank, ein Ergebnis haben sie ja vorhin schon gesehen oder einige Ergebnisse. Herr Schneider, Sie waren im Grunde bei der Planung für die Biogasanlage. Jetzt hat sich dann der

Wandel vom „Nahrungsmittelproduzenten“ zum „Energiewirt“ vollzogen. Was hat sich denn auf ihrem Hof verändert?

Es spricht Herr Schneider:

Ja, allerhand.

Es spricht Stefan Dietz:

Sie dürfen es ausführlicher darstellen.

Es spricht Herr Schneider:

Durch den Aufbau der Biogasanlage als 2. Betriebsstandbein hat sich schon vieles verändert. Es kamen viele oder neue Aufgabengebiete dazu. Zu einem sind es die Betreuung, die Fütterung und die Wartung der Biogasanlage. Dann ist aber auch der Ackerbau zu erwähnen, der wurde vielfältiger. Es kam die Bewirtschaftung von Grünflächen dazu, mit der ich als traditioneller Schweinebe-

trieb gar nichts zu tun hatte und der Maisanbau kam auch dazu in der Fruchtfolge. Das waren neue Aufgaben. Weiter kam dann die Zusammenarbeit mit anderen Landwirten hinzu denn es gibt jetzt benachbarte Landwirte, die für mich Biomasse anbauen. Das war insgesamt eine neue Herausforderung.

Es spricht Stefan Dietz:

Das ist ein ganz anders strukturierter Betriebszweig. Es klingt erst einmal erstaunlich, eine Biogasanlage zu „füttern“. Wer sich mehr damit auskennt, weiß aber, dass es auch nicht damit getan ist, irgendwelche Materialien da rein zu kippen und davon auszugehen, dass man die prognostizierten Ergebnisse bekommt. Ich denke, das sollten Sie noch einmal etwas konkreter beschreiben. Bei Hühnern, Schweinen und Kühen kann ich mir vorstellen, da sieht man, dass es denen gut geht und dass sie gut produzieren, wenn man das kann und gelernt hat. Wie sieht man das bei der Biogasanlage?



Es spricht Herr Schneider:

Bei der Biogasanlage ist das ähnlich. Als Basis sehe ich hier eine gute Futterqualität. Des Weiteren ist eine sehr präzise und gewissenhafte Anlagenführung notwendig, damit es den Biogasbakterien einfach gut geht und dass sie die idealen Lebensbedingungen haben. Das kann man durch regelmäßige Untersuchungen des Gehrmaterials sicherstellen. Darüber bekommt man einen Einblick wie im Gehrtank aussieht. Das sind schon wichtige Faktoren, die ich eine unter guten Anlagenbedingungen verstehe.

Es spricht Stefan Dietz:

Da geht es nicht so direkt wie bei einem größeren Tier, das ist klar, was kommt denn als Biomasse in die Anlage hinein?

Es spricht Herr Schneider:

Bei mir kommt beispielsweise von der täglichen Futtermenge knapp die Hälfte Steppgülle und von der anderen Hälfte ist 2/3 Mais und 1/3 Gras.

Es spricht Stefan Dietz:

Und Sie haben es eben schon erwähnt, die Biomasse kommt in wesentlichen Teilen von Ihrem Betrieb, aber nicht vollständig. Wie gestaltet sich denn die Zusammenarbeit mit anderen Landwirten? Wie viele sind da beteiligt?

Es spricht Herr Schneider:

Ich arbeite mit fünf benachbarten Landwirten zusammen und mir ist wichtig, dass die Landwirte aus direkter Nachbarschaft kommen, damit kurze Wege gewährleistet sind, denn nur so ist das ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Bei mir funktioniert das so, dass die komplette Ernte verwogen wird und darüber die Abrechnungsgrundlage mit den Landwirten sichergestellt ist.

Es spricht Stefan Dietz:

Und da gibt es dann klare Verträge und damit ist das eine saubere Lösung. Wunderbar. Das ist die eine Seite der Medaille, die andere Seite ist natürlich genauso interessant, nämlich wo geht die Wärme hin? Wie wird damit gearbeitet und damit gehen die Fragen erst mal wieder an Herrn Beck. Jetzt kommt ihr Part ins Spiel. Sie haben das eben bei der Preisverleihung gesagt, es war im Grunde eine sehr kurz getaktete Entstehungsgeschichte und es gab schon Planungen sowohl zur Biogasanlage als auch zum Neubaugebiet. Wieso ging das so schnell und wie konnten Sie das realisieren im Jahr 2007?

Es spricht Herr Beck:

Der Zeitablauf war die größte Herausforderung. Wir hatten erst im Januar von dieser Studie erfahren und wussten, dass im Sommer 2007 der Bagger im Neubaugebiet steht und die Erschließung beginnt. Es ging darum, möglichst schnell aussagekräftiges Zahlenmaterial zu bekommen. Wir haben sehr schnell vom Gemeinderat den Beschluss haben müssen, dass die Gemeinde bereit ist, das bereits geplante Bebauungsgebiet in Hinsicht auf eine Wärmeversorgung umzuplanen. Das war eine besondere Herausforderung. Die Planungshoheit liegt bei der Gemeinde. Dieses Paket noch mal aufzuschnüren, den Mut zu haben, das zu machen und das auch gegenüber dem Bürger zu vertreten, dazu war eine sehr schnelle Entscheidung notwendig. Danach ging es dann darum, dass wir auch als Stadtwerke einen Aufsichtsrat haben, der zustimmen musste, erstens das investiert wird, zweitens das die Stadtwerke das Risiko hinsichtlich der Bebauungsdichte sowie hinsichtlich des Energieverbrauches tragen. Alles das sind theoretische Zahlen. Wir haben alles unter einen Hut bekommen und hatten über das Umweltministerium einen Zuschussantrag laufen. Der musste gesondert bearbeitet werden. Im Oktober konnten wir mit dem Leitungsbau beginnen und haben es geschafft, zeitgerecht innerhalb des Baugebietes Wärmeleitungen zu verlegen.

Es spricht Stefan Dietz:

Das klingt ja nach einer ziemlich schnellen Phase, so was kann ja erheblich länger dauern und das sind dann 9 oder 10 Monate von der Idee bis zum Baustart. Herzlichen Glückwunsch, denke ich, das kann man da allen Beteiligten sagen und es ist auch der andere Punkt. Da müssen eine Menge Partner zusammenspielen. Wie haben Sie diese Kooperation gestaltet? Was macht es aus, das diese funktioniert hat, in dieser kurzen Zeit?

Es spricht Herr Beck:

Ich denke das Wichtigste war es, einen marktgerechten Wärmepreis zu erzielen. Kunden haben den Wunsch, möglichst energieeffizient versorgt zu werden, aber zu marktgerechten Preisen. Also mussten wir zum einen die Investitionskostenbudgets runter rechnen, soweit dies geht, aber auch die Zusammenarbeit mit einem Biolandwirt war uns wichtig, der bereit war, uns 10 Jahre lang die Wärme kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde war bereit, gegenüber dem Bürger noch mal zu sagen, wir müssen hier was verändern. Diese Zusammenarbeit hat, denke ich, sehr gut geklappt und das auch im Vertragszustand. Wir haben die Verträge oft erst im Nachhinein rechtlich ausformuliert auf dem Tisch gehabt. Hier zeigt sich, dass eine sehr große Vertrauensbasis da war zwischen landwirtschaftlichem Betrieb, kommunalem Unternehmen und Kommune. Wir haben da sehr schnell und effektiv zusammen gearbeitet.

Es spricht Stefan Dietz:

Wie so oft bei guter Kooperation: Diese sprichwörtliche Handschlagqualität hat funktioniert. Das ist die eine Seite, damit konnte das Projekt an den Start gehen. Die andere Seite ist natürlich dann, dass Endnutzer als Bürger, als Bauherren einsteigen müssen. Sie haben das beschrieben, dass so ein Umplanungsverfahren nicht nur Begeisterung auslöst. Wenn man ihre Broschüre liest, dann steht da ein Wort, das nicht so klingt

wie der helle Sonnenschein. Da steht „Benutzungszwang“, das macht nicht jeden glücklich, wenn man sich in die Schuhe des Bauherrn stellt. Warum war das notwendig und wie haben Sie das gestalten können?

Es spricht Herr Beck:

Ja, dieser Begriff Anschluss- und Benutzungszwang ist natürlich ein sehr rechtlicher oder verwaltungsrechtlicher Begriff. Ich sage dazu: Es ist eigentlich ein gegenseitiger Vertrag, der da geschlossen wird. Zum einen, dass das Versorgungsunternehmen oder die Kommune sagt, wir gehen in Vorleistung, wir bauen hier ein Wärmenetz, das kostet sehr viel Geld. Das muss erstmal investiert werden. Der landwirtschaftliche Betrieb hat zusätzliche Belastungen auf sich genommen. Umgekehrt muss natürlich eine Verpflichtung des Bauherrn da sein, dass er dann diese bereitgestellte Wärme nutzt. Das ist ein gegenseitiger Vertrag und Grundvoraussetzung gewesen, dass wir das Investitionsvolumen stemmen konnten.

Es spricht Stefan Dietz:

Das klingt trotzdem noch nach sehr viel Enge und Verpflichtung. In wie weit hat der Bauherr denn noch Freiräume in seinem Wärmebezug?

Es spricht Herr Beck:

Dem Gemeinderat kam es darauf an, einen sehr offenen Vertrag zu haben, eine sehr offene Satzung. Wir erlauben nach wie vor jedem Bauherrn, dass er seinen offenen Kamin, seinen Kachelofen oder einen Kaminofen betreibt mit Scheidholz befeuert. Wir erlauben auch, dass er eine solare Warmwassernutzung zusätzlich auf seinem Dach installiert, solange diese Systeme nicht mit dem Heizungssystem als solches verbunden sind und damit hat er eigentlich alle Möglichkeiten und kann sehr flexibel in seinem Haus noch Wärmezeugung nach seinen Wünschen ausgestalten.

Es spricht Stefan Dietz:

Da ist ja doch noch einiges an Freiraum erkennbar. Sie sind jetzt fast 2 Jahre in Betrieb. Wie ist denn ihre Bilanz bisher?

Es spricht Herr Beck:

Sowohl wirtschaftlich als auch für die Umwelt im weitesten Sinne gut. Wir haben mittlerweile eine gute Grundaustattung erreicht, da auch im Ortskern selbst mittlerweile 5 Anwesen, und zwar größere Anwesen, angeschlossen sind. Wir setzen im Moment bereits etwa 20 % der gesamt prognostizierten Wärmemenge ab.

Es spricht Stefan Dietz:

Das sind gute Vorzeichen, auch wenn der Anfang allen eine ganze Menge abgefordert hat. Danke. Herr Schneider, letzte Frage an Sie. Das ist ja ein Projekt, aber 100 Biogasanlagen gibt es. Die stehen aber nicht alle so, dass man so eine Nahwärmeverbindung machen kann. Worauf sollten denn aus landwirtschaftlicher Sicht Berufskollegen achten und worüber nachdenken, wenn Sie so was starten.

Es spricht Herr Schneider:

Grundsätzlich gibt es dazu zu sagen, dass bei der Biogasproduktion nicht nur die Erzeugung von Strom in Vordergrund steht, sondern die mit viel Aufwand erzeugte Energie auch in Form von Wärme genutzt werden sollte. Ich denke es sollte ein Einzelfall sein, eine Biogasanlage ohne Wärmeverwertungsmöglichkeit zu errichten. Da sind dann ganz individuelle Konzepte gefragt. Grundsätzlich möchte ich noch zur Entwicklung der Biogasbranche sagen, dass ich es wichtig finde, dass Biogasanlagen in der Hand von Landwirten entwickelt werden, denn nur so bleibt die Wertschöpfung in der Region und jeder profitiert davon.

Es spricht Stefan Dietz:

Wunderbar, vielen Dank. Herr Beck hat zur gleichen Frage auch noch Ergänzungen.

Es spricht Herr Beck:

Unser Beispiel hat Schule gemacht. Es wird eine neue Biogasanlage hier geplant, in einer kleinen Ortschaft hier in der Nähe in Albessen. Da kamen jetzt die Landwirte von Anfang an auf uns zu, einschließlich der Verbandsgemeinde und Umweltcampus Birkenfeld. Hier sitzen viele an einem Tisch und versuchen ein Konzept zu entwickeln, das eine Biogasanlage einschließlich eines Wärmekonzeptes von Anfang an realisiert. Das ist genau der richtige Schritt. Im Moment sind sehr viele Studien und sehr viele Gespräche gelaufen.

Es spricht Stefan Dietz:

Nichts ist so mächtig wie eine gute Idee, ein gutes Beispiel, dessen Zeit gekommen ist. Der Applaus gilt für Sie beide.

Als drittes Projekt in der ersten Runde darf ich Herr Johannes Pinn vom Forstamt Hillesheim begrüßen. Herr Pinn, Sie sind jetzt heute hier in Ihrer Zusatzfunktion, die Ihnen im Laufe des letzten Jahres zugewachsen ist, nämlich als Sprecher des Netzwerkes Nahwärme- und Energiemix. Diese Netzwerkidee, Herr Ministerialrat Walther hat es angesprochen, ist im Zuge des Strategiepapiers ländlicher Raum entstanden. Was genau ist denn jetzt das Netzwerk Nahwärme- und Energiemix?

Es spricht Herr Pinn:

Unser Netzwerk Nahwärme- und Energiemix ist im Grunde genommen an der Basis entstanden. Wir haben in den Foren Ländlicher Raum festgestellt, wir müssen mehr miteinander reden. Einzelne Akteure, zum Beispiel Landesforsten mit

der Produktgruppe Energieberatung, Biomassemanagement sind seit 2004 an Bord, haben viel in den Flächen bewegt, Beratungen gemacht über die Forstämter in die Verbandsgemeinden, in die Kreisverwaltungen. Dann wurde beim DLR Eifel das Kompetenzzentrum nachwachsende Rohstoffe eingerichtet. Schließlich gab es den Auftrag, ein Netzwerk zu installieren und so haben wir uns dann relativ schnell gefunden. Wir haben im Jahr 2008 das erste Treffen gehabt, wo wir zusammen gekommen sind. Da sind also alle möglichen Akteure dabei aus der Landwirtschaft, aus der Forstwirtschaft, sehr viele Leute von Vorbildkommunen, die sehr aktiv sind wie zum Beispiel die Verbandsgemeinde Neuerburg. Dann von Kreisverwaltungen, aber auch Akteure von Maschinenringen. Dann aber auch Energieversorger, Stadtwerke Trier, RWE, usw. Es trifft sich immer eine Gruppe von 20 – 30 Personen und wir diskutieren und besprechen an diesem Treffen konkrete Probleme. Dann geht es zum Beispiel um die Frage: Wie kann ein Wärmeliefervertrag gestaltet werden, was hier die Stadtwerke Kusel übernommen haben. Sie haben hier eine glückliche Situation. Hier war jemand, der das in die Hand genommen hat. In der Fläche in der Eifel, im Westerwald haben wir nicht überall Stadtwerke, die das machen. Da muss man das teilweise selbst machen. Dann wird gefragt, wie habt ihr das gemacht? Da war dann ein Biogasbetrieb, der hat eine Leitung in ein Dorf reingezogen und dann geht es dann um die Frage: Unter welchen Konditionen schließen wir an? Passender Wärmepreis, Preisgleitklausel und tausend Fragen. So was wird besprochen.

Es spricht Stefan Dietz:

Da gibt es natürlich mehr als genug, die es Wert sind, einen guten Erfahrungsaustausch zu machen. Erzählen Sie doch mal, wie Sie vorgegangen sind. Was haben Sie für Veranstaltungen gemacht in dieser Runde?

Es spricht Herr Pinn:

Wir haben diese Akteursrunde relativ schnell gefunden. Ich darf hierfür Herrn Savelkoul und Herrn Henkes vom DLR Eifel danken, die das vorzüglich managen. Herr Henkes ist in den ersten Veranstaltungen auf mich zugekommen. Er fragte, könnten Sie nicht die Moderation übernehmen? Einer muss das ja moderieren, und die Diskussionen auch mal ein bisschen anregen. Man sieht, wie an der Basis die Zusammenarbeit funktioniert. Das habe ich gerne gemacht. Aus beiden Ministerien klappt es wirklich einmalig. Wir haben dann einzelne Punkte heraus gepickt. Im Frühjahr haben wir im Kloster Himmerod getagt und dort uns auch diese Anlage angesehen. Wir sind dazu übergegangen, am frühen oder am späten Nachmittag gemeinsam ein sehr gutes Projekt anzuschauen



und anschließend Fragen zu erneuerbaren Energien zu diskutieren und uns auszutauschen. Da kamen natürlich andere Produkte mit hinzu. Herr Henkes hat neulich gesagt, wir brauchen mehr Projekte, die wir umsetzen, aber das Netzwerk ist ja die Institution zum Austausch. Wir können ja selbst kein Projekt umsetzen. Aber wir haben zum Beispiel den „Wettbewerb Bioenergieregion“ sehr intensiv begleitet und das war auch für uns ein guter Erfolg, weil dieses bestehende Netzwerk schon zusammen war und bekannt war. Die beratenden Büros haben auf das Netzwerk zurückgegriffen, um das Entwicklungskonzept bei dem

Wettbewerb Bioenergieregion fachlich mit begleiten zu lassen. Es ging darum: Wer kann welchen Beitrag leisten? Das konnten wir mit unserem Netzwerk dann sehr gut beisteuern und wir sind ja dann noch als Bioenergieregion Eifel ausgewählt worden.

Es spricht Stefan Dietz:

Dazu noch ein besonderen Glückwunsch, da hatte ich das Aha-Ergebnis der besonderen Art. Als ich das gehört habe und Herr Pinn mir auch beschrieben hat, dass da auch etliche Monate intensiver Zeit mit sehr vielen Beteiligten dahin gearbeitet habt, konnte ich auch wieder gut damit leben, dass wir nur 2. Sieger waren. Wir haben in sehr kurzer Zeit aus dem ILE-Prozess heraus gemeinsam einen gleichartigen Projektantrag angestrebt, mussten Ihnen aber den Vortritt lassen als Sieger. Das ist nun wirklich keine Schande, es ist hervorragend gearbeitet worden und noch mal einen Applaus verdient. Das Netzwerk hat ja nicht die Aufgabe, Projekte umzusetzen. Es hat ja viel damit zu tun, verschiedene Interessengruppen in Kontakt zu bringen. Woran messen Sie denn den Erfolg der Netzwerke?

Es spricht Herr Pinn:

Der Erfolg beim Wettbewerb hat er sich schnell eingestellt, das konnte man noch sehr gut messen. Bei anderen Themen müssen wir als Netzwerk überlegen, welche Strukturen wir damit schaffen können, damit die Ideen, die in der Region vorhanden sind, letzten Endes auch in Projekten umgesetzt werden. Ich hätte gerne darüber mit Frau Klärle, Herrn Beck, und Herrn Schneider u.a. weiter diskutiert. Hier war es eine ganz glückliche Fügung. Hier gab es einen Landwirt, der eine Biogasanlage betreibt sowie die Stadtwerke Kusel. Das habe ich eben gesagt, wir haben auch bei uns teilweise die Stadtwerke Trier, die in den Eifelraum ausstrahlen und ein bisschen zum Hunsrück. Aber wenn es dann weiter weg geht, so hinter Bitburg, da hat man so etwas nicht. Da fehlen dann die



Strukturen und wenn der einzelne Landwirt, z.B. Herr Schneider, diese Kilometerleitung hätte aus eigenem Kapital finanzieren müssen, dann wäre es schwierig geworden. Da haben wir jetzt zum Beispiel aus dem Netzwerk überlegt, wie könnte man so was machen? Wir haben teilweise jetzt Wege gefunden oder hoffen, Sie gefunden zu haben. Wir haben zum Beispiel jetzt in der Eifel EGON, die Eifelenergiegenossenschaft gegründet. Zunächst mal mit dem Ziel, die Potenziale auf den Dächern zu nutzen, aber wir denken auch weiter. Zweck- und Geschäftsaufgabe dieser Genossenschaft kann zum Beispiel auch der Betrieb des Nahwärmenetzes sein. Wir arbeiten mit den Volks- und Raiffeisenbanken zusammen. Das sind Partner, die letzten Endes auch das Kapital für solche Projekte mit zur Verfügung stellen können. Man muss einmal die Studie haben, die Kollegen von IFA und TSB, die arbeiten ja auch damit und sind bei den Netzwerktreffen mit dabei. Man muss rechnen können, dass es sich trägt, aber dann braucht man auch noch jemanden, der bereit ist, letzten Endes zu investieren. Das ist der Punkt, da hängt es in den ländlichen Regionen teilweise schon noch dran, aber gerade die Form der Genossenschaft, auch in Zusammenarbeit mit den Volks- und Raiffeisenbanken oder Kreissparkassen ist tragfähig. Es ist doch eine Chance vor allen Dingen auch in Richtung Akzeptanz, weil wenn die Bürger aus der Region selbst über die Mitgliedschaft die Möglichkeit haben, mitzuspielen. Erstens beschäftigen Sie sich mit den Themen, weil sie selber mit-

machen können, also sie denken ganz anders über den Themenkomplex Erneuerbare Energien, Photovoltaik usw. Das gilt auch, wenn wir auf dem Dach einer Schule eine Photovoltaikanlage installieren wollen mit der Genossenschaft. Da laden dann die Lehrerschaft und die Eltern ein zu einer Infoveranstaltung, wo sie selbst Mitglied werden können. Dann ist das eine ganz andere Motivation, an das Thema heran zu gehen, als wenn da ein ganz fremder Investor kommt, das pachtet und eine Anlage baut und fertig.

Es spricht Stefan Dietz:

Ich glaube, sagen zu dürfen, das Netzwerk hat einen motivierten Sprecher gewählt und er scheint auch seiner Funktion voll zu erfüllen. Da ist mir gar nicht bange, dass das am Ende auch zu Projekten führt und das ist ja genauso die Vorphase, bevor etwas so konkret und griffig wird und man ein richtiges Projekt daraus machen kann und um die geht es ja gerade. Letzte Frage: Jetzt sind wir in der Westpfalz. Die Eifel ist eine wunderbare Gegend, trotzdem ist es immer eine Ecke zu fahren. Würden Sie denn Westpfälzer Akteuren raten, den Ansatz in gutem Sinne zu kopieren und ein ähnliches Netzwerk für die Region hier aufzubauen?

Es spricht Herr Pinn:

Ich glaube diese Netzwerke gibt es hier auch schon, man trifft sich ja heute. Es ist im Grunde etwas ähnliches, vielleicht ein anderer Rahmen, aber diese Netzwerke gibt es. Was könnte noch besser gemacht werden. Vielleicht sollten wir uns ein Beispiel an den jungen Leuten nehmen und unser Netzwerk ausbauen in Richtung Medium Internet in den ländlichen Räumen. Frau Conrad hat es angesprochen. DSL-Ausbau ist auch vom Herrn Walther angesprochen worden. Das sind Baustellen, an denen wir intensiv arbeiten müssen. Wenn wir das nutzen, um unser Wissen zu verbreitern und Zugriff auf so ein Projekt schaffen, wie dies jetzt erarbeitet wurde, dann wäre das ein Netzwerk der Zukunft, wo man anklicken kann,

wo man die Möglichkeit hat, sich im Internet schlau zu machen. Ich glaube, wir könnten auch die Netzwerkarbeit landesweit, bundesweit oder so gar noch weiter zum Thema Bioenergie, erneuerbare Energien, Klimaschutz auch IT gestützt, mit Sicherheit sehr gut machen, ohne viele Kilometer zurück zu legen und trotzdem gut Bescheid zu wissen.

Es spricht Stefan Dietz:

Wunderbar, das virtuelle Energienetzwerk Rheinland-Pfalz, es wird entstehen. Herr Pinn haben Sie herzlichen Dank, der Applaus gehört Ihnen und Ihren Kollegen.

Ein Dankeschön bis hier hin an alle Referenten. Nutzen Sie nun in der Pause die Zeit zum Netzwerken nicht nur virtuell, sondern auch ganz real.

Gesprächsrunde 2:

Es spricht Stefan Dietz:

Wenn Sie bitte wieder alle Platz nehmen, der Startschuss zur zweiten Halbzeit. Wir haben jetzt vier weitere Beispiele, die sehr unterschiedliche Ansätze beleuchten.

Den Anfang machen wir mit der Holzhackschnitzel-Heizungsanlage im Schulzentrum Daun. Der für diese Anlage in der Praxis Verantwortliche ist Klaus Sachen von der Kreisverwaltung Vulkaneifel, den ich zu mir bitte.

Holzhackschnitzel-Heizungsanlage: Das klingt jetzt recht vertraut, das gibt es ja schon länger und schon öfter. Sie managen sozusagen die Anla-

ge. Sie haben beschrieben, wenn es da irgendwie Probleme gibt, dann kommt es zu mir. Alles was es zu koordinieren gibt, das liegt bei Ihnen auf dem Schreibtisch. Was ist das für eine Anlage?

Es spricht Herr Sachen:

Wir haben bei unserem Schulzentrum in Daun einen Holzhackschnitzkessel von 950 KW Leistung und zusätzlich haben wir noch zwei Gaskessel, die vorhanden waren, wovon einer als Spitzengaskessel mitläuft und der andere noch als Reservekessel dient. Die beiden Gaskessel haben wir wie gesagt mitgenutzt. Versorgen tut unsere Anlage das Thomas-Morus-Gymnasium mit vier ehemaligen Internatsgebäuden. Zusätzlich angeschlossen ist noch die ehemalige Berufsschule in Daun und die Sporthalle vom Geschwister-Scholl-Gymnasium. Diese sind über ein Nahwärmenetz an diese Anlage angeschlossen.

Es spricht Stefan Dietz:

Wie weit sind die auseinander, wenn man jetzt hört, denkt man eher gleich in Leitungsmeter.

Es spricht Herr Sachen:

Maximal auseinander - die weiteste Strecke dürfte so 500 Meter sein. Die Gebäude liegen also sehr dicht bei einander.

Es spricht Stefan Dietz:

Also Schulzentrum nicht umsonst im Namen.

Es spricht Herr Sachen:

Ja.

Es spricht Stefan Dietz:

Wie lange ist die Anlage im Betrieb?

Es spricht Herr Sachen:

Also wir hatten angefangen mit der Verlegung des Nahwärmenetzes, des neuen Nahwärmenetzes im Oktober 2004 und die ersten Hackschnitzel haben wir bekommen im Mai 2005.

Es spricht Stefan Dietz:

Also schon einige Jahre im Betrieb und die Kinderkrankheiten sollten ausgestanden sein. Aber vorher noch mal dazu. Sie sagten das neue Nahwärmenetz. Was gab es denn vorher. Wie war denn vorher die Situation im Schulzentrum vor dieser neuen Anlage?



Es spricht Herr Sachen:

Vorher war das Thomas-Morus-Gymnasium über die beiden vorhandenen Gaskessel gut versorgt und die Internatsgebäude waren eben über dieses vorhandene Nahwärmenetz angeschlossen. Dieses Nahwärmenetz war schon fast 40 Jahre alt und des Öfteren schon saniert worden, weil irgendwo Rohrbrüche waren und so hat man sich dann entschlossen, dieses Nahwärmenetz neu zu machen.

Es spricht Stefan Dietz:

Man hätte ja durchaus auch konventionell erneuern können, was kaputt war, was hat dazu geführt, diesen alternativen Ansatz komplett auf regenerativer Basis zu gehen?

Es spricht Herr Sachen:

Wir hatten also im Vorfeld Machbarkeitsstudien durchführen lassen, die verschiedene Möglichkeiten abchecken sollten, da waren u. a. Contracting Vorschläge dabei oder das ganze nur über Gas oder eben diese Kombination Holzhackschnitzel mit Gaskessel und da wir eine sehr erhebliche Förderung in Aussicht gestellt bekommen haben, war dann die Variante mit der Holzhackschnitzelheizung die günstigste.

Es spricht Stefan Dietz:

Wir sehen nachher noch mal auf die Wirtschaftlichkeit, aber erst noch mal auf den laufenden Betrieb. Die Holzhackschnitzel wo kommen die her?

Es spricht Herr Sachen:

Wir sind in einer glücklichen Lage. Wir haben eine Ausschreibung gestartet. Als günstigsten Bieter haben wir ein Sägewerk aus der heimischen Regi-

on gewinnen können, die uns phantastische Hackschnitzel liefern. Wirklich sehr trocken, die sind so trocken, dass staubt sogar, wenn die geliefert werden.

Es spricht Stefan Dietz:

Also ein Lieferant und damit ein sehr einfaches Verhältnis. Im Grunde anders, als wenn man viele Einzelne koordinieren muss. Diese Seite scheint ganz einfach gelöst zu sein. Jetzt steht dieses Projekt im Gegensatz oder dem Unterschied zu anderen, die noch jünger oder noch gar in der Planung und Konzeptionsphase sind, die wir heute kennen lernen. Da gibt es ja bei Ihnen einige Erfahrungen und Sie sagten im Vorgespräch, wenn irgendwie Probleme sind, dann läuft das bei Ihnen auf. Wir würden uns natürlich freuen, wenn Sie ganz ehrlich sagen, was gibt es denn für Probleme in der Praxis? Auch davon kann man lernen.

Es spricht Herr Sachen:

Gegenüber einer normalen Gasheizung, wo Gas kommt, haben wir hier natürlich mehrere mechanische Teile, wie z.B. Förderschnecken. Da passiert es gelegentlich schon mal, dass in den Hackschnitzeln Fremdkörper sind, was sich nicht ganz ausschließen lässt. Dann blockiert die Schnecke und man muss manuell Fremdkörper beseitigen, um die Anlage wieder ans Laufen zu bringen.

Es spricht Stefan Dietz:

Wie oft kommt so etwas vor?

Es spricht Herr Sachen:

Wenn ich das über das Jahre sehe, vielleicht fünf Mal, wenn in der Fuhre ein Fremdkörper war. Mit Fremdkörper meine ich auch einen längeren Spat, der die Schnecke blockiert.

Es spricht Stefan Dietz:

Klingt aber nicht nach einem größeren technischen Problem, sondern relativ leicht behebbar.

Es spricht Herr Sachen:

Unsere Hausmeister haben da Erfahrung und wissen was sie machen müssen.

Es spricht Stefan Dietz:

Also aus der Praxis nichts, was andere erschreckt, eine Anlage auch für sich zu betreiben.

Es spricht Herr Sachen:

Mit Sicherheit nicht.

Es spricht Stefan Dietz:

Sie sagte eben, gerechnet hat es sich nur wegen der Förderung. Wie sieht es denn heute mit der Wirtschaftlichkeit aus?

Es spricht Herr Sachen:

Mit jeder Ölpreissteigerung steigt der Gaspreis und so rechnet sich unsere Anlage natürlich.

Es spricht Stefan Dietz:

Können Sie abschätzen, was das für den Betreiber und den Inhaber an Ersparnis bedeutet?

Es spricht Herr Sachen:

Wir haben im Jahr etwa 1000 oder 1 Million 700 Kilowatt Stunden Wärmeabgabe und bezahlen dafür derzeit der circa 60.000 €, in Kombina-

tion Holzhackschnitzel und Gas. Wenn man das nur mit Gas bestreiten müsste und setzte 7 Cent pro Kilowattstunde an, dann kämen wir auf 112.000 €. Das ist, denke ich, schon ein Unterschied.

Es spricht Stefan Dietz:

Das rechnet sich relativ leicht, dass da ein Unterschied ist und ich denke, es ist dadurch ein starkes Argument. Prima, das ist also eine Anlage, von der man offensichtlich sagen kann, sie hat sich bewährt, funktioniert seit einigen Jahren im Betrieb. Vielleicht hatte sie eine gute Ausgangsposition, weil die Wege nicht so weit waren, so dass sich so etwas auch anbietet, aber sicherlich könnten andere Kommunen nachmachen, wenn es dort nichts Ähnliches gibt.

Es spricht Herr Sachen:

Selbstverständlich, wir haben uns das ja auch bei der Verbandsgemeinde Hillesheim abgeguckt.

Es spricht Stefan Dietz:

Auch das darf man ruhig mal ehrlich sagen, in diesem Sinne, es ist ja kein Wettbewerb, sondern nur Wettbewerb von guten Ideen und nicht zuletzt deshalb tun wir das ja auch. Herrn Sachen erst mal vielen Dank und weiterhin ein gutes Gelingen, wenig dicke Späne in der Schnecke und alles Gute mit der Anlage.

Die kleine Projektreise geht jetzt von Norden aus Daun in den Süden von Rheinland-Pfalz in die Verbandsgemeinde Wald Fischbach-Burgalben, die sich sehr aktiv auf den Weg gemacht hat, die letzten 2-3 Jahre in Richtung regenerative Energien. Ich bitte Herrn Krämer, den Verbandsbürgermeister, zu mir.

Herr Krämer, ich habe das eben schon angedeutet, bei Ihnen in der Verbandsgemeinde gibt es

eine ganze Menge Aktivitäten in Richtung einer Energiewende. Es gibt mehrere Pilotprojekte der regionalen Tiefenenergien. Ein Projekt möchten wir heute beleuchten, das ist das Strohheizwerk Hermesberg. Was soll dort genau entstehen?

Es spricht Herr Krämer:

Es gibt bei uns sehr viele Projekte in der Verbandsgemeinde: Das Strohheizwerk, das in Hermersberg entsteht, war eine Idee, die sich eigentlich ergeben hat aus einem Vortrag, den das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum in Kaiserslautern organisiert hatte. Dort wurde aus Niederösterreich eine Entwicklung vorgestellt, wie sich die Landwirte dort auch in Zukunft als Energiewerte betätigen wollen/sollen und diese Ideenfindung war der erste Anstoß. Da gibt es diese Interregionalen Prozesse: dort wurde es zu einem Pilotprojekt ernannt und in der Entstehungsphase des Neubaugebietes in Hermersberg war das natürlich ein Anstoß, auch über das Thema Strohheizwerk nachzudenken und die Versorgung dieses Neubaugebietes zu überlegen.

Es spricht Stefan Dietz:

Jetzt ist ja Stroh zwar natürlich ein alt bekannter Rohstoff, aber trotzdem wenn man Holzhackschnitzel schon lange und oft diskutiert hat, doch noch ein eher unüblicher Brennstoff für ein kommunales Heizwerk. Wie sind Sie auf Stroh gekommen und wie stellen Sie die Versorgung sicher?

Es spricht Herr Krämer:

Mitentscheidend war, dass unsere Bürgermeister und auch unsere örtlichen Landwirte mit in dem ILE-Prozess dabei waren. Dort entstand die konkrete Idee, untersuchen zu lassen, wie weit wir das Thema Stroh für diese Versorgung in Hermersberg konkreter fassen können. Das gab den Ausschlag, das wir bei einem Strohheizwerk angelangt sind.

Es spricht Stefan Dietz:

Wie ist dann die Versorgung geplant? Wird es ein Lieferant sein oder wie wird das organisiert sein?

Es spricht Herr Krämer:

Das entscheidende war, das wir sehr viele Akteure mit im Boot haben. Zum einen natürlich die Ortsgemeinde, dann unsere Landwirte, insbesondere nicht nur einen Landwirt, sondern alle unsere Landwirte in zwei Orten, die da beteiligt sind. Das ist uns gelungen.

Es spricht Stefan Dietz:

Wie weit sind Sie jetzt, das ist ja ein Projekt, bei dem die Bagger rollen oder kommen die erst noch?





Es spricht Herr Krämer:

Die Bagger rollen in dem Sinne, dass das Neubaugebiet jetzt fertig gestellt ist, auch mit dem

Nahwärmenetz. Zum Frühjahr sollen die ersten Neubauten stehen. Sehr entscheidend sein wird für die Zukunft, dass wir uns nicht nur auf Neubaugebiete konzentrieren, die sicherlich immer weniger werden, sondern dass wir die Ortskerne mit einbeziehen, dass wir in unseren Ortsbereichen das Thema Nahwärmeversorgung sinnvoll anbringen und das ist mit in diesem Prozess gelungen, dass wir also nicht nur die 40 Neubauten mit Nahwärme, mit Strohheizwerk versorgen, sondern das wir 40 Gebäude im Umfeld des Neubaugebietes versorgen möchten und mit dazu ein Gewerbegebiet mit 7 -8 mittelständigen Unternehmen.

Es spricht Stefan Dietz:

Wir haben ja vorhin gehört, dass kann manchmal auch erforderlich sein, richtig ein rechtliches Instrument auch zu nutzen, dass man ein Gebiet auch komplett auch als Nutzer gewinnt. Wie war denn bei Ihnen die Resonanz in der Gemeinde, als Sie das Projekt vorgestellt haben?

Es spricht Herr Krämer:

Sehr spannend eigentlich, dass es doch ein Neuland war, dass unsere Werke mit dem Strohheizwerk in die Öffentlichkeit gegangen sind. Es war natürlich wichtig und es war auch der richtige Weg für die Anwohner und Einwohner des Ortes, mit dem Thema einmal befasst zu werden. Auch die Rückkopplung war für uns sehr wichtig.

Es spricht Stefan Dietz:

Wie wird das aufgefasst, was ist die Reaktion auf diese Planung?

Es spricht Herr Krämer:

Das war für mich sehr erstaunlich, der positive Effekt dieser Einwohnerversammlung. Wir

hatten also im Umfeld konkret 100 Anwohner angeschrieben, um sie mit dem Thema vertraut zu machen und auch das Angebot unterbreitet, ihnen die Nahwärme im Zuge des Neubaugebietes anzubieten. Wir hatten eine Resonanz von 40 %. Das war für uns dann der Startschuss, das Heizwerk in der entsprechenden Größenordnung umzusetzen.

Es spricht Stefan Dietz:

Das heißt, es haben dann 40 eine Absichtserklärung unterschrieben oder irgendwie sich verpflichtet, dass sie auch mitziehen. Sie haben aber nicht solche weit greifende Instrumente bisher gebraucht, wie Anschluss- und Benutzungszwang zu machen.

Es spricht Herr Krämer:

Selbstverständlich ist das bei Neubaugebieten mit dem Anschluss- und Benutzungszwang in der Satzung verankert.

Es spricht Stefan Dietz:

Sie haben in der Verbandsgemeinde noch eine ganze Menge mehr vor, lassen Sie das doch kurz noch aufleuchten, was Sie noch tun und was Sie vorhaben.

Es spricht Stefan Dietz:

Das Strohheizwerk ist etwas besonderes, deshalb sind wir auch eingeladen worden. Wir haben auch ein Heizwerk mit Hackschnitzel für ein kleines Neubaugebiet mit 20 Einheiten. Darüber hinaus ist im Moment auch das Heizwerk am entstehen und mit entscheidend auch die Biogasanlage. Richtig ist dort nicht nur die Erzeugung von Strom, sondern sicherlich auch sinnvolle Nutzung der Wärme und wir müssen dort einen großen Teil eines Ortes mit der Nahwärme versorgen, eine



Konzeption, die nächste Woche vorgestellt wird. Konkret dort war die Akzeptanz der Einwohner in der ganzen Entwicklung der Projekte sehr entscheidend. Mit entscheidend war auch die Ansiedlung dieser Projekte bei diesen Werken, das hat bei der Bevölkerung sehr viel Akzeptanz erzeugt. Das ist mit guten Partnern passiert. Ich denke, dass ist uns in den verschiedenen Projekten u. a. mit Photovoltaik gelungen. Unsere große Aufgabe bleibt sicherlich, dieses Nahwärmekonzept auf die Verbandsgemeinde zu übertragen und darüber hinaus auch in der Westpfalz mehr zu installieren. Unser großes Ziel bleibt in der Verbandsgemeinde, wenn ich das so provokativ sagen darf, dass wir irgendwann „100 % erneuerbare Energie-Verbandsgemeinde“ werden.

Es spricht Stefan Dietz:

Auch wenn Sie es nicht gesagt hätten, ich glaube das lebt schon in dem, wie Sie vorher über die Projekte gesprochen haben. Da steckt eine ganze Menge Energie dahinter. Wir wünschen Ihnen dazu weiter viel Erfolg.

Jetzt gehen wir wieder in den Norden von Rheinland-Pfalz. Ich bitte ein Trio zu mir, das vorhin schon erwähnt wurde. Das Projekt „Kloster Himmerod“ hat den Preis bekommen als erstes „Energieautarkes Kloster in Deutschland“ und ich freue mich, dass Abt Bruno selbst die Zeit gefunden hat, hier zu sein. Ich begrüße Rudolf Hayer, vom Maschinen- und Betriebshilfsring Trier-Wittlich und Ralf Gabriel von den Pfalzwerken. Begrüßen Sie mit mir dieses erfolgreiche Energietrio.

Herr Fromme, wenn man ein Unternehmen führt, dann ist man ganz stolz, wenn da 100 Jahre Geschichte sind. Wenn man auf die Homepage des Klosters Himmerod geht, dann sieht man, dass Sie 875 Jahre Geschichte feiern und das zeigt, dass Klöster nicht nur geistliche Erneuerungen vorantreiben, sondern auch im ländlichen Bereich immer wieder Impulse gegeben haben. Bevor wir in das eigentliche Thema einsteigen, geben Sie uns doch eine kleine Vorstellung davon, wie das Kloster Himmerod heute aussieht und was es tut.

Es spricht Herr Fromme:

Das Kloster Himmerod ist eine Gründung des heiligen Bernhard vor 875 Jahren, das Gründungsfest begehen wir nächstes Jahr. Aber nach der Säkularisierung war es eine landwirtschaftliche Domäne, die Reichsgraf von Kesselstadt leitete und da interessierte nur der landwirtschaftliche Teil. Reichsgraf von Kesselstadt hatte eine Tochter zu verheiraten, das kostete Geld. Um die Zeit 1919 kamen die ersten deutsche Mönche zurück aus Jugoslawien. Von diesen wurde in den zwanziger Jahren 1925 – 1927 das Klostergebäude wieder aufgebaut und zwar mit einem Bauvolumen von

110 Eigenheimen. Da kann man sich dann die Kosten vorstellen. Es gibt ja dieses Kölner Karnevalslied „Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld“. Das war einfach der Anstoß. Wir mussten darüber nachdenken, wie können wir das machen. Himmerod war im Mittelalter nicht nur eine Wohnung von Ordensbrüdern, sondern heute würde man sagen, ein Konzern.

Wirtschaftlich gesehen, war Himmerod der zweitgrößte Weinbauer an der Mosel nach dem Kurfürsten. Der Kurfürst hatte eine Million Rebstöcke und das Kloster etwa die Hälfte. Der andere Schwerpunkt um Himmerod herum war eine Art Montangebiet, das ist jetzt wieder deutlich geworden. Man hat Erz abgebaut. Daraus sind diese herrlichen Takenplatten entstanden, aber auch Küchengeräte, Arbeitsgeräte, Kriegsgeräte. Wir haben selbst nicht viel davon gewußt. Das ist in der letzten Zeit erforscht worden. Nach dem ersten und zweiten Weltkrieg ist von der Kirche, das war die größte Barockkirche in der Rheinprovinz, nur die Fassade übrig geblieben. In den schwierigsten Jahren 1925-27 ist dann das Klostergebäude wieder errichtet worden.

Es spricht Stefan Dietz:

Also eine bewegte Geschichte mit innovativen Ideen. Eine davon ist das Energieautarkiekloster. Was hat konkret zu diesem Ansatz geführt und was war der Anlaß?

Es spricht Herr Fromme:

Konkret war das die wirtschaftliche Situation. Wir haben ja keine Industrie, wir haben Landwirtschaft und waren auch der erste Betrieb, der sich als Kooperation aufgestellt hat. Das war eine Hilfe für die Nachbarn, die hätten keine Überlebenschancen gehabt. Um eine große Heizanlage wie unsere mit 450 kW zu betreiben braucht man entsprechendes Brennmaterial und da stellt sich auch für uns die Frage: Nahrungsmittel für den menschlichen Gebrauch anpflanzen oder nutzen wir Flächen, um Energie zu erzeugen.

Es spricht Stefan Dietz:

Sie sind einen durchaus ungewöhnlichen Weg gegangen. Ich kann mich erinnern, in meiner eigenen landwirtschaftlichen Vergangenheit hat man mit Elefantengras Versuche gemacht. Miscanthus, das ist ja das große, lange Gras. Sie haben aber, das kann man ja dem Eurosolarpreis entnehmen, groß investiert, Sie verfügen über den größten Miscanthusofen Deutschlands. Jedenfalls hat noch niemand einen größeren nachgewiesen. Wie kamen Sie nun ausgerechnet auf diesen doch eher exotischen Brennstoff?

Es spricht Herr Fromme:

Grundsätzlich haben wir für die wirtschaftliche Gesamtlösung eine Lösung in einem „Masterplan“ gesucht. Weil bei uns seit über 50 Jahren BKO-Jahrestagungen stattfinden (Bund katholischer Unternehmen) waren da auch Unternehmensberater dabei. Dann haben wir die verschiedenen Fördermöglichkeiten der Landesregierung kennen-

gelernt. Konkret durch die Beratung von Prof. Dr. Keilen ist es dann dazu gekommen.

Es spricht Stefan Dietz:

War Miscanthus als Brennstoff etwas, wo es besondere Fördermöglichkeiten gab oder gab es andere Gründe?

Es spricht Herr Fromme:

Nein, es gab wirtschaftliche Gründe und dann auch persönliche. Ich war 20 Jahre in Brasilien und da kennt man Miscanthus als Süßgras. Es kam ursprünglich von China über Rumänien nach Westeuropa. Das Gras stammt aus der Region, wo der größte Bedarf ist, wo die größten Säugetiere sind, Elefanten und ähnliche Tiere, also Südostasien und Afrika. Miscanthus kann man sehr gut abweiden, da sind im Boden Knollen wie Ingwerwurzeln. Wenn die Blätter in der richtigen Größe sind, dann kommen die Weidetiere da rein, gesichert durch Elektrozaun. Dann die nächste Weide und der nächste Abschnitt in Umlauf. Wenn man die Pflanze wachsen läßt und sie nach 2-3 Jahren regelmäßig jährlich erntet mit einem Mäseernter, wird sie bis zu 4 Meter hoch. Die Pflanze düngt sich selbst, d. h. an ihrem Standort wirft sie die Blätter im Winter ab und wird dann im April geerntet. Dann ist man nach einer Woche fertig mit dieser großen Biomasse.

Es spricht Stefan Dietz:

Wunderbar, scheint also schon zu funktionieren. Wie das geht, beleuchten wir gleich mit den weiteren Gesprächspartnern. Aber bevor wir zu denen kommen, verraten Sie uns noch, wie Sie zu ihnen gekommen sind, Sie sagten es eben schon: Kooperationsprojekt. Da braucht es mehrere Partner, die mitspielen. Zwei davon sind da gleich mit im Interview. Wie kamen Sie zu ihren Partnern und wie haben Sie das Konzept entwickelt, bis es an den Start ging?



Es spricht Herr Fromme:

Zur Kooperation sind wir gekommen, weil wir jetzt wenige Brüder sind - wir sind jetzt 13. Als Himmerod gebaut wurde im 12. Jahrhundert, gab es eine Besatzung von 300 Mönchen. Wir brauchen als Partner entsprechend Landwirte. Wir bewirtschaften 230 ha. Wir haben die Mühle umfunktioniert in eine Art Museum, wo die Besucher eine Vorstellung bekommen, wie hat so ein Kloster früher funktioniert. Wir haben diese Mühle beheizt mit Erdwärme aus der Teichwirtschaft. Aber da war das schlechte Verhältnis zwischen Kosten für die Pumpen, die dieses Netz geprägt haben und dem Ertrag. Es hat nicht das gebracht, was versprochen worden war. Wir haben jetzt ein besser funktionierendes Nahwärmenetz.

Es spricht Stefan Dietz:

Dann kamen die Kooperationspartner ins Spiel, die bitte ich jetzt zu uns nach vorne und die berichten dann gleich, bevor wir den Blick noch mal

weiter in die Zukunft werfen. Wenn es um Landwirtschaft und Logistik geht, sind die Maschinenringe nicht weit, die bundesweit als Selbsthilfeorganisation auch geborene Partner sind. In dem Fall sind sie tatsächliche Partner, Rudolf Hayer ist Geschäftsführer des Maschinen- und Betriebshilfsrings Trier-Wittlich. Herr Hayer, Sie heizen so zu sagen ein und sorgen, dass es im Kloster warm wird. Die Frage ist, wie viel Miscanthus wird überhaupt gebraucht? Wie kommt er in den Ofen?

Es spricht Herr Hayer:

Im Grunde genommen ganz einfach, wer mich kennt, der weiß, dass ich ein Fan von Miscanthus bin. Schon seit 20 Jahren arbeitete ich mit Miscanthus. Im Grunde genommen präge ich immer den Satz „global denken, lokal handeln“. Miscanthus ist es eigentlich nicht wert, ihn weit zu transportieren, d. h. wir müssen kleine, räumliche Netzwerke, kleine Strukturen schaffen. Von daher, Sie stellen mir die Frage, wo kommt der Miscanthus her, den wir in Himmerod verheizen? Wir

versuchen Miscanthus bei den örtlichen Landwirten zu etablieren, auf kleineren Flächen, damit wir nicht in den Konflikt kommen, wie Herr Fromme, das sagt, Tank oder Teller. Wir versuchen kleine Flächen räumlich nah zum Kloster aufzubauen. In der Nähe zum Kloster haben wir bisher 15 ha bei Landwirten etabliert. 15 ha sind circa 150 Tonnen in der Eifel. Wir müssen hier unsere Ansprüche etwas relativieren. Wir können mit diesen 150 Tonnen eine große Menge Heizöl ersetzen. Dann haben wir in der Wittlicher Senke circa 10 ha bei 2 Landwirten und haben natürlich den Löwenanteil in Kenn an der Mosel, mit 60 ha im Ertrag. Teilweise Spitzenerträge von 28 Tonnen Frischmasse.

Es spricht Stefan Dietz:

Also noch ein ganz großer Teil, der noch weit gefahren werden muss. Jetzt sagen Sie, sie sind 20 Jahre Fan von Miscanthus, die Frage ist warum? Aus Sicht der Landwirtschaft oder wo liegt da der besondere Reiz?

Es spricht Herr Hayer:

Ich finde Miscanthus passt in unsere Kultur mit rein, gerade in unsere landwirtschaftliche Kultur. Wir haben in der Eifel viele Mischbetriebe, d. h. relative starke Viehhaltung mit dem Ackerbau, einen gewissen Anteil an Ackerbau. Miscanthus hat den Vorteil, wenn der Herr Bruno Fromme sagt, nach 3 Jahren im Ertrag: d. h. ich brauche nach drei Jahren eigentlich nur einmal meine Fläche zu besuchen und gucken, ist sie jetzt reif oder nicht ist sie nicht reif im Frühjahr. Dann rufe ich den Maschinenring an und sage, Maschinenring wir müssen ernten, das Zeug muss weg. Das bedeutet, ich habe diese Fläche komplett aus meiner Arbeit herausgenommen, also ein Schwerpunkt für mich ist die Einsparung bei der Arbeitswirtschaft. Dann können wir mit wenig Dünger und fast keinem Pflanzenschutz 20-25 Tonnen Frischmasseertrag von den Feldern erwirtschaften. Wenn wir die Energiebilanz für diese Flächen rechnen, ist diese sehr positiv: Ich behauptete provokativ, mit ma-

ximal 200 Liter Diesel kann ich bis zu 1000 Liter Heizöl erzeugen. Diese Energiebilanz lässt sich sehen und diese schaffen wir mit fast keiner anderen heimischen Naturpflanze. Von daher passt Miscanthus zu unserer Kultur, passt Miscanthus in unsere Gegend. 2,5 Kilo Miscanthus gibt 1 Kilo Öl.

Es spricht Stefan Dietz:

Also von der Seite ebenfalls sehr interessant und das habe ich vorhin verschwiegen. Herr Fromme sagt, es gibt zwei Öfen, der größere wird mit Holzhackschnitzeln, ich sage mal etwas konventioneller betrieben. Der kleinere ist der größte in Deutschland mit Miscanthus und auf dieser technischen Verfahrensseite, Herr Hayer, das haben Sie mir erzählt im Vorgespräch, da machen wir durchaus noch Pionierarbeit. Wo liegen da die Herausforderungen? Wo liegen hier die Probleme? Was klappt schon? Wie weit ist das Verfahren? Das ist ja nicht so wie Holzhackschnitzel, die so locker durch die Schnecke laufen.

Es spricht Herr Hayer:

Jetzt muss ich etwas weg gehen, damit ich keine hinter die Ohren kriege. Also wir probieren tatsächlich noch, wir versuchen natürlich von landwirtschaftlicher Seite auch den Brennstoff zu optimieren. Ich habe vorhin gesagt, Miscanthus ist es eigentlich nicht wert, ihn weit zu transportieren, wir haben nämlich eine Dichte, ein Schüttgewicht von circa 140 kg, d. h. wir fahren viel Luft spazieren und daher haben wir in den letzten beiden Jahren die Ernte umgestellt. Wir häckseln im Großpack und haben zusammen mit einem Traktorenhersteller ein neues Verfahren entwickelt. Wir haben vorne am Schlepper einen Häcksler, blasen in die Presse hinein und pressen damit zu Ballen. Wir müssen eine Häcksellänge von acht bis zehn Zentimeter wählen. Das macht der Technik dann wieder Probleme. Manchmal ruft mich Herr Krämer an und sagt: Rudolf die Heizung ist wieder verstopft, du musst kommen. Wir haben noch technische Probleme, die sind aber zum Teil



hausgemacht. Damit können wir umgehen, weil wir versuchen, den Brennstoff zu optimieren. Wir könnten ihn brikettieren. Wir stehen in der Phase, wo wir fragen: müssen wir, genau wie wir das vor Jahren bei Pflanzenmüll getan haben, die Technik anpassen oder den Brennstoff? Das wird sich in den nächsten Monaten zeigen und dem entsprechend werden wir die Zukunft gestalten. Den Brennstoff kann man nicht anpassen. Miscanthus hat gegenüber Holz folgenden Vorteil: nach der Ernte kann es direkt verheizt werden, hat 12 % Feuchtigkeit - bei Holz sind es 30 – 40 %.

Es spricht Stefan Dietz:

Da sind sicher noch ein paar Schritte zu tun, ich denke der Preis ist heiß. Wenn das hier einmal gelöst ist, kann man das anderen Stellen natürlich empfehlen, übertragen und man merkt es schon, Herr Hayer, dass Sie tief im Projekt stecken. Aber erläutern Sie trotzdem noch mal: Wie weit geht denn die Rolle des Maschinenrings in dieser Kooperation?

Es spricht Herr Hayer:

Wir haben mittlerweile 10 Landwirte, die als Lieferanten involviert sind. Bis wir „Energie-autark“ sind, bis wir die erforderlichen Flächen aufgebaut haben, bis die komplette Energie vom Kloster verbraucht werden kann, brauchen wir eine gewisse Zeit. Der Weg dahin ist der Job des Maschinenrings: vermitteln, organisieren. Wir bündeln die Landwirte, wir sind der Ansprechpartner des Klosters, wenn eine Schnecke verstopft ist. Zusammengefasst: Wir sind eine Bündelungs- und Organisationsstelle und versuchen, Bindeglied zwischen einzelnen Landwirten und einem anderen Partner zu sein.

Es spricht Stefan Dietz:

Vielen Dank, das geht weit darüber hinaus, das Material von A nach B zu fahren. Sie sind ein Ko-

operationspartner, dessen Rolle deutlich wurde. Der nächste ist Herr Gabriel von den Pfalzwerken. Sie sind derjenige, der sich mit der Technik befasst, wenn etwas nicht funktioniert. Technik im Kloster - können Sie das genauer beschreiben? Was genau verbirgt sich dahinter? Wie ist die Rolle der Pfalzwerke im Projekt?

Es spricht Herr Gabriel:

Der Masterplan geht vom Kloster aus. Es wurde ein Planer eingeschaltet und der hat klare Ziele gesetzt: Lokale Ressourcen nutzen, z.B. Waldholzhackschnitzel aus eigenen Quellen. Wir als Pfalzwerke haben die Ideen in einen konkreten Plan gegossen. Wir haben die Planung gemacht für die Anlagen, haben diskutiert, dass es nicht sinnvoll ist, mehrere kleine Miscanthusheizanlagen zu errichten, sondern eine zentrale große, dort wo die alte Kirchenheizung steht. Diese rausnehmen und dann ein Nahwärmenetz verlegen, letztlich ein Nahwärmenetz mit 800 Meter Kraftlänge. Die Pfalzwerke haben neben der Planung die Ausschreibung gemacht. Das lokale Bedienen vor Ort ist Aufgabe des Klosters, da gibt es engagiertes Personal, wie es Herr Krämer und Herr Hayer schon erwähnt hatten.

Es spricht Stefan Dietz:

Sind Sie sehr intensiv eingebunden? Welche Potenziale sehen Sie denn für den Brennstoff Miscanthus bei regionaler Energieerzeugung?

Es spricht Herr Gabriel:

Ich denke die wichtigsten Punkte wurden schon erwähnt: Herr Hayer hat gesagt, Miscanthus ist kein Transportgut, sondern durch das spezifisch geringe Gewicht von etwa 100 Kilo pro Raumkubikmeter, wenn ich es als loses Material vorliegen habe, zu erst zu komprimieren. Mit den Ballen, die der Herr Hayer sehr effektiv und Kosten optimierend verdichtet, sind es vielleicht 230 kg pro Kubikmeter. So kann ich es schon eher über einige



Kilometer transportieren. Im Prinzip sollte das Miscanthusfeld eigentlich in der Nähe der Verwendung liegen. Das ist eine Voraussetzung, die es zu berücksichtigen gilt. Wenn das gegeben ist, sehe ich durchaus die Möglichkeit, Miscanthus zu multiplizieren.

Es spricht Herr Hayer:

Ich habe das vorhin nicht erwähnt, aber einen riesigen Vorteil sehe ich in der Kombination: Wir haben auf der einen Seite Holzhackschnitzel, auf der anderen Seite Miscanthushackschnitzel und beide Stoffe konkurrieren nicht miteinander, sondern sie ergänzen sich. Wir können auch in diesen Kesselanlagen entweder Miscanthus oder Hackschnitzel fahren. Wir können das beliebig austauschen, von daher sehe ich absolut keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung. Wir müssen nachhaltig denken und irgendwann werden wir in der Situation sein, dass der Forst seine Grenzen erreicht und dann müssen wir Landwirte eingreifen: Dann könnten sich die Stoffe ideal ergänzen.

Es spricht Stefan Dietz:

Wir sind da, um von guten Beispielen zu lernen, nicht nur in der technischen Seite, sondern auch in der organisatorischen, in der Kooperation. Erstmal an Sie, Herrn Gabriel die Frage: Dieses Modell der Kooperation mit dem Initiator Kloster, aber vor allem auch in der Landwirtschaft mit dieser Form - Ist das für Sie ein Modell, was übertragbar ist? Oder was andernorts schon oft mit anderen Brennstoffen gelebt wird? Wie schätzen Sie das ein?

Es spricht Herr Gabriel:

Wir haben derartige Kooperationen schon lange mit anderen Projekten durchgeführt, hauptsächlich als Energiedienstleister, seit 15 Jahren konventionell mit Holzhackschnitzelanlagen. In diesem Bereich haben wir etwa 15-20 Anlagen sowie 10 Nahwärmenetze geplant und gebaut. Wir betreiben diese jetzt übergeordnet und haben sie auch finanziert. Ich sehe das als eine sehr gute Grundlage, um Projekte zu entwickeln und auch zu reali-

sieren. Es gibt dabei nicht nur die Konzepte in der Schublade, sondern auch konkrete Umsetzungen. Wir sind Ende 2007 hier „eingestiegen“ und im April 2008 wurde die Anlage durch Frau Conrad eingeweiht und in Betrieb genommen.

Es spricht Stefan Dietz:

Es darf also durchaus nachgeahmt werden. Herr Hayer noch mal: Aus der Sicht der Landwirtschaft ein nachahmenswertes Modell der Kooperation?

Es spricht Herr Hayer:

Auf jeden Fall. Wir haben hier eine regionale Wertschöpfung, wir haben kleine Kreise, wenn wir es schaffen, solche Projekte in der Vielzahl zu initiieren, d. h. wir schaffen Arbeitsplätze, wir haben Wertschöpfung in der Region und für die Landwirte, für die regionalen Partner. Von daher sehe ich das schon als sehr sinnvolle Idee.

Es spricht Stefan Dietz:

Dann klingt alles so, als ob die Probleme, die noch da sind, nach und nach gelöst werden können. Da geht das multiplizieren leichter. Herr Bruno, wenn Sie zum Schluss dieser ersten Runde den Blick noch mal in die Zukunft schleifen lassen. Wenn Sie ein paar Jahre voraus denken? Wo sehen Sie das Kloster dann?

Es spricht Herr Fromme:

Also, bei dem jetzigen Personalstand und der Entwicklung weiß man nicht, wie das endet. „Nordcast“ oder „Westcast“. Aber eins ist deutlich: So große Gebäude, so ein Nahwärmenetz sind aufwendig. In Doppelrohranlage kostet ja alles Geld. Wir beziehen als Kloster keine reguläre Kirchensteuer, d. h. wir müssen selbst über die Betriebe dieses bedeutende historische Erbe erhalten und auch finanzieren können. Da sind wir überfordert, wenn wir nicht diesem Bereich aktivieren. Wir werden nicht nur Rohstoffe in der Landwirtschaft produzieren, da wäre zunächst mal die Milch, die

ist als Milcherlös niedriger als die Verpackung darum.

Es spricht Stefan Dietz:

Das macht auch keinen Spaß im Moment.

Es spricht Herr Fromme:

Wenn wir auch weiter die Produkte ausarbeiten in der Käserei - das wird nächsten Jahr folgen - und Teichwirtschaft ebenfalls mit Kundschaft von Koblenz bis Wasgau betreiben, dann haben wir eine Möglichkeit, dieses aufwendige Projekt zu erhalten. Das ist auch eine Vorleistung für die Öffentlichkeit. Wir brauchen als Mönche nicht so ein großes Objekt für uns.

Es spricht Stefan Dietz:

Prima, ich denke unser aller guten Wünsche begleiten Sie dabei. Es wird bestimmt den ein oder anderen Besucher geben, der neugierig geworden ist, vielleicht nicht nur auf die energietechnische Seite. Haben Sie weiter viel Erfolg und alles Gute. Wir sehen uns gleich noch bei der Diskussion. Dankeschön.

Um den Reigen zu schließen und einmal eine ganz andere Dimension von Energiekonzepten für die Region zu beleuchten, darf ich jetzt Herrn Prof. Dr. jur. Willy Spannowsky zu mir bitten von der TU Kaiserslautern, der einen Energiepark für die



Westpfalz im Schilde führt. Aber erst hat auch er einen Applaus zur Begrüßung herzlich verdient. Herr Prof. Spannowsky: Es gibt ein Konzept, von Ihnen federführend entwickelt, mit vielen Partnern, das trägt den ambitionierten Namen „Energiepakt zwischen Landwirtschaft und Regionalplanung in der Region Westpfalz“. Was genau steckt dahinter?

Es spricht Herr Prof. Dr. jur. Willy Spannowsky:

Meine Damen und Herren, Sie sehen mich voller Neid angesichts so vieler Einzelprojekte, die sehr erfolgreich gelaufen sind und die auch faszinierend sind für jemanden, der zum ersten Mal damit konfrontiert wird. Ich habe Ihnen eine Systemlösung zu offerieren. Weil wir zur Überzeugung gekommen sind, dass eben trotz aller Vorteile, die die ganzen Einzelprojekte aufgezeigt haben, immer wieder die Frage auftaucht, ob all diese Einzelprojekte, die hier und da verwirklicht werden, ausreichend wären, den Energiebedarf den wir bis zum Jahr 2020 erreichen werden, durch erneuerbare Energie zu decken.

Da muß ich etwas ausholen. Die europäische Ebene hat zwischen den 27 Mitgliedsstaaten eine Quote von 19 % ins Visier genommen bereits für das Jahr 2010. Dann sollen aber die fortgeschrittenen Staaten bis zum Jahr 2020 30 % Deckung erreichen, das bedeutet übersetzt: 65.000 Megawatt erneuerbare Energien müssen erzeugt werden. Man stellt sich vor, das 35.000 Megawatt aus Repowering (also aus Land und Wind) resultiert und 15.000 Megawatt aus Photovoltaikanlagen, 6.100 Megawatt aus Biomasse und der Rest aus Wasser und den sonstigen Energiequellen.

Nun ist klar, dass auch eine Vielzahl von singulären Leuchtturmprojekten nicht sicher diese Quote erreichen kann, zumal ehrgeizige Ziele erst noch mal nach dem Jahre 2020 in Angriff genommen werden. Weil wir dann bis zum Jahr 2050 etwa 60 – 80 % erneuerbare Energie zur Deckung des Energiebedarfs einsetzen müssen, setzt dies voraus, dass wir langfristig Systemlösungen zu

finden haben, die über das hinausgehen. Jeder ist sich bewußt, dass wir nur effiziente Energiekonzepte aufbauen wollen. Dadurch werden wir unter Umständen auch großflächige Anlagen brauchen. Dann konkurrieren verschiedenste Ansätze. Das kann man schon jetzt in den neuen Ländern beobachten: Da werden zum Beispiel Konventionsflächen genutzt, um Plantagen aufzubauen, ohne dass irgendwelche Infrastrukturangebote in der Nachbarschaft vorhanden sind. Da fragt man natürlich, was macht man mit derartigen Plantagen? Man erzeugt ohne Struktur und ohne Infrastruktur Energieprodukte, hat Transportwege - und ob das dann immer so sinnvoll ist, ist die andere Frage.

Dann konkurrieren auch dezentrale Lösungen, wie wir sie vorhin gehört haben, die auch faszinierend sind, zum Teil mit zentralen Lösungsflächen: Gebäude unabhängige Flächen- Photovoltaikanlagen sind vorstellbar, gibt es auch einige.

All diese Konzepte, die so nebeneinander stehen müssen, müssen miteinander koordiniert werden. Welche Ebene bietet sich dazu an? Da gibt es natürlich die Lösung, man könnte nun alle Kommunen dazu veranlassen, sich abzustimmen. Das gelingt aber schwerlich, das wissen wir aus anderen Bereichen.

Dann ist natürlich die Regionalplanung gefordert - und das ist die Idee gewesen. Wir waren der Meinung, eine Lösung kann nur gelingen, wenn wir es auf der Ebene der Regionalplanung schaffen, die verschiedenen Angebote zusammen zu bringen und festzustellen, wo wir noch Steuerungsbedarf haben, um die ehrgeizigen Ziele, die uns auch von der Bundesregierung vorgegeben sind, durch ein integriertes Klima vom Energieprogramm erreichen zu können.

Es spricht Stefan Dietz:

Ich höre schon ganz interessiert zu und denke mir, dass sind ja genau die Themen, an die man dann heran kommt, wenn man sich regional mit Projekten auseinandersetzt. Ich frage: wie kann

man das überhaupt koordinieren, was da von verschiedensten Interessen und Beteiligten voran getrieben wird? Was steht jetzt konkret für die Westpfalz hinter der Idee mit dem Energiepakt zwischen Regionalplan und Landwirtschaft, ein neues System zu etablieren?

Es spricht Herr Prof. Dr. jur. Willy Spannowsky:

Möglichst optimierte Effizienz hinsichtlich der Erzeugung und der Nutzung der erneuerbaren Energie wäre das Hauptanliegen. Dann ist natürlich die Frage, wie kommt man dort hin? Man muß wissen, welche Aktivitäten auf lokaler Ebene realisiert werden. Wenn man mit dem Anschluss- und Benutzungszwang arbeitet, dann würde die Entwicklung auf lokaler Ebene stattfinden. Andere Lösungen sind an dieser Stelle ausgeschlossen, obwohl man vielleicht flächendeckend bezogene regionale Lösungen anbieten würde.

Wir haben oft das Problem gehabt, das Kommunen dabei waren, das Energiewärmegesetz umzusetzen nach dem Motto: Wir haben das „Erneuerbare Energiegesetz“, krepeln die Arme hoch und schauen, was wir alles machen können. Dann gibt es andere Kommunen, die der Meinung sind, wir wollen keine Photovoltaikanlagen auf dem Dach, die sich nicht drehen oder das Bild zerstören können. Diese Kommunen operieren dann mit Gestaltungssatzungen. Vor diesem Hintergrund unabgestimmter lokaler Lösungen erscheint es eben notwendig, die verschiedenen Lösungen systematisch zu bündeln und anzuschauen, welche nun auch regional bedeutsam sind und welche großflächigen Projekte müssen noch realisiert werden müssen, um den notwendigen Energiebedarf über erneuerbare Energie zu erzeugen?

Es spricht Stefan Dietz:

Der Anspruch, denke ich, wird viel Zustimmung bringen. Alleine ist die Frage, wie konkret stellen Sie sich vor? Kann das umgesetzt werden?

Es spricht Herr Prof. Dr. jur. Willy Spannowsky:

Das geht nur, wenn es so, wie es in diesem Projekt angelegt war: Die wichtigsten Akteure müssen eingebunden werden, das ist aus unserer Sicht die Landwirtschaft, die einen erheblichen Anteil leisten kann. Die Landwirtschaft muss verstehen, dass sie nicht mehr nur Nahrungsmittelerzeuger sein wird und kann, sondern auch Energieerzeuger mit erheblichen Potentialen. Das ist auch vorhin schon deutlich geworden und es gilt natürlich auch für andere Bereiche, auch wenn es um Flächenbereitstellung geht und abgestimmte Konzepte hinsichtlich der Freiraumnutzung, der Nahrungsmittelproduktion und eben der Flächen, die benötigt werden, um solche zentralen Anlagen, Photovoltaikanlagen oder auch großflächige Biomasseanlagen, herzustellen.

Es spricht Stefan Dietz:

Sie sagen, da ist vielleicht ein Bewusstseinswandel bei dem ein oder anderen in der Landwirtschaft notwendig. Ich glaube, bei vielen ist der auch da. Wo liegt denn der Nutzen oder der Effekt für eine solche Vorgehensweise für die Landwirtschaft?

Es spricht Herr Prof. Dr. jur. Willy Spannowsky:

Für die Landwirtschaft gibt es den Vorteil, dass sie einmal natürlich selbst auch als Energieerzeuger profitiert. Sie gerät in eine Verhandlungssituation. Es geschieht ja bereits jetzt auch bei diesen aufgezeichneten Lösungen, die wir heute gesehen haben. Die Landwirte sind mit im Boot und profitieren von erfolgreichen Einzelprojekten. Sie sind Profitöre aufgrund dieser Entwicklung, Gewinn, ein zweites Standbein, das ist bis heute schon angeklungen, ist die eine Seite. Die andere Seite würde auf diese Weise auch sichergestellt: Die Biomasse, die etwa benötigt wird, um Biomasseanlagen zu betreiben. Rohstoffe würden tatsächlich lokal erzeugt. Weil das natürlich auch wieder ein Engpass sein könnte, wenn die Rohstoffe nicht dort verfügbar sind, wo die Anlagen

gebaut werden, haben wir größere Transportwege zurück zu legen und erzeugen den Effekt, den wir uns eigentlich in dem Maße vorgestellt haben. Der CO₂-Ausstoß transportiert wird natürlich die Bilanz wieder schwächen.

Es spricht Stefan Dietz:

Das ist natürlich eine Problematik, die nicht so leicht in den Griff zu bekommen ist. Ich stelle mir vor und weiß das aus der Praxis: Da sind Landwirte, die werden zum Teil aus eigenem Antrieb aktiv, andere werden gleich von mehreren potentiellen Investoren um ihre Rohstoffe „angegangen“. Das ist ja keine Situation, wo man sagt, wir halten jetzt mal alles ein Jahr an, und machen mal eine saubere Bestandsaufnahme. Der Sektor ist viel zu dynamisch, was ja auch gut ist, aber für jeden, der so in Projekten denkt, liegt immer noch die Frage im Raum: Wie konkret sollte der Prozess ablaufen? Erstens, zweitens, drittens und mit der Zeitachse, damit wir so eine Vorstellung bekommen, wie könnte diese methodisch anspruchsvolle Systemlösung praktisch funktionieren?

Es spricht Herr Prof. Dr. jur. Willy Spannowsky:

Aus unserer Sicht ist diese Systemlösung nur eine ergänzende Lösung zu all den Ansätzen, die es lokal geben muss. Es ist eine Aufgabenstellung, der wir uns hier annehmen, die die Regionalplanung ohnehin leisten muss. Die Regionalplanung muss die Raumannsprüche überörtlich koordinieren. Sie muss vor allem großflächigen Flächenbedarf sicherstellen, gerade auch wenn es um Großanlagen geht und sie muß dann dafür sorgen, dass die entsprechende Fachdisziplin koordiniert wird.

Diese Aufgabenstellung muß sowieso geleistet werden. Wir würden mit diesem Projekt nur das ordnungsfunktionelle Instrument in der Regionalplanung mit einem flexibleren Energiepakt ergänzen, weil wir auch projektbezogen in diesem Bereich reagieren müssen. Da ist eigentlich die Regionalplanung in dieser klassischen Konzeption

überfordert, die nur Flächenangebote kennt. Auf lokaler Ebene reagieren wir auf Nachfrage von Investoren und haben da auch entsprechende Instrumente zur Verfügung. Das ist bisher im Bereich der Regionalplanung noch nicht in dem Maße genutzt worden, wie es notwendig ist, um solche flexible Reaktionen zu ermöglichen. Deswegen die neue Idee des Energiepaktes zwischen der Landwirtschaft als Akteuren und der Regionalplanung. Die flexiblen Lösungen, die nun nicht in Flächenangeboten enden, sind mit einzukalkulieren und aufzunehmen und dann ist zu sehen, was bleibt übrig, was muss dann tatsächlich noch gesteuert über diese regionalen Raumordnungspläne werden und was eben nicht. Das muß ja auch „abgeschichtet“ werden. Wir müssen auch die verschiedenen Ebenen verzahnen. Die Abschichtung gelingt nur, wenn das, was da ist, auf die übergeordnete Ebene transportiert wird und dann umgekehrt darauf geantwortet wird.

Es spricht Stefan Dietz:

Der Lösungsansatz, den Sie mit ihren Partnern entwickelt haben, war Beitrag zu einem bundesweiten Programm. Leider ist es jetzt kein Programm, wo man sagen könnte, morgen startet es, weil die Finanzierung noch nicht gesichert ist.

Es spricht Herr Prof. Dr. jur. Willy Spannowsky:

Das ganze war auf ein Forschungsprogramm des Bundesforschungsministeriums, die sogenannte FONA, zugeschnitten. Im sogenannten FONA-Programm (also Forschung für die Nachhaltigkeit), waren Systemlösungen in Gestalt eines Landmanagements erstrebt. Meistens gab es größere räumliche Systemlösungen, die weit über die Regionalplanung hinausreichen. Dem Bund war unser Ansatz zu regional verankert. Auf Bundesebene wurde diesem Ansatz die notwendige Priorität versagt. Wir sind nun bemüht, auf regionaler und Landesebene Kooperationspartner für diese Idee zu finden. Wir meinen, dass hier in dieser Region Westpfalz, da würde es ja festgemacht, auch

die notwendigen Handlungsbedürfnisse und auch Abstimmungsbedürfnisse gegeben sind.

Wir wollen hier etwas von Nachhaltigkeit tun, was dieser Region Vorteile im Wettbewerb zu anderen Regionen geben könnte. Die Region muss sich positionieren, gerade in dem neuen Feld, der erneuerbaren Energie und es wäre natürlich ein Gewinn, wenn die Region Westpfalz zu einer der energieeffizientesten Regionen in Deutschland werden könnte. Das gelingt aber nur, wenn entsprechende Netzwerke eingesetzt werden - ohne die Netzwerke geht es nicht.

Deshalb bin ich sehr froh, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, vor diesem Forum die Idee einmal vorzustellen. Denn ohne Netzwerke, ohne das was da ist, ohne die, die bereits Aktivitäten entfaltet haben und die auch Lösungen vor Ort gefunden haben, wird nun das, was drauf kommen muss, und was von der Aufgabenstellung der Regionalplanung ohnehin darauf gesetzt werden muss, nicht gelingen. Wir würden eigentlich auch der Regionalplanung einen Gefallen tun, wenn wir deren Arbeit unterstützen.

Ein Energiekonzept ist in Bearbeitung, aber es kann natürlich nicht gelingen, es so auszugestalten, wie wir es uns in Abstimmung mit der Landwirtschaftskammer vorstellen, wenn man nicht die entsprechenden Informationen und Zusagen in diese Richtung einsetzen wird. Es geht um die Landwirtschaftsseite, insbesondere auch um die Bewusstseinsbildung der Landwirtschaft. Es geht natürlich auch darum, die Idee der Kollegin Klärle zu realisieren. Es ist auch notwendig, die Landwirte zu informieren, die notwendige Bewusstseinsbildung zu schaffen und eine konzeptionelle Abstimmung mit anderen konkurrierenden Konzepten herzustellen.

Es spricht Stefan Dietz:

Herzlichen Dank. Sie dürfen gleich hier vorne dabei bleiben. Ich darf alle meine Gesprächspartner noch mal nach vorne bitten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein sehr verehrtes Publi-

kum, nutzen Sie bitte die Gelegenheit, die Fragen, die Ihnen vielleicht schon die ganze Zeit unter den Nägeln brennen oder jetzt aufgetaucht sind, zu stellen. Ich denke der Raum gibt es her, dass sie einfach klar und deutlich Ihren Namen sagen und die Frage so formulieren. Wir sammeln dann vielleicht zwei drei Fragen und können dann in der Runde entsprechend antworten. Wenn es direkt eine Frage gibt, jetzt haben Sie lange zugehört, ist es auch kein Problem, doch Herr Neumann macht den Anfang.

Diskussion und Zusammenfassung:

Es spricht Herr Neumann:

Neumann, mein Name. DLR Rheinpfalz. Ist der Miscanthus Hochwasser sicher?

Es spricht Herr Fromme:

Miscanthus ist Hochwasser sicher, das würde ich Ihnen schriftlich geben, wir haben an der Keller Flur, direkt an der Mosel, Flächen etabliert, das sind eigentlich unsere besten Flächen. Also, die sehen auch in den letzten Jahren leider nicht mehr Wasser aufgrund der Trockenheit, in der Vergangenheit haben die fast jedes Jahr Hochwasser gesehen und gespürt und ohne merklichen Nachteil. Von daher würde ich das schon so bejahen.

Es spricht Stefan Dietz:

Weitere Fragen: vielleicht gibt es im ersten Gang noch Fragen zu den technischen Dingen - vom Stroh über Solarpotenziale und Miscanthus bis zu den Holzhackschnitzeln oder Nahwärmenetzen. Im zweiten Schritt sehen wir vielleicht noch mal auf die Vernetzung und die weiteren Schritte, die wir in der Westpfalz brauchen. Zur Technik alle Fragen beantwortet?

Es spricht Herr Olinger:

Olinger, ich bin Vertreter der POLLICHIA RLP hier im Pfälzer Bergland. Ich habe eine Frage an Frau Prof. Klärle. Wie stehen Sie zu Freiflächenphotovoltaikanlagen? Hier ist schon eine errichtet worden, steht im Hof circa 4 ha groß, eine weitere 6 ha Größe ist geplant, zusammen mit dem Land und einem externen Betreiber. Dann geht es um die Biogasanlagen, da habe ich mit Interesse die Ausführungen von Herrn Prof. Spannowsky gehört, der sich für großflächige Anlagen einsetzt. Ich habe vernommen, dass jetzt bei Kronenbach ein externer Betreiber mit Anbindung der dortigen Landwirte eine Biogasanlage in der Größenordnung von 2 Megawatt bauen möchte und dass dafür etwa 1000 ha Land bereit gestellt werden müssten. Die interessierten Landwirte sind momentan dabei, einen Flächenpool aufzubauen, ein 1/3 der Fläche müsste also mit Mais „gestemmt“ werden und die restlichen Flächen, größtenteils auch Grünlandflächen, die wären in der jetzigen Artzusammensetzung nicht zu spritzen. Es ist weiter gesagt worden, dass geschrotetes Getreide mit Gülle vermischt die Energieausbeute erhöhen würde. Mich interessiert auch hier als Vertreter des Naturschutzes, ob das noch vereinbar ist mit einer nachhaltigen Landbewirtschaftung und ob man, wenn man zum Beispiel an das Schrot von Getreide geht, nicht auch ethische Grenzen überschreitet?

Es spricht Stefan Dietz:

Prima, das sind Fragen mit einigem Diskussionsbedarf. Frau Klärle macht den Start.

Es spricht Frau Prof. Martina Klärle:

Die Frage steht zu großflächigen Freiflächenphotovoltaikanlagen an. Also sie haben es vorhin in meiner Rede gemerkt, ich bin ein Fan, erstmals die Potentiale auf den vielen Dächern zu nutzen. Wenn die dann ausgereizt sind, gibt es noch Unmengen an Parkplätzen von Supermärkten, gibt

es noch Autobahnen, die bedacht werden können. Es gibt es viele Bereiche, die man nutzen kann, die bereits der landwirtschaftlichen und der natürlichen Nutzung entzogen und einer Mehrfachnutzung zugeführt wurden.

Freifelder bei Photovoltaikanlagen kann ich hier und dort auch unterstützen, wenn es Stellen sind, wo eine landwirtschaftliche Nutzung nicht besonders sinnig und andere Bedenken nicht da sind. Natürlich ist das eine ganz andere Sicht, wie die Freiflächenanlagen von Windkraftanlagen. Denn bei Photovoltaikanlagen hat die Kommune die Planungshoheit. Die Anlagen sind nicht „automatisch privilegiert“. Bei Windkraft gibt es inzwischen auch entsprechende Einschränkungen. Bei Photovoltaikanlagen aber hat die Kommune ganz klar den Daumen drauf und es werden sicher keine Photovoltaikanlagen ausgewiesen, wenn es keine Gründe dafür gibt. Gründe könnten wirtschaftlicher Art sein und die könnten natürlich von dem Betreiber unterstützt sein.

Grundsätzlich: Wenn Photovoltaikanlagen für Großflächen erwünscht werden, also Freiflächenanlagen, dann werden Bebauungspläne im Bereich betreut und erstellt. Darüber hinaus gibt es für Freifelder bei Photovoltaikanlagen klare Vorgaben: Zum Beispiel, dass man die Vegetation nicht zerstört oder sonst irgendwas niederhält und die Anlagen so natürlich in das Gelände eingefügt (auch was die Ausrichtung des Geländes selbst betrifft), dass sie sich wie eine Art Stromfluss harmonisch ins Gebiet einfügen. Da kann man auch ästhetisch einiges schön machen. Ich würde mir wünschen, dass Freiflächenanlagen wie ein Fluss den Berg herunter fließen und den Strom ins Tal bringen und dann schön sein könnten, was die Freiflächenanlagen jetzt noch nicht sind, und dafür vielleicht auch Kunst, Energie und Landwirtschaft zusammen bringen.

Kurz gesagt: Freiflächenanlagen bedingt ja, aber Photovoltaikanlagen auf Dächern vorziehen, erst einmal das Potenzial auf Dächern nutzen und vor allem die vielen anderen Flächen zu nutzen, die Autobahn, die riesigen Parkplätze.

Es spricht Stefan Dietz:

Dankeschön. Klare Grundaussage mit ästhetischer Hintertür. Herr Spannowsky, das geht ja nahtlos in einander über, wie kann man das dann steuern, da sind wir genau bei der Regionalplanung und dem möglichen Projekt, was Sie beschrieben haben. Wie kann mit heutigen Instrumenten oder mit erforderlichen neuen Instrumenten so eine Entwicklung gesteuert werden?

Es spricht Herr Prof. Dr. jur. Willy Spannowsky:

Die Fragestellung zeigt genau die Konfliktstellen auf, die sich stellen, wenn Flächen beanspruchend Vorhaben realisiert werden sollen. Dann ist es ähnlich, wie wir es bereits aus der Windkraftnutzung kennen. Ich denke mit der gleichen Tendenz wird es später auch bei anderen erneuerbaren Energieanlagen wie eben Biomasseanlagen oder großflächige Photovoltaikanlagen sein. Es wird einen Run auf die Flächen geben. Es gibt auch Standorte, die sind für Windkraftanlagen nicht geeignet, das sind Tabuflächen für Windkraftanlagen. Sie würden in aller Regel Windkraftanlagen nicht in ein Vogelschutzgebiet stellen, vor allem, Repowering-Anlagen. Da gibt es natürlich differenziertere Lösungen, die im Einzelfall, dann auch betrachtet werden müssen.

Sie würden auch kaum in Bereiche gehen, die eben aus Verteidigungsgründen oder militärischen Aspekten freigehalten werden. Es gibt Tabuflächen für Windkraftanlagen und genauso gibt es natürlich aus naturschutzrechtlichen Gründen heraus Flächen, die nicht geeignet sind für Biomasse oder Photovoltaikanlagen. Gerade das ist die Aufgabe der Regionalplanung, die Flächen, die freizuhalten aus Naturschutzgründen von denen getrennt zu halten, die dafür in Frage kommen. Natürlich wünscht man sich aus ästhetischen Gründen und ökologischen Gründen heraus, vor allem die Flächen zu nutzen, die schon versiegelt sind oder derartige Flächen einer anderen Nutzung zu zuführen.

Es ist auch eine Idee, dass man sagt, schauen wir doch mal, wo unsere Flächenpotenziale sind. Wir haben genügend Flächenpotenziale, auf

dem Anlagen für erneuerbare Energien errichtet werden können. Es gilt also, geeignete Potenzialflächen sichtbar zu machen. Das ist die Aufgabe des überörtlichen Konzepts, das ist die Aufgabe der Regionalplanung. Es wäre natürlich eine weitere Aufgabe festzustellen, wie viel Bedarf gibt es darüber hinaus, was ist mobilisierbar. Investoren warten nicht, bis wir untersucht haben, ob dezentrale Lösungen funktionieren, sondern die sind da und mit denen haben wir es dann im Hinblick auf Entscheidungen zu tun. Die kommen und wollen irgendwo eine entsprechende Anlage errichten und es gibt dann auch Gemeinden, die gerne aufspringen auf solche Lösungen. Es sollten Potenzialflächen früh sichtbar gemacht werden. Ich bin der Meinung, der Staat darf nicht warten, ob diese Lösung den Ertrag bringt, den wir eigentlich brauchen.

Es spricht Stefan Dietz:

Mit Blick auf die Uhr letzte Runde ins Podium: Ein, zwei Fragen dürfen noch kommen.

Es spricht Thomas Wentz :

Thomas Wentz, Wirtschaftsförderungsgesellschaft Südwestpfalz. Im Mittelpunkt der Vorträge und auch der Diskussionen ist das Thema Wärmeversorgung, Stromversorgung. Aber wie sieht es mit den Treibstoffen aus? Ist das Thema Biodiesel schon abgehakt? Eigentlich nicht. Energie treibt die Sorge um die steuerliche Vergünstigung. Es ist einiges in Turbulenzen gekommen. Wir können nicht auf Diesel in der Landwirtschaft verzichten.

Es spricht Stefan Dietz:

Wir sammeln jetzt die Fragen und dann können wir gesammelt antworten, Herr Steinhauer.

Es spricht Herr Steinhauer:

Mein Name ist Helmut Steinhauer, ich vertrete mich selbst, aber auch die Landwirtschaft ins-

gesamt, weil ich im Energiebereich tätig bin. Ich kann nur feststellen, dass jeder, der heute seinen Part vorgestellt hat, sicherlich auch noch viele Probleme hat. Also jeder ist hier anwesend als Investor, ist er praktisch „Leisteter“, viele Jahre bis zum heutigen Tag. Das kann ich auch aus eigener Erfahrung schildern. Ich kann ihnen versichern, dass die Landwirtschaft derzeit außerordentlich viel in den Photovoltaik-Bereich investiert. Ich sehe das als unseren (landwirtschaftlichen) Bereich. Energieerstellung wird mehr und mehr genutzt, weil es Alternativen gegenüber den landwirtschaftlichen Erzeugnissen gibt. Aber nun meine Frage, die Herr Olinger bereits angesprochen hat: Sie bewegt mich insgesamt.

Es gibt da eine sehr ehrgeizige junge Studie oder Zielsetzung, dass man bis 2030 insgesamt 30 % des importierten Gases ersetzen will durch Biomasse. Das heißt aber im Umkehrschluss, man will also bis zu diesem Zeitpunkt etwa 2400 Anlagen in Deutschland in dieser Größenordnung von 1 – 2 Milliarden bauen. Wenn man nachrechnet, dann wird dafür eine Fläche so groß wie Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland benötigt. Wenn man die Fruchtfolge mit einrechnet, kann ich sagen, fast der ganze süddeutsche Raum wird benötigt. So muss man das einfach sehen. Das kann nicht ganz der Sinn der Sache sein, vor allem vor dem Hintergrund der Diskussion unserer vordringlichsten Aufgabe der Nahrungsproduktion, wenn man einen solchen großen Raum für Energieerzeugung braucht.

Aber zu unserer Westpfalz: Da stehen die Diskussionen, eine Größenordnung zu etablieren, die nicht nur 1000 ha Biomasse nach unseren Erträgen bringt. Man braucht wesentlich mehr, etwa 1500 ha, und wenn man dann die Fruchtfolge mit einrechnet braucht man 4500 ha Fläche und man fährt mit seinen Geräten in einem Radius von bis zu 20 Kilometer. Von daher bezweifle ich die Sinnhaftigkeit solcher großen Anlagen in unserem Raum, weil man auch an bestimmte Folgen denken muss. Es wird ein enormer Druck auf den Pachtmarkt wirken, d. h. andere Betriebe, die andere Einkommen haben und nicht die Möglichkeit, hier in diesem Bereich zu investieren, haben noch mehr Probleme, ihre Existenz zu sichern durch einen überhöhten oder aufgeheizten Pachtmarkt. Das muss man deutlich sehen.

Ich habe immer die Meinung vertreten, dass man dezentrale Anlagen bauen muss. Deshalb bin ich nicht einverstanden, dass man sagt es rechnen sich nur Großanlagen. Die Größenordnung von knapp einem Megawatt, darf nicht dazu führen, dass es heißt die Wirtschaftlichkeit wird nur erreicht ab einem Megawatt von X. – Nein, die Kosten müssen derart fallen bei der Installation, dass man ab 500 Kilowatt eine rechnerisch positive Größe erreicht. Das sind noch Größenordnungen, die man bei uns verantworten kann, dann wird die Fläche reduziert, der Input wird verringert durch die Transporte und dann kommt man auch wieder in eine akzeptable Größe. Von daher meine ich, sollte man sehr genau aufpassen und auch an unsere Kollegen gerichtet, dass sie sich nicht ausschließlich wieder zu Lieferanten deklarieren, auf einen Basispreis von Weizen, dann hat man nicht anderes als den Weizenpreis, der heute ungenügend ist.

Es spricht Herr Pinn:

Ich möchte zuerst auf den Kraftstoff antworten. Über allem steht die Frage der Effizienz, das spielt auch bei Ihnen eine Rolle, vor allem bei Verfahren, wo wir aus der Fläche eine Biomasse über weite Strecke zu einer Raffinerie bringen und dort in komplizierten Verfahren in einen Kraftstoff umwandeln. Biodiesel oder auch andere Verfahren bedeuten, dass wir letzten Endes im Tank ganz minimale Prozentsätze der enthaltenen Energie in Mobilität umsetzen. Ich möchte sagen, Treibstoff aus Biomasse ist keine Mobilität der Zukunft.

Die Mobilität der Zukunft wird die Strommobilität sein und die Stromversorgung müssen wir möglichst komplett aus erneuerbaren Energien erstellen. Da sind natürlich zunächst mal die großen, die keine Konkurrenz bedeuten. Wir haben immer das Problem Konkurrenz: Blicken Sie auf den Wald. Entweder wir können das Stück Holz verbrennen oder wir können es sägen und dann, wenn wir Glück haben, danach auch noch mal verbrennen. Aber wenn wir es einmal verbrannt haben, dann ist es weg.

Aber wenn Frau Klärle auf Ihrem Haus eine Solaranlage betreibt, scheint bei mir die Sonne nicht weniger, deswegen muss das nächste absolut die

Sonne sein. Zuvor gilt: Aller erstes mal einsparen, weniger Energie verbrauchen. Das gleiche ist bei den Ballungsräumen. Wir werden die Ballungsräume nicht mit Biomasse beheizen können. Das können wir hier in unseren Dörfern machen.

Ich habe in unserem Netzwerk die Forderung aufgestellt, jedes Dorf braucht eine passende Biogasanlage, dann aber auch mit konsequenter Wärmenutzung. Dies gehört zur Effizienz, sonst reden wir über 35 % Energie aus Biomasse und das ist zu wenig. Da fehlt die Fläche mit Sicherheit und dann fehlt die Effizienz. Zusammenfassend gilt: Einsparen, möglichst effizient die Potenziale nutzen, wo wir keine Konkurrenz haben - Wind, Sonne, Wasser. Das alles maximieren, optimieren - dann sind wir ein gutes Stück weiter.

Es spricht Frau Prof. Martina Klärle:

Zu ihrer Frage noch ein paar Zahlen als Antwort: Ich bin der Meinung, wir müssen nicht nur im Jahr 2020 20% erneuerbare Energie haben, denn im Moment sind wir, Anfang des Jahres 2009 mit 15% erneuerbare Energien gestartet. Wir sind jetzt bei knapp 18%. Wenn man das noch einmal darauf legt, haben wir das „Ziel 2020“ nächstes Jahr schon erreicht.

Es spricht Unbekannt:

Vielleicht noch eine Ergänzung, zu dem was Herr Steinhauer gesagt hat: Wir waren auf dem Umweltcampus in Birkenfeld und haben gelernt, es gibt Anlagenbetreiber, die eine Synthese von Biogas auf Erdgasqualität anbieten, eine Containerlösung mit 500 KW. Mit 500 Kubikmetern Stundenleistung, da warten wir darauf, dass es so was kommt, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Es gibt schon so was - da wird schon dran gearbeitet.

Es spricht Stefan Dietz:

Es gibt noch viel, was wir weiter diskutieren könnten. Ich möchte zunächst jeden meiner Gesprächspartner bitten, einen ganz kurzen halben

Satz zur Abrundung zu formulieren und zwar ganz individuell, aus ihrem persönlichen Hintergrund heraus. Das liegt mir am Herzen für die Westpfalz. Das Mikrofon wandert von Frau Klärle zu Herrn Schneider.

Es sprechen nacheinander alle Gesprächspartner:

Ich denke, dass sich für die Landwirtschaft in Zukunft Chancen bieten in diesem Umfeld, aber man muss schon darauf achten, dass man das intelligent organisiert, damit sich die Landwirtschaft nicht wieder in eine Liefersituation begibt.

Wir haben als Projekt-Realisierer gemerkt, dass ein großer Unterschied zwischen gutem Reden und gutem Tun besteht. Wenn man das gute tut, dann merkt man wo die Probleme liegen. Daher wäre mein Appell an alle, die den politischen Willen sehr gut kund geben, dass daran gearbeitet wird, unsere Bürger zu begeistern.

Vor 20 Jahren hätte man das, was wir heute diskutieren, nicht für möglich gehalten. Wir sollten daher den Mut haben und sagen: es geht, wenn wir wollen. Dann kann es auch sehr schnell gehen, da bin ich auch ganz fest von überzeugt. Letzten Endes haben wir Recht.

Durch vorausschauendes Planen Konflikte vermeiden und Potenziale optimieren im Zusammenspiel der Akteure, die es angeht.

Bezüglich unserer Holzhackschnitzelheizung kann ich nur sagen: es hat sehr viel Überzeugungskraft im Vorfeld gekostet, die sich aber am Schluss endlich bezahlt gemacht hat. Ich kann unsere Anlage nur empfehlen.

Ich spreche als Landwirt und ich gebe Ihnen Recht: wir müssen sehr kritisch damit umgehen, wir müssen aufpassen, dass wir es nicht übertreiben, da sind wir Landwirte auch zum Teil selber Schuld. Ich sehe eine Art Chance für die Landwirtschaft in dieser Energiediskussion. Da müssen wir uns positionieren und auch finden.

Ich erinnere noch mal daran, dass Miscanthus die Pflanze ist, die die größte Biomasse liefert pro Fläche, pro Hektar.

Ich sehe die kommunale Verantwortung sehr stark. Ich bin davon überzeugt, dass die Kommunen heute mitnehmen dürfen, es kommt darauf an, einen guten Energiemix zu schaffen, da wird niemand benachteiligt und in erster Linie werden die Landwirte bevorteilt.

Wir waren zunächst sehr skeptisch was den Einsatz von Miscanthus betrifft, wir hätten lieber auf „altem“ aufgebaut, auf alt bewährtem „auf Holzhackschnitzel“. Dann haben wir aber über den Tellerrand hinaus geschaut und haben Miscanthus eingesetzt. Siehe da, es funktioniert. Meine einfache Botschaft: Bei dezentralen Projekten über den Tellerrand hinaus schauen.

Der 9. November ist ein denkwürdiger Tag in vielerlei Hinsicht: positives und negatives. Ich wünsche in der Pfalz noch, dass „Feuer aufgehen“ zur Energieversorgung, die dann auch zukunftsfähig genutzt werden

Es spricht Stefan Dietz:

Vielen herzlichen Dank, einen großen Applaus, bleiben Sie bitte alle noch hier. Sie kennen aus dem, was viele von Ihnen gesagt haben, das Pionieren. Am Anfang wird man ausgelacht. Dann wird man angefeindet und hinterher wollen es alle gewesen sein. Dadurch, dass Sie ihre Pionierprojekte durchgesetzt haben, haben wir heute so viel zu berichten.

Ich sage ein herzliches Dankeschön, dass sich alle heute so viel Zeit genommen haben und wir mit der Gesamtdiskussion so ziemlich genau in der Zeit liegen.

Es spricht Herr Dr. Neff:

Ich darf mich bei den Referenten bedanken. Ich darf mich auch besonders bei Frau Prof. Dr. Klärle bedanken. Sie hat mir eigentlich den Einstieg in die Geschenke erleichtert, sonst wäre es etwas schwerer. Sie haben gesagt, Energieeinsparung ist wichtig, aus diesem Grund darf ich jedem der Referenten eine Energiesparbox mitgeben, damit Sie mit dem Energieeinsparen anfangen können.

Wenn Sie Energie eingespart haben, dann können Sie auch das Geld in das Unser-Ener Energiesparschwein reinstecken. Wenn Sie sich so darüber freuen, dass Sie so viel Geld gespart haben, dann können Sie das auch bei einer guten Flasche Wein genießen.

Zusammenfassend habe ich es relativ schwer, weil schon fast alles gesagt worden ist, was man hier sagen kann. Sie haben bewiesen, es geht nur gemeinsam und das geht - ich komme ursprünglich aus Österreich - dort würde man sagen mit einem sogenannten „Sturschädel“. Das heißt, ich muss einfach mal stur sein und einfach mal sagen, ich will das machen und dann geht es.

Sie haben viele Anpeilungen gehabt, das war sicher nicht leicht. Wir erleben es im Ministerium auch immer wieder, wenn Sie dann anrufen. Der eine will dieses und jenes nicht und die Energie hat man sehr gerne aus der Steckdose und das dazu gehörige mindestens 300 Kilometer weiter weg.

Ich will es ganz kurz zusammenfassen in 5 Thesen, die stammen nicht von mir: Sie haben bewiesen, dass ländlicher Raum Basis ist, um was Neues zu machen, damit haben Sie auch schon die Chance. Ländlicher Raum ist Zukunftsregion und bietet damit auch allen Zukunft. Sie haben bewiesen, ländlicher Raum ist Handel. Zusammenfassend gilt, ländlicher Raum ist Energie, die haben Sie eingebracht.

Damit sage ich allen, die heute gekommen sind herzlichen Dank. Draußen können Sie nun Netzwerke bilden und auch andere Formen der Energie genießen in flüssiger oder fester Form. Herzlichen Dank an Sie alle.

IMPRESSUM

- Herausgeber:** Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
des Landes Rheinland-Pfalz
- Schriftleitung des Sonderheftes:** Ministerialrat Prof. A. Lorig
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau,
Kaiser-Friedrich-Straße 5A, 55116 Mainz
E-Mail: Axel.Lorig@mwwlw.rlp.de
- Bearbeitung des Projektberichtes:** Nina Lux
- Gestaltung:** Monika Fuß
- Abgabe:**
1. An Teilnehmer des Forums ländlicher Raum
 2. An Akteure in Leader-, ILE- Prozessen
 3. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten
 4. An Teilnehmergeinschaften (VTG)
 5. Im Schriftenaustausch der ArgeLandentwicklung
- Abdruck:** Abdruck ist nach vorheriger Erlaubnis der Schriftleitung mit
Quellenangabe erlaubt
- Internetadresse:** www.landentwicklung.rlp.de
www.landschaft.rlp.de
www.mwwlw.rlp.de

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal - und Europawahlen. Mißbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier